DER SPIEGEL

Nr. 42/13.10.03
Deutschland: 3,00 €

4 190700 703007 42

REFORMEN

SPIEGEL-Leser wissen mehr.

www.spiegel.de

Österreich € 3,20 Schweiz sfr 5,50
BeNeLux € 3,50 Dänemark dkr 25,– Finnland € 5,40 Frankreich € 4,00
Griechenland € 4,40 Großbritannien £ 2,95 Hongkong HK$ 50,– Israel NIS 29,90
Italien € 4,– Japan (exkl. Jap) Yen 1.500 Kanada kan$ 8,– Norwegen nkr 40,–
Polen (ISSN 00387452) Zł 19,40 Portugal (cont.) € 4,– Schweden skr 42,– Slowakei Sk 175,–
Slowenien SIT 850,– Spanien € 4,– Spanien / Kanaren € 4,20 Thailand Baht 280,–
Tschech. Republik Kc 145,– Türkei TRL 6.000.000,– Ungarn Ft 1.060,– USA US-$ 7,–
Zypern £ 2,70

PRINTED IN GERMANY

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

13. Oktober 2003 **Betr.: Titel, Kanzler-Jet, Lehrer, Tarantino-Gespräch**

Soll es Hartz IV werden und Rürup I, Hartz III etwa oder gar Herzog I? Was spricht gegen Hartz II und Kirchhof, was für Koch-Steinbrück? Wie eine Berliner Variante babylonischer Sprachverwirrung klingt es, wenn Politiker fast täglich für neue Reformmodelle plädieren, und wohl noch nie verstanden so viele Deutsche so wenig von dem, was da gedacht und gesprochen wird über ihre Zukunft: Zur Debatte stehen, immerhin, Einschnitte in die Sozial- und Steuersysteme, wie es sie tiefer nie gab im Nachkriegs-Deutschland. SPIEGEL-Redakteure haben zusammengetragen, was sich hinter den kryptischen Etiketten verbirgt und was davon Wirklichkeit werden könnte. „Wir wollen“, sagt Armin Mahler, 48, Leiter des SPIEGEL-Wirtschaftsressorts, „Orientierungshilfe in diesem Dickicht leisten und zeigen, was den Deutschen blüht“ – durch Rürup, Hartz, Herzog und all die anderen (Seite 30).



JULIA FASSBENDER / BPA

Steingart, Pierer

Draußen blieben SPIEGEL-Leute stets, wenn Kanzler Helmut Kohl im Luftwaffen-Airbus „Konrad Adenauer“ abhob – nicht gut leiden konnte er Kritik an seiner Arbeit. Nachfolger Gerhard Schröder scheint ein dickeres Fell zu haben: Obwohl oft verärgert, wenn der SPIEGEL ihn wegen des Reformstaus im Lande attackiert, überließ er SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart, 41, auf dem Flug von Dubai nach Berlin einen seiner beiden Besprechungsräume; für Journalisten ist der sonst tabu. Steingart sprach dort mit Siemens-Chef Heinrich von Pierer, 62 – auch über die Schwächen der rot-grünen Reform-Agenda (Seite 48).

Wenn sich das Disziplinarverfahren gegen einen Lehrer auf eine Akte von 2000 Blatt auswächst, müsste eigentlich Schlimmes passiert sein. Auf einen solchen Fall stieß SPIEGEL-Reporter Ullrich Fichtner, 38, in der Berliner Schulbehörde. Sie verfolgt, angefeuert von Eltern und Boulevardpresse, seit drei Jahren den Studienrat Karl-Heinz Schmick, 54, wegen „rechtsradikaler Äußerungen“ – ein schwerer Vorwurf gegen einen Lehrer, der Geschichte am Gymnasium unterrichten soll. Fichtner begab sich auf Spurensuche, fand Belege für den Verdacht gegen den Pädagogen, „die so dünn sind, wie der Alarmismus seiner Gegner dick aufgetragen ist“, und erlebte eine „Neuauflage des endlosen deutschen Kulturkampfes links gegen rechts“ (Seite 74).



S. ROCHA / KAMERAPHOTO / OSTKREUZ

Fichtner

Unter den Hollywood-Regisseuren gilt der Amerikaner Quentin Tarantino als Enfant terrible. Bevor er in den neunziger Jahren mit Filmen wie „Reservoir Dogs“ und „Pulp Fiction“ den Stil des Kinos veränderte, hatte er in einem Porno-Kino und einer Videothek gearbeitet. Mit seinem neuen Film „Kill Bill“ provoziert der Selfmade-Mann erneut Publikum und Kritiker – meterhoch spritzt das Blut. Als die SPIEGEL-Redakteure Wolfgang Höbel, 41, und Thomas Hüetlin, 42, Tarantino in Berlin zum Interview trafen, erlebten sie einen hyperaktiven Erzähler, der voller Begeisterung seine Kino-Philosophie erläuterte und dabei recht persönlich wurde: „Ich möchte nicht einer dieser verdammten alten Typen werden, die ihren Sextrieb verloren haben“, rief der Oscar-Preisträger, im Schneidersitz mit Schuhen auf dem Sofa sitzend (Seite 162).

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Reform-Haus Deutschland – ein Wegweiser durch den Agenda-Dschungel 30
Interview mit dem Ökonomen Michael Burda über den Elan der Parteien 36
Siemens-Chef Heinrich von Pierer über die Wünsche der Wirtschaft an die Politik 48

Deutschland

Panorama: Verjüngungskur für SPD-Spitze / Bankenlobbyisten im Finanzministerium / Wurde Schwuso-Chef erpresst? 17
Regierung: Wie das Duo Schröder/Fischer die Koordinaten der Außenpolitik verschiebt ... 22
Union: Beim Kampf um inhaltliche Positionen geht es auch um die Macht 26
Die fragwürdigen Berechnungen der Herzog-Kommission 28
Umfrage: Kanzler im Tief 52
Islamisten: Bonner Saudi-Schule lockt Qaida-Sympathisanten 54
Ärzte: Osteuropäer sollen leer stehende Praxen auf dem Land übernehmen 56
Drogen: Wie süße Party-Drinks aus Kindern Alkoholiker machen 60
Emigranten: Die Türkei wird zum neuen Rentner-Paradies 64

Gesellschaft

Szene: Erstes Deutschbuch für ausländische Fußballprofis / Kunstsammler Reich-Ranicki über seine Schriftstellerporträts / Warum auch Nichtalkoholisches betrunken machen kann 71
Eine Meldung und ihre Geschichte 73
Berufsverbote: Wie ein angeblich rechtsradikaler Lehrer in Berlin vom Dienst suspendiert wurde 74
Ortstermin: Der Wille zum Ruhm – auf der Buchmesse in Frankfurt 85

Wirtschaft

Trends: Mehr Rentner sollen Steuern zahlen / Neue Ermittlungen gegen Deutsche-Bank-Chef Ackermann / Stürzt der Toll-Collect-Boss? / Patentstreit um Potenzmittel 87
Geld: Investoren setzen auf Alzheimer / Die thailändische Börse im Höhenflug 89
Verbraucher: Telefonberatung boomt – doch der Service ist oft so bemüht wie hilflos ... 90
Arbeitszeit: Frankreich debattiert über die Abschaffung der 35-Stunden-Woche 95
Banken: Internationale Finanzriesen entdecken ihre deutschen Konkurrenten als Übernahmekandidaten 96
Gewerkschaften: Mit rüden Methoden wirft eine DGB-Tochter Mitarbeiter raus 100
Tourismus: Branchenschreck Dietmar Gunz ... 104
Musikindustrie: Der Kitsch-Geiger André Rieu ist dramatisch verschuldet 107

Medien

Trends: Interview mit dem Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner über seinen neuen Großaktionär / „National Geographic“ startet neues Jugendmagazin..... 111
Fernsehen: Vorschau / Rückblick 112
Musikfernsehen: Die Krise der Plattenindustrie erreicht die Produzenten von Video-Clips 114

Ausland

Panorama: Scharons Angriffspläne gegen Iran / Vermisster israelischer Pilot am Leben? / Tschetschenien-Vizepremier Sakajew wirft Moskau Wahlfälschung vor 118
Vatikan: Spekulationen um den Nachfolger des schwer kranken Papstes Johannes Paul II. 120

Wegweiser durchs Reform-Dickicht

Seite 30

Grundlegend wie nie zuvor wollen Regierung und Opposition den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat umkrempeln, sie überbieten sich mit immer neuen Reformvorschlägen: Der Rürup-Kommission der Regierung setzte die CDU die Herzog-Empfehlungen entgegen, auf Hartz I und II folgen nun Hartz III und IV. Wer blickt da noch durch? Und wer weiß, wie die Konzepte wirklich wirken?



Schröder, Eichel, Rürup



Herzog, Merkel

MARC DARCHINGER (L.); MARCO-URBAN.DE (R.)

Aufruhr um einen Lehrer

Seite 74

Der Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick wurde vom Dienst suspendiert, weil ihn aufgebrachte Eltern für einen Rechtsradikalen halten. Präsident Rau bedankte sich bei der Initiative für das couragierte Engagement – auch wenn bislang Beweise fehlen.

Gymnasium Steglitz, Schmick





DARGELIS / BILD ZEITUNG (L.); M. TRIPPEL / OSTKREUZ (R.)

Hotline – nett und ahnungslos

Seite 90

Immer mehr Unternehmen schließen Filialen und vertrauen ihren Service stattdessen Telefonberatern an. Doch 1,5 Millionen Servicenummern sorgen bei deutschen Verbrauchern zunehmend für Frust und Ärger. Die Callcenter haben ein Image-Problem: Die Hotline-Hilfe ist meist nett, oft aber hilf- und ahnungslos.



THOMAS LOHNES / DDP

Mon Rieu!

Seite 107

Der niederländische Stehgeiger André Rieu, vermeintlicher Großverdiener der Kitsch-Klassik, hat offenbar den Bogen überspannt: Sein weit verzweigtes Firmenimperium hat Millionenschulden, auf den Immobilien des Polder-Paganinis lasten schwere Hypotheken.

Rieu



GALAZKA / SIPA PRESS

Johannes Paul II.

Papst: Wer wird Nachfolger? Seite 120

Der sieche Pontifex kann sein Amt kaum noch ausüben. Trotz schwerer Krankheit denkt Johannes Paul II. nicht an Rücktritt und begeht diese Woche sein 25-jähriges Jubiläum auf dem Petrus-Thron. Zu den Feiern treffen sich die Kardinäle aus aller Welt in Rom. Hinter den Mauern des Vatikans wird bereits um die Nachfolge geschachert.

Frontfrau gegen Mullahs Seite 124

Mit dem Friedensnobelpreis für die iranische Rechtsanwältin Schirin Ebadi kritisiert das Nobelkomitee in Oslo das Regime in Teheran und stärkt die unterdrückten Reformer. Im Interview fordert Ebadi die Freilassung aller politischen Gefangenen.



GABRIEL BOUYS / AFP

Friedensnobelpreisträgerin Ebadi

Enträtselung des Gehirns Seite 190



WOLFGANG M. WEBER

Nach der Entzifferung des menschlichen Genoms packen die Forscher nun das nächste Mega-Projekt an: Jetzt wollen sie die Gesamtheit aller Proteine im menschlichen Körper erfassen. Deutsche Forscher sollen sich dabei um den komplexesten Teil des Organismus kümmern: das Gehirn.

Gehirn eines Menschen



Die Clip-Krise Seite 114

Musikvideos sind eigentlich nichts anderes als Reklame-Filmchen der Plattenindustrie. Doch mit ihrer speziellen Ästhetik und Bildsprache mauserten sie sich zur eigenständigen Kunstform. Nun steckt das Genre in der Krise.

Madonna-Video

Nobelpreis: Ehrung für Teherans „Lady Liberty“ 124
Interview mit Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi über Demokratie und Menschenrechte im Islam 124
Nahost: Scharon nimmt Syrien ins Visier 126
Kalifornien: Schwarzeneggers hochkarätige Einflüsterer 128
USA: Bob Woodward über die Kabalen im Beraterteam von Präsident George W. Bush 130
Russland: Putrin zelebriert die gelenkte Demokratie 134
Peru: Interview mit Staatspräsident Alejandro Toledo über die Verbindung zwischen Terror und Drogen 142
Jugoslawien: Marschall Tito war ein Weiberheld 145

Sport

Fußball: Die ungewöhnlichen Methoden des Stuttgarter Erfolgstrainers Felix Magath 150
Olympia: Fehlt es Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee als Anführer der Leipziger Bewerbung an Fingerspitzengefühl? 153

Kultur

Szene: Leverkusener Ausstellung huldigt dem Maler Franz von Lenbach / Deutsche Kinomacher auf Erfolgskurs 159
Hollywood: SPIEGEL-Gespräch mit Quentin Tarantino über Gewalt im Kino und seinen neuen Film „Kill Bill“..... 162
Musik: Das ertragreiche Zusammenspiel des Komponisten André Previn mit seiner Gattin Anne-Sophie Mutter 166
Pop: Gitarrenrocker wie The Strokes und Kings of Leon sind die Helden des Herbstes ... 170
Literatur: In seinem Roman „Belles Lettres“ erzählt der Amerikaner Charles Simmons vom munteren Treiben in der Redaktion eines Kulturblatts 174
Bestseller 175
TV-Dokumentation: Claude Lanzmann über den Aufstand der Gefangenen im KZ Sobibór 178
Film: Der deutsche Regisseur Sebastian Winkels und sein Familienporträt „Sieben Brüder“ 181
Dichter: Interview mit Wolf Biermann über seine sehr freie Übersetzung eines langen Gedichtes von Bob Dylan 182

Wissenschaft · Technik

Prisma: Sprechender Staubsauger / Geisternetze gefährden Meerestiere 187
Hirnforschung: Deutsche Wissenschaftler entschlüsseln die Moleküle des Denkens 190
Tierschutz: Hühnerbarone wollen das Verbot der Legebatterien kippen 196
Automobile: Warum alle Lkw bald Harnstoff tanken müssen 200
Raumfahrt: Chinas waghalsiger Aufbruch ins All 202
Geologie: Flackerlichter auf dem Boden als Vorboten von Erdbeben 204

Briefe 8
Impressum 208
Leserservice 208
Chronik 209
Register 210
Personalien 212
Hohlspiegel/Rückspiegel 214



SPIEGEL-Titel Nr. 41/2003

„Die Massen sind ihrem Ruf mal wieder gerecht geworden. Sie wollen einfach betrogen werden oder zum Spaß ihre Großmäuler schwitzen sehen.“

Claus W. Grunow aus Glashütten (Hessen) zum Titel: „California – Das verkommene Paradies“

Hightech geht, Highlight kommt

Nr. 41//2003, Titel: California – Das verkommene Paradies

Die Autoren dieses wunderbaren Artikels haben sich nicht dazu verleiten lassen, in Pseudokritik zu verfallen, nur weil Schwarzenegger Schauspieler und Österreicher ist. Über „Arnie“ kann man ja denken, was man will, aber man sollte immer bedenken, dass ihm nichts zugeflogen ist. Er hat immer an sich gearbeitet und sich hohe Ziele gesteckt. Seine Ideale wie Fleiß, Leistungsbereitschaft, Unabhängigkeit, Ehrgeiz und Toleranz sind es, die von Herrn Schwarzenegger eine gute Politik erwarten lassen.

Ansbach (Bayern) Sebastian Meyer

Beim Terminator sprechen genug ausgeprägte individuelle Eigenschaften für einen Wechsel vom Schauspieler zum Regierer, beim deutschen Kanzler winkte im umgekehrten Fall die Arbeitslosigkeit. Und das, obwohl auch Berufspolitiker viele Talente aus der Schauspielerei aufweisen: die Kunst, sich zu verstellen, einen anderen Charakter als den eigenen anzunehmen, anders zu erscheinen, als man ist, kaltblütig sich zu erregen, etwas anderes zu sagen, als man denkt, und das so natürlich, als ob man es wirklich dächte.

Idar-Oberstein (Rhld.-Pfalz) Alfred Pfeiffer

Mit der zunehmenden Erkenntnis, dass Politik in vielerlei Hinsicht mittlerweile den Charakter einer Dauer-Soap-Sendung angenommen hat, ist die Besetzung von Staatsämtern mit Schauspielern geradezu zwangsläufig. Auch hier ist Amerika – wie in vielen anderen Dingen auch – dem alten Europa offensichtlich deutlich überlegen.

Wien Axel Hadel

In einem Film mit Arnies Action-Kollegen Sylvester Stallone wird dem eröffnet – nachdem er in der Zukunft als schießwütiger Polizist wieder aufgetaut wurde –, dass Schwarzenegger einmal Präsident war und es sogar eine Schwarzenegger-Bibliothek gibt. Stallone reagiert wie einige andere heute, nämlich fassungslos. Bleibt nur zu hoffen, dass dieser potenziell prophetische Film mit seinem Titel nicht auf die zukünftigen Handlungen Schwarzeneggers in seinem Amt schließen lässt: „Demolition Man“.

Aachen Matthias Stahnke



Werbeträger Schwarzenegger: *Frauen auf Händen*

Glückliches Kalifornien, dort lebt ein Mann namens Schwarzenegger, der seine Energie hergeben möchte, um seinen amerikanischen Traum weiter zu träumen und seiner Wahlheimat aus der Krise zu helfen. Wer sollte auch besser dafür geeignet sein als „Arnold the strong“? Er besitzt eiserne Disziplin, ist wirtschaftlich erfolgreich, er hat Anhänger in allen Gesellschaftsschichten, ist nicht abgehoben, hat noch Visionen, und er kennt das Leben von unten bis over the top. Dies macht ihn sympathisch und dürfte reichen, um auch politisch erfolgreich zu sein. Viel mehr Handwerkszeug bringen die meisten Berufspolitiker bei uns im Lande auch nicht mit. Schade eigentlich, wir könnten in Deutschland auch so einen „Schwarzenegger“ gebrauchen.

Berlin Frank Klose

Arnold Schwarzenegger würde „grapschen“, wird behauptet. So kann man das nicht stehen lassen. Die Bilder aus einer Werbekampagne für „muskelbildende Nahrungsergänzungsmittel“, für die Arnold in den siebziger Jahren auf Perry-Rhodan-Heften europaweit geworben hat, belegen, dass er Frauen auf Händen trägt. Keine Spur von Respektlosigkeit gegenüber dem anderen Geschlecht. Auch beweisen die Bilder, dass er wegen einer vermutlich krankhaften, permanenten Fäustchenbildung gar nicht in der Lage gewesen sein kann, zu „grapschen“.

Krefeld Wolfgang Hoffmann

Arnold Schwarzenegger: wieder ein amerikanischer Traum! Nur – die goldenen Zeiten sind vorbei: Immense Schulden und ein hohes Haushaltsdefizit werfen bedrohliche Schatten im Sonnenstaat Kalifornien. Hightech geht – Highlight kommt und will in 100 Tagen alles richten. Vielleicht kann jedoch dieser gutmütig dreinblickende Terminator mit kompetenten Beratern einen Teil seiner Versprechen einlösen!

München Dr.-Ing. Milan Jermar

Wie kann man denn zu viel wissen?

Nr. 40/2003, Arbeitsmarkt: Führungskräfte auf Jobsuche blitzen bei den Personalchefs ab – weil sie überqualifiziert sind

Ich kann das Geschwafel unserer Politiker, besonders das des Herrn Clement, über mehr (örtliche) Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr hören. Es sind schon lange nicht mehr nur die 50-plus, die keinen Job finden, auch wir 35-plus stehen



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 14. Oktober 1953

CSU-Abgeordneter Franz Josef Strauß will erster Verteidigungsminister der Bundesrepublik werden Aber schlechten Eindruck bei Adenauer gemacht. **Ost-Berliner SED-Funktionäre planen, West-Berlin von Bonn loszureißen** Unsicherheit wird mit Falschmeldungen genährt. **Französische Arbeiter-Priester zieht es zum Kommunismus** Mit dem Christentum vereinbar? **Skandal bei Intendant Gustaf Gründgens** Schauspieler entlassen. **Neue Architektur für neue Pädagogik** Offenere Bauweise.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Präsidentin der Uno-Vollversammlung Widschaja Lakschmi Pandit

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

zwischenzeitlich auf dem Abstellgleis und werden zu Sozialhilfeempfängern „gemacht“. Mich macht das alles zunehmend krank – psychisch wie physisch!

Hamburg Monika Hebestreit

Wenigstens weiß ich jetzt, dass ich kein Einzelfall bin: Als gelernte Rechtsanwältin wollte ich mich beruflich neu orientieren und habe mich unter anderem als Assistentin des Bürgermeisters einer hessischen Kleinstadt beworben. Ich erfüllte alle Anforderungen, übergab meine Bewerbungsunterlagen persönlich, führte ein nettes Gespräch und konnte zusätzlich kommunalpolitische Erfahrung vorweisen. Den Job hätte ich mit links erledigt und wäre damit vollauf zufrieden gewesen. Nach Erhalt einer Standardabsage erfuhr ich am Telefon vom Bürgermeister, dass er keinen „Tausendsassa“ (O-Ton) wolle. Konsequenz: Demnächst bewerbe ich mich als unscheinbare graue Maus und stelle mein Licht unter den Scheffel.

Offenbach (Hessen) Tanja Gutte

Das war schon in der DDR so. War der Parteisekretär geistig unterlegen, hatte man auch nichts mehr zu lachen. Das Ergebnis kennt man. Irgendwann war das wirtschaftliche Ende da. Die Polen werden dann schon mit Wissen und Können einspringen und deutsche Fremdarbeiter einstellen. Das System ist nun mal am Ende – politisch und wirtschaftlich. Was soll da noch anspringen? Etwa der Geist der Hirnlosen?

Serba (Thüringen) S. Kubelke

Bei mir war das so ähnlich. Ich bin Maschinenbautechniker und war im technischen Verkauf tätig. Mein Chef hatte immer was zu korrigieren, ohne Rücksprachen war kein Brief zu schreiben. Der gelernte Bürokaufmann hatte die Firma von seinem Vater geerbt. Technisches Wissen hatte er sich angeeignet, aber wenn es ins Detail ging, hatte er Mängel, die er geschickt überspielte. Als ich mal nicht anwesend war, begrüßten Kunden meinen Chef, gingen jedoch wieder. Das hat ihn gewurmt und eines Tages war an meiner erfolgreichen Arbeit immer ein wenig mehr falsch, den Rest kann man sich denken.

Kerken (Nrdrh.-Westf.) Franz J. Jansen

Zur neuesten Problemgruppe gehören Menschen wie ich, die sprichwörtlich immer über- oder unterqualifiziert sind. Wie das geht? Ich bin in „besseren Zeiten“ als Nichtakadamiker zu hoch geflogen für die Ansprüche des Personalchefs im Jahr 2003. Nun bin ich 31 Jahre, habe immer noch den größten Teil meines Arbeitslebens vor mir und komme keinen Zentimeter vom Fleck. Arbeitslose Akademiker können zumindest noch auf qualifizierte Stellen hoffen, Leute wie ich nur noch auswandern oder von der Brücke springen.

Wöllstadt (Hessen) Thorsten Fritzel



GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Arbeitsuchende: *Licht unter den Scheffel stellen*

Nicht wenige Führungskräfte gelangten nach dem so genannten Peter-Prinzip in ihren Firmensessel. Opportunismus war dabei Verhaltensmaxime. Solche Leute stellen keine qualifizierten Arbeitslosen ein, haben sie doch schon genug Probleme, mit vorhandenen intelligenten Mitarbeitern angemessen umzugehen.

Münster (Hessen) Peter Burkard

Wie kann man denn bloß zu viel wissen?! Pfiffige Personalchefs sollten sich doch frohgemut und Preis-Leistungs-bewusst derer bedienen, die ihre gute Ausbildung derzeit bereitwillig zu Dumping-Preisen anbieten. Ich schlage vor, das Wort „Überqualifizierung“ zum Unwort des Jahres zu benennen!

Nienburg Andrea Kieser

Herbe Rüge erteilt

Nr. 40/2003, Autoren: Albert Vigoleis Thelen schildert eine Lesung des jungen Martin Walser

In dem launigen Brief von Albert Vigoleis Thelen vom März 1967 über einen Auftritt Martin Walsers in Genf verpasste mir der üppig barocke Dichter eine herbe Rüge, weil ich im „Monat“ eine „peinliche Apologie“ des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger geschrieben habe, „der doch eigentlich den Rest seiner Tage mit einer Kugel am Bein“ im Zuchthaus verbringen müsste. „In einem Aufwaschen“, meinte der Fabulant, werde „auch dem 3. Reich der Segen erteilt“. Das Porträt des Regierungschefs der Großen Koalition versuchte, ein faires Bild des Mannes zu vermitteln, der die Macht mit dem Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt zu teilen hatte – und erinnerte an die „kollektive Raserei, die man Nazismus“, an die „institutionelle Geisteskrankheit, die man das Dritte Reich nennt“. Ein „Segen“ für die Nazis war das nicht.

Berlin Klaus Harpprecht



RALPH ORLOWSKI / DDP

IG-Metall-Chef Peters
Wasser predigen, heimlich Wein trinken?

Abgeschriebene Mitglieder

Nr. 40/2003, Gewerkschafter: Die Immobiliengeschäfte des IG-Metall-Chefs Jürgen Peters

Die Moral in diesem Lande ist am Boden, daher wundert mich die Sache nicht. Trotzdem: Wenn ich Gewerkschaftsmitglied wäre, würde ich spätestens jetzt nicht mehr zuschauen, sondern austreten.

Germering (Bayern) — Marc Marian

Meine Erfahrung in Aufsichtsräten ist, dass die Berufsgewerkschaftler mit den Vertretern der großen Konzerne austauschbar sind. Die echten „Kapitalisten“ sind mir inzwischen lieber als diese heuchlerischen Gewerkschaftsführer, die Wasser predigen und heimlich Wein trinken.

Halle — Wolfgang Kupke

Ungesetzliches ist bisher nicht zu finden, so richtig Anstößiges auch nicht, da müssen dann offenbar Klischees, Vorurteile, Tratsch und Gerüchte ran. Garniert mit vollkommen unhaltbaren Vergleichen. Peinlich.

Hamburg — Stefan Merke

Ein Aspekt dürfte für die Herren auch noch die Abschreibung der Denkmalobjekte sein. Ihre Mitglieder haben sie wohl schon abgeschrieben.

Dietersheim (Bayern) — W. Hofmann

Eindeutige Bevorzugung

Nr. 40/2003, Evolution: SPIEGEL-Gespräch mit dem Biologen Simon Conway Morris über die zwangsläufige Entwicklung vom Einzeller zum Menschen

Die nach Ansicht von Conway Morris so notwendig konvergent verlaufene Evolution – Subtext: Alles ein göttlicher Plan genau zum Menschen hin – sollte er mal anhand des Schicksals der Bonobos und der Schimpansen erläutern, die nur ein Zufall – der Kongo-Fluss – auseinander dividierte.

Nürnberg — Klaus Kreiner

Morris hat nicht die langen Reisezeiten berücksichtigt, die intelligente Wesen von anderen Planeten zur Erde benötigen würden oder umgekehrt. Kein Lebewesen könnte unbeschadet Tausende Jahre unterwegs sein. Ergo haben keine Aliens die Erde besucht und werden Menschen nie über bewohnte Planeten herfallen können.

Friedberg (Hessen) — Heino Robert



THUERINGEN PRESS / ACTION PRESS

Bonobo-Affen: *Welcher Zwang schuf den Zufall?*

Ihr Interview ist geeignet, uns von der anthropozentrischen, immer noch mittelalterlichen Denkweise ein wenig wegzubringen. Wenn allein in unserer Milchstraße 50 Millionen bewohnbare Planeten existieren – warum sollten darunter nicht welche mit erdähnlichen Lebensbedingungen sein? Warum kann nicht auf etwa 100 000 dieser Planeten die Entwicklung vom Bakterium zum Menschen fortgeschritten sein – da doch die Natur dazu neigt, „immer auf die gleichen Lösungen zurückzugreifen“?

München — Dr. Karl Friedrich Schäfer

Die Aussagen von Professor Conway Morris sind einleuchtend, aber zu kurz gegriffen. Ist das Vorhandensein eines wie auch immer gearteten Stoffes schon Zufall? Welcher Zufall schuf das Prinzip des Zufalls einer nicht mehr zu übersehenen Kombinierbarkeit? Oder noch einmal anders: Welcher Zwang schuf den Zufall, nein, der Zwang dazu war ebenfalls Zufall. Oder?

Neumünster — Joachim Pelz

Ihre Frage, warum in der Natur das Rad nicht vorkommt, die von Herrn Morris relativ lapidar abgetan wurde, finde ich sehr absurd. So, wie das Rad in der Technik vorkommt, ist es ein frei gelagerter Körper auf einer Achse. Wie soll denn ein organisch gebildeter Körper, der auf eine Blutversorgung angewiesen ist, sich frei drehen können, oder umgekehrt, wie soll etwas, das ohne Kontakt zum Körper ist, sich regenerieren können? Ohne eigenen Stoffwechsel würde es nur allzu schnell absterben.

Giessen — Karsten Meyer

Morris hat Recht, wenn er die darwinistische Sichtweise anzweifelt. Auch chemische Systeme, welche die Möglichkeit haben, mehrere unterschiedliche Reaktionspfade zu gehen, bevorzugen eindeutig denjenigen, der pro Zeiteinheit die meiste Entropie liefert. Diese Tendenz zu Grunde legend, lassen sich nicht nur die physikalische und die chemische Evolution zwanglos erklären, sondern auch die Entstehung von Leben, Intelligenz und Bewusstsein.

Dortmund — Dr. Franz Brauers

Gehöriger Flurschaden

Nr. 40/2003, Hochschulen: Wie Studentenausschüsse das Geld der Kommilitonen verschleudern

Ihr Artikel erweckt den Eindruck, als wären erst vor kurzem Gelder missbraucht worden. Der Vorfall datiert aber aus 1998. Beim „gut gehen lassen“ handelte es sich um ein strategisches Treffen mit Mitgliedern des Kuratoriums der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft. Ferner erachte ich den Asta nicht als Relikt der Alt-68er-Bewegung, sondern als wichtigen Erbringer von Dienstleistungen, die den Studierenden für sieben Euro im Semester das Leben an der Hochschule ein ganzes Stück erleichtern.

Berlin — Felix Natschinski
Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

Mit ihrem Pamphlet richten Sie gehörigen Flurschaden an und liefern die Steilvorlage für „alle RCDSler“ der Republik, brutalstmöglich die Finanzskandale „aller Asten“ aufzuklären und „alle Asta-Aktivisten“ über einen Kamm zu scheren.

Heidelberg — Hendrik Heinl

Es ist sicher richtig, dass viele Asten mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld verantwortungslos umgehen. Andererseits gibt es Studentenvertretungen, die mit knapp 4000 Euro pro Semester auskommen müssen. Mitunter führt das dann dazu, dass die wenigen Engagierten Projekte aus eigener Tasche vorfinanzieren müssen. Spontane Aktionen sind somit fast unmöglich. Das Ziel muss deshalb die verstärkte finanzielle Kontrolle der Asten und Sprecherräte durch studentische und universitäre Organe sein.

Bamberg — Benjamin Brake
Sprecherrat a. d. Otto-Friedrich-Universität

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de

In einer Teilauflage befinden sich ein Umhefter des SPIEGEL-Verlags, ein Beikleber von Unicef, Köln, sowie Beilagen von IBM Deutschland, Stuttgart, Günther Staatl. Lotterie, Bamberg, Gmeiner-Fonds, München, Charles Tyrwhitt Shirts, London, und der „FAZ“, Frankfurt am Main.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPD

Verjüngtes Präsidium

Bei der SPD zeichnet sich nach dem Parteitag im November in Bochum eine deutliche Verjüngung des Parteipräsidiums ab. Bei den Posten der stellvertretenden Parteivorsitzenden dürfte Ute Vogt, 39, den Platz von Familienministerin Renate Schmidt, 59, einnehmen. Unter den Beisitzern strebt der Thüringer Landeschef Christoph Matschie, 42, den Ostposten von Christine Bergmann, 64, an. Ausscheiden wird voraussichtlich Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, 60. Für ihren Platz will – mit guten Aussichten – die ehemalige Juso-Vorsitzende Andrea Nahles, 33, kandidieren. Hoffnungen auf einen Platz im 14-köpfigen Parteipräsidium macht sich auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Harald Schartau, 50. Er könnte möglicherweise Finanzminister Hans Eichel, 61, verdrängen. Im Gespräch ist aber auch, Ministern einen Sonderstatus zu gewähren. Keine wesentliche Verjüngung ist beim Ersatz von Gerhard Schröders Vize Rudolf Scharping, 55, zu erwarten. Für ihn will der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, 54, ins Präsidium aufrücken. Bei den Frauen, für die eine 40-Prozent-Quote gilt, wird die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, 54, als Kandidatin gehandelt. Gewählt wird das Gremium alle zwei Jahre vom Parteivorstand, der sich in Bochum neu konstituiert. Als ungefährdet gelten neben Parteichef Schröder seine Stellvertreter Wolfgang Thierse, Wolfgang Clement und Heidemarie Wieczorek-Zeul, Generalsekretär Olaf Scholz, Fraktionschef Franz Müntefering, Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier sowie Bildungsministerin Edelgard Bulmahn.



MARTIN STORZ

Schröder, Vogt (2001)

Weiter bergab

„Wird sich der Niedergang der SPD Ihrer Meinung nach bei den 13 Kommunal- und Landtagswahlen bis Ende nächsten Jahres fortsetzen, oder erwarten Sie eine Trendwende, wenn die Reformen erst einmal in Kraft sind?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. und 8. Okt.; Angaben in Prozent; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

EUROPÄISCHE UNION

Kampfbereit – auch ohne Nato

Hinter den Kulissen arbeiten Regierungsbeamte in Paris, London und Berlin weiter mit Hochdruck an der Schaffung autonomer militärischer Strukturen für die Europäische Union – obwohl der Aufbau eines prestigeträchtigen Hauptquartiers im Brüsseler Vorort Tervuren abgeblasen wurde. Grundlage der Bemühungen ist eine bislang geheime Übereinkunft der Regierungschefs Gerhard Schröder, Jacques Chirac und Tony Blair vom 20. September in Berlin, in der auch Blair anerkennt, es sei „notwendig, Operationen der EU zu planen und effektiv zu führen, die ohne Rückgriff auf die Mittel und Kapazitäten der Nato stattfinden“. Bis zum EU-Gipfel in dieser Woche sollen Spitzenbeamte in Berlin, Paris und London noch an einem Konzept für konkrete Schritte zu einer eigenen Planungs- und Führungseinheit feilen. Sie soll mittelfristig auch Einsätze „hoher Intensität“ führen können, also Kampfeinsätze. Falls nicht alle EU-Staaten mitmachen wollen, so die Ansage der drei Chefs der größten Mitgliedsländer, werde man eine „strukturierte Zusammenarbeit“ der „interessierten Partner“ ins Leben rufen.



STEFAN BONESS / IPON

Chirac, Schröder, Blair (in Berlin)



MELDEPRESS / ULLSTEIN BILDERDIENST

Essensausgabe bei der Bundeswehr (in Hilden)

BUNDESWEHR

Nervige Nadelstiche

Neue Sparvorhaben sorgen in der Bundeswehr für heftigen Unmut. Die zivile Wehrverwaltung verlangt, dass Zeit- und Berufssoldaten für die Verpflegung in der Kaserne künftig fast doppelt so viel bezahlen sollen wie bisher: 6,53 statt 3,60 Euro pro Tag. So sollen jährlich etwa 12 Millionen Euro eingespart werden – gemessen am Bundeswehr-Haushalt von 24,2 Milliarden Euro ein Kleckerbetrag. Hart sind auch die Auswirkungen jüngster Beschlüsse zur Besoldung: Die Regierung will zwar die Gehälter ein wenig aufbessern, kürzt aber zugleich Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Für einen ledigen Oberfeldwebel steht der Gehaltserhöhung um 170 Euro im kommenden Jahr ein Minus von 700 Euro bei Weihnachts- und Urlaubsgeld gegenüber, wie der Deutsche Bundeswehr Verband vorrechnet. Soldaten im Ausland beschweren sich derweil zunehmend, dass der Bund ihnen bei Einsätzen wie in Kabul monatlich bis zu 95 Euro für die Unterbringung in Zelten und Containern berechnet. Aus Sorge um nachlassende Motivation der Truppe durch solche „Nadelstiche“ hat Heeresinspekteur Gert Gudera intern verlangt, die „Containermiete“ (Truppenjargon) abzuschaffen und das Verpflegungsgeld nicht anzutasten.

GESETZGEBUNG

Lobbyisten bei Eichel

Die enge Zusammenarbeit des Bundesfinanzministeriums mit Lobbyisten wird den Bundestag beschäftigen. Der haushaltspolitische Sprecher der Union, Dietrich Austermann, hat zu dem Thema eine Anfrage im Parlament gestartet. Der Hintergrund: Eine Juristin des Bundesverbandes Investment und Asset Management e. V. arbeitete kürzlich für einige Wochen im Ministerium von Hans Eichel, dabei wurde sie von ihrem Verband weiterbezahlt. Während ihres Gastspiels im Ministerium wirkte die Expertin maßgeblich am Entwurf eines Gesetzes mit, das den Verkauf so genannter Hedge-Fonds in Deutschland ermöglichen soll. Diese gelten als besonders risikoreich und sind hier zu Lande bislang verboten. Laut Austermann war dies keineswegs der erste Fall, bei dem Gesetze in engster Zusammenarbeit mit Lobby-Gruppen, etwa dem Bundesverband Deutscher Banken, entworfen wurden. Der CDU-Parlamentarier nennt es einen „Skandal, dass ein Ministerium mit 2200 Leuten nicht den Sachverstand aufbringt, Finanzgesetze ohne fremde Hilfe auf den Weg zu bringen“. Ein „Armutszeugnis für die Demokratie“ sei es, wenn die Behörde dieses Manko auch noch mit fremdbezahlten Interessenvertretern ausgleiche.



JEAN-CLAUDE ERNST / LUXPRESS

Eichel

STEUERREFORM

Vertrauliche Vermittlung

Für ein Vorziehen der Steuerreform sind die Chancen gestiegen: Bei einem vertraulichen Treffen haben Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und sein Bremer SPD-Kollege Henning Scherf, derzeit Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, jetzt einen Kompromiss zwischen den beiden großen Parteien skizziert. Demnach könnte die Steuerreform nur zur Hälfte vorgezogen werden. Lediglich die Steuersätze für mittlere und kleine Einkommen würden sinken, der Spitzensteuersatz bliebe dagegen hoch. Die von der Bundesregierung geplante Neuverschuldung würde dadurch weitaus geringer ausfallen, als von Bundeskanzler Gerhard Schröder geplant. Statt wie bisher 15 Milliarden Euro Steuerausfall müssten nur 8 Milliarden gegenfinanziert werden. Beust leitet im Auftrag von CDU-Chefin Angela Merkel die Arbeitsgruppe Steuerpolitik der Unionsministerpräsidenten.

Ein zweiter Kreis von Vermittlern versucht hinter den Kulissen des Bundestags, die Neuverschuldung zu reduzieren. „Wir werden am Dienstag Vorschläge ausarbeiten, wie weitere zwei bis drei Milliarden Euro eingespart werden können“, so die haushaltspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Antje Hermenau. Die Grünen setzen auf einen stärkeren Subventionsabbau.

Der Bundeskanzler sieht derzeit keinen Anlass, auf die Änderungswünsche einzugehen. Noch hofft er, zunächst im Bundestag eine eigene Mehrheit für die Steuersenkung auf Pump zu bekommen. Im Bundesrat zählt er auf die Stimmen der CDU-geführten Länder Thüringen und Baden-Württemberg – deren Zustimmung gilt selbst in der CDU als wahrscheinlich.



MARCO-URBAN.DE

Beust, Scherf

Werbeseite

Werbeseite

KINDERGELD

Längere Wege

Empfänger von Kindergeld müssen sich auf weitere Wege beim Kontakt mit den Behörden einstellen. In zahlreichen Städten will die Bundesanstalt für Arbeit die Kindergeldabteilungen schließen. Das geht aus einem internen Schreiben der Nürnberger Zentrale an die Landesarbeitsämter hervor. Danach will Behördenchef Florian Gerster die Zahl der so genannten Familienkassen von derzeit 179 auf 105 reduzieren. Zusammengelegt werden zum Beispiel die Kindergeldabteilungen in Bochum und Gelsenkirchen, Stralsund und Rostock, Lübeck und Kiel oder Heidelberg und Mannheim. In welchem Ort die Familienkassen jeweils angesiedelt werden, ist noch offen. Dazu sollen die Landesarbeitsämter „Vorschläge unterbreiten", heißt es in dem Schreiben.



SKYPHOTO

Airbus-Werksflughafen in Hamburg-Finkenwerder

AIRBUS

Unnötiges Projekt

Die Behauptung der Airbus Deutschland GmbH, für den geplanten Ausbau des Fluggiganten A380 sei eine Verlängerung der Landebahn des Flughafens in Hamburg-Finkenwerder unverzichtbar, wird inzwischen auch von einem Airbus-Experten bezweifelt. Bislang argumentiert das Unternehmen, um die Fracht-Version des Jets, der in Hamburg lackiert und ausgestattet wird, an Kunden ausliefern zu können, müsse die Bahn von 2684 auf 3273 Meter verlängert werden. Kritiker halten das für unnötig, gleichwohl unterstützt der Hamburger Senat das umstrittene Projekt und will es notfalls mit Enteignungen der dafür nötigen Grundstücke durchsetzen. Doch der Bremer Airbus-Ingenieur Franz-Rudolf Brühl, der Ende September vor Hamburger Kollegen über das Thema „Auch Schwergewichte heben ab" referierte, sieht keinen Bedarf. Von einem Zuhörer befragt, ob die Landebahnverlängerung für den A380-Frachter nötig sei, antwortete der Experte für Flugphysik: „Nein".



SACHS / EPD

Türkische Hochzeit (in Köln)

ZWANGSHEIRAT

Bleiberecht für Opfer?

Baden-Württembergs Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck (FDP) fordert mehr Schutz für junge Frauen, die gegen ihren Willen verheiratet werden. Nach Expertenschätzungen werden in Deutschland jährlich mehrere tausend Frauen zwangsverheiratet, die meisten sind Musliminnen. In der Regel sind die Frauen und Mädchen zwischen 14 und 19 Jahre alt. Die meisten kommen aus islamischen Familien aus der Türkei, Marokko oder dem Kosovo. Widerstand brechen Angehörige oft mit Psychoterror oder Prügel. „Zwangsheirat ist eine klare Menschenrechtsverletzung", sagt Werwigk-Hertneck. Deshalb solle Opfern mehr Hilfe, gegebenenfalls auch ein dauerhaftes Bleiberecht angeboten werden. Die Ministerin will prüfen, ob sich das Strafrecht so verschärfen lässt, dass Täter leichter belangt werden können. Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes fordert schon länger, Zwangsverheiratung als Delikt in das Gesetz aufzunehmen.

KINDERPORNOGRAFIE

Schwuso-Chef erpresst?

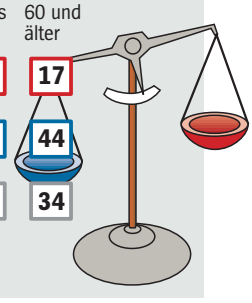
Möglicherweise Opfer einer Erpressung ist der zurückgetretene Bundesvorsitzende der Schwulen und Lesben in der SPD (Schwusos), Michael Engelmann, geworden. Der homosexuelle Bremer Bürgerschaftsabgeordnete wird verdächtigt, mit Kinderpornografie gehandelt zu haben. Er hat deshalb in der vergangenen Woche alle Ämter aufgegeben. Belastet wird Engelmann durch die Strafanzeige eines Internet-Nutzers aus Kiel und Erkenntnisse des Bundeskriminalamts. Doch die Polizei war dem 34-Jährigen auch durch einen Hinweis aus dem niedersächsischen Oldenburg auf die Spur gekommen. Und dort wird derzeit gegen einen angeblichen Kinderschutz-Verein ermittelt, der in einschlägigen Sex-Foren nach Interessenten für Kinderpornos sucht. Statt jedoch mögliche Straftäter anzuzeigen, schrieb der Verein „Abmahnungen": Für 2000 Euro verzichte man darauf, Daten an die Polizei weiterzugeben. Solch ein Schreiben erhielt offenbar auch Engelmann. Ob der Politiker gezahlt hat, ist unklar. Er äußert sich weder zu den Vorwürfen noch zu etwaigen Schweigegeld-Zahlungen.

Nachgefragt

Die Last der Jugend

„In Deutschland wird zurzeit viel über Generationengerechtigkeit debattiert. Sind Sie der Meinung, dass bei uns eher die Alten, insbesondere die Rentner, oder eher die Jüngeren, insbesondere die jungen Familien, benachteiligt werden?"

	gesamt	Alter in Jahren: 18 bis 29	30 bis 45	46 bis 59	60 und älter
Ältere/Rentner sind benachteiligt	13	14	8	14	17
Jüngere/junge Familien sind benachteiligt	46	39	52	45	44
Lasten sind mehr oder weniger gerecht verteilt	35	38	35	34	34



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. und 8. Oktober; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht"/ keine Angabe

Werbeseite

Werbeseite



MARKUS SCHREIBER / AP

Regierungschefs Putin, Schröder*: *Die russischen Säuberungsaktionen in Tschetschenien sind kein Thema mehr*

REGIERUNG

„Neue Aufgaben, neuer Kurs“

Im Schatten einer hitzig geführten Reformdebatte verändern Kanzler Schröder und sein Vize Fischer zielstrebig die Koordinaten der Außenpolitik: Diplomatie und Geschäft sind kein Widerspruch mehr, die behäbige Bundeswehr soll zur Interventionsarmee umgebaut werden.

Die deutsche Außenpolitik hat zurzeit drei Gesichter – zum Beispiel das von Peter Struck.

Im fernen Colorado Springs, beim Treffen mit 18 weiteren Nato-Ministern auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Shiever, setzte ein fünfstündiges „Übungsseminar“ dem Berliner Verteidigungsminister arg zu. Per Computerspiel wurde ein Angriff von Terroristen auf den Westen simuliert. Gefordert war die schnelle Reaktion der Nato.

Struck erkannte sogleich, dass die komplizierten Regeln, nach denen die heimische Bundeswehr an den jeweiligen Einsatzort geschickt wird, dafür nicht geeignet sind. Der Parlamentsvorbehalt, also das Recht des Deutschen Bundestags, Militäreinsätze starten oder stoppen zu dürfen, würde er gern kippen: „Es wäre richtig“, verkündete er noch an Ort und Stelle, „wenn man die Entscheidungen beschleunigen könnte.“ Struck hatte schon zu Hause schmissig befunden: „Neue Aufgaben, neuer Kurs.“

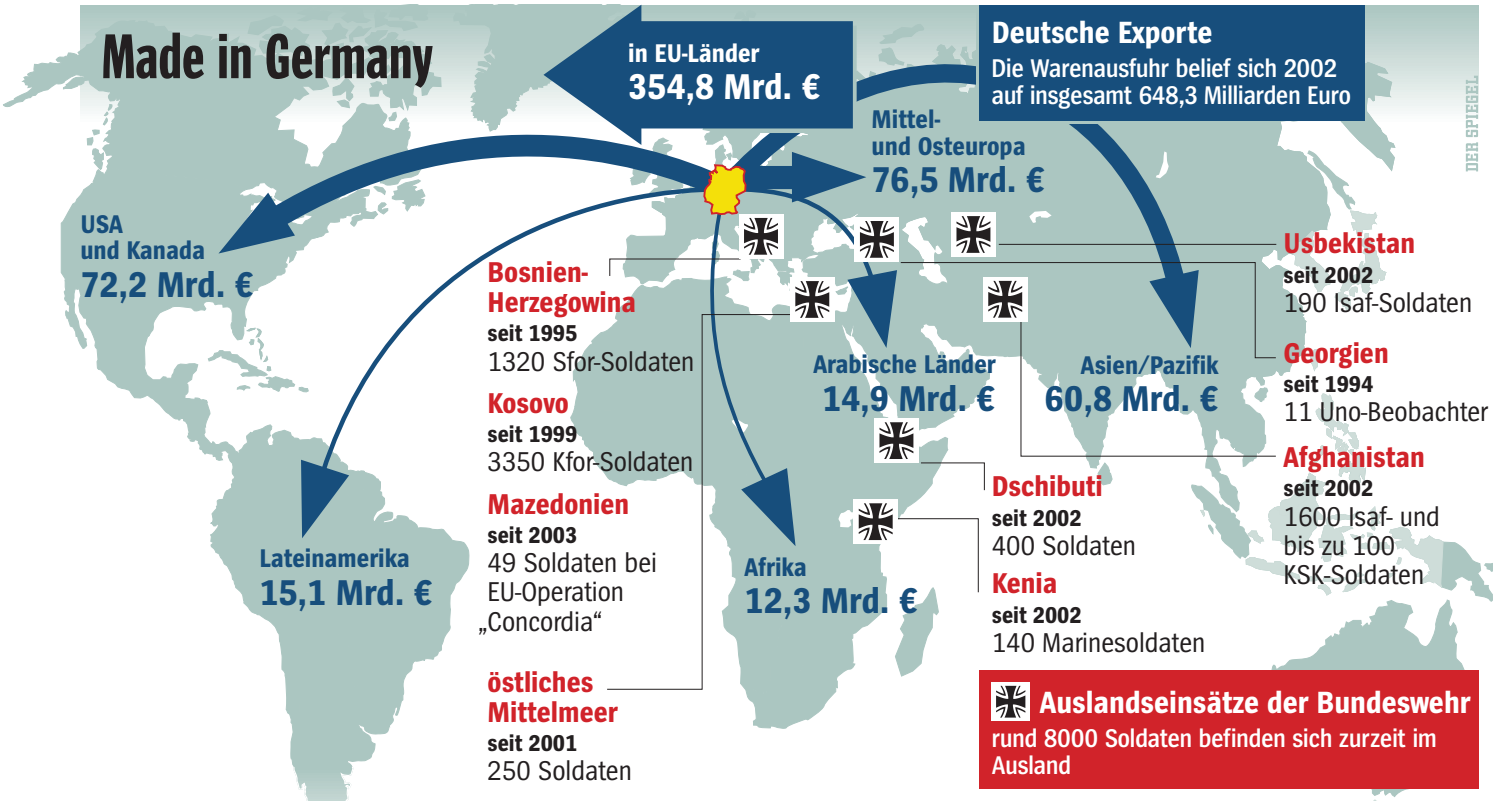
Das zweite Gesicht ist das von Gerhard Schröder. Der Bundeskanzler macht bei seinen weltweiten Ausflügen, die ihn allein in den letzten 20 Tagen nach New York, Rom und Kairo, in mehrere arabische Staaten und schließlich nach Jekaterinburg im Ural führten, keinen Hehl daraus, dass Politik und Geschäft zusammengehören wie die Butter zum Brot. In seinem Gefolge konnten Großkonzerne aus der Bundesrepublik Milliardenaufträge einfahren, was den Regierungschef sichtlich befeuerte: „Da ist für uns Deutsche noch mehr drin.“

Das dritte Gesicht ist das von Joschka Fischer, der in der vergangenen Woche intern ankündigte, auch er wolle nun Teil der Deutschland AG werden und verstärkt Wirtschaftsdelegationen auf seine Reisen mitnehmen. Die Premiere findet Ende Oktober beim Ausflug nach Südafrika statt.

Im Schatten der innenpolitischen Reformdebatte versucht die Regierung, ihre Außenpolitik neu zu bestimmen: Die Bundesrepublik soll sich als „europäische Mittelmacht“ (Schröder) etablieren – so viel Normalität wie möglich, so viel Rücksichtnahme auf die deutsche Vergangenheit wie nötig. Was früher verpönt war, gilt nun als hochwillkommen – und umgekehrt.

- Die Menschenrechtsfrage, einst der Kristallisationspunkt rot-grüner Oppositionspolitik, ist im Regierungsalltag weiter nach hinten gerückt – und neuerdings fast ganz verschwunden. Die russischen Säuberungsaktionen in Tschetschenien sind kein ernsthaftes Thema mehr. Die Diskriminierung von Frauen in Saudi-Arabien schrumpft vom Skandal zur kulturellen Besonderheit.
- Die Bundeswehr, einst das Feindbild von linken Sozialdemokraten und Grünen, soll zur Interventionsarmee umgebaut werden. Das Ziel ist eine Berufsarmee, die von der Regierung flexibler

* Am vergangenen Donnerstag in der Allerheiligen-Kirche in Jekaterinburg.



als heute in den Einsatz geschickt werden kann.

▶ Voll verinnerlicht hat nun auch die Koalition die in allen Industriestaaten gängige Praxis, gute Geschäfte der heimischen Unternehmen als lohnenswertes Ziel der Außenpolitik zu definieren. Der Kanzler ist zum ersten Handlungsreisenden seines Staates geworden.

Die deutsche Vergangenheit verliert dagegen für die praktische Politik zunehmend an Bedeutung. Die Angriffskriege und Kriegsverbrechen der Wehrmacht und vor allem die Ermordung von Millionen europäischer Juden sind zwar nirgendwo vergessen, aber sie wirken sich kaum noch auf den Alltag aus.

Sentimentale Auftritte wie der von Joschka Fischer am vorvergangenen Sonntag in Marzabotto sind die Ausnahme: Auf Italienisch und mit Tränen in den Augen hatte sich der Minister da für ein deutsches Massaker an der Dorfbevölkerung im Zweiten Weltkrieg entschuldigt.

Berliner Außenpolitik, so der Grüne noch vor drei Jahren, stehe immer „mit einem Bein in der Vergangenheit“. Doch mittlerweile sind die Regierenden auch hier auf dem Sprung in eine „neue Normalität“, wie es Schröders ehemaliger Kulturbeauftragter Michael Naumann einst formulierte. Der Regierungschef war schon zu Beginn seiner Regierungszeit wild entschlossen, das „Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“ auch im Ausland zu repräsentieren.

In immer kürzeren Abständen bricht er nun mit den Tabus der Nachkriegspolitik. Der Konflikt mit den Vereinigten Staaten in Sachen Irak war dabei nur der Auftakt. Was als Wahlkampfpose begann, hat sich zur Grundposition der Regierung verdichtet.

Seit Monaten wird vor den Vereinten Nationen um die Nachkriegsordnung im Irak gerungen. Die Deutschen und viele andere Staaten sind – wie die Amerikaner – bisher zu keinem Zugeständnis bereit. Die Koalitionäre pochen darauf, dass die Regierungsgeschäfte von den US-Militärs bald an die Iraker übergeben werden – „aus legitimatorischen Gründen“, so Schröder.

In der arabischen Welt trat der deutsche Kanzler in der vergangenen Woche ein über das andere Mal mit dem Selbstbewusstsein eines Politikers auf, der Recht behalten hat. Die täglichen Nachrichten vom blutigen

* Links: mit Palästinenser-Führer Jassir Arafat; rechts: mit US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.


AMMAR AWAD / REUTERS / E-LANCE MEDIA


VIRGINIA MAYO / DPA

Deutsche Außenpolitiker Fischer, Struck*: *„Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“*



PAUL HAHN / LAIF

Bundeswehrsoldaten (in Kabul): *Weltweiter Kampf statt Landesverteidigung*

Alltag in Bagdad und andernorts bestätigen seine Gegnerschaft zum Krieg.

Ohne eine Beteiligung der Iraker ist für ihn eine gedeihliche Entwicklung des Landes nicht vorstellbar. „Darüber wird mit denen, die noch anderer Ansicht sind, zu reden sein“, sagt er mit aufreizender Lässigkeit. Und damit alle begreifen, wie wohl sich der Außenpolitiker Schröder fühlt, fügt er in gleicher Tonlage hinzu: Er habe „niemanden in der Region getroffen“, der da anderer Meinung sei.

Parallel zur neuen Nüchternheit in den deutsch-amerikanischen Beziehungen ist auch im Umgang des Regierungschefs mit Israel ein veränderter Zungenschlag zu vernehmen. Der politische Nachfahr Willy Brandts, der mit dem Kniefall vor dem Warschauer-Ghetto-Mahnmal ein weltweit beachtetes Zeichen setzte, schreckt vor deutlicher Kritik an der Regierung in Jerusalem immer weniger zurück.

Deren Raketenangriff auf mutmaßliche Dschihad-Ausbildungslager in Syrien, denen erneut ein Terroranschlag gegen israelische Zivilisten vorangegangen war, nannte er von arabischem Boden aus und im Beisein des ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak „nicht akzeptabel“. Hier sei „die Souveränität eines anderen Landes verletzt“ worden.

In der Bundesrepublik scheinen die kleinen und größeren Verschiebungen in der Architektur deutscher Außenpolitik kaum bemerkt zu werden. So fällt der Widerstand in den eigenen Reihen der Koalition – so er sich überhaupt artikuliert – eher kleinlaut aus. Zu Wort meldeten sich bislang allein die üblichen grünen Bedenkenträger Angelika Beer und Hans-Christian Ströbele.

Die einstige Lieblingsübung von Genossen und Ökopaxen, auf Auslandsreisen die Menschenrechtsfrage einzuklagen, hat sich weitgehend erledigt. Der Kanzler und sein Vize kommen stattdessen als Freunde oder Partner.

Das war nicht immer so.

Nachdem Helmut Kohl 1995 mit einer deutschen Wirtschaftsdelegation China besuchte, forderte Joschka Fischer, Peking müsse „unablässig mit der Demokratie- und Menschenrechtsfrage konfrontiert werden, auch wenn es mit dem Entzug von Aufträgen droht“. Und der damalige SPD-Bundestagsfraktionschef Rudolf Scharping fand es „nicht erträglich“, wie der christdemokratische Regent solche unverzichtbaren Forderungen zum „Ornament der Außenwirtschaft“ verkommen lasse.

Nicht minder hart ging Rot-Grün zu Oppositionszeiten mit der Russland-Politik der alten Bürgerblock-Koalition ins Gericht. Karsten Voigt, damals außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und die einstige Grünen-Chefin Krista Sager fanden es 1996 „beschämend“, dass Kohl beim Besuch seines Duzfreundes Boris Jelzin nichts zu den russischen „Metzeleien in Tschetschenien“ gesagt habe.

Diese moralische Rigorosität ist passé. Schröder blieb, im wohlverstandenen Interesse seines Landes, nun ebenfalls stumm. Bereitwillig ließ er sich in Jekaterinburg für die Selbstinszenierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin als eine Art Nachfolger der Zaren einspannen.

Gegen Ende des Gipfels besuchte der Deutsche mit dem Russen in der Allerheiligen-Kirche das „Erschießungszimmer“ und die Grabplatte für Nikolaus II., zündete an zwei Altären Kerzen an und schaute seinem Freund Wladimir beim Küssen der Reliquien zu. Als die beiden die Kirche verließen, war die aus der Bannmeile ausgesperrte Bevölkerung nur in Umrissen zu erkennen – Symbol für ein autokratisches Regime, dem das Bad in der Menge eher fremd ist.

Schröder will nicht die Zustände anderer Länder ändern – sondern die des eigenen.

Interessiert hörte er zu, wie Putin vor allem auf die Frage reagierte, ob das russische Öl auch in Euro abgerechnet werden könne: „Ich schließe nicht aus“, sagte der Gastgeber, „dass das möglich ist.“ Natürlich würde ein solcher Schritt das Gewicht der jungen europäischen Währung auf den Weltmärkten beträchtlich erhöhen.

Auch die „Neubewertung der Tschetschenien-Frage“, die Schröder unter dem Eindruck des 11. September verkündete, entfaltet ihre Wirkung. Statt beispielsweise Kritik an der manipulierten Wahl in der Kaukasus-Provinz zu üben, verteilten des Kanzlers Beamte eine Erklärung der Europäischen Union – fürs Gewissen ist danach die EU zuständig.

Geschäftlich dagegen melden sich die Deutschen lauter und fordernder zu Wort und profitieren davon, dass Russland, aber auch viele andere Länder darauf bedacht sind, ihre Handelsbeziehungen zu den USA nicht zu dominant werden zu lassen. Die den Kanzler begleitende Wiesbadener Firma „Smiths Heimann“ kann auf eine millionenschwere Investition des russischen Innenministeriums und des Geheimdienstes hoffen: Auf allen Zufahrtstraßen nach Moskau soll der hessische Mittelständler zur Bekämpfung des tschetschenischen Terrorismus Röntgen-Schleusen zur Überprüfung von Lastwagen auf Sprengstoff installieren.

Schon bisher läuft es für die deutschen Exporte im Reich Putins wie geschmiert. Die Exporte stiegen zwischen 1998 und 2002 von 7,4 Milliarden auf 11,4 Milliarden Euro. In der ersten Hälfte 2003 wurden Waren im Wert von 6,7 Milliarden Euro umgesetzt – was auf das Gesamtjahr gerechnet ein Plus von 18 Prozent gegenüber 2002 bedeuten könnte.

Die Aussichten scheinen tatsächlich rosig: Der Kanzler und seine Wirtschaftsdelegation unterzeichneten am vergangenen Donnerstag Abkommen und Absichtserklärungen für fünf strategische Großprojekte – das Auftragsvolumen beträgt insgesamt mehrere Milliarden Euro.

Der Energiegigant Gasprom will zusammen mit Ruhrgas und Wintershall eine Pipeline durch die Ostsee bauen, E.on mit dem Konzern Rao Jes ein Kraftwerk bei Sankt Petersburg errichten. Das deutsch-russisch-ukrainische Betreiberkonsortium für die Gasleitungen in den Westen soll vorangebracht werden, die Deutsche Bahn AG möchte mit den russischen Eisenbahnen enger kooperieren.

Wo immer der Kanzler in der vorigen Woche hinreiste, konnte er die Dividende seines Widerstands gegen die Kriegspolitik der USA einstreichen.

Denn die Regierungen, mit denen Schröder sich traf, wollen allesamt ihre Abhängigkeit von den Amerikanern reduzieren. „Das nennt man in der Wirtschaft Diversifikation“, dozierte der Gast aus Berlin in Dubai – und wer wäre da ein besserer



MARC DARCHINGER

China-Besucher Schröder, Clement, Gastgeber Zhu Rongji (2002): *Moralische Rigorosität passé*

Partner als die Deutschen? „Die sagen hier alle Europa, aber sie meinen uns“, freute sich einer seiner Vertrauten.

Und die heimische Wirtschaft hat die Signale verstanden. Auf der viertägigen Tour in den Mittleren Osten wie bei dem zweitägigen Trip ins sibirische Jekaterinburg begleiteten den Regierungschef große Delegationen von Topmanagern, etwa der Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, Siemens-Boss Heinrich von Pierer oder der Vorstandsvorsitzende der E.on, Wulf Bernotat. Die Liste der Geschäftsabschlüsse und der unterzeichneten Absichtserklärungen ist imposant.

Die staatliche Fluglinie der Vereinigten Arabischen Emirate orderte kürzlich 71 neue Jets – davon 45 bei Airbus und lediglich 26 bei Boeing. Zudem gaben die Scheichs einem deutschen Architektenteam den Auftrag, den Bau des über 200 Meter hohen und 45 000 Quadratmeter großen Büroturms der Handelskammer in Abu Dhabi zu planen. Volumen: mehr als 60 Millionen Euro.

Die Firma Dornier Consulting bohrt zusammen mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit in der Wüste mehrere hundert Brunnen und untersucht die Wasserbewegungen. Siemens wird vor der Küste Dubais am Bau des ersten Unterwasserhotels der Welt beteiligt.

Auch die Volkswagen AG wird demnächst – gemeinsam mit örtlichen Partnern – eine Produktionsstätte eröffnen.

Die deutschen Exporte in die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich zwischen 1999 und 2002 auf über drei Milliarden Euro praktisch verdoppelt. Und in den ersten fünf Monaten dieses Jahres stieg die Ausfuhr – trotz eines kleinen Einbruchs nach Beginn des Irak-Kriegs – um fast fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Schon 2004 könnten die Emirate ihrem Nachbarn Saudi-Arabien den Rang als wichtigster deutscher Handelspartner in der Region streitig machen.

Noch allerdings liegt Riad vorn. Deutsche Firmen exportierten 2002 Waren und Dienstleistungen im Wert von 3,4 Milliarden Euro in das Königreich, ein Plus von über 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die mitgereisten Wirtschaftsbosse erfreuten sich jetzt abermals eindrucksvoller Zusagen: Die Rheinmetall AG erhielt den Auftrag, die 36 Spürpanzer „Fuchs“ des Staates zu erneuern – demnächst wollen die Saudis ihren Bestand kräftig aufstocken. Die Deutsche Bank wird in Riad als erstes westliches Kreditinstitut eine Niederlassung eröffnen. Sie erhofft sich dabei vor allem, im Geschäft mit den superreichen Kunden voranzukommen.

Insgesamt werden die Exporte in den Nahen und Mittleren Osten laut Industrie- und Handelskammertag im Jahr 2003 um 6,8 Prozent steigen, für 2004 erwartet der Verband ein Plus von 10,7 Prozent. Den Geschäftsführer der Deutsch-Arabischen Handelskammer in Kairo, Peter Göpfrich, erstaunt das nicht: „Es gibt zahlreiche Boykottaufrufe gegen amerikanische Waren im arabischen Raum.“

Die Regierung in Washington wird das nicht gern sehen – aber zumindest aus einem weiteren Merkmal neuen deutschen Selbstbewusstseins Nutzen ziehen.

Denn den vielleicht grundlegendsten Wandel bereitet Rot-Grün derzeit in der Militärpolitik vor. „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“, heißt es im Grundgesetzartikel 87 a. „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, so weit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Solche Prinzipien werden nun offenbar bis ans Limit ausgereizt.

Endgültig vorbei sind die Zeiten, in denen in der Bundesrepublik ein Konsens darüber bestand, dass „nie wieder Krieg“ geführt werden dürfe. „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen“, hatte sogar der junge Franz Josef Strauß einst getönt.

Fünf Jahrzehnte später wird die nach heftigen Protesten gegründete Bundeswehr entschieden in Richtung Interventionsarmee getrimmt. Eine interne Weisung des Verteidigungsministers Peter Struck an seinen Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan beschreibt die neuen Grundlagen der deutschen Militärdoktrin: „Der weltweite Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, heißt es dort, „steht im Mittelpunkt der militärischen Planung.“

Weltweiter Kampf statt Landes- und Bündnisverteidigung – die Konsequenzen dieses Paradigmenwechsels werden gewaltig sein: „Die wahrscheinlichsten Einsätze müssen in den Mittelpunkt der Planungen gestellt werden“, verlangt Struck.

Schneiderhan, der schon unter CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe für Grundsatzfragen zuständig war, plädiert seit langem für eine erweiterte Definition des Begriffs „Verteidigung“. Nun darf er mit dem Segen seines Chefs die nötigen „harten Schnitte“ (Struck) durchführen:

- Die Truppe wird auf 250 000 Mann reduziert, die Zahl der Wehrpflichtigen auf nur noch 50 000.
- Die Zahl der Zivilbeschäftigten, bisher knapp halb so groß wie die der Soldaten, soll auf 75 000 eingedampft werden.
- Mehr als hundert der noch verbliebenen Standorte sollen geschlossen werden. „Entscheidend ist der militärische Nutzen“, predigt der Verteidigungsminister. Wenn die Reform greift, zieht er nur noch diejenigen Wehrpflichtigen ein, die er auch gebrauchen kann.

Struck und Co. betrachten die Wehrpflicht mittlerweile offenkundig als Auslaufmodell. Auf der Hardthöhe gilt die Reform als willkommene Zwischenetappe, die Bundeswehr an ein Leben ohne Wehrpflichtige zu gewöhnen und ihre Abschaf-



BONN-SEQUENZ / ULLSTEIN BILDERDIENST

Anti-Schröder-Demonstration (1999)
„Mit einem Bein in der Vergangenheit“

fung vorzubereiten. Für eine Interventionsarmee sind Berufssoldaten besser geeignet.

Seit dem Beginn des Anti-Terror-Krieges, hat der Wehrminister bereits verkündet, werden „Deutschlands Interessen am Hindukusch verteidigt“. Und ähnlich wie der erste Kanzler der Republik, Konrad Adenauer, verlangen Schröder und Fischer für ihren militärischen Beitrag auch eine Gegenleistung: den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

So dürfte nun auch die letzte Bastion des ursprünglichen rot-grünen Antimilitarismus bald geschleift werden – jener „Parlamentsvorbehalt“, die 1994 vom Bundesverfassungsgericht verfügte Bedingung, dass Auslandseinsätze außerhalb des Nato-Gebietes der „konstitutiven Zustimmung“ des Bundestags bedürfen. Schon seit Monaten brütet eine Arbeitsgruppe der Regierungskoalition über dem Entwurf eines „Parlamentsbeteiligungsgesetzes“. Die Abläufe sollen gestrafft werden.

Wie sehr das nach seiner Auffassung nötig ist, hatte der Berliner Verteidigungsminister am Donnerstag vergangener Woche in Colorado Springs erlebt. Fast alle seine Kollegen, wurde ihm dort schmerzlich bewusst, können selbst entscheiden, ob sie Truppen für die neue „Nato Response Force“ bereitstellen wollen – nur er muss bislang eine Kabinettsitzung, drei Lesungen des Bundestages und zwei Sitzungen der Ausschüsse für Verteidigung und Äußeres über sich ergehen lassen.

Schröder und Fischer, die ewigen Debatten im Bundestag ohnedies längst leid, sinnen auf Abhilfe. In ihrer Umgebung wird Struck für seinen abrupten Vorstoß dennoch getadelt, weil er damit die laufenden Beratungen für ein „Beteiligungsgesetz“ eher gefährden könnte. Offiziell lehnte Schröder am Freitag jede Stellungnahme ab.

Dass der bisher rigide gehandhabte Parlamentsvorbehalt früher oder später fällt, ist nun erstmals möglich. Anfang der neunziger Jahre ging es den deutschen Parteien darum, Auslandseinsätze der Bundeswehr so schwierig wie möglich zu machen – der Krieg als letztes Mittel. Doch heute, wo Deutschland sich an acht internationalen Militärmissionen beteiligt, hat sich die Beweislast umgekehrt.

Wichtig ist es der Regierung nun, dabei zu sein – je schneller, desto besser. Von der Mahnung der grünen Parteivorsitzenden Angelika Beer, wer den Vorbehalt abschaffe, entmündige das Parlament, wird sie sich kaum noch beirren lassen.

Denn der Bundeskanzler will sein Land auch auf militärischem Gebiet in die „neue Normalität“ führen. Das Ende der Wehrpflicht ist nur mehr eine Frage der Zeit – und niemand bestreitet das noch. „Wer in diese Richung denkt“, so Schröder kürzlich in vertrauter Runde, „denkt nicht verkehrt.“

Ralf Beste, Petra Bornhöft, Wolfgang Reuter, Harald Schumann, Gabor Steingart

UNION

Das eiserne Mädchen

Heftiger Richtungskampf und neue Rollenspiele bei den Konservativen: Angela Merkel übt Härte, Edmund Stoiber profiliert sich als soziales Gewissen. Ausgerechnet Roland Koch will vermitteln.



BJÖRN HAKE / ACTION PRESS

CDU-Chefin Merkel in Düsseldorf*: *„Gut gemeint ist nicht gut gemacht“*

Was soziale Kälte ist, musste Norbert Blüm vergangenen Dienstag am eigenen Leib erfahren. Fast acht Jahre hatte er mit Angela Merkel an einem Kabinettstisch gesessen, aber als sie bei ihrer Rede auf der CDU-Regionalkonferenz in Düsseldorf die Errungenschaften der Ära Kohl lobte, erwähnte sie den früheren Arbeitsminister nicht.

Blüm saß mit zusammengekniffenen Lippen direkt vor dem Rednerpult und wartete vergebens auf seinen Namen. Als er seiner Parteichefin kurz darauf „saloppen Snobismus“ vorwarf, hagelte es Buh-Rufe. „Wie gut, dass Ihre Rente sicher ist“, verspottete ihn einer von der Basis.

Am Tag darauf, als Blüm beim Frühstück saß, rief ihn sein Freund Heiner Geißler an, der ehemalige CDU-Generalsekretär. „Ziemlich deprimierend, wir müssen was machen“, sagte Geißler, 73, der Blüms Auftritt im Fernsehen gesehen hatte. „Ja, es ist höchste Zeit zurückzuschlagen“, pflichtete Blüm, 68, ihm bei.

Der Aufstand der alten Männer ist Teil eines Richtungskampfs, wie ihn die Union lange nicht erlebt hat. Das Verschwinden einer politischen Welt, in der sie sich heimisch fühlten, durchleiden derzeit viele Parteimitglieder. Mit ungekannter Härte und Entschiedenheit treibt die Vorsitzende ihr Reformprogramm voran, das eine Kommission unter Vorsitz von Altbundespräsident Roman Herzog für sie erarbeitet hat. Damit fordert sie nicht nur den linken Flügel heraus, sondern auch ihre Mitbewerber im Kampf um die Kanzlerkandidatur.

Die 49-jährige promovierte Physikerin will, dass das Gesundheitssystem neu konstruiert und die Pflegeversicherung privatisiert wird. Statt immer kürzer sollen die Menschen länger arbeiten. Es sind nicht nur Eckpfeiler von 16 Jahren Unionspolitik unter Helmut Kohl, die sie entsorgen will. Merkel möchte die Sozialsysteme so kräftig umpflügen, dass alle noch auf den Reichskanzler Bismarck zurückgehenden Konzepte nach und nach aus dem Programm der Partei verschwinden würden. Am Ende stünde, da haben

Volkspartei

CDU/CSU-Wähleranteil laut aktueller Sonntagsfrage unter:

▶ Rentnern	52 %
▶ Angestellten/Beamten	50 %
▶ Freiberuflern/ Selbständigen	49 %
▶ Arbeitern	47 %
▶ Arbeitslosen	37 %
Insgesamt	**50 %**

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. und 8. Oktober; rund 1000 Befragte

* Mit dem NRW-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer am 7. Oktober.

Blüm und Geißler Recht, eine andere CDU – und, nach einem Machtwechsel, wohl auch ein anderes Land.

Dabei gehört der Stolz auf die sozialen Errungenschaften mindestens ebenso ins christdemokratische Traditionskabinett wie das Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Bislang galt in der Union der Grundsatz, dass der Dauerkonflikt zwischen Wirtschaftsflügel und Sozialausschüssen ertragen werden müsse. Als erste CDU-Vorsitzende will Merkel ihn entscheiden.

Das erklärt die heftigen Reaktionen auf ihre Ankündigungen. Merkels CSU-Fraktionsvize Horst Seehofer zeigte sich „schockiert". CDU/CSU-Mittelstandschef Peter Rauen warf den Sozialpolitikern im Gegenzug vor, sie handelten „grob fahrlässig, unseriös und verantwortungslos". Der Einsatz ist hoch, der Ton entsprechend scharf.

Die Zeiten, in denen Merkel die Wonnen der Unentschiedenheit genießen konnte, gehen zu Ende. So lange jeder Wortführer hoffen durfte, zu guter Letzt würde sich die Vorsitzende auf seine Seite schlagen, war ihr viel Sympathie gewiss. Nun spaltet sie, nach einem im Sommer gereiften Plan, die Union in Gegner und Freunde ihrer Position.

Vor allem aus der CSU kommt Widerstand. Die Bayern profilieren sich als Hüter christdemokratischer Traditionen, Parteichef Edmund Stoiber gibt die Rolle des sozialen Gewissens der Union. Erstmals seit seiner Kür zum Kanzlerkandidaten Anfang 2002 liefern sich die Schwesterparteien eine offene Konfrontation.

Dabei hatte sich Stoiber vor der bayerischen Landtagswahl im September noch als Radikalreformer gegeben. Die bewusst abwartende Kollegin nervte er mit einem „Akutprogramm für den Sanierungsfall Deutschland", das er nicht mit ihr abgesprochen hatte. Darin war viel von Einschnitten, Reformen und Leistungskürzungen die Rede.

Doch nachdem sich die CDU-Chefin öffentlich zum grundlegenden Umbau des Sozialstaates bekannt hatte, änderte Stoiber die Melodie. Auf einer Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch sagte er an Merkels Adresse, es gehe nicht, dass Millionen Bürger zu Empfängern von Transferzahlungen degradiert würden. „Der Sozialstaat muss reformiert, aber das Kind darf nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden." Die Berliner Oppositionschefin, von der Attacke aus München überrascht, mahnte Stoiber am Donnerstagmorgen telefonisch, den Streit nicht eskalieren zu lassen.

Der bayerische Ministerpräsident sieht eine gute Gelegenheit, sich im Ringen um die Kanzlerkandidatur als Hüter der sozialen Gerechtigkeit auszuzeichnen. Es schmeichelt ihm, wenn der Vorsitzende der christdemokratischen Arbeitnehmerschaft, Hermann-Josef Arentz, verkündet: „Von der CSU lernen heißt siegen lernen." Stoiber möchte in der großen Schwesterpartei Anhänger sammeln, am liebsten gleichzeitig als Anwalt der kleinen Leute und als Reformer. Damit der Spagat gelingt, will er sich möglichst wenig festlegen.

Das Rentenkonzept, das Stoiber angekündigt hat, soll vor allem eine Sammlung von Wohltaten enthalten: 50 Euro Beitragsrabatt für jedes Kind, keine Beitragssteigerung auf mehr als 20 Prozent, die Witwenrente wird nicht gekürzt, das Renteneintrittsalter nicht erhöht. Wie das finanziert werden soll, lässt der Bayer lieber offen.

In der Gesundheitspolitik will Stoiber eigene Vorschläge erst gar nicht vorlegen. „Wir haben ein bewährtes System", sagt er – unbeeindruckt vom Szenario der Kassen, sie könnten die Beiträge womöglich nicht, wie nach den jüngst beschlossenen Einschnitten geplant, absenken.

Stoiber weiß, dass ihm eine zweite Kanzlerkandidatur verwehrt bleibt, wenn er in der CDU polarisiert. Der Ruf nach harten Reformen vom harten Stoiber klingt einstweilen gefährlicher als der Ruf nach harten Reformen von der netten Merkel. Entsprechend moduliert er seine Tonlage – mit Erfolg: Laut einer SPIEGEL-Umfrage ist der Bayer zurzeit der zweitbeliebteste Politiker in Deutschland (siehe Seite 52).

Allerdings darf er sich auch nicht zu sozialdemokratisch gerieren, weil er dann in Konflikt gerät mit den Jungen in seiner Partei. Auch die drängen auf Reformen. „Der Umbau der Pflegeversicherung ist ein Modellprojekt", sagt der Vizesprecher der jungen Unionsabgeordneten im Bundestag, Georg Fahrenschon.

Das schränkt Stoibers Handlungsmöglichkeiten ein. Darum streuen seine Vertrauten, der Dissens sei eigentlich gar nicht so groß. „Am Ende werden wir zu einer gemeinsamen Position kommen", sagt ein Präsidiumsmitglied der CSU.

Um einen Kompromiss bemüht sich nun vor allem Roland Koch, hessischer Ministerpräsident und dritter Anwärter auf die Kanzlerkandidatur der Union. Bislang eher als Hardliner bekannt, übt er sich plötzlich als Moderator. Koch hat sich zwar im Prinzip für die von Merkel favorisierte Kopfpauschale ausgesprochen. Zugleich macht er sich aber die Bedenken Stoibers und der Sozialausschüsse zu Eigen. „Ich gebe zu, dass es mir nicht passt, dass der soziale Ausgleich über Steuern stattfinden soll", sagt er.

Allein im Gesundheitswesen wären nach einer Umstellung auf gleiche Beiträge für alle über 27 Milliarden Euro aus Steuermitteln für sozial Schwache nötig. Die vorgeschlagenen Änderungen bei Rente und Pflege würden den Betrag auf mehr als 50 Milliarden Euro ansteigen lassen. Wie der Fiskus das Geld eintreiben soll, darüber sagen Herzog und Merkel nichts.

Nun prüfen Kochs Fachleute, ob der Sozialausgleich nicht auch über Beiträge erfolgen kann. Sein Vertrauter, der CDU-Rentenexperte Andreas Storm, regt an, neben dem Bundeshaushalt einen separaten „Sozialetat" zu bilden, auf den der Finanzminister keinen Zugriff hätte. Gespeist würde dieser Sonderfonds nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern aus einer „solidarischen Gesundheitsabgabe", wie Storm sagt.

In zwei Wochen will Koch seine Vorschläge präsentieren. Er hofft, damit zu schaffen, was der Parteivorsitzenden noch nicht gelungen ist: CDU und CSU, Wirt-

Gegner der Merkel-Pläne zum Umbau der Sozialsysteme



BERND THISSEN / DPA

„Die Welt der Angela Merkel ist nicht meine CDU."

Norbert Blüm



MICHAEL PANCKOW / ACTION PRESS

„Diese Belastungen würden viele Bürger überfordern."

Edmund Stoiber



MARKUS SCHREIBER / AP

„Selten hat mich etwas so schockiert wie diese Vorschläge."

Horst Seehofer

„Unplausible Annahmen“

Der Herzog-Plan für eine radikale Sozialreform, rügt Konkurrent Rürup, basiere auf fragwürdigen Daten.

Wenn CDU-Chefin Angela Merkel in diesen Tagen eine ihrer Regionalkonferenzen abhält, geht es zu wie bei einer Managersitzung. Bunte Grafiken werden an die Wand geworfen, dicke Tabellenbände liegen auf den Tischen, endlose Kolonnen von Zahlen und Fakten schüchtern unkundige Zuhörer ein. Die umstrittenen Herzog-Vorschläge zum Umbau der Sozialsysteme, so das Signal, sind allesamt sauber durchgerechnet und wissenschaftlich fundiert.

Daran gibt es Zweifel. Ein internes Papier aus der von der Regierung bestellten Rürup-Kommission übt deutliche Kritik am Zahlenwerk der CDU-Konkurrenz. Von „unplausiblen Annahmen“ ist die Rede, von „unvollständigen Basisdaten“ und „unsinnigen Durchschnittsbetrachtungen“. Kern der Vorwürfe: Der Expertenkreis um Altbundespräsident Roman Herzog habe die Entwicklung der gesetzlichen Alters- und Pflegekassen zu pessimistisch und die Möglichkeiten privater Kapitaldeckung zu optimistisch bewertet.

So gehen die Herzog-Rechnungen davon aus, dass die Arbeitslosenquote in den nächsten Jahrzehnten nahezu unverändert bei über neun Prozent verharrt. In den Langfristprognosen der Regierung sowie nahezu aller unabhängigen Institute wird dagegen regelmäßig ein deutlicher Rückgang spätestens ab 2020 unterstellt. Dass die CDU-Kommission eine steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren anstrebt, schlage sich „nicht in den Daten zur Arbeitslosigkeit nieder“, monieren die Kritiker um den sozialdemokratischen Wirtschaftsprofessor Bert Rürup. Zudem weise das oppositionelle Expertenteam „die Zahl der Beschäftigten ohne geringfügig Beschäftigte“ aus.

Ebenso irreführend finden die Rürup-Leute die Aussage zur Pflegeversicherung. So rechnet Herzog bis 2030 mit einem Beitragsanstieg von heute 1,7 Prozent auf 2,6 Prozent des Bruttolohns, wenn die Leistungen nicht angepasst werden. Um das System vollständig auf Kapitaldeckung umzustellen, kalkuliert der Christdemokrat mit einem nicht dramatisch höheren Beitragssatz von 3,2 Prozent. Nach Meinung der Regierungsexperten dagegen dürfte das „nicht ausreichen“, erforderlich seien „circa 4 Prozent“.

Nicht weniger Zweifel haben die Rürup-Wissenschaftler am Zahlenta-



KARSTEN HENNIG / ACTION PRESS

Reformer Merkel, Herzog: *„Unsinnige Durchschnittsbetrachtungen“*

bleau für die Rente. So schlägt die Herzog-Kommission beispielsweise vor, dass Arbeitnehmer, die 45 Jahre lang eingezahlt haben, bereits mit 63 in Rente gehen können. Dass eine solche Regelung die Alterskassen aber zusätzlich belastet, sei in den CDU-Prognosen nicht „gegengerechnet“, so das Papier. „Falsch“ sei außerdem die Annahme, dass durch eine Erhöhung des tatsächlichen Renteneintrittsalters Geld zu sparen wäre. Schließlich müssten Frührentner Abschläge in Kauf nehmen, deshalb sei „die langfristige Wirkung gleich null“.

Dass die Herzog-Vorschläge auf einer fragwürdigen Datenbasis beruhen, räumen hinter vorgehaltener Hand sogar Unionsexperten ein. Die Verantwortung freilich reichen sie an die Unternehmensberatung McKinsey weiter, die das CDU-Konzept durchgerechnet hat.

„Was wir von denen an Zahlen bekommen haben“, sagt ein Mitglied der Herzog-Kommission, „war unglaublich schlecht.“

MICHAEL SAUGA

schafts- und Sozialflügel auf eine Linie zu bringen. Ganz nebenbei hätte er seiner Vorsitzenden und Konkurrentin eine kleine Niederlage beigebracht. Sie hat sich für die Steuerfinanzierung stark gemacht.

Während Stoiber und Koch ihre soften Seiten entdecken, macht Merkel auf eisernes Mädchen. Den Kampf um die Macht führt sie in bewährter Manier derzeit dort, wo sie am ehesten Zustimmung findet, an der Basis. Auf sechs Regionalkonferenzen will Merkel ihr Konzept vorstellen. Die ersten beiden Auftritte in der vergangenen Woche waren für sie ermutigend. Die Basis murrt, aber sie murrt leise. Nur die Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse griffen die Herzog-Vorschläge, die mit fragwürdigen Zahlen arbeiten (siehe Kasten), frontal an. „Was wäre ein Staat ohne Gerechtigkeit anderes als eine große Räuberbande“, zitierte deren Chef Arentz den Heiligen Augustinus.

„Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken und nur angenehme Dinge zu verkünden“, sagte die Parteichefin etwa in Erfurt und bekam dafür großen Beifall. Die Sozialpolitik der Regierung Kohl, in der sie selbst acht Jahre Ministerin war, hatte sie zuvor mit kühlem Spott abgefertigt: „Gut gemeint ist nicht gut gemacht.“

Bei der Christdemokratin hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass ihr tastender Kurs nicht in erster Linie den Kanzler in Schwierigkeiten brachte, sondern sie selbst. So erfand sich Merkel neu – und wenn sie damit Erfolg hat und nicht abermals umschwenkt, könnte sie eine Art deutsche Maggie Thatcher werden.

Die verfolgte als britische Premierministerin von 1979 bis 1990 einen harten Konfrontationskurs. Dabei habe die Eiserne Lady darauf geachtet, dass es langfristig mehr Gewinner als Verlierer gibt, schreibt der Historiker Dominik Geppert jetzt in einem Buch („Maggie Thatchers Rosskur – ein Rezept für Deutschland?“).

Geppert vergleicht die Lebensläufe von Thatcher und Merkel und findet einige Ähnlichkeiten: ein naturwissenschaftliches Studium, Aufstieg während einer existenziellen Krise der Partei. Aber die Britin, schreibt der Zeitgeschichtler, habe auch deshalb radikal auftreten können, weil sie als Parteichefin der Konservativen automatisch Zugriff auf die Spitzenkandidatur hatte.

Die Berliner Oppositionsführerin dagegen muss sich ständig in Machtkämpfen behaupten und ihre Positionen womöglich doch noch abschleifen. Statt zur „deutschen Thatcher“ würde sie zur „Maggie von Mecklenburg“, wie Außenminister Joschka Fischer jetzt schon spottet.

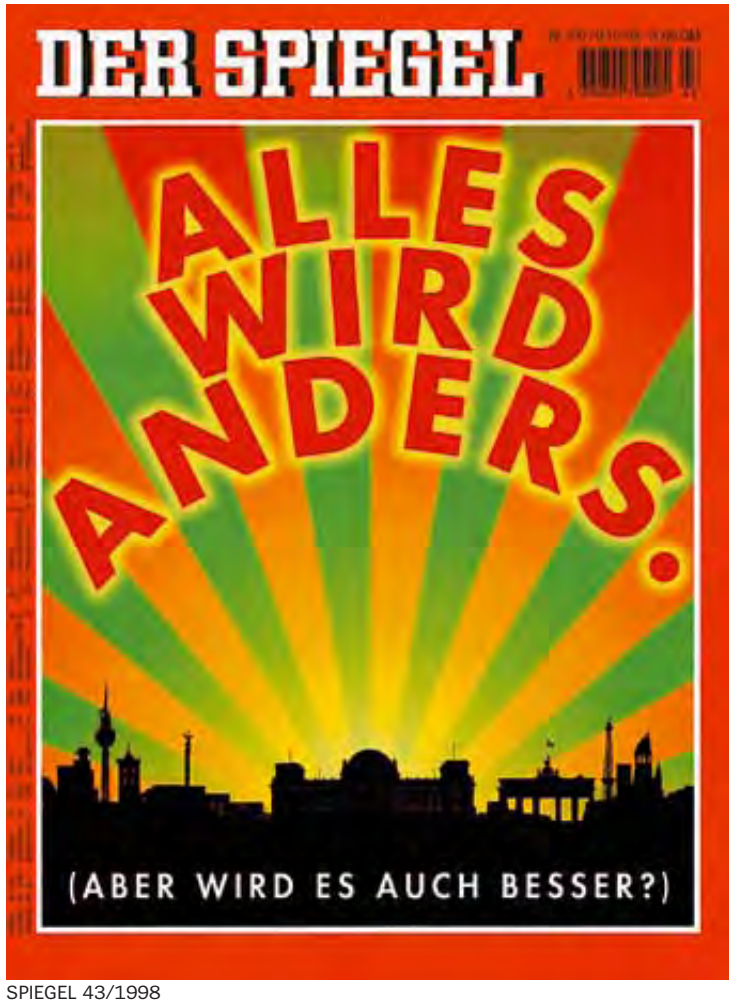
RALF NEUKIRCH, CHRISTOPH SCHULT

Werbeseite

Werbeseite



SPIEGEL 35/1997



SPIEGEL 43/1998

Reform-Haus Deutschland

Herzog oder Rürup, Kopfprämie oder Bürgerversicherung – wer blickt da noch durch? Regierung und Opposition überbieten sich mit immer neuen Vorschlägen zum Umbau des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme – ein Wegweiser durch das Dickicht der Reformen.

Was haben sie die sechs bearbeitet. Sie haben sie beschimpft und bedroht, sie haben sie gestreichelt und massiert. Ob es etwas half, wird sich am Freitag im Bundestag zeigen, wenn über Hartz III und IV abgestimmt wird, die neuen Arbeitsmarktgesetze der Regierung. Sie regeln, welche Jobs ein Arbeitsloser annehmen und ob er erst seine Lebensversicherung zu Geld machen muss, bevor er das neue Arbeitslosengeld II erhält.

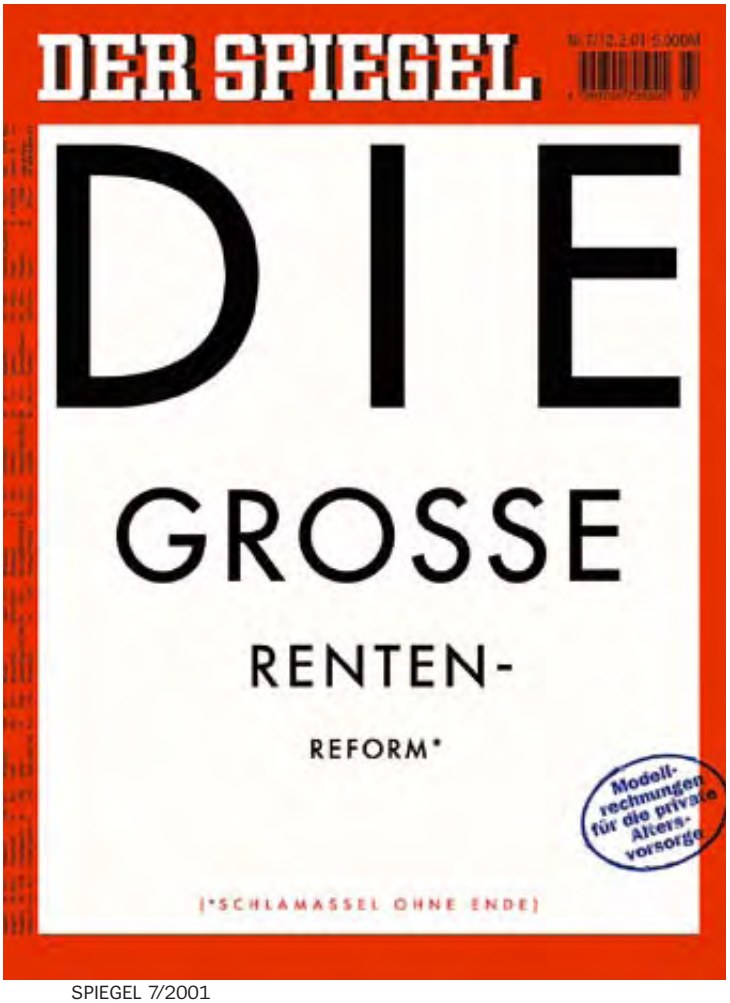
Für sechs Abgeordnete der SPD sind das Zumutungen, die ihrer Vorstellung einer sozial gerechten Politik zuwiderlaufen. An der Basis werden die Rebellen als Helden gefeiert. Bei einer Gewerkschaftsveranstaltung in Magdeburg jubelten die SPD-Mitglieder und -Sympathisanten dem Schröder-Widersacher Ottmar Schreiner zu. SPD-Generalsekretär Olaf Scholz, der ebenfalls auftrat und den Regierungskurs verteidigte, wurde mit eisigem Schweigen bedacht.

Für Kanzler Gerhard Schröder ist das Gesetz ein Beweis für die Reformfähigkeit der SPD. Allenfalls „Präzisierungen“ will SPD-Fraktionschef Franz Müntefering noch zulassen. Substanziell gebe es keine Veränderungen, er führe deshalb auch „keine Verhandlungen“ mit den Abweichlern, betonte er streng. An diesem Montag nun sollen nach einer kleinen rot-grünen Koalitionsrunde die letzten Kompromisslinien ausgelotet werden.

Sechs gegen den Rest: Ihr Votum könnte entscheiden, ob der Kanzler eine Mehrheit in den eigenen Reihen für seine Politik hat – oder nicht. Bleiben die Abweichler allesamt hart, nehmen sie in Kauf, dass Schröder, wie angedroht, zurücktritt.

Den Reformprozess aber wird die Abstimmung, wie immer sie ausgeht, nicht stoppen. Denn das ist das Spannende – und das Neue – an der aktuellen Situation: Alle führenden Politiker des Landes scheinen entschlossen, die Republik so gründlich umzukrempeln wie niemals zuvor. Das Steuersystem und die Subventionen, das System der sozialen Sicherung und sogar die Tabus des Arbeitsmarktes, etwa der Kündigungsschutz – nichts ist vor dem Willen zur Veränderung sicher.

Mit einer Mischung aus Angst und Neugier verfolgt die Bevölkerung, wie der Re-



SPIEGEL 7/2001



SPIEGEL 39/2003

Reform-Titel: *Nach Jahren des Verdrängens nimmt die deutsche Politik die Wirklichkeit zur Kenntnis*

formeifer um sich greift und immer neue Kommissionen immer neue Schlagwörter kreieren. Kaum hatte sich das Publikum an den Regierungsberater Bert Rürup und seine wohl sortierte Krawattensammlung gewöhnt, machte ihm für die Opposition der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog Konkurrenz, der schon vor Jahren – damals vergebens – gefordert hatte, es müsse ein Ruck durch die Gesellschaft gehen.

Nun ruckt und zuckt es allerorten. „Alle haben geschrien: ‚Reformen, Reformen, Reformen.‘ Jetzt haben wir den Salat. Jetzt klatschen sie uns praktisch täglich eine Reform über den Scheitel“, spottet der Kabarettist Richard Rogler. „Ganz Deutschland ein Reform-Haus.“

Rürup und Herzog sollten beide das System der sozialen Sicherung – Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – an die veränderten demografischen Bedingungen anpassen. Beide kommen zu teils ähnlichen, teils aber auch ganz anderen Ergebnissen.

Der Arbeitsmarkt wird nach dem Modell des VW-Managers Peter Hartz umgebaut. Die Gesetze heißen denn auch Hartz I, II, III und IV, auch wenn nicht alles Original-Hartz ist, was drinsteht.

Und noch ein Herr mit grauem Haar macht plötzlich als Reformer Karriere, einer, der wohl selbst nicht mehr damit gerechnet hatte: Paul Kirchhof.

Mitte der neunziger Jahre, noch als Richter am Bundesverfassungsgericht, sandte er ein Memorandum an den damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel. Das Papier verschwand nahezu unbeachtet im Aktengang des Ministeriums. Plötzlich ist Kirchhof wieder da. Heute finden seine radikalen Thesen immer mehr Anhänger.



So viel Reform war nie. Aber wer blickt da noch durch? Wer weiß, was sich hinter des Kanzlers „Agenda 2010“ verbirgt und wie sich Kopfprämie und Bürgerversicherung unterschieden? Nur 14 Prozent der Bevölkerung glauben sicher zu wissen, was die Schlagwörter aussagen. 39 Prozent geben immerhin an, die Reformbausteine „in groben Zügen“ zu verstehen. Der Rest versteht wenig oder gar nichts.

„Ich habe bis letzte Woche gebraucht, um Hartz I zu kapieren. Da hör ich im Radio, die sind schon bei Hartz IV“, klagt Rogler. „Jetzt bin ich am Zweifeln, was ich machen soll: mir Hartz II und III vornehmen? Oder wart ich noch ein Vierteljahr, bis Hartz V kommt?“ Selten war Kabarett so nahe an der Wirklichkeit.

Wer vermag die unterschiedlichen Konzepte wirklich zu beurteilen? Bringt weniger Kündigungsschutz tatsächlich mehr Arbeit? Machen Rürups oder Herzogs Vorschläge die Sozialsysteme sicherer? Soll die dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen werden, wie es der Kanzler will? Oder ist es nicht sinnvoller, das Steuersys-

Worüber am 17. Oktober im Bundestag entschieden wird

Hartz III keine Zustimmungspflicht im Bundesrat

▶ Umbau der Bundesanstalt für Arbeit – Vermittlung soll im Vordergrund stehen.

▶ Zielvereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt.

Hartz IV Zustimmungspflicht im Bundesrat

▶ Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum neuen „Arbeitslosengeld II“ (siehe Tabelle unten).

▶ Grundsätzlich ist jede angebotene Arbeit zumutbar.

▶ Leistungen in Höhe der bisherigen Sozialhilfe. Wer vorher Arbeitslosengeld bezog, bekommt zwei Jahre lang Zuschläge.

▶ Kürzungen für Jobverweigerer. Jugendlichen kann die Unterstützung komplett gestrichen werden.

▶ Einrichtung von Job-Centern als Anlaufstelle für alle Arbeitssuchenden.

Beispielrechnung

Letztes Bruttogehalt: **3000 €**	Single, kinderlos	Ehepaar, ein Kind, ein Verdiener
derzeit Arbeitslosenhilfe	**886** €	**1302** €*
geplant Arbeitslosengeld II	**652** €	**1299** €

*einschl. Kindergeld

Steuerreform Zustimmungspflicht

▶ Vorziehen der Steuerreformstufe 2005.

▶ Wegfall der Eigenheimzulage, Kürzung der Pendlerpauschale.

▶ Reduzierung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung

Wirkung der vorgezogenen Steuerreform

Entlastung 2004 zu 2003, in Euro

	alt	neu
Eingangssteuersatz	19,9%	15,0%
Spitzensteuersatz	48,5%	42,0%
Grundfreibetrag	7235 €	7664 €

	SINGLE		EHEPAAR*, 2 KINDER	
Jahresbrutto	Steuer** 2003	Entlastung	Steuer** 2003	Entlastung
20000	2505	363	–3604	92
30000	5681	567	–1524	566
40000	9448	879	1342	706
70000	23837	2535	11447	1421
100000	39182	4587	24074	2567

*Alleinverdiener, **Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag abzüglich Kindergeld

Gemeindefinanzen Zustimmungspflicht

▶ Verringerung des Gewerbesteueranteils, den die Kommunen an Bund und Länder abführen.

▶ Freiberufler werden gewerbesteuerpflichtig.

tem gleich grundlegend umzubauen – etwa nach Kirchhofs Modell?

Darüber wird in denn nächsten Wochen und Monaten heftig gestritten werden, nicht immer mit offenem Visier. Denn immer geht es auch um die Macht, die die Regierung verteidigen und die Opposition erringen will. Aber wenn auch nur Teile der Reformprogramme umgesetzt werden, wird die Republik am Ende eine andere sein.

Jahrelang hatten Kritiker, darunter auch der SPIEGEL in zahlreichen Titelgeschichten, Missstände aufgezeigt und Reformen angemahnt: „Nichts geht mehr“ und „Alle schaffen Arbeitsplätze – wir nicht“, hieß es schon 1997, „Die blockierte Republik“ vor der letzten Bundestagswahl im Jahr 2002. Nun, nach Jahren des Verdrängens, nimmt die deutsche Politik die Realität endlich zur Kenntnis.

Und die ist brutal: Das einstige Wirtschaftswunderland gilt weltweit als Bremse. Die deutsche Wirtschaft fällt im internationalen Vergleich immer weiter zurück, weil hohe Sozialabgaben und Steuern die Wachstumskräfte lähmen. Die Sozialsysteme des Landes drohen schon unter heutigen Bedingungen zu kollabieren, auf die kommende Überalterung der Bevölkerung sind sie nicht vorbereitet.

Nie war die ökonomische Lage in den vergangenen Jahren so desolat wie heute. Die Schröder-Regierung hat alle Chancen, in den nächsten Wochen ein paar Negativrekorde zu brechen.

Noch immer hält die längste Flaute in der Geschichte der Republik an. Nur mit einer Null vor dem Komma legte die Wirtschaft in den beiden vergangenen Jahren zu. In diesem Jahr, so haben nun auch die Konjunkturexperten der Bundesregierung erkannt, wird die Wirtschaft überhaupt nicht wachsen: Die Profis aus dem Kanzleramt und den Ministerien für Wirtschaft und Finanzen, die im „Arbeitskreis Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ versammelt sind, wollen ihre Wachstumsprognose in den kommenden Tagen auf null korrigieren.

Die Belebung im nächsten Jahr verdient die Bezeichnung Aufschwung kaum. Um magere anderthalb Prozent werde die deutsche Wirtschaft zulegen, sagen die Beamten voraus. Der größere Teil dieses schlappen Zuwachses wird nur erreicht, weil das nächste Jahr ein paar Arbeitstage mehr hat als 2003.

So scheint es nahezu unausweichlich, dass die Zahl der Arbeitslosen im Winter zum ersten Mal in der Geschichte der Republik über die Marke von fünf Millionen steigt. Seit Monaten schrumpft die Zahl der Beschäftigten mit zunehmendem Tempo. Im Juli verschwanden im Vergleich zum Vormonat fast 50000 Jobs. Die Zahl der registrierten Jobsuchenden liegt seit Monaten um 300000 über dem Vorjahresniveau.

Mit jedem Negativrekord verschlimmert sich die Lage der öffentlichen Haushalte. Die Kosten der Arbeitslosigkeit und die wegen der anhaltenden Wachstumsschwäche ausbleibenden Steuereinnahmen reißen immer tiefere Löcher in die Kasse von Bundesfinanzminister Hans Eichel.

Schon am Mittwoch wird das Kabinett den Nachtragshaushalt für 2003 beschließen, weil die bislang bewilligten Kredite in Höhe von 18,9 Milliarden Euro bei weitem nicht ausreichen. Nach aktueller Schätzung muss Eichel 41 Milliarden Euro pumpen, so viel wie noch kein Bundesfinanzminister vor ihm.

In ähnlich marodem Zustand wie die Staatsfinanzen befinden sich die Sozialsysteme. Krankenkassen und Rentenversicherungen fehlen Milliarden. Die Beiträge für die Alterssicherung drohen auf 20,4 Prozent der Bruttoeinkommen zu steigen. Mit hektischen Notoperationen, Ausgang ungewiss, versucht die Bundesregierung, den Anstieg zu dämpfen. Im Gesundheitssektor finanzieren immer mehr Krankenkassen ihre steigenden Ausgaben auf Pump, um die Beiträge stabil zu halten.

Das Land und seine Wirtschaft scheinen in einer fatalen Abwärtsspirale gefangen: Das mickrige Wachstum lässt Arbeitslosigkeit und Defizite steigen. Um die Ausgaben zu decken, werden die Beiträge erhöht. Als Folge wird der Faktor Arbeit noch teurer, weitere Jobs verschwinden. Nur grundlegende Reformen können diesen Teufelskreis durchbrechen.

Nichts weniger hat Gerhard Schröder mit seiner „Agenda 2010“ im Sinn. Unter diesem Leitmotiv hat der Kanzler seine

Heißer Herbst Reformfahrplan von Regierung und Opposition bis Jahresende

Gesundheitsreform
mit der Union ausgehandelter Kompromiss
Arbeitsmarktreform
Arbeitslosengeld nur noch max. 18 Monate, Lockerung beim Kündigungsschutz
am 26. September vom **BUNDESTAG** beschlossen

CDU
Debatte über Reformkurs
Regionalkonferenzen in Düsseldorf: 7., Erfurt: 8., Berlin: 15. Oktober

SPD **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Beschluss über Nachbesserung
der Hartz-Gesetze in den Fraktionen, 13./14. Oktober

- **Hartz III**
- **Hartz IV**
- **Gemeindefinanzreform**
- **Steuerreform**

(siehe Grafik linke Spalte)

BUNDESTAG
Abstimmung am 17. Oktober

SEPTEMBER OKTOBER



SPIEGEL 4/1996



SPIEGEL 12/1996



SPIEGEL 4/1997



SPIEGEL 6/1997

Reformvorstellungen gebündelt. Ihren Kern bilden die zwei Gesetzeswerke, die den Namen Hartz III und Hartz IV tragen.

Arbeitsmarkt

Es geht um einen der folgenreichsten Schwachpunkte des heimischen Wirtschaftsstandorts: die völlig verkorkste Arbeitsvermittlung. Kaum ein anderes Land gibt so viel Geld für Arbeitsmarktpolitik aus wie die Bundesrepublik. In kaum einem anderen Land sind die Ergebnisse so dürftig: Ein Großteil der Ausgaben versickert in unsinnigen Beschäftigungs- und Fortbildungsmaßnahmen. Jeder fünfte der angeblich Arbeitslosen sucht überhaupt keinen Job. Nur ein Bruchteil der 90 000 Arbeitsamtsbediensteten ist mit Vermittlung befasst, die meisten verwalten sich selbst.

Wer länger arbeitslos ist, kann leicht in die Zwickmühle zweier Behördenapparate geraten: Die Sozialämter versuchen ihre erwerbslosen Sozialhilfebezieher mit allerlei Tricks an die Arbeitsämter abzuschieben, die Arbeitsämter mühen sich für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe um den umgekehrten Transfer. Das unsinnige Behördengeschacher gilt als mitverantwortlich dafür, dass die Langzeitarbeitslosigkeit hier zu Lande so verfestigt ist.

Das will die Regierung nun durchgreifend ändern, der lahme Beamtenapparat wird mit einem Reformdoppel auf Trab gebracht. So soll das so genannte Hartz-III-Gesetz die Nürnberger Bundesanstalt in eine effiziente Dienstleistungsagentur umwandeln: Die komplizierten Vorschriften für die Berechnung von Arbeitslosen- und Unterhaltsgeld, von Lohnkosten- oder Eingliederungszuschüssen werden so weit entschlackt, dass mehr Mitarbeiter für die Jobvermittlung frei werden. Die Arbeitsämter dürfen mehr selbst entscheiden, weil die Regierung ihnen statt Gesetzen nur noch allgemeine Ziele vorgibt. Die personell überbesetzten und weitgehend überflüssigen Landesarbeitsämter sollen verkleinert werden.

Vor allem aber will die Regierung unter dem Motto „Fördern und Fordern“ die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen. Sozial- und Arbeitslosenhilfe sollen zum so genannten Arbeitslosengeld II fusioniert, die bundeseigene Arbeitsverwaltung soll mit den kommunalen Sozialämtern verschmolzen werden.

Die Regie über die so genannten Jobcenter, in denen spezialisierte Fallmanager die Langzeitarbeitslosen wieder in die Beschäftigung bringen sollen, wird der Nürnberger Bundesanstalt übertragen.

Die Reform bringt harte Einschnitte für einen Großteil der rund 2,1 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe. Deren Unterstützung liegt heute mit bis zu 57 Prozent des letzten Nettolohns oft deutlich über der Sozialhilfe, und das zeitlich unbegrenzt, im Extremfall bis zur Rente.

Künftig dagegen bekommen schwer Vermittelbare nur noch Leistungen in Höhe der Sozialhilfe, lediglich in den ersten beiden Jahren der Dauerarbeitslosigkeit gibt es Zuschläge. Eigenes Vermögen wird stärker angerechnet, wer angebotene Jobs ablehnt, dem wird die Hilfe gekürzt.

Vergangenen Freitag einigte sich eine Koalitionsarbeitsgruppe auch in der umstrittenen Frage, welche Stellen Langzeitarbeitslose annehmen müssen. Minijobs sind zumutbar, so lautet der Kompromiss, wenn der Stundenlohn den ortsüblichen Bedingungen entspricht.

Experten prognostizieren: Werden die Pläne Gesetz, rutschen 20 Prozent der bisherigen Arbeitslosenhilfe-Bezieher auf Sozialhilfeniveau ab, rund 50 Prozent müssen mit teils scharfen Einkommenseinbußen rechnen.

Die Union plant noch viel härtere Einschnitte. Nach den Reformvorschlägen, die der hessische Ministerpräsident Roland Koch vorgelegt hat, sollen die Hilfen für Dauerarbeitslose generell auf Sozialhilfeniveau gekürzt und die Sanktionen für Jobverweigerer drastisch verschärft werden. Die Hoheit über die neue Langzeitarbeitslosenhilfe sollen nicht die Arbeitsämter, sondern die kommunalen Sozialbehörden bekommen.

Am Ende, so zeichnet sich ab, wird es im Vermittlungsausschuss zu einem komplizierten Kompromiss kommen. Mögliches Resultat: Das Arbeitslosengeld II wird stärker gesenkt, als es der Regierung vorschwebt, aber nicht so drastisch, wie es die Union wünscht. Und die neuen Jobcenter werden künftig von Arbeits- und Sozialämtern gemeinsam geführt – mit finanziellem Ausgleich für Städte und Gemeinden.

SPD / BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Klausur** des Kabinetts und der Fraktionsspitzen zum Thema Rentenreform am 18./19. Oktober in Berlin

CDU **Debatte über Reformkurs** Regionalkonferenzen in Hannover: 22., Wismar: 23., Stuttgart: 24. Oktober

CDU Friedrich Merz erläutert sein **Steuerkonzept** 3. November

- **Gesundheitsreform** BUNDESRAT Abstimmung am 7. November
- **Hartz IV**
- **Gemeindefinanzreform**
- **Steuerreform** BUNDESRAT Beratung am 7. November

Vermittlungsausschuss beginnt seine Arbeit

CSU **Rentenkonzept** Verabschiedung im Parteivorstand, 17. November

SPD **Parteitag in Bochum** Kursbestimmung der Partei, 17. bis 19. November

CDU **Parteitag in Leipzig** Neuausrichtung der Partei, 1./2. Dezember

NOVEMBER DEZEMBER

Die Pläne gehen nach Ansicht der meisten Experten in die richtige Richtung: Die Effizienz der Arbeitsvermittlung muss gesteigert, der Druck auf Langzeitarbeitslose, einen Job anzunehmen, erhöht werden.

Bei der praktischen Umsetzung dieser Pläne aber bleiben viele Fragen offen: Wie soll die Arbeitsteilung zwischen Kommunal- und Bundesbehörden genau funktionieren? Wie lassen sich die unterschiedlichen EDV-Systeme der Behörden vernetzen? Woher kommen die Millionen von Jobs, mit denen Regierung und Opposition möglichst jedem Langzeitarbeitslosen ein Beschäftigungsangebot machen wollen? Ob sich die Reform in steigenden Beschäftigtenzahlen niederschlagen wird, ist deshalb völlig offen.

Die anstehenden Projekte drohen damit ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie die bereits verabschiedeten Teile der Hartz-Reform. Jede Menge Lob über Partei- und Lagergrenzen hinweg hatte VW-Personalvorstand Hartz vor gut einem Jahr für seine Blaupause einer grundlegenden Reform erhalten. Mit einer Mischung aus schnellerer Vermittlung, zusätzlicher Leiharbeit und originellen Beschäftigungskonzepten wollte Hartz binnen weniger Jahre die Arbeitslosigkeit halbieren.

Doch dann griffen die Bedenkenträger aus Parteien und Interessengruppen ein und schliffen die Pläne des Automanagers nach ihren Vorstellungen zurecht. Für die neuartigen Leiharbeitsagenturen einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf Tarife, die das Wissenschaftler-Team der Kommission erst kürzlich als „zu hoch“ bewertete. Das Konzept der Ich-AG wiederum, das Joblose zur Gründung kleiner Gewerbebetriebe ermutigen will, torpediert die Handwerkslobby, die um ihre mittelalterliche Zunftordnung fürchtet.

So blieben die Resultate der „revolutionären Vorschläge“ (CDU-Wirtschaftsexperte Lothar Späth) bislang deutlich hinter den Erwartungen zurück. Viele der neuen Instrumente, von der Quick-Vermittlung bis zu den Personal-Service-Agenturen, brachten in den vergangenen Monaten nur wenige Arbeitslose wieder in Lohn und Brot.

Und auch die neuen Minijob-Regeln, die eine große Koalition zwischen SPD und Union im vergangenen Frühjahr aushandelte, haben weit geringere Wirkung als vielfach behauptet. Zwar sind seit April weit über eine halbe Million neuer geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Doch die meisten davon, so zeigt eine noch unveröffentlichte Analyse des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, sind Nebenjobs.

Die jüngste Arbeitsmarktstatistik belegt erneut: Die Hartz-Reformen haben die Zahl der Joblosen bislang bestenfalls um einige zehntausend gesenkt.

„Hartz nimmt sich nur des Arbeitsangebots an“, kritisiert Thomas Straubhaar,

Rezepte für den weiteren Umbau des Sozialstaats

RÜRUP-KOMMISSION

Regierungskommission, eingesetzt im November 2002 von Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD)

KRANKENVERSICHERUNG

In der Frage eines Systemwechsels in der Krankenversicherung kam die Rürup-Kommission zu keinem gemeinsamen Votum. Zur Wahl steht:

▶ entweder eine **Kopfpauschale,** die unabhängig von Einkommen oder Alter des Versicherten fällig wird. Solidarausgleich für Geringverdiener aus Steuermitteln;

▶ oder eine **Bürgerversicherung,** in die alle, auch Beamte und Selbständige, einzahlen. Bei der Bürgerversicherung sollen sämtliche Einkünfte, etwa auch Mieten und Zinsen, zu Grunde gelegt werden.

RENTENVERSICHERUNG

▶ Das gesetzliche **Renteneintrittsalter** steigt von 65 auf 67 Jahre.

▶ Einführung eines **„Nachhaltigkeitsfaktors“** ab 2005. Das Zahlenverhältnis Beitragszahler/Rentner dämpft die künftige Rentenentwicklung.

▶ Anhebung des Finanzpolsters (Schwankungsreserve) der Rentenversicherung.

▶ Vereinfachung der **Riester-Rente.**

PFLEGEVERSICHERUNG

▶ Höhere Beiträge für **Rentner.**

▶ Aufbau eines **Kapitalstocks** über individuelle Konten.

▶ **Regelmäßige Anpassung** des Leistungsniveaus (Dynamisierung).

▶ Langfristige **Stabilisierung** des heutigen Beitragssatzes.

Realisierungschancen

Der Streit über eine Kopfprämie oder die Bürgerversicherung zieht sich quer durch die Parteien. Einem Systemwechsel müssten sowohl Bundestag als auch Bundesrat zustimmen. Eine Entscheidung ist derzeit unwahrscheinlich. Denkbar sind eher weitere Reformen innerhalb des bestehenden Systems.

Über die Notwendigkeit von Reformen auf Grund der demografischen Entwicklung herrscht Einigkeit, auch die vorgeschlagenen Maßnahmen überschneiden sich in vielen Einzelpunkten. Viele Rentenmaßnahmen bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates.

Trotz Übereinstimmung bei der groben Reformlinie gibt es zahlreiche Streitpunkte.

DER SPIEGEL

HERZOG-KOMMISSION

Parteikommission, eingesetzt im Februar 2003 vom CDU-Bundesvorstand

KRANKENVERSICHERUNG

▶ Eine **Kopfpauschale** von rund 260 € soll ab 2013 den einkommensabhängigen Krankenversicherungsbeitrag ablösen.

▶ **Ausgleichszahlungen** aus Steuermitteln für Geringverdiener.

▶ Der **Arbeitgeberanteil** wird eingefroren und dem Arbeitnehmer steuerfrei als Lohn ausgezahlt.

▶ Das **Krankengeld** wird vom Arbeitgeber finanziert.

▶ Für **Zahnbehandlungen** muss eine private Versicherung abgeschlossen werden.

RENTENVERSICHERUNG

▶ Das gesetzliche **Renteneintrittsalter** steigt von 65 auf 67 Jahre. Alternativ abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren.

▶ Einführung eines **demografischen Faktors.** Das Zahlenverhältnis Beitragszahler/Rentner beeinflusst die künftige Rentenentwicklung.

▶ **Basisrente** 15 % über dem Sozialhilfeniveau nach 30 Versicherungsjahren.

PFLEGEVERSICHERUNG

▶ Erhöhung des **Versicherungsbeitrags** von 1,7 % auf 3,2 % zum Aufbau einer Kapitaldeckung.

▶ **Regelmäßige Anpassung** des Leistungsniveaus (Dynamisierung).

▶ Aufgabe eines **Feiertags bzw. Urlaubstags** zur Reduzierung der Lohnnebenkosten.

Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). „Die Arbeitsnachfrage wird vollkommen vernachlässigt. Durch bessere Vermittlung entstehen nun mal keine neuen Arbeitsplätze."

Dazu wäre es notwendig, das verkrustete und vermachtete Tarif- und Gewerberecht aufzuknacken, das mit einem Übermaß an Schutzvorschriften und Berufsregeln den Unternehmen die Lust am Einstellen und Investieren nimmt.

Die Volksparteien haben das Problem zwar erkannt. Ihre Liberalisierungsvorschläge aber sind geprägt von der Rücksicht auf die jeweilige Wählerklientel.

So will Wirtschaftsminister Wolfgang Clement die Handwerksordnung radikal verschlanken. Danach dürfen sich Metzger-, Maler- oder Friseurgesellen künftig auch dann selbständig machen, wenn sie keine Meisterprüfung abgelegt haben.

Auf der anderen Seite musste Schröders Superminister die eigenen Reformpläne beim Arbeitsrecht deutlich abspecken, auf Druck des SPD-Gewerkschaftsflügels. Eine Reform des Tarifrechts hat Rot-Grün erst gar nicht auf den Weg gebracht.

Und die Novelle des Kündigungsschutzes, die Clement Ende vergangenen Monats durchs Parlament paukte, buchen Experten eher unter der Rubrik Kosmetik ab – kaum wirksam, aber enorm kompliziert. Bislang können Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten ihre Mitarbeiter jederzeit ohne nähere Begründung feuern. Stellen sie aber eine sechste Kraft ein, fällt die gesamte Belegschaft unter den gesetzlichen Kündigungsschutz. Künftig macht ihnen Clements Reform das Entlassen leichter, jedenfalls ein wenig. Stellen sie nämlich zu ihrer fünfköpfigen Stammbelegschaft bis zu fünf Beschäftigte mit befristeten Verträgen ein, haben die Festangestellten weiter keinerlei Kündigungsschutz.

Schonung für Arbeitnehmer, Härte beim Handwerk – die Prioritäten der Union sind genau umgekehrt: Auf Drängen der Handwerkslobby lehnen CDU und CSU Clements Pläne für eine Lockerung des so genannten Meisterzwangs komplett ab. Dafür fordern die C-Parteien umso drastischere Einschnitte beim Arbeitsrecht. Gesetzliche Öffnungsklauseln sollen dafür sorgen, dass Betriebsräte und Unternehmensleitungen künftig von den vereinbarten Tarifen abweichen können. Der Kündigungsschutz soll in Kleinbetrieben mit weniger als 20 Angestellten komplett entfallen.



MARCO-URBAN.DE

Reformer Schröder, Rürup*: *Immer neue Kommissionen*



MARCO-URBAN.DE

Reformer Herzog, Merkel*: *Immer neue Schlagwörter*

* Oben: mit Finanzminister Hans Eichel (M.) bei der Übergabe des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats am 13. November 2002; unten: bei der Vorstellung der Herzog-Kommission am 4. Februar.

Was bei dem Arbeitsmarkt-Poker herauskommt, ist völlig offen. Durchgreifende Reformen sind genauso denkbar wie eine gegenseitige Totalblockade beider politischen Lager.

Steuern und Subventionen

Eine Schlüsselrolle im Ringen um die Vorherrschaft im Reformherbst spielt die Steuerreform. Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Finanzminister Hans Eichel wollen die letzte Stufe der Steuerreform, die ursprünglich Anfang 2005 in Kraft treten sollte, um ein Jahr vorziehen. Davon erhoffen sie sich neuen Schwung für die Wirtschaft. Ihr Kalkül: Wenn Steuersätze und -belastung sinken, geben die Verbraucher eher Geld aus, die Unternehmen investieren mehr.

Geht es nach dem Willen Schröders, könnten Konsumenten und Investoren im nächsten Jahr über 15 Milliarden Euro mehr ausgeben als zunächst geplant. Die Kehrseite: Genauso viel Geld fehlt den öffentlichen Kassen. Das weckt den Widerstand gegen das Vorhaben in den Ländern, gleichgültig ob von SPD oder Union regiert.

Unter Ökonomen ist das Vorhaben, wie sollte es auch anders sein, heftig umstritten. Zwar rechnen einige Volkswirte von Banken mit einem Wachstumsplus von einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wenn die Steuerreform vorgezogen wird.

Die meisten Fachleute aber sind deutlich skeptischer. Der Einfluss des Steuerrabatts auf das Wirtschaftswachstum sei nur sehr gering, wenn den Menschen durch Einsparungen das Geld an anderer Stelle wieder weggenommen werde, warnen die ei-



SPIEGEL 17/1997



SPIEGEL 24/1997



SPIEGEL 40/1997



SPIEGEL 40/1998

„Die Zeit ist abgelaufen“

Der Ökonom Michael Burda über den Reformeifer der großen Parteien

Burda, 44, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität in Berlin. Berufungen in den Sachverständigenrat und an die Spitze des Kieler Instituts für Weltwirtschaft lehnte der Harvard-Absolvent ab, um weiter forschen zu können.

SPIEGEL: Was halten Sie vom gegenwärtigen Reformeifer in Regierung und Opposition?

Burda: Das wirkt alles ein bisschen lawinenartig. Plötzlich gibt es ein Rennen aller möglichen Gruppen, noch rechtzeitig auf den Reformzug zu springen. Das sorgt für eine enorme Verwirrung bei den Bürgern. Aber für alle, die schon seit Jahren Reformen anmahnen, ist es ein erfrischender Moment, der umso erstaunlicher anmutet, weil er von der SPD ausgeht. Insofern ist es Spitze, mit welchem Elan die Probleme jetzt angegangen werden, auch wenn das zum Teil sehr aggressiv geschieht.



MIKE GUASTELLA / ONLINE USA INC. / SIPA PRESS

Politiker Reagan, Thatcher (1995)
„Radikale Vorschläge“

SPIEGEL: Droht nicht alles zu scheitern, weil über dem parteipolitischen Gezänk das große Ganze aus den Augen gerät?

Burda: Die CDU kann und wird sich nicht quer stellen. Die Herzog-Kommission ist letztlich eine Alibi-Veranstaltung, eine Inszenierung nach dem Motto: Wir können auch Reformpapiere entwickeln. Zum Schluss wird es einen Konsens geben, der immer noch weit über das hinausgeht, was bisher vorstellbar gewesen ist. Das Ganze ist wie ein Tanker, der – erst mal in Bewegung – schwer zu bremsen, geschweige denn umzukehren ist.

SPIEGEL: Warum hat es so lange gedauert, bis man die Probleme anging?

Burda: Das liegt an der Größe Deutschlands und der bisherigen Ausprägung der Wohlfahrt. Große Länder sind weniger flexibel. Die politische Elite und die Interessengruppen sind viel zu groß. Durch das deutsche System des Pseudoföderalismus konnte man alles blockieren. Außerdem fehlte der Wille. Man hat gewartet, bis das System kurz vor dem Zusammenbruch steht. Nun hoffe ich, dass die Zeit für derartige Lobbyspielchen abgelaufen ist.



ILJA C. HENDEL / VISUM

Wissenschaftler Burda
„Enorme Verwirrung“

SPIEGEL: Erkennen Sie überhaupt eine große Linie, oder wird nur an Dutzenden Stellschrauben gedreht, ohne zu wissen, wie sich die Reformen insgesamt auswirken?

Burda: Alle Vorschläge liegen auf dem Tisch, zum Teil so radikal wie zu Zeiten von Ronald Reagan oder Margaret Thatcher. Und es sind breit angelegte Ideen. Würde es allein eine Arbeitsmarktreform oder allein eine Steuerreform geben, wäre die Wirkung gering. Da man aber alle Segmente wie Arbeit, Gesundheit, Rente, Steuern gleichzeitig anvisiert, wird das Resultat positiv sein. Vor allem der Faktor Arbeit wird entlastet, und das ist das Wichtigste überhaupt. Es wurden seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie derartig tief greifende Reformen besprochen, die vor allem am Arbeitsmarkt für neuen Wind sorgen …

SPIEGEL: … wenn denn tatsächlich alles umgesetzt wird.

Burda: Es war schon eine große Leistung, über die unangenehmen Wahrheiten überhaupt zu reden. Helmut Kohl hatte sehr lange Zeit, die Probleme anzupacken. Aber er zog es vor, sie unter den Teppich zu kehren. Und die CDU erkennt jetzt, dass sie von rechts überholt zu werden droht.

SPIEGEL: Reichen die angedachten Reformen wirklich für einen echten Strukturwandel?

Burda: Es ist schon ein guter Start. In einigen Fragen wie etwa der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes hätte ich mir noch härtere Regelungen gewünscht, die Vorschläge müssen unverändert umgesetzt werden. Ein Beispiel: In der Schweiz gibt es auch alte Menschen. Dort herrscht aber eine Erwerbsbeteiligung älterer Menschen von über 70 Prozent. In Deutschland sind es knapp 45 Prozent. Das hängt mit falschen Anreizen zusammen. Sind die erst mal abgebaut, wird es auch zum Strukturwandel kommen. Die neuen Gesetze werden die Bereitschaft der Wirtschaft steigern, Arbeitsplätze zu schaffen, und erhöhen den Druck auf die Arbeitslosen, diese Arbeit anzunehmen. Die europäischen Nachbarländer sind die Reformen viel früher angegangen und haben jetzt Wettbewerbsvorteile, die sich Deutschland nicht länger entgehen lassen kann.

SPIEGEL: Wo sehen Sie noch Mängel?

Burda: Beim Subventionsabbau. Es werden etwa drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes an direkten staatlichen Zuwendungen ausgeschüttet. Gelänge es, dieses Volumen zu halbieren, hätten wir so viel gespart, dass die vorgezogene Steuerreform weder über Schulden noch über andere Kürzungen im Haushalt finanziert werden müsste. Da ist die Politik bislang viel zu zaghaft.

SPIEGEL: Und wie lange wird es dauern, bis die Reformen wirklich greifen?

Burda: Das wird vielleicht in drei, wahrscheinlich erst in fünf oder zehn Jahren zu spüren sein. In England hat Frau Thatcher die Reformen radikal und mit Gewalt durchgesetzt und ganze Institutionen weggefegt. Reagan hat das Anfang der achtziger Jahre in den USA auch gemacht. Die Früchte konnten beide nur begrenzt ernten. So wird es Gerhard Schröder auch ergehen.

INTERVIEW: JANKO TIETZ

nen. Die Entlastung bringe aber auch nichts, wenn sie auf Pump finanziert würde, mahnen die anderen. Denn die Steuerzahler wüssten nur zu genau, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen seien. Statt das Geld auszugeben, legten sie es lieber zurück.

In der Union setzt sich deshalb zunehmend die Auffassung durch, Schröder mit seinem Vorhaben im Bundesrat auflaufen zu lassen. Um aber nicht als Spielverderber dazustehen, verspricht die Union eine große Steuerreform, Großreinemachen im Paragrafendschungel inklusive.

Damit der große Wurf gelingen kann, dürften aber nicht die letzten Finanzreserven verpulvert werden, so die Rechtfertigung für die Blockade. Im Klartext: Der Verzicht auf die kurzfristige Steuerentlastung im nächsten Jahr soll den Steuerzahlern mit der Aussicht auf eine umfassende Reform schmackhaft gemacht werden.

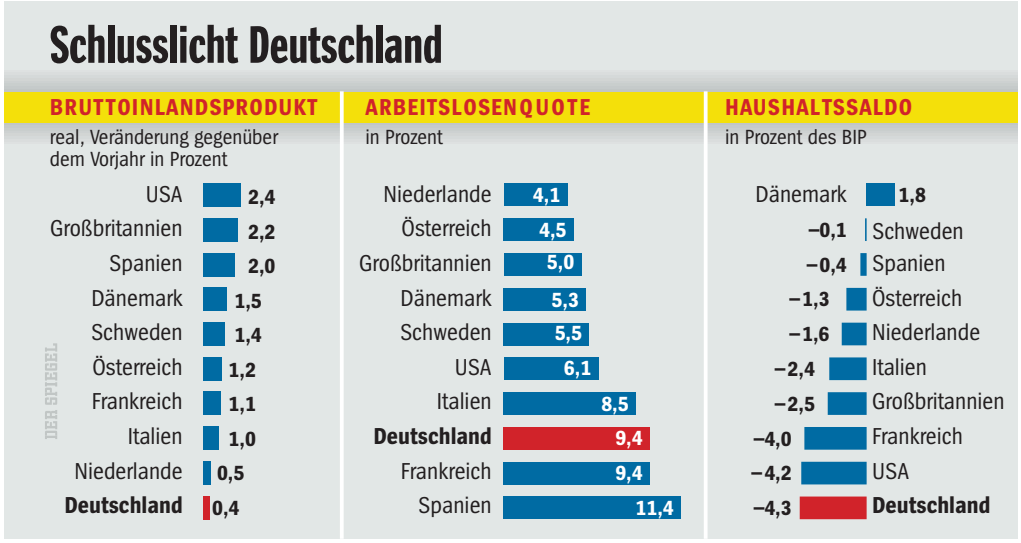
Die ist, zumindest auf dem Reißbrett, schon weit gediehen. Ausgearbeitet hat das Konzept CDU-Fraktions-Vize Friedrich Merz. Dabei lässt sich der Wirtschafts- und Finanzfachmann von dem viel beschworenen, jedoch noch nie verwirklichten Prinzip „Weg mit den Schlupflöchern, runter mit den Steuersätzen“ leiten.



MARC DARCHINGER

Reformer Hartz, Kommission*: *Nicht überall, wo Hartz draufsteht, ist Original-Hartz drin*

Schlusslicht Deutschland



Denn: „Nur ein einfaches Steuersystem ist ein gerechtes Steuersystem“, meint der Reformer.

Die traditionelle, hoch komplizierte Steuerformel will Merz durch einen leicht verständlichen Stufentarif ersetzen. Der Eingangssteuersatz sinkt von derzeit 19,9 auf 12 Prozent. Als Existenzminimum bleiben 8000 Euro steuerfrei. Einkommen von 8000 bis 16 000 Euro werden mit 12 Prozent besteuert.

Von 16 000 bis 40 000 Euro werden 24 Prozent fällig. Was darüber liegt, wird zum Spitzensteuersatz von 36 Prozent herangezogen. Für Verheiratete gelten, wie im heutigen Recht, die doppelten Einkommenshöhen. Für Erwachsene und Kinder bleiben gleichermaßen 8000 Euro steuerfrei. Eine vierköpfige Familie mit einem Einkommen von 35 000 Euro müsste also nur 12 Prozent auf 3000 Euro an Steuern zahlen, macht 360 Euro. Für die Unternehmen soll die Steuerbelastung von derzeit 39 Prozent inklusive Gewerbesteuer auf 36 Prozent sinken.

Im Gegenzug für die niedrigen Tarife will Merz sämtliche Steuervergünstigungen streichen. So sollen der Sparerfreibetrag, die Pendlerpauschale, aber auch die Steuerbefreiung für Nacht- und Feiertagszuschläge wegfallen. Auf Zinsen und Kapitalerträge wäre eine Abgeltungsteuer von 24 Prozent fällig.

Doch auch die Unternehmen sollen sich an der Finanzierung beteiligen. Auf Ge-

* Bei der Präsentation des Abschlussberichts am 16. August 2002 in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin.



SPIEGEL 18/1999



SPIEGEL 19/1999

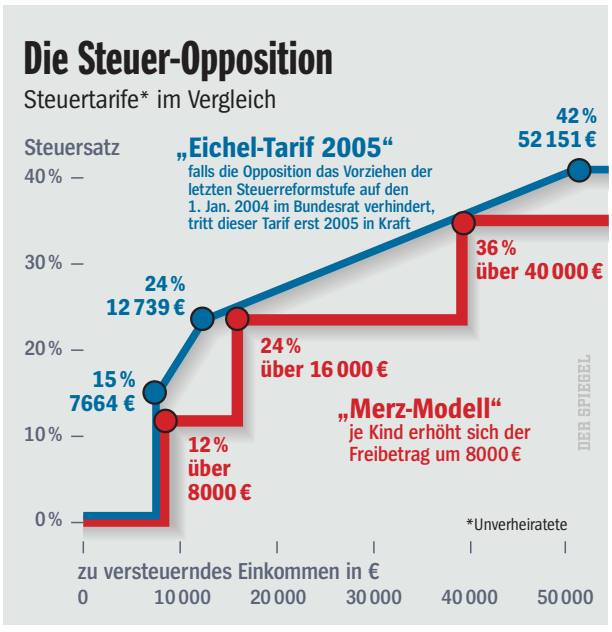


SPIEGEL 26/1999



SPIEGEL 37/1999





Anti-Schröder-Demonstration (am 24. Januar in Düsseldorf): *Weg mit den Schlupflöchern, runter mit den Steuersätzen*

winne aus Beteiligungsverkäufen, die bislang steuerfrei bleiben, sollen sie künftig 18 Prozent zahlen. Die niedrigen Tarife entlasten die Steuerzahler um 40 Milliarden Euro, hat Merz ausgerechnet. 35 Milliarden Euro holt sich der Fiskus aber wieder, indem er die Vergünstigungen streicht. So bleibt für Unternehmen und Verbraucher unter dem Strich eine Nettoentlastung von 5 Milliarden Euro.

Profitieren werden, so Merz, vor allem untere und mittlere Einkommen. Steuerzahler mit höheren Einkommen würden zum Teil sogar draufzahlen, weil Steuerschlupflöcher, aus denen sie am meisten Nutzen ziehen, verschwinden. „Viele Bezieher hoher Einkommen werden dann auch wirklich den Spitzensteuersatz bezahlen müssen, weil sie sich vor dem Fiskus nicht mehr arm rechnen können“, gibt sich Merz zuversichtlich.

Obwohl Merz seinen Plan für die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU ausgearbeitet hat, wollen die Bayern ein eigenes Konzept vorlegen. Die Federführung dabei wird der bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser haben.

Dennoch ist es sehr unwahrscheinlich, dass sich die beiden Konzepte fundamental widersprechen. „Ich halte einen Umbau des Steuersystems nach dem Motto ‚Runter mit den Steuersätzen, weg mit den Ausnahmen‘ für dringend erforderlich“, bekennt auch Faltlhauser. Nur so könne Deutschland im internationalen Standortwettbewerb mithalten.

Hinzu kommt: Merz wie Faltlhauser lassen sich beide von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Kirchhof beraten. Faltlhauser finanziert sogar dessen Forschungsstelle mit. Kirchhof fordert eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts. Sämtliche Steuervergünstigungen sollen wegfallen, der herkömmliche linear-progressive Tarif, der mit zunehmendem Einkommen ansteigt, soll durch einen Einheitssatz, eine „flat tax“, von 25 Prozent für alle Einkommen ersetzt werden.

So weit will sich Faltlhauser nicht vorwagen. Auch von einem Stufentarif ist er nicht völlig überzeugt. Auf der Finanzierungsseite, also beim Streichen der Schlupflöcher, dürfte sich sein Konzept kaum von dem Merz-Plan unterscheiden. Anders beim Tarif, da läuft es in Bayern auf die traditionelle Steuersatz-Kurve hinaus, wenn auch deutlich abgeflacht. „Der linear-progressive Tarif, bei dem die steuerliche Belastung mit zunehmendem Einkommen wächst, spiegelt das Sozialstaatsprinzip wider“, sagt Faltlhauser.

Unüberwindlich, da sind sich die Unionisten sicher, werden die Unterschiede beider Konzepte nicht sein. Bislang haben sich die beiden Schwesterparteien noch immer zu einem gemeinsamen Konzept zusammenraufen können.

Finanzminister Eichel hat sich bislang überhaupt noch keine Gedanken über eine Steuerstrategie für die nächsten Jahre gemacht – er ist vollauf damit beschäftigt, frisches Geld für die aktuellen Haushaltslöcher und das Vorziehen der Steuerreform aufzutreiben.

Äußerst willkommen war ihm deshalb ein Vorstoß der beiden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Hessen, Peer Steinbrück (SPD) und Roland Koch (CDU), aus der vorvergangenen Woche. Da legte das Duo einen Plan vor, ausgewählte Subventionen in den nächsten drei Jahren um jeweils vier Prozent zu kürzen – von der Kilometerpauschale über die Steuerbegünstigung selbst genutzter Baudenkmäler bis hin zu Steuerbefreiung landwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Am Ende ließen sich so langfristig mehr als zehn Milliarden Euro im Jahr sparen.

Eichel applaudierte artig, doch um die Steuerreform vorzuziehen, müsse noch mehr gekürzt werden, forderte er. Der Haken: Die beiden Ministerpräsidenten wollen mit dem eingesparten Geld die öffentlichen Haushalte sanieren, nicht aber eine Steuerreform finanzieren.

Eine Grundsanierung des maroden Steuersystems dürfte sich auf lange Sicht deutlich positiver auswirken als das bloße Vorziehen einer Steuerreformstufe um ein Jahr. Das unübersichtliche Paragrafendickicht ist nach Einschätzung zahlreicher Fachleute zu einer Belastung für den Standort geworden.



SPIEGEL 44/1999



SPIEGEL 28/2000

Werbeseite

Werbeseite



MARC D'ARCHINIGER

Unterhändler Schmidt, Seehofer: *Das Kartell blieb unangetastet*

Bürgerversicherung …

Alle Einkommensbezieher sollen in die gesetzlichen Krankenkassen einzahlen, die Bemessungsgrundlage soll erweitert werden.

FÜRSPRECHER

Horst Seehofer (CSU), Arbeitnehmerflügel der Union, weite Teile der SPD, die Grünen, Gewerkschaften

MASSNAHMEN

- ▶ Auch Selbständige und Beamte sollen eingebunden werden.
- ▶ Anhebung der Bemessungsgrenze von derzeit 3450 € auf 5100 €.
- ▶ Berücksichtigung auch von Zins- und Mieteinkünften.

… oder Kopfpauschale?

Krankenkassen sollen ein Solidarpakt zwischen Gesunden und Kranken sein. Der soziale Ausgleich ist Sache des Staates.

FÜRSPRECHER

Herzog-Kommission, CDU-Vorstand, FDP, Arbeitgeberverbände

MASSNAHMEN

- ▶ Jeder Bürger, ob arm oder reich, zahlt eine Kopfpauschale – beim Herzog-Vorschlag 264 € im Monat für einen 20-Jährigen.
- ▶ Der Staat bezahlt Zuschüsse an Geringverdiener und Bedürftige.
- ▶ Der Arbeitgeberanteil wird als Lohn ausgezahlt, die Krankenversicherungsbeiträge werden von den Arbeitseinkommen abgekoppelt.

Investoren lassen sich von den – auch nach der dritten Stufe – noch immer vergleichsweise hohen Sätzen abschrecken. Bei den Steuerzahlern dämpft der Kleinkrieg mit dem Fiskus die Motivation.

„Der Steuerpflichtige hat das Gefühl, dass er nicht wegen seines größeren wirtschaftlichen Erfolgs mehr Steuern bezahlt, sondern weil er nicht so elegant auf der Klaviatur der Steuergestaltung gespielt hat wie sein Konkurrent“, beschreibt Steuerreformer Kirchhof den Unmut.

Ein einfaches und transparentes Steuersystem wäre nicht nur gerechter, es würde auch die Staatseinnahmen auf eine viel verlässlichere Grundlage stellen als bisher.

Rente

Nicht weniger dringlich ist eine erneute Reparatur des Rentensystems, das gleich unter zwei Malaisen leidet. Aktuell schmälern Rezession und Arbeitslosigkeit die Einnahmen, so dass in den Alterskassen im nächsten Jahr schon wieder eine Lücke von fast zehn Milliarden Euro klafft. Greift die Regierung nicht ein, wird der Beitrag dann auf die Horrormarke von 20,4 Prozent klettern.

Noch düsterer sind die längerfristigen Zukunftsaussichten. Die Deutschen werden immer älter und bekommen immer weniger Kinder. Also müssen schon in wenigen Jahrzehnten immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentner ernähren. Tut die Regierung nichts, müsste der Abgabensatz in den nächsten zwei Jahrzehnten auf fast 25 Prozent klettern.

Das Bundeskabinett will deshalb auf einer Rentenklausur am kommenden Wochenende, regierungsintern „Neuhardenberg II“ genannt, ein umfassendes Reformkonzept verabschieden. Um einen Beitragsschub im nächsten Jahr zu verhindern, will Gesundheitsministerin Ulla Schmidt ein drastisches Sparprogramm verordnen: Die fällige Rentenerhöhung im nächsten Sommer soll um ein halbes Jahr ausgesetzt, die eiserne Reserve der Alterskassen gesenkt werden.

Nicht weniger drastisch sind die Einschnitte, auf die sich die Senioren von morgen einstellen müssen. Um das System langfristig zu stabilisieren, will die Regierung weitgehend den Konzepten der Rürup-Kommission folgen: Der Zuwachs des Altersgeldes wird mit einem so genannten Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel gedrosselt. Zugleich steigt das Rentenalter in den nächsten Jahrzehnten auf 67 Jahre. Setzt die Regierung das Konzept durch, ließe sich der Beitrag im Jahr 2030 bei 22 Prozent halten. Im Gegenzug hätte ein Durchschnittsrentner mit 45 Versicherungsjahren dann – in aktuellen Werten gerechnet – monatlich rund 100 Euro weniger in der Tasche.

Wie die Union auf die Regierungsvorschläge reagiert, ist noch nicht ausgemacht. Zwar hat sich CDU-Chefin Angela Merkel hinter das Konzept der Herzog-Kommission gestellt, das bei Rentenniveau und Altersgrenze nahezu identische Vorschläge vorlegt wie das Rürup-Gremium. Die CSU dagegen hat sich kategorisch gegen ein höheres Rentenalter ausgesprochen.

Einig ist sich die Union lediglich darin, das rot-grüne Sparprogramm für das nächste Jahr auf jeden Fall abzulehnen. Nullrunde oder Reservensenkung – ohne uns, lautet die Parole.

Dass CDU und CSU gegen die Koalitionspläne Front machen, erschwert zwar die Wahlkämpfe im nächsten Jahr, braucht die Regierung aber nicht zu stören: Abstriche am Rentenniveau oder höhere Altersgrenzen sind im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig.

Die meisten Ökonomen stehen im bevorstehenden Rentenpoker eher auf Seiten der Koalition. Ein Sparprogramm fürs nächste Jahr? Unbedingt erforderlich. Steigende Sozial-



SPIEGEL 29/2000



SPIEGEL 33/2001

Werbeseite

Werbeseite



OLIVER CLAUSEN / SCHNEIDER-PRESS

Kanzler Schröder, Oppositionsführerin Merkel: *Das Land umkrempeln wie nie zuvor*

abgaben würden die zaghaft anspringende Konjunktur dämpfen. Die langfristigen Reformen bei Rentenniveau und Altersgrenze? Ebenfalls unvermeidlich, wenn auch nicht ausreichend. Über kurz oder lang, so sind sich die Wissenschaftler einig, wird das Altersgeld ohnehin auf eine Basissicherung knapp oberhalb der Sozialhilfe zusammenschrumpfen.

Gesundheit

In einem Reformsektor, der Gesundheitspolitik, war der Ideenwettbewerb kurzfristig zum Erliegen gekommen, nur um später umso heftiger wieder auszubrechen. Denn das im Sommer von einer All-Parteien-Runde ausgehandelte Sparpaket, vom Unions-Unterhändler Horst Seehofer flott zur „größten Sozialreform der jüngeren Geschichte“ hochgeredet, löst die strukturellen Probleme im Gesundheitswesen nicht dauerhaft. Selbst elementare Regeln der Marktwirtschaft bleiben in der Megabranche, die mit 230 Milliarden Euro mehr als zehn Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung ausmacht, praktisch außer Kraft gesetzt.

Hatte Kanzler Schröder zunächst eine „Effizienzrevolution“ angekündigt, war davon alsbald keine Rede mehr. Lieber konzentrierten sich die Chefunterhändler Ulla Schmidt (SPD) und Seehofer (CSU) darauf, den Versicherten und Patienten neue Kosten aufzubürden.

Beim Arzt, im Krankenhaus und in der Apotheke sind künftig höhere Zuzahlungen, für die Zahnersatz- und Krankengeldversicherung höhere Zwangsbeiträge fällig – mit vorrangig einem Ziel: Einsparungen zu Lasten der so genannten Leistungserbringer zu verhindern. Es gehe „nicht darum, dass die Leute seltener zum Arzt gehen“, bekannte die Ministerin, sondern lediglich darum, „Lasten umzufinanzieren“.

Das verkrustete Kartell von Ärztefunktionären und Krankenkassen ließen die Unterhändler unangetastet. Der Plan, das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigungen aufzubrechen, landete im Papierkorb. Anstatt den Handel mit Arzneimitteln von den jahrhundertealten Standesregeln der Apothekerzunft zu befreien, zementierten Schmidt und Seehofer das Gesetz, nach dem ein Apotheker weder Filialketten betreiben noch Sonderangebote machen darf. Es sei nicht hinnehmbar, urteilten denn auch Gewerkschaftsboss Michael Sommer und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt in seltener Harmonie, „dass auf eine Liberalisierung des Vertragsrechts zwischen Krankenkassen und Leistungsanbietern nahezu vollständig verzichtet wird“.

Und schon wieder denken Schmidt und Seehofer darüber nach, wie sie dem verschwenderischen Gesundheitswesen zu frischem Kapital verhelfen können. Bereits Anfang September – der Bundestag hatte über ihr Sparpaket noch nicht einmal abgestimmt – stürzten sich die beiden auf einen Vorschlag des Kölner Medizinprofessors Karl Lauterbach und befanden, eine „Bürgerversicherung“ sei nun der „richtige Weg“.

Gemeinsam schwebt ihnen vor, die von Reichskanzler Otto von Bismarck erdachte Zwangsversicherung auszudehnen:

- Neben Arbeitern und Angestellten müssten künftig auch Beamte, Selbständige und Freiberufler einer gesetzlichen Krankenkasse beitreten.
- Die Beitragsbemessungsgrenze für Kassenbeiträge von derzeit 3450 Euro im Monat soll steigen – laut Seehofer auf 5100 Euro.
- Auf Zinserträge, Dividenden, Mieteinnahmen und Unternehmergewinne soll der volle Kassenbeitrag erhoben werden.

Zahlreiche Spitzenpolitiker haben sich dem Vorschlag inzwischen angeschlossen. Das Präsidium der SPD formulierte einen Leitantrag für den kommenden Parteitag, in dem es die Einführung einer Bürgerversicherung fordert. Auch die Arbeitnehmerorganisation der CDU legte sich auf das Lauterbach-Modell fest.

Tatsächlich würde eine Bürgerversicherung den Krankenkassen über Nacht geradezu märchenhafte Zusatzeinkünfte bescheren. Allein durch die höhere Beitragsbemessungsgrenze würde der Spitzenbeitrag an die Krankenkasse von derzeit etwa 500 Euro auf mehr als 740 Euro im Monat ansteigen. Aus dem Stand kämen nach Berechnung von Schmidt-Berater Lauterbach insgesamt etwa 13 Milliarden Euro pro Jahr zusammen. Langfristig könnten die Kassen sogar mit mehr als 24 Milliarden Euro rechnen.

Doch genau das halten die meisten Ökonomen für einen Irrweg: Noch mehr Geld würde in ein falsches System gepumpt.

Mittelfristig, so ihr Verdacht, würde das demografische Problem durch eine Bürgerversicherung nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschärft werden. Den Mehreinnahmen durch neue Zwangsmitglieder stünden bei den Krankenkassen schon



SPIEGEL 26/2002



SPIEGEL 39/2002

Werbeseite

Werbeseite

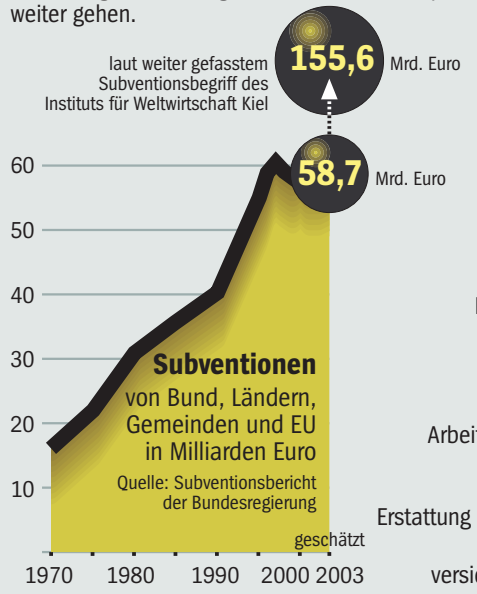


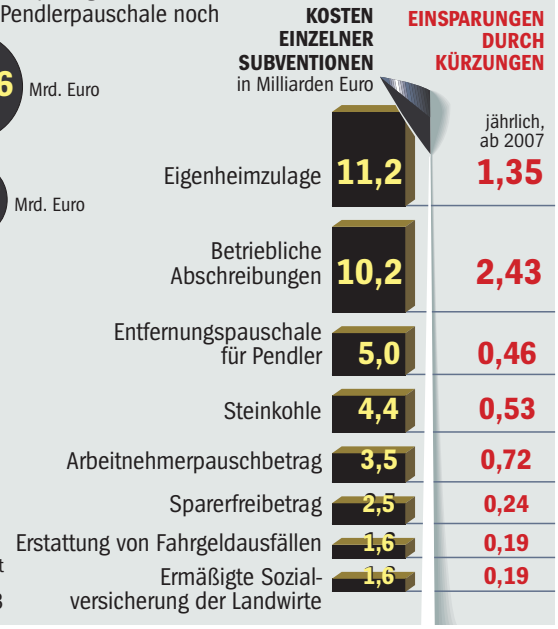
AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Verhandlungspartner Steinbrück, Koch
Kleinster gemeinsamer Nenner

Subventionsabbau

Nach Vorschlägen einer Kommission unter Leitung des hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch** (CDU) und des NRW-Ministerpräsidenten **Peer Steinbrück** (SPD) sollten ein Großteil der staatlichen Zuwendungen an Wirtschaft und Privathaushalte von 2004 bis 2006 jährlich um pauschal 4 Prozent gekürzt werden. Finanzminister Hans Eichel hat das Konzept begrüßt, will aber bei der Eigenheimzulage und bei der Pendlerpauschale noch weiter gehen.





bald auch höhere Ausgaben gegenüber. Doch ein Kapitalstock, mit dem sich das Sozialwesen auf den steigenden Anteil der Alten in der Gesellschaft vorbereiten müsste, wird – anders als in der privaten Krankenversicherung – nicht angespart.

Zudem wäre der bürokratische Aufwand enorm. Um Beiträge auf Kapitaleinkünfte der Versicherten einzutreiben, müssten die Krankenkassen eine Flut von Steuerbescheiden prüfen und darauf achten, dass sich keiner künstlich arm rechnet.

Dennoch hinge die Kassenlage einer Bürgerversicherung vor allem davon ab, ob es auf dem Arbeitsmarkt läuft oder nicht. Wie bislang würde jeder zusätzliche Arbeitslose zu Einnahmeverlusten seiner Krankenkasse führen – die diese durch höhere Beitragssätze ausgleichen müsste.

Dass die Bürgerversicherung diesen Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, sinkenden Einnahmen, steigenden Beiträgen und damit wieder steigender Arbeitslosigkeit nicht durchbricht, ahnen auch ihre Befürworter. Der grüne Außenminister Joschka Fischer hat deshalb eine Variante in die Debatte geworfen. So ist er dagegen, die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 3450 Euro zu erhöhen. Den Arbeitgeberanteil möchte Fischer einfrieren, weil dies „die Abkoppelung von den Lohnkosten“ bedeute.

Doch der Minister irrt. Tatsächlich würden in seiner Variante der Bürgerversicherung vor allem Rentner sowie mittlere Arbeiter und Angestellte zusätzlich belastet, die nebenher über ein paar Aktien verfügen oder vom eigenen Haus eine vermietbare Einliegerwohnung abgetrennt haben. Für die wirklich Vermögenden, die mit ihrem Einkommen längst über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, änderte sich dagegen nichts.

Für einen völlig anderen Weg plädiert deshalb die von der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel eingesetzte Herzog-Kommission. Ähnlich wie Rürup, der sich in seiner Kommission damit allerdings nicht durchsetzen konnte, fordert sie die Einführung einer Kopfpauschale von hochgerechnet 264 Euro im Monat – unabhängig davon, wie viel der Einzelne verdient. Der bisherige Arbeitgeberanteil zum Kassenbeitrag solle eingefroren und zusammen mit dem Bruttolohn ausgezahlt werden.

Das könnte sich segensreich vor allem auf den Arbeitsmarkt auswirken. Erstmals würden Wirtschaftskrisen nicht automatisch zu steigenden Kassenbeitragssätzen führen, die wiederum das Entstehen neuer Jobs behindern.

Für die soziale Gerechtigkeit ist in diesem Modell das Steuersystem zuständig. So schlägt die Herzog-Kommission vor, Geringverdienern einen Zuschuss aus dem Etat des Finanzministers zu gewähren. Insgesamt etwa 27,3 Milliarden Euro Steuergelder würden gebraucht, um zu verhindern, dass eine Halbtagskraft unterm Strich dieselbe Belastung tragen muss wie ein Vorstandsvorsitzender.

Kritiker ahnen: Auch hier dürfte es bürokratisch zugehen. So schätzt Rürup, dass insgesamt etwa jeder dritte Haushalt einen Antrag ausfüllen müsste, um in den Genuss eines Beitragszuschusses zu kommen.



SPIEGEL 49/2002



SPIEGEL 1/2003

Reform der Reformfähigkeit

Die Vielzahl der Vorschläge ist verwirrend, und sie ergeben noch lange kein sinnvolles Ganzes. Zum ersten Mal aber akzeptieren Regierung und Opposition, dass eine Politik des Weiter-so in den Abgrund führt. Die jahrzehntelange Segmentierung der Gesellschaft in links und rechts löse sich auf, freut sich Jürgen Kluge, Deutschland-Chef der Unternehmensberatung McKinsey.

Werbeseite

Werbeseite



MARKUS SCHREIBER / AP

Regierungschef Schröder*: *„Ohne das Risiko, etwas zu wagen, werden wir in Deutschland nicht bleiben können, was wir sind“*

„Heute haben wir die Segmentierung zwischen Erneuerern und Bewahrern. Und ich habe den Eindruck, dass die Mehrzahl der Bürger im Erneuerercamp sitzt.“

Den meisten Experten sind die diskutierten Maßnahmen jedoch nicht radikal genug. Warum, so fragen sich zum Beispiel viele Ökonomen, müssen weiterhin Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften das Monopol zur allgemeinverbindlichen, flächendeckenden Festlegung der Arbeitszeiten und der Löhne besitzen? Warum muss ein in Gelsenkirchen lebender Mitarbeiter eines Software-Unternehmens das Gleiche verdienen wie ein in Stuttgart lebender Porsche-Mitarbeiter? Und das, obwohl es der Software-Branche schlechter geht und das Kostenniveau in Gelsenkirchen deutlich geringer ist als in Stuttgart.

„Dieses Tarifkartell ist eine absurde Geschichte“, sagt Hans-Olaf Henkel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz und früherer Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Schon Ende 1997 hatte er die Lockerung der Flächentarifverträge vorgeschlagen. Wut und Empörung seien auf ihn niedergeprasselt, erinnert sich Henkel. Heute fordern FDP und weite Teile der CDU dasselbe, und sogar der Kanzler lässt in kleiner Runde Sympathie für solche Vorstellungen erkennen.

Um die Reformdiskussion weiter voranzubringen, hat Henkel gemeinsam mit Herzog, Klaus von Dohnanyi (SPD), Otto Graf Lambsdorff (FDP) und dem Unternehmensberater Roland Berger pünktlich zum 13. Jahrestag der Deutschen Einheit den „Konvent für Deutschland“ ins Leben gerufen, die Gründungsveranstaltung fand im Berliner Hotel Adlon statt, wo Herzog einst seine Ruck-Rede hielt. Der Name erinnert nicht zufällig an den „Konvent für Europa“, der eine neue Verfassung für den Kontinent erarbeitet.

Henkel & Co. sind nicht allein. Bewegungen wie der „Bürgerkonvent“ des Bonner Juristen Meinhard Miegel oder die Kampagne „Aufbruch jetzt“ verfolgen ähnliche Ziele. Konkrete Fragen zu einzelnen Reformen wollen sie nicht beantworten. Vielmehr geht es ihnen darum, „die Handlungsfähigkeit der Politik wiederherzustellen“, so Berger.

Nichts weniger als eine „Reform der Reformfähigkeit“ haben sich die Macher des Konvents zum Ziel gesetzt: Sie fordern deshalb, den überbordenden Föderalismus – und damit die Bremserfunktion des Bundesrats – zurückzuschneiden, die Legislaturperiode auf fünf Jahre zu verlängern und alle Wahlen an zwei Terminen stattfinden zu lassen.

Auch der Länderfinanzausgleich ist reformbedürftig: Er unterbindet den Wettbewerb unter den Ländern. Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern führen zu unwirtschaftlichem Finanzverhalten, Mischkompetenzen verhindern die klare Verantwortung einzelner Ebenen – es fehlt an einer klaren Ordnungspolitik.

Viele dieser Vorschläge finden inzwischen in allen politischen Lagern Unterstützung – ein Pragmatismus hat sich breitgemacht, wie er vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war. In Deutschland seien grundlegende Änderungen notwendig, sagt Wirtschaftsminister Clement, „und zwar an allen Ecken und Kanten“. Noch ein Clement: „Ohne das Risiko, etwas zu wagen, werden wir in Deutschland nicht bleiben können, was wir sind.“

Ob die Politiker aller Parteien bereit sind, solcher Reformrhetorik auch angemessene Taten folgen zu lassen, werden die nächsten Monate zeigen. Denn noch gibt es die Zustimmungspflicht des Bundesrats, und dort hat die Opposition die Mehrheit. Wird sie der Versuchung widerstehen, die Regierung ständig auflaufen zu lassen? Noch besteht die Gefahr, dass sich die beiden Lager – wie Koch und Steinbrück beim Abbau der Subventionen – allenfalls auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen.

Für den McKinsey-Mann Kluge wäre das eine Null-Lösung: „In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod.“

Armin Mahler, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Michael Sauga, Janko Tietz



SPIEGEL 20/2003

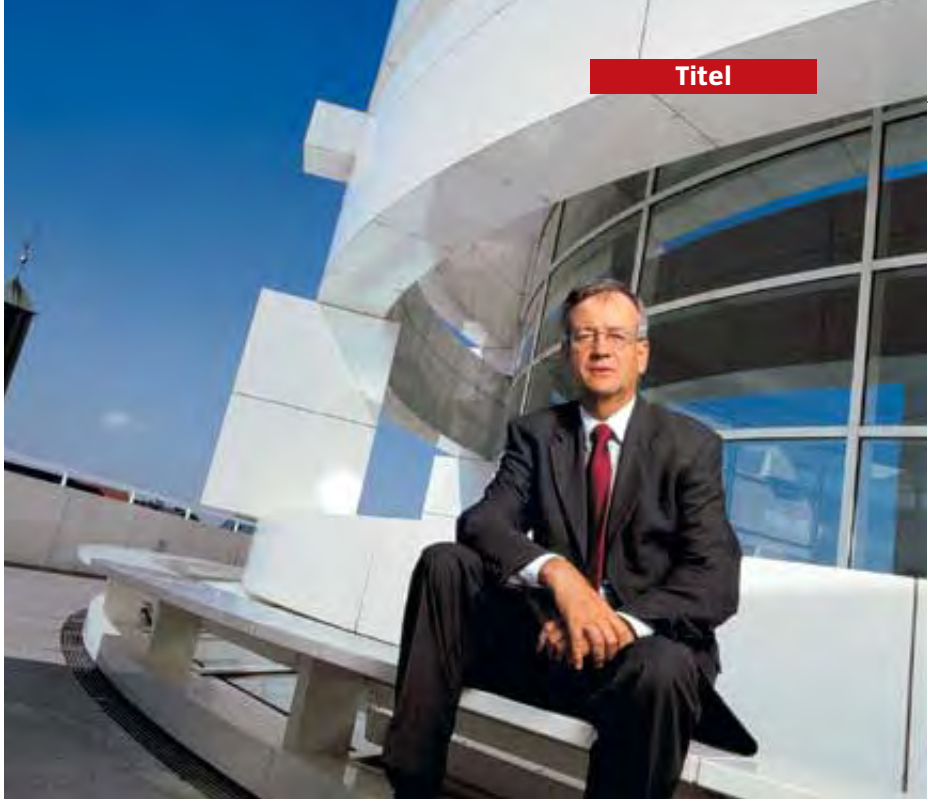


SPIEGEL 21/2003

* Während der Abstimmung zur Reform des Arbeitsmarktes am 26. September im Bundestag.

Werbeseite

Werbeseite



MICHAEL DANNENMANN

Siemens-Chef Pierer: *„Es werden niemandem gebratene Tauben in den Mund fliegen“*

„Genug geredet“

Heinrich von Pierer, 62, Vorstandschef der Siemens AG, über die Wünsche der Wirtschaft an die Politik

SPIEGEL: Der Bundeskanzler sprühte auf seiner Nahost-Reise vor Optimismus: Die Einheit sei verkraftet, die Wachstumsschwäche überwunden. Teilen Sie diese Einschätzung?

Pierer: In der Tat gibt es erste Signale, dass die Weltwirtschaft wieder anspringt. Das könnte zu einer Art „importiertem Aufschwung“ führen, das heißt: Wir würden, wie so oft, von der Wirtschaftskraft anderer profitieren.

SPIEGEL: Klingt nicht sonderlich hoffnungsfroh, dass die deutsche Wirtschaft auch aus eigener Kraft wachsen kann.

Pierer: Ich erwarte, dass der Bundeskanzler seine Agenda 2010 jetzt wirklich umsetzt – gegen alle Widerstände in den eigenen Reihen und bei der Opposition. Dieses Programm ist ein erster notwendiger Schritt, nicht mehr und nicht weniger. Man hätte sie wahrscheinlich besser Agenda 2003 genannt. In Deutschland wurde in den vergangenen Jahren genug geredet. Jetzt ist es Zeit, zu handeln …

SPIEGEL: … was mittlerweile viele sagen. Welche konkreten Schritte sollten folgen?

Pierer: Die Agenda ist in ihrem Kern nichts anderes als ein Kostendämpfungsprogramm, also eine ganz normale Restrukturierung, wie wir sie in unseren Unternehmen immer wieder durchführen. Aber das allein reicht eben nicht. Dasselbe gilt für die Reformen, die auf die Vorschläge von Herrn Hartz zurückgehen. Er ist ohne Zweifel ein außerordentlich kreativer Personalchef. Aber er hatte sich in seiner Kommission auftragsgemäß vor allem mit der Verteilung vorhandener Arbeit zu befassen. Die Arbeitsvermittlung wird effektiver, aber so entsteht leider kein einziger Arbeitsplatz zusätzlich.

SPIEGEL: CDU-Chefin Angela Merkel, die sich neuerdings zu radikalen Reformen bekennt und derzeit für deren Durchsetzung in der CDU streitet, gefällt Ihnen besser?

Pierer: Ich fand es bemerkenswert, dass die Oppositionsführerin in dieser Weise bereit ist, Mitverantwortung zu übernehmen. Sie verdient volle Unterstützung. Aber auch hier gilt: Das bisher Vorgelegte reicht nicht. Ich vermisse Antworten auf die Erfordernisse der Globalisierung. In den Reformplänen der Parteien fehlt derzeit noch eine Wachstumskomponente.

SPIEGEL: Um Wachstum müsste sich die Wirtschaft doch auch selbst kümmern.

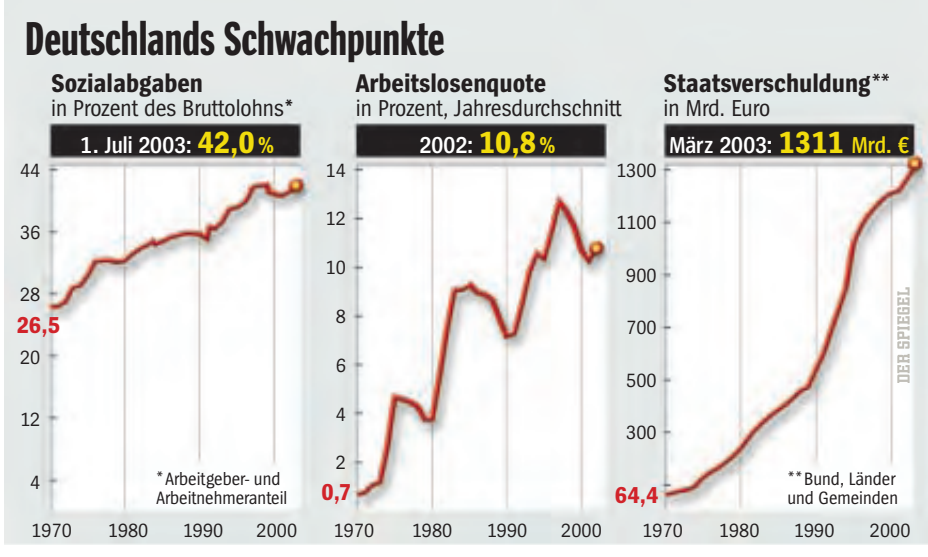
Pierer: Ja, klar! Aber die schlichte Wahrheit ist: Wir haben hohe Kosten, und wir haben einen hohen Lebensstandard, den wir nach Möglichkeit erhalten wollen. Also brauchen wir einen Vorsprung – und zwar einen Vorsprung durch Innovation. Nur der sichert in allen Märkten heute noch unsere wirtschaftliche Präsenz, von der wiederum unser politisches Gewicht in der Welt abhängt. Darüber sollte sich jeder im Klaren sein. Wer anderes glaubt, macht sich etwas vor.

SPIEGEL: Das heißt konkret?

Pierer: Wir müssen das Thema Innovation endlich in den Mittelpunkt unserer Reform-Anstrengungen rücken. Die Entwicklung in den anderen Staaten verläuft derart rasant, dass wir gezwungen sind, ebenfalls Tempo zu machen. In China verließen vor 15 Jahren nur sehr wenige Ingenieure die Hochschulen. Heute spuckt das System jedes Jahr 300 000 Absolventen aus. Innovation ist das zentrale Thema, wenn wir heute über Wachstum reden.

SPIEGEL: Wie soll denn ausgerechnet der Staat den Erfindungsreichtum stärken?

Pierer: Durch die richtigen Rahmenbedingungen. In der Schule haben wir die Debatte hinter uns. Seit Pisa sollte jeder wissen, was zu tun ist. Es geht aber auch um die Universitäten, die sich zwar verbessert haben, aber das reicht noch nicht. Wir brauchen mehr Wettbewerb zwischen und an den Universitäten. Und was spricht eigentlich dagegen, Studiengebühren einzuführen? Für den Kindergarten zahlen wir doch auch. Dieses merkwürdige Tabu muss endlich durchbrochen werden.



Werbeseite

Werbeseite



MICHAEL WOLF / LAIF

Handy-Produktion (in Shanghai): *„Viel größere Härte und Zielstrebigkeit“*

SPIEGEL: Eintrittsgeld an den Universitäten schafft noch lange keine Innovationen …
Pierer: … fördert aber die Eigenverantwortung und das Bewusstsein, dass es darum geht, sich Chancen zu eröffnen, die keineswegs selbstverständlich sind. Die Universitäten verfügten über mehr Geld für mehr Forschung, mehr Entwicklung und eine bessere Ausstattung des Lehrpersonals. Ebenso müssen wir auch bei der Weiterbildung alles nur Mögliche tun, um die Mitarbeiter wertvoller zu machen.
SPIEGEL: Jetzt überfordern Sie den Staat endgültig.
Pierer: Er kann zumindest helfen, aber Sie haben Recht: Die Leute müssen auch jeder für sich begreifen, dass die Zeit sich geändert hat. Es werden niemandem gebratene Tauben in den Mund fliegen. Fortbildung heißt auch, Freizeit zu opfern. Und natürlich sind auch die Unternehmen gefordert.
SPIEGEL: Mehr als die Hälfte der Beschäftigten von Siemens arbeitet im Ausland. Wirklich nur aus Kostengründen?
Pierer: Von unseren 420 000 Mitarbeitern sind zurzeit 250 000 im Ausland beschäftigt. Aber das hat in der Tat auch andere Ursachen: Wir müssen nah beim Kunden sein. Wir sind deshalb nicht nur in China, sondern auch in den USA vertreten, mit Entwicklern, Fabrikarbeitern, Verkäufern, Software-Experten. Trotzdem geht es natürlich immer auch darum, sich die beste Kostenposition zu sichern. Der weltweite Wettbewerb dreht sich heute um drei Fragen: Wer ist der Beste? Wer ist unter den Besten der Billigste? Und wer ist der Schnellste?
SPIEGEL: Sie fordern schier Unmögliches. Wie soll Deutschland angesichts der Niedriglöhne in den sich entwickelnden Ländern diesen Wettlauf gewinnen?
Pierer: Bei den arbeitsintensiven Fabriktätigkeiten geht das sicher nicht. Die Textilindustrie hat Deutschland bei der Massenware mehr oder minder verlassen. Auch wir bei Siemens mussten große Teile derartiger Fabrikation in Ländern wie Indien, China oder in Ost- und Mitteleuropa ansiedeln. Aber in jüngster Zeit erleben wir auch einen Wettbewerb bei den höherwertigen Tätigkeiten. Das macht mir Sorgen. An Stelle von 2000 deutschen Software-Entwicklern kann ich in China zu gleichen Kosten 12 000 einstellen. Der deutsche Stundensatz von vielleicht 80 Euro wird nahezu von allen Wettbewerbern unterboten. Die Österreicher sind schon 20 Prozent unter uns, in Rumänien kostet die Stunde in diesem Bereich weniger als 30 Euro, in China und Indien liegen wir noch mal deutlich drunter.
SPIEGEL: Und die Arbeitsergebnisse sind tatsächlich vergleichbar in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt?
Pierer: Sie sehen und spüren keinen Unterschied zwischen unseren Handys aus Kamp-Lintfort und denen aus Shanghai.
SPIEGEL: Jetzt kritteln Sie sicher auch noch an der Produktivität deutscher Arbeiter?
Pierer: Nein, nicht an unserem Wollen, sondern an unserem System. In Indien oder China darf mit viel größerer Härte und Zielstrebigkeit gearbeitet werden als bei uns. Gerade die jungen Chinesen sind besessen von der Idee, aufzusteigen: In China sind 2600 Arbeitsstunden pro Jahr und Mann die Regel. Das könnte und dürfte ich hier zu Lande, außer dem Vorstandsvorsitzenden, niemandem zumuten. Bei uns sind 1500 Stunden die Regel. Das allerdings ist zu wenig. Unsere 35-Stunden-Woche ist die reinste Vergeudung von Wissen.
SPIEGEL: Im Klartext: Sie würden den alten Gewerkschaftsslogan „Samstag gehört Vati mir“ am liebsten suspendieren?
Pierer: Wenn wir in Deutschland so weitermachen, gehört Vati bald an jedem Werktag der Familie, weil er dann keinen Job mehr hat. Im Übrigen geht es ja nicht um jeden Samstag, sondern nur dann, und zwar zuschlagsfrei, wenn Bedarf ist. Ansonsten kann Vati auch mal am Montag freihaben. Wir müssen endlich zur Besinnung kommen.
SPIEGEL: Bei den meisten Reformvorhaben braucht die Koalition die Opposition. Was erwarten Sie von Angela Merkel?
Pierer: Wir brauchen nicht formell, aber de facto eine Art Große Koalition zwischen den Volksparteien. Wir sind in unserem Land an einem Scheidepunkt angekommen. Alle müssen jetzt Verantwortung übernehmen. Dann wird auch wieder Optimismus entstehen. Klar will die Opposition eigenes Profil zeigen, aber sie trägt auch Verantwortung fürs Ganze: Deutschland hat viele Stärken. Wir bringen alle Voraussetzungen mit, uns international zu behaupten. Aber die Parteien müssen sich jetzt auf vernünftige Lösungen einigen – und zwar schnell.
SPIEGEL: Wie sähe die Pierersche Vernunft aus, wenn es um Steuersenkungen geht?
Pierer: Wir brauchen Steuerentlastungen, keine Frage. Sie müssen in vertretbarem Umfang und möglichst schnell kommen. Eine gewisse Neuverschuldung akzeptiere ich, aber wir dürfen nicht alles auf Pump finanzieren.
SPIEGEL: Nächstes Jahr wird ein neuer Bundespräsident gewählt. Sie klingen, als ob das nicht immer ein Berufspolitiker sein müsste.

„Wir brauchen nicht formell, aber de facto eine Art Große Koalition zwischen den Volksparteien.“

Pierer: Das ist grundsätzlich richtig. Deutschland verfügt auch in anderen Bereichen über Persönlichkeiten, die dafür in Frage kämen. Aber wir haben doch eine Reihe von Frauen und Männern „der Politik“, die sich höchsten Respekt verdient haben und denen bei einem politischen Amt ein natürlicher Vorrang zukommt.
SPIEGEL: Was erwarten Sie von einem Bundespräsidenten in Zeiten wie diesen?
Pierer: Er muss den Menschen Mut machen. So wie Roman Herzog es mit seiner Ruck-Rede getan hat. Ich jedenfalls glaube daran, wir schaffen es!
SPIEGEL: Ihr Name schwirrt auch durch die Kandidaten-Debatte. Würden Sie wechseln?
Pierer: Eine hypothetische Frage. Dazu gebe ich keinen Kommentar ab.

INTERVIEW: GABOR STEINGART

Werbeseite

Werbeseite

Fünf Jahre sind genug

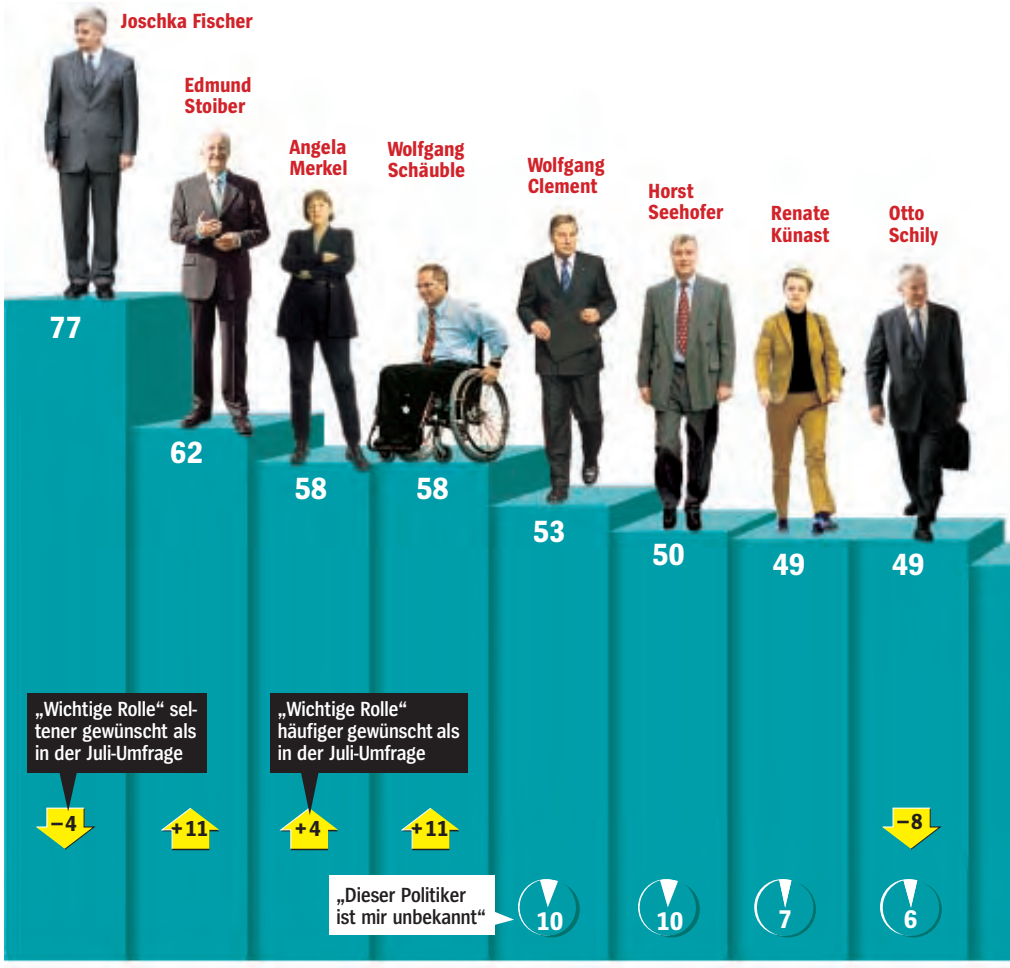
Mehr als die Hälfte der Deutschen will nicht, dass Gerhard Schröder weiter eine wichtige Rolle in der deutschen Politik spielt. Im vierteljährlichen Ranking von NFO Infratest für den SPIEGEL sinkt die Popularität des Kanzlers auf nur noch 46 Prozent – das ist der niedrigste Wert seit Schröders Amtsantritt 1998 und ein Alarmsignal für einen Politiker, der schon oft durch seine persönliche Überzeugungskraft die Wähler auf seine Seite ziehen konnte.

Ganz nah am Gipfel der Popularität, den mit leichten Einbußen Außenminister Joschka Fischer besetzt hält, sonnt sich nach seinem furiosen Wahlerfolg nun CSU-Chef Edmund Stoiber. Von dem Bayern-Premier wünschen sich 62 Prozent der Befragten, dass er künftig eine wichtige Rolle übernimmt. Mit Stoibers politischer Arbeit sind nicht nur 81 Prozent der Unionsanhänger zufrieden, sondern auch 33 Prozent der SPD-Wähler – 5 Prozent von ihnen sogar „sehr“. Offenkundig wird honoriert, dass die CSU die soziale Ausgewogenheit der Reformen anmahnt und in Bayern auch das Wohl der kleinen Leute im Blick behält. Zwar kann Angela Merkel auf der Sympathieskala ebenfalls zulegen, doch die Arbeit der Oppositionsführerin wird überwiegend kritisch bewertet. Merkels Festlegung auf das Herzog-Konzept bedeute einen Ruck nach rechts, finden sogar 45 Prozent der Unionswähler.

Die Botschaft der Bürger an Rot-Grün nach einem halben Jahrzehnt an den Schaltstellen der Macht ist unmissverständlich: Ihr könnt es nicht. In fast allen wichtigen Fragen sind mittlerweile über zwei Drittel der Befragten mit der Koalition unzufrieden. Zum Teil ist das Votum nahezu einstimmig: Die rot-grüne Rentenpolitik – 80 Prozent lehnen sie ab; die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – 90 Prozent verteilen schlechte Noten. Mehrheitliche Zustimmung erhält die Koalition nur noch in Fragen der Umwelt und der inneren Sicherheit. Doch selbst Innenminister Otto Schily, der den Kanzler bislang zuverlässig stabilisierte, sinkt kräftig in der Gunst.

Käme es jetzt zu Neuwahlen, Schröders Sozialdemokraten könnten mit gerade 26 Prozent der Stimmen rechnen. Die Union dagegen wollen fast doppelt so viele Menschen wählen – am liebsten offenkundig mit dem Mann aus Bayern an der Spitze.

HANS MICHAEL KLOTH



Veränderungen bis zu 3 Prozent liegen im Zufallsbereich, sie werden deshalb nicht ausgewiesen.

Reichlich unzufrieden

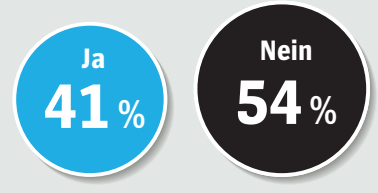
„Sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung in folgenden Bereichen zufrieden?“





Blockade – warum nicht?

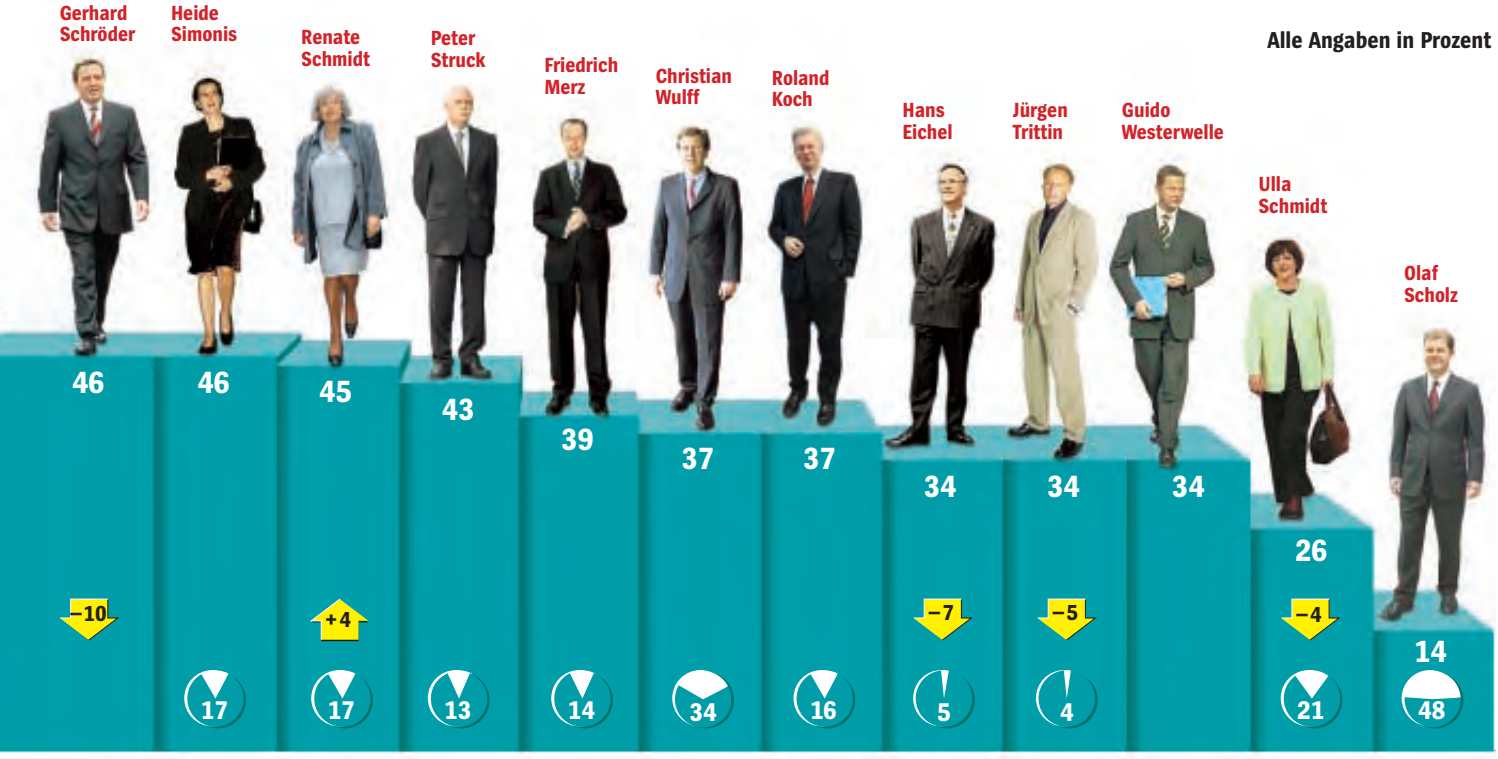
„Viele Gesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, in dem häufig die Opposition die Mehrheit besitzt. Sollte der Einfluss der Länderkammer begrenzt werden, um in Deutschland schneller zu politischen Entscheidungen zu kommen?“



Kanzler-Absturz

NFO Infratest nannte die Namen von 20 Spitzenpolitikern. Der Anteil der Befragten, die es gern sähen, wenn der jeweilige Politiker künftig „eine wichtige Rolle spielen“ würde, und die Veränderungen zur letzten Umfrage im Juli 2003

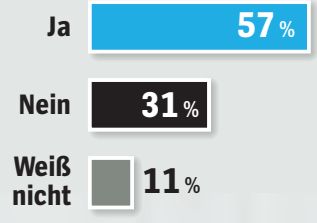
Alle Angaben in Prozent



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. und 8. Oktober 2003; rund 1000 Befragte

Rechtsruck in der CDU

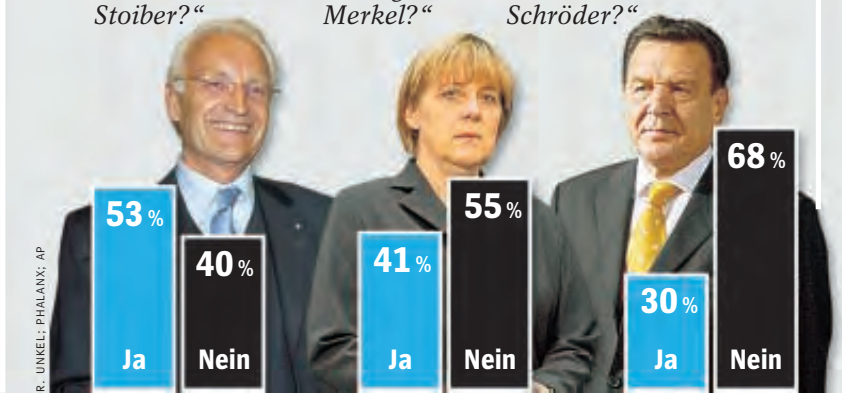
„Der CDU-Parteivorstand hat sich die Vorschläge der Herzog-Kommission zu Eigen gemacht. Bedeutet diese Entscheidung einen geringeren Stellenwert für soziale Gerechtigkeit und einen Rechtsruck der CDU?“



Starker Mann im Süden

„Sind Sie zufrieden mit der Arbeit von …

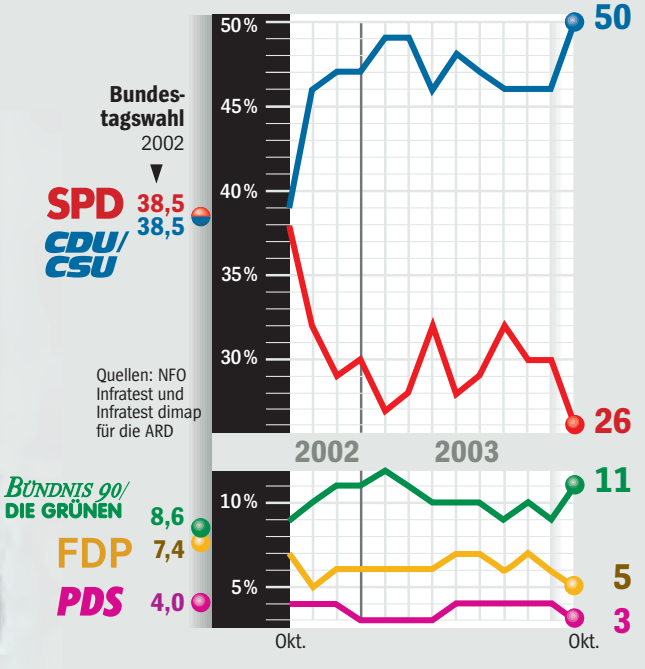
… Edmund Stoiber?“ *… Angela Merkel?“* *… Gerhard Schröder?“*



R. UNKEL; PHALANX; AP

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“





JULIA FASSBENDER / BUNDESBILDSTELLE

Gesprächspartner Schröder, König Fahd (r.)*: *Intoleranz nicht tolerieren?*

ISLAMISTEN

„Sogwirkung in der Republik“

Die König-Fahd-Akademie in Bonn belastet das deutsch-arabische Verhältnis: Sie ist offenbar Anziehungspunkt für Qaida-Sympathisanten, die ihre Kinder dort fundamentalistisch erziehen lassen.

Das deutsche Mekka für Islamisten heißt Mehlem, ein kleiner Ortsteil am Rhein, im Süden von Bonn. Zwischen Lidl, Aldi und Dönerbuden ragt ein alabasterfarbener Palast aus 1001 Nacht in den Himmel – die König-Fahd-Akademie. Knapp 500 Kinder lernen dort nach saudischen Lehrplänen.

So beliebt ist die Schule, dass ganze Gruppen verschleierter Frauen mit Kindern regelmäßig in die engen Räume des Bonner Schulamts drängen. „Erst bitten sie um die Erlaubnis, ihre Kinder zur König-Fahd-Akademie schicken zu dürfen“, so ein Mitarbeiter, „dann wird geweint, und am Ende sinken sie mit lauten Klagerufen auf den Boden.“ Die bühnenreifen Auftritte werden hausintern „Chor der Haremsdamen“ genannt.

Doch in zwei Fällen verging den Beamten kürzlich der Spott. Denn nach den Frauen machten deren Männer Dampf, um ihre Kinder von der deutschen Schulpflicht zu befreien. Wenn die Anträge nicht sofort genehmigt würden, dann müsse man sich auf „schwere Schmerzen“ einstellen, drohten sie am Telefon.

Inzwischen kümmert sich auch die Polizei um die König-Fahd-Akademie – genauer gesagt, der Staatsschutz. Denn die einst 30 Millionen Mark teure Lehranstalt, die dem saudischen Königshaus in Riad gehört und mit dessen Petro-Dollar finanziert wird, hat sich zum Anziehungspunkt für Islamisten entwickelt – auch für solche, die in Verfahren des Generalbundesanwaltes gegen das weltweite Terrornetz der Qaida aufgefallen sind.

Der Konflikt um die Schule, die in Berlin einen Ableger betreibt, wird zur Nagelprobe für das ziemlich angespannte deutsch-saudische Verhältnis. Denn wenn es um die Bekämpfung des Terrors geht, traut die Bundesregierung den Scheichs nicht über den Weg – selbst der bundesdeutsche Verfassungsschutz interessiert sich für saudische Einrichtungen (SPIEGEL 32/2003).

Kein Wunder also, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Besuch in Riad vorvergangene Woche – nach einem Treffen mit König Fahd – mit dessen Kronprinz Abdallah auch über die Bonner Schule sprach. Danach behauptete Schröder über das Gebaren im Umfeld der Schule: „Das wird abgestellt werden.“

Bei der feierlichen Eröffnung der Saudi-Akademie im September 1995 waren noch der damalige Außenminister Klaus Kinkel und der damalige NRW-Ministerpräsident Johannes Rau zugegen gewesen. Bonns Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann schwärmte in ihrer Eröffnungsrede sogar, das Projekt biete „die einmalige Voraussetzung für einen vorbildlichen deutsch-arabischen und christlich-islamischen Dialog, der das friedliche Zusammenleben fördert“.

Dieses hehre Ziel verfolgt seither aber vor allem die deutsche Seite. Am Freitag vorvergangener Woche etwa rief der Prediger Anas B. in der drückend vollen Akademie-Moschee „im Namen Allahs“ zum Heiligen Krieg auf. Mit einer versteckten Kamera konnte ein Team des ARD-Magazins „Panorama“ das Treiben filmen. „Ihr müsst euch um die körperliche Ertüchtigung eurer Kinder kümmern“, hämmerte Prediger B. den Gläubigen ein und forderte sie auf, den jungen Muslimen schon mal „das Speerwerfen, das Schwimmen und das Reiten“ beizubringen.

Höchst verdächtig scheint Staatsschützern auch, dass seit einigen Monaten vermehrt einschlägige Bekannte nach Bonn ziehen, um ihre Kinder auf die Saudi-Schule zu schicken – wie etwa Mahmoud A. Der einstige Leiter eines Islamisten-Treffs in Duisburg arbeitete dort zusammen mit dem Konvertiten und Afghanistan-geschulten Kämpfer Christian Ganczarski, den Fahnder für einen Weggefährten des Attentäters von Djerba halten.

Unter den Eltern, die ihre Kinder auf die Akademie schicken, ist auch ein Mann, gegen den die Bundesanwaltschaft wegen Mitgliedschaft in einer Terrorvereinigung ermittelt: der 39-jährige Sayed M. Der Ägypter soll der deutschen Dependance der Terrororganisation al-Tawhid angehört haben. Die mit der Qaida kooperierende Truppe plante vermutlich Anschläge auf jüdische und israelische Ziele in Deutschland. M. sei in die „strafrechtlich relevante Tätigkeit der Gruppierung eingebunden“, so das Bundeskriminalamt.

* Am Sonntag vor einer Woche im saudi-arabischen Riad.

Auch auf die Spuren des 1998 bei München verhafteten mutmaßlichen Bin-Laden-Finanzmanns Mamduh Salim sind Fahnder im Umfeld der Akademie gestoßen. Salim unterhielt demnach Kontakte zu einigen der Muslime, deren Kinder nun dort ausgebildet würden. „Bald sind wir dort alle vereint“, freuten sich schon Extremisten, deren Gespräche die Polizei mithörte.

„Das entwickelt eine Sogwirkung in der ganzen Republik“, befürchtet der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters: „Mein Ziel ist es, die Schule zu schließen. Aber wir müssen es rechtsstaatlich sicher machen.“ Rückendeckung bekommt Roters dabei von seinem Ministerpräsidenten Peer Steinbrück (SPD). Wer freiheitliche Prinzipien bekämpfe, dürfe keine Schüler ausbilden, sagt der: „Wir werden Intoleranz nicht tolerieren.“

Rund 500 Muslime, darunter auch bekannte Extremisten, treffen sich jeden Freitag zum Gebet in der Moschee der Akademie. Bei diesen Veranstaltungen wollte offenbar auch der unter Beobachtung von Verfassungsschützern stehende Prediger Ali A. nicht fehlen. A. plante, nach Bonn zu ziehen, stieß bei Glaubensbrüdern aber auf Widerstand. Sein hoher Bekanntheitsgrad schade der Sache, mahnten die Brüder.

Für die Islamisten, so erfuhren Ermittler aus Gesprächsüberwachungen und Vernehmungen, hat Bonn eine so hohe Anziehungskraft, weil ihre Kinder an der König-Fahd-Akademie stramm muslimisch ausgebildet werden – und weil sie glauben, in Nordrhein-Westfalen von den Behörden nicht so stark behelligt zu werden.

Nach einem Vermerk des Polizeipräsidiums Bonn schien diese Rechnung zunächst aufzugehen: Als Polizisten Mitte März Vertreter des Schulamtes auf die Situation aufmerksam machten, hieß es noch, eine Schließung der Schule sei rechtlich zwar denkbar, eine Umverteilung der Schüler auf andere Schulen bringe aber neue Probleme. Zudem wolle die Stadt nicht in Verdacht geraten, islamfeindlich zu sein.

Schon im Juli, nachdem Oberbürgermeisterin Dieckmann informiert worden war, entschied die Bonner Familiendezernentin Ulrike Kretzschmar dann jedoch, keine Befreiung von der deutschen Schulpflicht mehr zuzulassen. Knapp 200 der 500 Schüler sind deutsche Staatsbürger, viele andere halten sich den Behörden zufolge dauerhaft in Deutschland auf. Möglichst alle, so Kretzschmar, sollten künftig auf deutsche Schulen gehen.

Denn dass die Schüler außer Koran-Suren an der Akademie offenbar wenig lernen, wissen die Behörden längst. Werden Kinder von der Saudi-Schule verwiesen, weil sie sich, wie eine Rektorin berichtet, nicht „genügend dem Islam hingewendet haben“, geraten sie auf regulären Schulen meist zu Problemfällen. „Die Kenntnisse sind katastrophal“, so Kretzschmar, „die können sich kaum in Deutsch verständlich machen.“

Kein Wunder, denn laut Stundenplan erhalten Kinder an der Muslim-Akademie in der ersten Klasse acht Wochenstunden Religionsunterricht – aber nur je vier Stunden Deutsch und Mathematik. Für Schüler der elften Klasse stehen sogar bis zu zwölf Wochenstunden Religion, neun Stunden Arabisch, aber nur eine Stunde Deutsch auf dem Stundenplan. Und einer der Religionslehrer war Dschihad-Prediger Anas B.

Dessen Predigt sei „ein Einzelfall“, behauptet nun Andrea Bellinghausen – die Deutsche fungiert als Sprecherin und Aushängeschild der König-Fahd-Akademie. Dem Lehrer sei fristlos gekündigt worden, sagt sie, mit Radikalen habe man nichts am Hut.

Das allerdings muss bezweifelt werden, denn an der König-Fahd-Akademie wird nach den Richtlinien des saudischen Bildungsministeriums unterrichtet. Das heißt: Den Schülern soll eigentlich beigebracht werden, dass es Gläubige und Ungläubige gibt – und dass man für den wahren Glauben kämpfen muss.

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

Die saudische Staatsreligion, der Wahhabismus, gilt zudem als besonders radikale Ausprägung des Islam. Für den Leiter der Islamabteilung im baden-württembergischen Verfassungsschutz, Herbert Landolin Müller, steht der Wahhabismus für einen „Rigorismus, der vielen Muslimen fremd ist“.

Und auch vom Terrorismus distanzieren sich die Saudis bislang nicht sehr überzeugend. So haben Staatsschützer seit längerem schon die saudische Botschaft in Berlin im Visier. Als sie noch in Bonn residierten, waren die Diplomaten für die Akademie verantwortlich, eine Aufgabe, die nun das Königshaus selbst übernehme, so Bellinghausen.

Wie nah selbst saudische Diplomaten manchen Terroristen stehen, zeigt etwa der Fall Mohammed J. Fakihi. Der Leiter der „Islamischen Abteilung“ der Botschaft fiel Ermittlern des Bundeskriminalamts auf, weil sich bei einem Mittäter der Anschläge des 11. September Fakihis Visitenkarte fand. Zudem saß er vermutlich am Steuer einer Diplomaten-Limousine, in der Fahnder ein mutmaßliches Mitglied einer Terrorzelle gesehen hatten. Auf Drängen der Bundesregierung verließ der Diplomat dann Deutschland – offiziell natürlich freiwillig, schließlich haben weder Saudis noch Deutsche ein Interesse daran, das Verhältnis noch weiter zu trüben.

Dominik Cziesche, Barbara Schmid, Andreas Ulrich



PETER ALBAUM / JOKER (U.); PANORAMA / ARD (O.)

Islamisten-Treffpunkt König-Fahd-Akademie, Muslime bei Predigt: *„Bald sind wir alle vereint“*

ÄRZTE

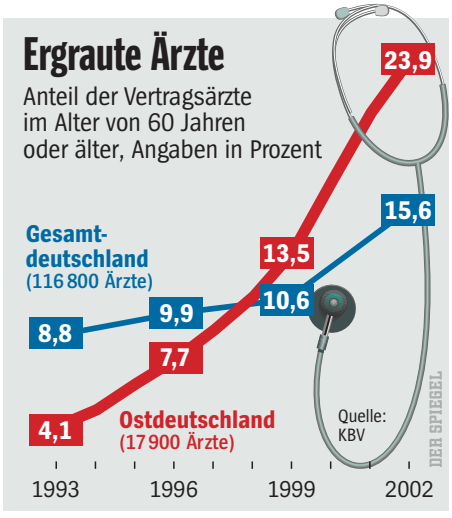
„Dumm gelaufen“

Eine Novelle der Bundesärzteordnung gefährdet Tausende Existenzen – und verschärft den Medizinermangel.

Ärztenotstand in deutschen Kliniken? Hunderte verwaiste Praxen in Kleinstädten und auf dem Land? Für die Augenärztin Esta Michailowskaja, 34, klingen solche dramatischen Zustandsbeschreibungen des deutschen Gesundheitswesens „extrem paradox“. Sie erlebt gerade, dass deutsche Bürokraten den Mangel noch verschärfen: Der Emigrantin droht, wie Tausenden zugewanderten Ärzte, aus formalen Gründen das berufliche Aus.

Die Augenärztin soll – nach zwölf Jahren Medizinstudium, Fachausbildung, Berufspraxis in Moskau und in Deutschland – die so genannte Gleichwertigkeitsprüfung ablegen, eine Art Staatsexamen. Das schreibt die Bundesärzteordnung jetzt fast allen aus Nicht-EU-Staaten stammenden Medizinern vor.

Das ist international üblich und wäre auch hier zu Lande kein Problem, hätten nicht Föderalismus und Regelwut wie beim Dosenpfand oder bei der Maut ein Politikum daraus gemacht. Das Ergebnis ist ähnlich desaströs: Viele der noch arbeitenden Ärzte werden wohl demnächst beim Arbeits- oder Sozialamt landen.



Etliche der meist aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammenden Doktoren könnten im deutschen Osten heilen, wo die Kommunen händeringend nach Ärzten suchen. Dort wird demnächst jeder dritte Hausarzt in den Ruhestand gehen (siehe Grafik), und Nachwuchs ist nicht in Sicht. In Brandenburg stehen schon jetzt 190 Praxen leer, rund 170 in Thüringen. In Sachsen ist die Lage so dramatisch, dass jede Praxisübernahme durch einen jungen Arzt mit 100 000 Euro Investitionszuschuss gefördert werden soll.

In manchen Kommunen ist man sogar bereit, auf Neuinvestitionen zu verzichten, wenn nur der Doktor kommt. Die Uckermark-Gemeinde Passow kratzte 200 000 Euro aus der Gemeindekasse zusammen, renovierte eine Praxis und legte den Mietzins auf nur vier Euro pro Quadratmeter fest. Vorvergangene Woche hielt der aus der Nachbarschaft abgeworbene neue Landarzt seine erste Sprechstunde ab – „dafür haben wir alle anderen Projekte gestoppt“, sagt der Bürgermeister des 1200-Seelen-Ortes, Walter Henke.

Der Kreis möglicher Helfer auf dem Lande wird durch die Novelle der Bundesärzteordnung jetzt noch weiter beschnitten. Denn nun rächt sich, dass die Deutschen, anders als in vielen Ländern, ihre zugewanderten Ärzte erst einmal mit vorläufigen Berufserlaubnissen versorgten. Dass man die Mediziner nun aus den Kliniken und Praxen heraus „vor eine Prüfungskommission zerrt“, findet Otmar Kloiber von der Bundesärztekammer „besonders kurios“.

Auch Jelena Rostowa* nennt die neue Regelung „befremdlich und nicht nachvollziehbar“. Nach fast 20 Jahren Berufspraxis – 7 davon als Amtsärztin einer deutschen Großstadt – fürchtet sie um ihren Job: Die gestandene Medizinerin muss noch mal durchs Examen, aber „eine monatelange Freistellung für Seminare und Praktika“, da ist sie sicher, „macht kein Arbeitgeber mit“. Ohne Vorbereitung aber könne man die Staatsprüfung gleich vergessen.

„Aus dem Stand heraus schafft das auch kein deutscher Arzt nach jahrelanger Praxis“, sagt Kloiber. „Prüfungen in Innerer Medizin, Toxikologie, Chirurgie, Notfallmedizin und Pharmakologie – da würde ich auch alt aussehen.“

Als Rostowa, 45, vor neun Jahren mit ihrem Mann und zwei Kindern als Kontingentflüchtling nach Deutschland kam, hätte ihr ein Zusatzstudium kaum Probleme gemacht. Ohnehin hatte sich die Akademikerin frühzeitig für ein Anpassungsseminar bei der Otto Benecke Stiftung beworben. Doch dann bot man ihr „überraschend, weil es auch viele deutsche Bewerber gab“, nach einem Vorstellungsgespräch in einer Stadtverwaltung den Amtsarztposten an. Damals habe man ihr versichert: „Sobald du eingebürgert bist, kriegst du auch die Approbation.“

Davon ist jedoch keine Rede mehr. Bei der Paragrafennovelle sei tatsächlich alles „richtig dumm gelaufen“, klagt Kloiber. Das habe schon mit der Veröffentlichung begonnen. In einem Änderungsgesetz, weit hinter den Regeln für den Fußpflegerberuf, seien die


STEFAN ENDERS

Ärztin Michailowskaja: *Noch einmal Schulbank statt Praxis*


NORBERT MICHALKE

Hausarzt in Brandenburg: *In den Praxen fehlt der Doktor*

* Name geändert.

Neuerungen versteckt. Nun müsse „der Gesetzgeber da noch mal ran“.

Die Geschäftsführerin der Hartmannbund-Stiftung „Ärzte helfen Ärzten“, Helene Kneip, fordert vor allem „einheitliche Bedingungen für jedes Bundesland“. Momentan gebe es in Deutschland „einen heillosen Wirrwarr – da blicken selbst wir kaum noch durch“. Ein Ausländer könne die Finessen der deutschen Föderalismusbürokratie schon gar nicht durchschauen.

So kann ein Mediziner, der in NRW eine aufs Bundesland beschränkte Berufserlaubnis bekommt, anderswo durchaus abgelehnt werden. Und wer als zugereister Mediziner in Bayern ohne Gleichwertigkeitsprüfung arbeiten durfte, muss im Osten erst mal durch das neue Examen kommen – in Sachsen allerdings gibt es dafür noch immer keine Prüfungsordnung.

Wladimir Lewin*, 35, zum Beispiel dürfte seinen Hausarztkollegen in der östlichen Provinz nicht aushelfen, obwohl er als Facharzt in Deutschland ausgebildet wurde. Der frisch examinierte Internist, Stationsarzt in einem rheinischen Krankenhaus, sollte nach der Facharztprüfung noch mal ins Examen. Doch er weigerte sich und erstritt einen Teilsieg. Nun darf der staatlich geprüfte Internist zumindest in NRW ohne Gleichwertigkeitstest arbeiten, allerdings nicht in eigener Praxis.

„Ein Unding“ ist das neue Gesetz auch für Dagmar Maur von der Otto Benecke Stiftung. Nur 100 Ärzten von jährlich 500 Bewerbern kann sie die Ausbildung ermöglichen. Da also neben einem klaren Konzept auch das Geld an der richtigen Stelle fehlt, finanziert letztlich der Steuerzahler die Arbeitslosigkeit Tausender junger Ärzte statt deren Zukunft.

Esta Michailowskaja würde vorerst mit einem Praktikumsplatz zufrieden sein. Zwar fand sie inzwischen ein Krankenhaus für ihre Vorbereitung auf die Prüfung. „Doch die haben kein Geld“, sagt die Augenärztin, „und ein paar Euro brauche ich für meine zwei Kinder.“ Arbeits- und Sozialämter würden zwar fürs Nichtstun zahlen, sagt Michailowskaja, doch für die Weiterbildung „gibt es keinen Cent“.

Weil das Chaos groß und die Not nicht kleiner ist, werben Arbeitsverwaltungen und Kliniken Mediziner in Osteuropa an. Sie holen, weiß Maur, polnische oder tschechische Ärzte ins Land, da diese sofort arbeiten können. Der Grund: Die importierten Mediziner wollen keine Deutschen werden und bleiben nur auf Zeit – zwei, vier oder sieben Jahre. Und so lange interessiert es niemanden, ob die Gastarbeiter im weißen Kittel „gleichwertig“ sind.

Der streitbare Doktor Lewin indes blickt schon wieder gelassen in die Zukunft. In Dänemark, hat er gehört, „fragt mich keiner nach einer Gleichwertigkeitsprüfung“. Da sei der deutsche Facharzt-Titel noch was wert. Warum also „nicht noch mal auswandern“? Irina Repke

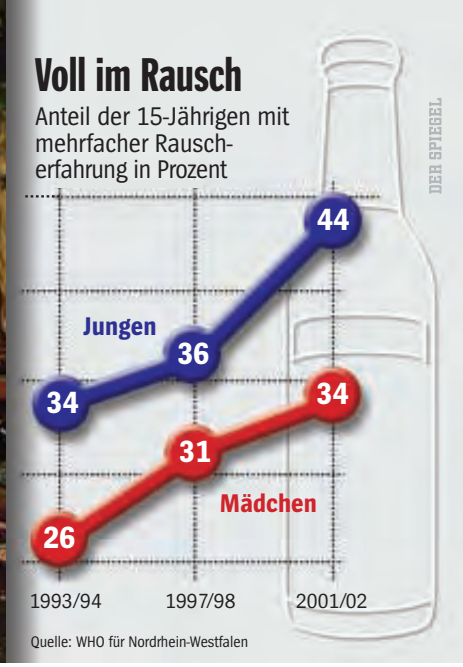
Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite





Trinkende Jugendliche (in einem Münchner Biergarten): *„Je früher einer anfängt, desto schlechter seine Prognose“*

DROGEN

Süße Bomben

Immer mehr Kinder und Jugendliche trinken bis zum Umfallen. Jetzt will das Bundesgesundheitsministerium mit einer Pilotstudie klären, warum das Koma-Saufen so zunimmt.

Es sind die Wochenenden in der Kinderambulanz, die Schwester Julias Rangfolge bestätigen: Eierlikör vor Apfelkorn.

Wenn die Sanitäter mal wieder einen Notfall einliefern, wenn so ein Kind den Inhalt seines Apfelkorn-Magens auf den PVC-Boden im Aufnahmezimmer erbricht, das stinkt, dass man denken könnte: nichts schlimmer als Apfelkorn. Außer eben Eierlikör, sagt Schwester Julia. Eierlikör ist das Schlimmste.

Julia Heitz, 45, gehört nicht zu den Zimperlichen, seit 24 Jahren steht sie in der Ambulanz, robust, routiniert, resolut. Inzwischen aber gibt es zu viele Tage, an denen selbst ihr der Job als Kinderkrankenschwester im Kreiskrankenhaus Lörrach ziemlich stinkt.

56 Vollrausch-Kinder hatten sie im vergangenen Jahr auf der braunen Plastikliege; in diesem Jahr waren es bis Ende September 30, auch das liegt im Monatsschnitt noch um das Zweieinhalbfache über den Zahlen für 1999. Schon 12-Jährige saufen sich ins Koma, eine 13-Jährige hält den Jahresrekord in Lörrach, 3,7 Promille, das war im Mai.

Jugend trinkt – immer früher, immer öfter, immer schneller bis zur Besinnungslosigkeit, und das nicht nur in Südbaden, an der Schweizer Grenze: Eine neue Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO bestätigt in ihrem deutschen Teil den Trend, dass die heutige Generation härter schluckt als frühere. „Der Konsum steigt“, klagt Marion Caspers-Merk (SPD), die Bundesdrogenbeauftragte. Und: „Besonders dramatisch nimmt das Rausch-Trinken zu, das Wett-Trinken bis zur Alkoholvergiftung.“

Das Gesundheitsministerium finanziert deshalb seit Juni mit 95 000 Euro das Pilotprojekt „Hart am Limit“ („Halt“): Im Lörracher Suchtpräventionszentrum „Villa Schöpflin“ sollen Pädagogen mit Kinder- und Jugendpsychiatern bis Ende 2004 herausfinden, warum der Nachwuchs säuft bis zum Umfallen – und was man dagegen tun kann.

Lörrach, 47 000 Einwohner, erste Erwähnung 1102, ansonsten keine besonderen Vorkommnisse, liegt in der Provinz; wenn Jugendliche hier am Wochenende sonst schon nichts losmachen können, dann wenigstens ein paar Flaschen Alk. Trotzdem spricht nichts dafür, dass in Lörrach mehr getrunken wird als in anderen deutschen Landstrichen, und deshalb ist es auch Zufall, dass nun Thomas, 17, als Forschungsobjekt in der Villa Schöpflin sitzt und erzählt: von einem Mittwoch im vergangenen Dezember; von drei Stunden, die ausreichten, um ihn auf 2,6 Promille zu bringen und anschließend in die Kinderambulanz, auf Schwester Julias braune Plastikliege.



MARCO-URBAN.DE (U.); DANIEL BISKUP / BOEHMEDIA (O.)

Drogenbeauftragte Caspers-Merk
„Der Konsum steigt“

Er war abends um zehn zu einem Mädchen im Nachbarhaus gegangen, das Geburtstag feierte, und wollte um halb eins wieder zurück sein. Aber dann hatten sie sturmfrei, hatten den Schlüssel für die Wohnzimmervitrine, hatten sich ausgemalt, wie der Hausherr gucken würde, wenn sein Vorrat geplündert wäre.

Es ging los mit Kirschlikör, eine Flasche, zu fünft in der Küche. Ging dann weiter mit Kirschschnaps, 48 Prozent, zu zweit. Bis Thomas irgendwann nach draußen torkelte und nicht zurückkam. Als die anderen merkten, dass er fehlte, hatte er nur noch 33 Grad Körpertemperatur; eine halbe Stunde später, und er wäre tot gewesen.

Der Fall Thomas ist durchaus typisch, so viel wissen die „Halt“-Experten um die Projektleiterin Heidi Kuttler schon. Und das Typische ist, dass jeder denkt, er sei gar nicht typisch. „Unser Thomas doch nicht“, dachten die Eltern – Vater Beamter, Mutter Hausfrau –, die sich viele Gedanken über die Erziehung gemacht hatten. Über Freizügigkeit und Strenge und das richtige Maß zwischen beidem. „Ich doch nicht“, dachte auch Thomas, ein Junge mit Realschulabschluss und Fernziel Abitur.

Doch für den Leiter der Lörracher Kinderklinik, Michael Stahl, gehört Thomas nicht zu den Ausnahmen: „Die Zahlen steigen, das geht durch alle Schichten, durch alle Bildungsniveaus.“ Das sagt auch der Deutschland-Teil der neuen WHO-Jugendgesundheitsstudie. Jungen aus gutem Hause dröhnen sich sogar häufiger zu als Gleichaltrige, deren Eltern schlecht verdienen.

Was aber die WHO-Forscher viel mehr beunruhigt, ist ein Teilergebnis für Nordrhein-Westfalen, denn dort

Werbeseite

Werbeseite

erheben die Wissenschaftler schon seit 1994 die Daten – und können so den gefährlichen Trend sehen: 44 Prozent der 15-jährigen Jungen hatten nach der neuen Erhebung schon mehrmals einen Vollrausch, 36 waren es bei der letzten WHO-Befragung 1997/98. Auch bei den Mädchen ging es nach oben: von 31 auf 34 Prozent, die meisten dieser Teenies waren zum ersten Mal blau, als sie noch keine 14 Jahre alt waren.

Die Zahlen signalisieren eine Wende: Bei fast allen Studien von 1973 an waren die Alkoholwerte der deutschen Jugend gesunken. Damit ist es offenbar vorbei. Und noch etwas lässt die Untersuchung ahnen, auch dafür ist das Dezember-Delirium von Thomas ganz typisch: Der Anfang vom Koma ist süß.

„Der Kirschlikör war wie Sirup“, erinnert er sich, und der Süße war das Schlimmste: Ohne den Likör vorweg hätte er sich hinterher mit dem 48-Prozenter schon beim ersten Schluck den Rachen so verbrannt, dass er keinen zweiten mehr herunterbekommen hätte.

Der Kirschlikör war ein Selbstangesetzter. Wenn die süßen Starter dagegen aus der Fabrik kommen, heißen sie heute „Rigo“, „Breezer“ oder „Smirnoff Ice“, sie enthalten ein Gemisch aus Limonade mit Wodka, Rum oder Tequila, deshalb sind sie auch erst frei ab 18. Die meisten Jugendlichen besorgen sie sich trotzdem. Und so legten die Fläschchen mit Süß-Stoff, Alcopops genannt, beim Umsatz von 2001 auf 2002 um 474 Prozent zu. In einer Branche, die sich sonst im einstelligen Prozentbereich bewegt, eine Bombe.

Für eine Bombe halten allerdings auch Suchtforscher die Zuckerschnäpse. Mehr als zehn Prozent der Jungen, mehr als sechs Prozent der Mädchen, so die WHO-Studie, leeren mindestens einmal in der Woche die Püllchen, die es auf einen Alkoholgehalt um 5,5 Prozent bringen. Der übliche Samstagabend mit fünf bis sechs Flaschen – an irgendwas will man sich ja die ganze Zeit festhalten – endet also umgerechnet mit zehn bis zwölf Gläsern Schnaps.

Für den Vize-Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen in Hamm, Raphael Gaßmann, sind die Alcopops damit der Treibstoff für die Trendwende in der Statistik, die Einstiegsdroge. Aus Sicht der „Halt“-Chefin Kuttler stellen sie zumindest die erste Brennstoffstufe dar, mit der sich Jugendliche auf Partys abschießen. „Den Elf- oder Zwölfjährigen schmecken die Schnäpse doch gar nicht, die trinken erst mal die Alcopops.“

Und weil die Bundesregierung das genauso sieht, denkt die Parlamentarische Staatssekretärin Caspers-Merk jetzt auch an eine Abschrecksteuer auf jede Flasche – so wie in der Schweiz. Das wäre die harte Tour, vielleicht muss sie aber schon deshalb hart sein, weil die süßen Verführer die Menschen dann zum Alkohol bringen, wenn sie besonders anfällig sind.

Fängt nämlich ein 20-Jähriger mit dem Trinken an, dauert es, so der Direktor der Salus-Suchtklinik im hessischen Friedrichsdorf, Ralf Schneider, im Schnitt noch fünf Jahre, bis er an der Flasche hängt. „Bei 15-Jährigen genügen manchmal fünf bis sechs Monate, um aus ihnen regelrechte Alkoholiker zu machen.“

Die Endstation heißt dann zum Beispiel Ahlhorn, Niedersachsen. „Der Trend zum Kampftrinken kommt hier schon an“, sagt Jürgen Schlieckau, pädagogischer Leiter der Dietrich-Bonhoeffer-Klinik, die sich als eine von wenigen Einrichtungen in Deutschland auf junge Alkoholiker spezialisiert hat.



JÖRG OBERHEIDE

Patienten in Ahlhorner Klinik: *Alcopops als Einstiegsdroge*

Schlieckaus Süchtige sind Jungen wie Andreas G., 20, der mit neun Jahren wettete, dass er eine Flasche Weinbrand trinken könne, 20 Mark gewann – und seine Zukunft verlor: „Der Alkohol hat mich kaputtgemacht, wenn ich so weitermache, werde ich keine 35“, sagt er.

Oder Jungen wie Thomas S., 23, der so schüchtern war, wenn er nüchtern war, und deshalb jedes Wochenende mit der Clique durchsoff. Bis dann aus Wochenenden Wochen wurden und die Finger nur noch ruhig blieben, wenn sie sich jeden Tag an einer Flasche Korn und einem Sixpack Bier festhalten konnten. „Trotzdem hätte ich mich lieber umgebracht, als in eine Therapie zu gehen.“ Der Versuch, sich Luft in die Vene zu spritzen, scheiterte.

„Je früher einer mit dem Missbrauch anfängt, desto schlechter seine Prognose“, lautet Schlieckaus Grundregel. Was er sieht, ist das Elend am Ende, was er riecht, die Fahne, wenn es mal wieder einer nicht geschafft hat und rückfällig geworden ist. Es ist der Geruch verlorener Hoffnungen, und der ist der schlimmste. Noch schlimmer als Apfelkorn, noch schlimmer sogar als Eierlikör.

JÜRGEN DAHLKAMP

Werbeseite

Werbeseite



KLÖCKNER / ULLSTEIN BILDERDIENST

Touristenzentrum Alanya (Türkei)
„Die Krise lässt die Kassen klingeln“

EMIGRANTEN

„Hier bin ich wieder wer“

Immer mehr deutsche Rentner verlegen ihren Alterssitz statt nach Mallorca in die Türkei. Die Preise sind viel niedriger, das Wetter ist ebenso gut – und die Einheimischen geben sich respektvoll.

Seinen türkischen Kollegen hatte er nie geglaubt, wenn sie von ihrer Heimat schwärmten. „Türkei? Irgendwo dahinten. Schmutzig. Islam. Hinterm Mond eben.“ Eine Urlaubsreise aber brachte das Weltbild des Kraftfahrers Günter Wojciechowski aus Bad Oeynhausen ins Wanken: „Entweder einmal und nie wieder – oder einmal und dann immer“, sagt der tief gebräunte Mann und streckt sich auf seiner Strandliege aus.

Seit Februar vorigen Jahres lebt Wojciechowski, 55, mit seiner Frau Loni in Alanya, einer 120 000-Einwohner-Stadt an der türkischen Mittelmeerküste. Die Hafenstadt ist mit 1,3 Millionen Buchungen pro Jahr und 110 000 Hotelbetten in der Region neben Antalya das größte Touristenzentrum der Türkei. Und immer mehr Feriengäste entschließen sich wie Wojciechowski zum Dauerurlaub.

Den halben Tag verbringt das Ehepaar mit seiner deutschen Clique am Strand. Abends machen die beiden es sich in ihrer nahe gelegenen 90-Quadratmeter-Wohnung bequem, die sie vor drei Jahren für 54 000 Mark erstanden haben. Sprachprobleme kennt das Paar nicht. „Ich komme glatt mit meinen zehn türkischen Vokabeln durch“, sagt er, „viele Türken hier sprechen etwas Deutsch.“

„Seit ich in der Türkei lebe, bin ich wieder wer“, freut sich Wojciechowski. Eine Osteoporose habe ihn in Deutschland zum Frührentner gemacht, sagt er. Nach wenigen Wochen unter türkischer Sonne konnte er seine Krücken wegstellen.

Deutsche Ruheständler haben die Türkei entdeckt. Das warme Klima und die niedrigen Preise, aber auch die Angst vor der Wirtschaftsflaute in Deutschland, vor weiterem Wertverfall der Aktien sowie Rentenkürzungen treiben mehr und mehr Senioren an die sonnigen Strände des östlichen Mittelmeers.

Seit in den Rentner-Paradiesen auf Mallorca und an der spanischen Küste die Preise heftig steigen und Berichte von deutschen Sozialfällen unter spanischer Sonne die Runde machen, entwickelt sich die türkische Riviera mit ihren rund 3000 Sonnenstunden im Jahr zur Alternative.

Zwischen 12 000 und 20 000 Deutsche – so schätzt die deutsche Botschaft in Ankara – leben inzwischen schon ständig in der Türkei. 5446 verfügen über ein „Ikamet“, eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, die anderen reisen alle drei Monate aus und wieder ein. Die Zeitung „Hürriyet“ schätzte die Zahl der Deutschen kürzlich sogar auf 70 000.

Auch bescheidene deutsche Renten ermöglichen bei den niedrigen Preisen für Immobilien, Lebensmittel, Wasser und Strom ein angenehmes Leben. Die Neu-Türken behalten fast immer ihre deutsche Krankenversicherung.

Im Grundbuchamt von Alanya haben inzwischen mehr als 6200 Deutsche eine Immobilie eintragen lassen. An Apartment-Fenstern, aber auch an weißen Luxus-Villen werben Schilder mit der Aufschrift „satilik“ – zu verkaufen, oder „kiralik“ – zu vermieten. Das Geschäft läuft auf Hochtouren.

„Halli, hallo! Immer schön locker bleiben“, so begrüßt René Herboth, 39, Chef der Firma Albeni Immobilien, gern seine Klientel. In Alanya hat der Makler eine Goldgrube gefunden: „Die Krise in Europa lässt hier die Kassen klingeln.“

Mit Hilfe seiner 48 türkischen Mitarbeiter – alle sprechen Deutsch – renoviert, baut und verkauft er, was das Zeug hält: von der komplett eingerichteten Drei-Zimmer-Wohnung, die mit Küche und Bad etwa 30 000 Euro kostet, bis zur Villa mit Türmchen und eigenem Pool ab 85 000 Euro.

Stolz posiert Herboth vor einem riesigen Wandgemälde, das die Bucht von Alanya zeigt – dicht an dicht bebaut. „Die Deutschen werden in Scharen kommen, wenn sich erst einmal herumgesprochen hat, dass der Türke in der Türkei ganz anders ist als der Türke, den der Deutsche vor seiner Haustür sieht.“ Schließlich sehe man in Alanya beispielsweise weniger Kopftücher als in Frankfurt am Main.



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Frührentner Wojciechowski: *Krücken weggestellt*

Die Einwanderer pflegen ihre Lebensart im deutschen Club „Die Brücke“ mit Festen, Ausflügen und Skatrunden. Zudem gibt es einen Ortsverband des „Hür Türk“, des Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins, der – gegründet von türkischen Geschäftsleuten – deutschen Mitgliedern bei Problemen und Behördengängen hilft.

„Wir wollen die Deutschen integrieren, damit sie sich bei uns wohl fühlen“, sagt Hasan Sipahioğlu, seit

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

vier Jahren Bürgermeister in Alanya. Der studierte Anwalt und Eigentümer eines Hotels tut alles, damit es den Rentnern aus dem Norden in seiner Stadt gefällt und sie ihr Geld dort lassen.

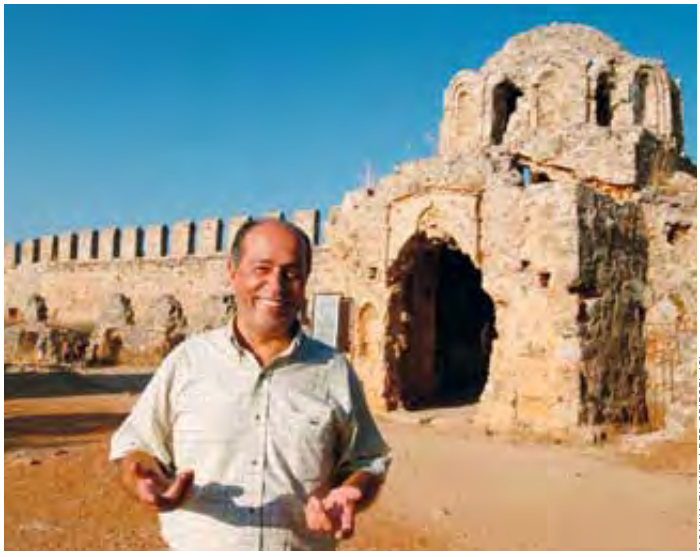
Weil die Deutschen etwa als tierlieb gelten, werden streunende Hunde nicht mehr wie früher von der Stadt vergiftet, sondern in einem Tierheim aufgepäppelt und wenn möglich an deutsche Senioren vermittelt. Eine städtische Verordnung verbietet Händlern und Gastronomen, Passanten anzusprechen, um sie in ihre Läden oder Lokale zu locken. Selbst in der Markthalle herrscht unorientalische Zurückhaltung.

schaft. Das Blatt, das alle zwei Wochen mit einer Auflage von 20 000 Stück erscheint, druckt lokale Nachrichten, Party-Geplauder, türkische Redewendungen, Kochrezepte, Gesundheitstipps und Kontaktanzeigen. Und gerade hat Algül auch den „Kummerkasten“ wieder eingeführt.

„Denn das Leben in der Sonne hat natürlich auch Schattenseiten“, sagt Mitarbeiter Manfred Rother, 48, der sich selbst als „klassischen Aussteiger“ bezeichnet: „Deutschland war mir einfach zu hektisch.“ Jetzt übt er sich in Zeitungskolumnen etwa über die Vereinsamung deutscher Dauerurlauber vor dem Fernseher oder dem Computer.

hof angelegt. „In Liebe zu Alanya“ oder „Nun bist Du frei für immer in Alanya“ steht auf den Steinen, die Gräber sind kostenlos. 50 Christen wurden hier in den vergangenen Jahren bereits beerdigt, im Frühjahr sprach bei der Bestattung eines Deutschen auf Wunsch der Familie sogar der Mufti Muhammed Gevher ein islamisches Totengebet.

Der Gottesmann residiert in einem dunkel getäfelten Büro neben der neu erbauten Moschee. „Die Toleranz in der Türkei ist groß“, beteuert er, „warum sollte ich nicht am Grabe eines Christen beten? Die Deutschen sind hier wie in Deutschland unsere Nachbarn, und vor Gott sind alle





MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL (2)

Alanya-Bürgermeister Sipahioğlu, Mufti Gevher: *„Warum sollte ich nicht am Grab eines Christen beten?“*

In der Fleischzeile grüßen auf einer Malerei über einem Stand zwei rosige Ferkel mit erhobenem Daumen; Metzger Halil Dakmaz verkauft eingeschweißte Mett- und Leberwürste aus einer Istanbuler Fabrik und Wildschweinfleisch. Der Muslim: „Ich würde das nie essen, aber ich fasse es an. Für meine Kunden tue ich alles.“

In vielen Supermärkten wird „alman ekmek“ (Schwarzbrot) angeboten. In „Willis Kneipe“ in der Damlataş-Straße direkt am Meer gibt es Mettwurst und Sauerkraut, Leipziger Allerlei und Zwetschgenkuchen. Den Dauergästen bietet die deutsche Wirtin Weihnachts- und Silvesteressen, Katerfrühstück, Karnevalsfeiern, Tanz in den Mai und Preisskat an.

„Der Einfluss der Deutschen in Alanya ist viel größer als ihre Zahl“, sagt der Journalist Ahmet Algül: „Die Straßen und Parks werden immer gepflegter, man hält seine Verabredungen ein, die Türken fangen an, Filterkaffee zu trinken, und trauen sich ja kaum noch, einen Hund zu verjagen.“ Algül, 42, kennt seine Deutschen. 32 Jahre in Deutschland haben ihn zum „Almanci“, zum Deutsch-Türken, gemacht.

Als Chefredakteur des deutschsprachigen „Alanya Boten“ wirbt er nun unermüdlich für die deutsch-türkische Freund-

„Ich gehöre nicht zu den Deutschen, die klatschen und tratschen, ständig klagen und sich die Hucke voll laufen lassen“, sagt die ehemalige Chefsekretärin Monika Matthews, 62. Vor einem Jahr dachte die weltgewandte Frau, die vier Jahre in Afrika als Entwicklungshelferin gearbeitet hat, ernsthaft daran, ihr gemietetes Haus in Çiftlik bei Fethiye aufzugeben. Damals war ihr Mann an Krebs gestorben. Im Kühlhaus

Deutschlands Kirchen planen schon, Seelsorger an die türkische Riviera zu schicken.

eines Beerdigungsinstituts in Antalya wurden dem Toten persönliche Dinge wie die Armbanduhr gestohlen.

„Ich haderte mit der gesamten Türkei“, erzählt Matthews. Aber dann ist sie doch zurückgekehrt in ihr Haus am Meer, das sie sich in Deutschland niemals leisten könnte. Nur wenn sie das Grab ihres Mannes besuchen will, muss sie nach Berlin fliegen.

Doch immer mehr Pensionäre wollen auch in der neuen Heimat beerdigt werden; neben dem muslimischen Gräberfeld hat die Stadt deshalb einen christlichen Fried-

Menschen gleich.“ Erst vor wenigen Tagen habe er einen deutschen Pfarrer empfangen, der hier bald mit seiner Arbeit beginnen werde.

Wegen der wachsenden Zahl von Christen plant sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche inzwischen, Seelsorger an die türkische Riviera zu schicken. Im Auftrag der evangelischen Kirche hat der pensionierte Pfarrer Volkmar Metzner, 62, aus Hanau zwei Monate lang die Toleranz der Türken getestet.

Er sprach mit Touristen und Dauergästen, kümmerte sich um deutsche Frauen, die mit Türken verheiratet sind, und eröffnete „eine Art Kirchen-Café“ tagsüber in einer Disco am Strand. „Es ist ein Bedarf da“, sagt er, an der Küste könne bald schon „eine deutsche Gemeinde entstehen“. Deshalb hat er beim türkischen Generalkonsulat in Frankfurt eine Arbeitsgenehmigung beantragt.

Sogar eine örtliche Kirche könnte es demnächst geben – Bürgermeister Sipahioğlu hat kürzlich schon eine passende Immobilie ausgemacht. Sie thront auf dem Berg über der Stadt: In der alten Festungsanlage wird ab November eine byzantinische Kapelle aus dem elften Jahrhundert restauriert.

ALMUT HIELSCHER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



JULIA FASSBENDER / BPA

Mitarbeiterinnen der deutschen Regierung im Königspalast in Riad

ANSTAND

Immer schön züchtig

Wer in fremde Länder reist, um dort Geschäfte zu machen, ist bemüht, seine Gastgeber nicht zu verärgern, und informiert sich über die wichtigsten Anstandsregeln. In konservativen islamischen Staaten wie Saudi-Arabien gibt es sehr viele dieser Regeln, und so ist es kein Wunder, dass die deutsche Botschaft ein Merkblatt bereithielt für die Mitglieder der Delegation, die Bundeskanzler Gerhard Schröder in der vergangenen Woche nach Riad begleitete. Das Merkblatt richtete sich vor allem an die Frauen im Flugzeug. Der Verfasser erklärte, was ihnen erlaubt ist und was nicht: Verlassen Frauen das Haus, sollten sie die Abaja tragen, einen den Körper und die Beine verhüllenden Umhang. Da die Abaja selten im Reisegepäck europäischer Frauen liegt, ließ die Botschaft Leihexemplare verteilen. Das Tragen eines Kopftuchs werde zwar von den Religionswächtern gefordert, sei aber nicht zwingend erforderlich. Ein Auto dürften Frauen unter keinen Umständen lenken. Im Taxi müssten sie auf dem Rücksitz Platz nehmen. In den meisten Modegeschäften sei Frauen das Anprobieren von Kleidungsstücken untersagt, Ausnahmen bildeten einige wenige Boutiquen, in denen geschlossene Damenabteilungen existierten. Hier sei Männern der Aufenthalt verboten. In saudi-arabischen Restaurants herrsche strikte Geschlechtertrennung. Üblich seien allerdings „Family Sections“, in denen Frauen und Männer gemeinsam essen könnten, sofern die Frauen mit einem der Männer verheiratet oder verwandt seien.

PSYCHOLOGIE

Wiederholen lohnt sich

Niederländische Wissenschaftler haben herausgefunden, dass Kellner mehr Trinkgeld erhalten, wenn sie die Bestellungen von Gästen am Tisch wiederholen. Die Wissenschaftler forderten Kellner auf, bei der Hälfte der Bestellungen wörtlich wiederzugeben, was die Gäste wünschen, bei der zweiten Hälfte antworteten sie nur „Kommt gleich“ und verließen den Tisch. Das Ergebnis: Kellner erhielten beim Präsentieren der Rechnung knapp doppelt so viel Trinkgeld, wenn sie die Bestellung zuvor wiederholt hatten. Die Forscher vermuten, dass durch die Wiederholung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Gast und Kellner entsteht.



CORBIS

Serviererin

Klüger werden mit:

Tanja Auffenberg

Die 31-jährige Sprachwissenschaftlerin über ihr Deutschbuch für ausländische Fußballprofis

SPIEGEL: Warum benötigen ausländische Profi-Spieler ein eigenes Lehrbuch?

Auffenberg: Die herkömmlichen Bücher vermitteln eine Sprache, die im Alltag eines Fußballers überhaupt nicht vorkommt. Was sollen die mit Sätzen wie „Schau mal, hier sind Esstische“ anfangen? Spätestens bei den Grammatiklektionen bekommt jeder Brasilianer einen Schock.

SPIEGEL: Worauf setzen Sie?

Auffenberg: Meinem Co-Autor und mir geht es darum, den Spielern Sprache anhand von ihnen vertrauten Situationen beizubringen. Das erste Kapitel beginnt mit der Begrüßung der Mannschaftskollegen, danach müssen sie den Vordruck ihrer Autogrammkarte ausfüllen. Und anhand eines Fotos von einem Bundesligaspieler werden die wichtigsten Körperteile, wie Sprunggelenk oder Kniescheibe, erklärt.



BERND THISSEN

Auffenberg

SPIEGEL: Findet auch Grammatik statt?

Auffenberg: Ja, aber nur sehr knapp. Die Spieler müssen ja nicht alle Verben in allen Zeiten kennen. Sie sollen ein Interview auf Deutsch geben können und ihren Trainer und die Kollegen verstehen. Die Teams haben zwar Sprachbetreuer, aber die stehen nicht mit auf dem Platz, wenn dort einer schreit, dass er frei steht.

SPIEGEL: Lernen die Profis auch Vokabeln, die sie jenseits des Platzes brauchen?

Auffenberg: Natürlich. Es gibt zum Beispiel eine Lektion zum Thema Autokauf. Jeder Profi, der irgendwo neu ist, kauft sich ja erst mal ein Auto. Auch die Spielerfrauen werden mit einbezogen: Da steht dann ein Besuch beim Arzt oder der Gang zum Meldeamt auf dem Programm.

SPIEGEL: Haben Sie Ihr Buch schon Profis gezeigt?

Auffenberg: Im Testlauf haben Placente und Lucio von Bayer Leverkusen damit geübt, sie waren begeistert.

Was war da los, Herr Reich-Ranicki?

Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, 83, über sein Wohnzimmer

„1967 habe ich begonnen, Schriftstellerporträts zu sammeln: Zeichnungen, Radierungen, Lithografien. Mittlerweile über 100 Bilder, darunter von Liebermann, Dix, Horst Janssen. Im vergangenen Sommer waren etwa 70 dieser Porträts im Buddenbrookhaus in Lübeck ausgestellt, jetzt ist eine größere Auswahl im Jüdischen Museum in Frankfurt zu sehen, dem ich die Sammlung geschenkt habe. Das Museum ließ mit riesigen Fotos drei Wände meines Wohnzimmers nachbilden. Eines dieser drei Fotos zeigt mich zusammen mit meiner Frau, über uns Porträts von Thomas Mann, Fontane, Böll und anderen. In meinem Wohnzimmer hängen an der Stelle jetzt Frauenporträts.“



BERND KAMMERER / AP

Reich-Ranicki vor Fotowand

ALKOHOL

Schwips dank Tonic

Das Verhältnis von Wahrnehmung und Einbildung ist eines der Spezialgebiete von Maryanne Garry, Psychologin und Gedächtnisforscherin an der Victoria University in Wellington (Neuseeland). Garry beschäftigt sich auch mit der Wirkung von Alkohol und führte einen Placebotest durch. Sie ließ in einer Bar Studenten ein Tonic-Wasser servieren und gab bei jedem zweiten Studenten das Getränk als Wodka-Tonic aus. Anschließend überprüfte sie bei beiden Gruppen Urteilsvermögen und Gedächtnis. Die verblüffenden Ergebnisse gab Garry in der Fachzeitschrift „Psychological Science“ bekannt: Die vermeintlichen Wodka-Trinker zeigten typische Alkoholausfälle, obwohl sie keinen Tropfen Alkohol getrunken hatten. Sie waren leichter zu verunsichern und hatten sogar körperliche Symptome wie Gleichgewichtsstörungen und Artikulationsschwierigkeiten. Garry schloss daraus: Zu glauben, man trinke Alkohol, reicht offensichtlich aus, die typischen Anzeichen von Betrunkenheit zu produzieren.



CORBIS

Feiernde Partygäste

INTERNET

Der König des Spam

In der zweiten Hälfte der Neunziger war Sanford Wallace einer der meistgehassten Menschen im Internet. Wallace war ein Spammer, er verschickte unerwünschte Werbemails, bis zu 25 Millionen pro Tag, die elektronische Briefkästen verstopften, Download-Zeiten verlängerten und die gegen die Benimmregeln des Internet verstießen. Zeitweise soll seine Firma Cyber Promotions für 80 Prozent der Spams im Netz verantwortlich gewesen sein. Seine Gegner nannten ihn „Spambo“, zerrten ihn vor Gericht und wollten ihn aus dem Internet vertreiben. Anfangs lachte Wallace über die Attacken, sagte, er sei nicht im Netz, um die beliebteste Person der Welt zu werden, sondern um Geld zu machen. Doch er verlor Prozesse, wurde zu Schadensersatz in Millionenhöhe verurteilt, und schließlich gab er sich geschlagen und verschwand für längere Zeit. Vor kurzem tauchte er wieder auf, allerdings in der realen Welt. Wallace ist jetzt Besitzer des „Plum Crazy“-Nachtclubs in New Hampshire. Hier legt er Platten auf, nennt sich „DJ Masterweb“ und gibt sich geläutert. Mit Spam will er nichts mehr zu tun haben. Pete Wellborn, Anwalt aus Atlanta und Wallaces früherer Gegner, glaubt ihm: Wallace sei immer ein kühl kalkulierender Geschäftsmann gewesen, der sich aus dem Spam-Business zurückgezogen habe, nachdem Gerichte entschieden hatten, dass Spammen illegal sei.



BRIAN MCWILLIAMS

Wallace

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Pink Alcatraz

Wie ein Sheriff das Gesetz aus den Augen verlor

Als sie die Filmleuchten im Büro ihres Sheriffs entdeckten, in die Decke geschraubt von Mitarbeitern des Fernsehsenders Court TV, da spürten die Leute im Davidson County, dass etwas falsch lief, dass Sheriff Gerald Hege die Realität endgültig entglitt.

Hege war kein normaler Sheriff, das wussten sie alle. Die, die ihn im Jahr 1994 gewählt, und die, die gegen ihn gestimmt hatten. Hege hatte während des Wahlkampfes versprochen, die Menschen im Davidson County zu überraschen. Und er enttäuschte sie nicht.

Nach der Wahl führte ihn sein Weg ins Gefängnis, und seine Anweisung lautete: „Streicht die Wände pink und die Gitter auch. Und dann malt kleine Teddys auf die Wände. Sie müssen weinen."

So erzählen es die Leute heute, und so geschah es damals.

Dann verlangte Hege nach neuen Uniformen. Er wollte schwarze Armeestiefel, schwarze Hosen, schwarze Jacken, schwarze Baseballkappen für alle in seinem Department.

Sie wurden geliefert.

Von nun an spazierten die Polizisten durch die Kleinstadt wie ein Sondereinsatzkommando während der Mittagspause. Oder wie eine Bande Halbstarker.

Auf ihren Jacken war das neue Wappen der Polizei von Davidson County zu sehen. Hege hatte es sich ausgedacht. Eine schwarze Spinne auf grauem Grund, darüber vier Buchstaben: K. A. T. N. Sie kündigten eine neue Strategie an und eine neue Polizei. Von nun an wurde erst geprügelt, dann nach dem Namen gefragt. Dafür stand Hege, und dafür standen die vier Buchstaben: Kicking Ass, Taking Names.

Und das war erst der Anfang.

Hege tauschte seinen Dienstrevolver gegen eine Maschinenpistole, er ließ Spinnen auf seinen Dienstwagen lackieren, einen biederen Chevrolet, in den er den Motor einer Corvette gestopft hatte, er ließ Poster drucken, auf denen er mit einem brusthohen Kantholz posierte. Neben ihm standen seine Männer mit Gewehren in den Händen und sahen aus wie die Mitglieder eines Erschießungskommandos. Neben ihnen war zu lesen: Drecksäcke, lasst euch nicht mit Drogen im Davidson County erwischen.

Wer Hege verdächtig schien, wurde festgenommen. Wer sich wehrte, landete in einer bonbonfarbenen Zelle. Wer flüchtete, wurde gejagt. Im Davidson County erzählt man von Verfolgungsrennen, bei denen Hege seine Maschinenpistole aus dem Fenster seines Spinnen-Chevy hielt und hinter den Flüchtlingen herballerte.

„Rambo-Sheriff" in Schwierigkeiten

gel. WASHINGTON, 29. September. Sheriff Gerald Hege aus dem amerikanischen Bundesstaat North Carolina, der als „Rambo-Polizist" Aufmerksamkeit erregte, befindet sich nun selbst in rechtlichen Schwierigkeiten. Hege, der Poster von sich anfertigen ließ, die Filmplakaten für Actionfilme ähneln, wurde vom Dienst suspendiert und muß sich wegen Amtsmißbrauchs und Veruntreuung vor Gericht verantwor-

Aus der „Frankfurter Allgemeinen"



CHUCK BURTON / AP

Sheriff Hege

Es gab rechtschaffene Leute im Davidson County, die fürchteten Hege, schließlich liegt der Landkreis nicht in einem Kriegsgebiet, sondern in einer beschaulichen Ecke des US-Bundesstaates North Carolina.

Seine Kritiker hielten ihn für einen gefährlichen Egomanen, für einen durchgeknallten Vietnam-Veteranen, der in eine psychiatrische Klinik gehörte und nicht auf den Stuhl des Sheriffs. Aber sie waren eine Minderheit, so wurde Hege zweimal wiedergewählt und Stammgast in amerikanischen Talkshows. Court TV spendierte ihm schließlich eine eigene Show, ihr Titel: „Live from Cell Block F". Sie war bald eine der populärsten Shows des Senders.

Endlich war Hege nicht nur berüchtigt, endlich war er auch berühmt. Seine Fans kauften Hege-Kaffeebecher (8 Dollar), Hege-Poster (2 Dollar), Hege-Figuren (30 Dollar), den Hege-Barbecue-Dip (3 Dollar) und Hege-Messer (125 Dollar). Den Gewinn aus dem Verkauf der Devotionalien und seine Fernsehhonorare spendete Hege einer von ihm gegründeten Stiftung, die den Namen „Blue Line" trägt und die Witwen von getöteten Polizisten unterstützt. Zumindest behauptete er das.

Heges tiefer Fall begann im Sommer 2002, als drei seiner Hilfssheriffs zugaben, dass sie nicht nur Polizisten waren, sondern auch Drogendealer. Wie konnte das passieren?, fragten sich die Bürger im Davidson County. Wie konnte Gerald Hege so etwas entgehen? War es ihm entgangen? War er Teil der Bande? Und hatte er sich noch mehr zu Schulden kommen lassen?

Andere Fragen, andere Gerüchte waren zu hören. Hege soll nur einen Teil seiner Fernsehhonorare an die Stiftung überwiesen haben. Hege soll Drogengeld aus einem Tresor gestohlen haben. Hege soll Mitarbeiter bedroht haben. Hege, selbst Republikaner, soll Demokraten schikaniert haben. Hege soll ein Rassist sein. Mehrmals soll er die Anweisung gegeben haben, während der Verkehrskontrollen in seinem Distrikt vor allem die Fahrer zu kontrollieren, die „dunkler sind als Schnee".

Aber all das waren nur Gerüchte, nicht mehr.

Bis zu dem Moment, als Staatsanwalt Garry Frank bekannt gab, dass interne Ermittler seit Monaten gegen Hege ermittelten und der Staatsanwalt ihn wegen Bedrohung, Unterschlagung und wegen der Behinderung der Justiz anklagte.

Ein Richter suspendierte Hege vorläufig.

Ob Hege sein Amt verliert, soll Ende des Monats von einer Jury entschieden werden. Hege sagt zu den Anschuldigungen nichts. Er verweigert alle Interviews. Er ist in der Defensive, zum ersten Mal.

UWE BUSE

BERUFSVERBOTE

Wie rechts darf ein Lehrer sein?

Seit drei Jahren kämpft der Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick um seine Existenz: Aufgebrachte Eltern halten ihn für einen Nazi und haben für seine Suspendierung gesorgt – sogar Bundespräsident Rau, die Kirchen und der TV-Star Günther Jauch wurden eingeschaltet. *Von Ullrich Fichtner*

Jemand musste Karl-Heinz Schmick verleumdet haben, denn am Morgen des 4. Dezember 2000 wurde er von der „Bild"-Zeitung aus dem Haus geklingelt, die Hunde spielten verrückt, die Reporter an der Gartentür sagten, dass gegen ihn ermittelt werde. Sie machten Fotos, sie fragten, was an den Vorwürfen dran sei. Ob er, Schmick, im Unterricht die Geschichte fälsche? Ob er seine Schüler über Auschwitz belüge? Ob er, Hand aufs Herz, ein Nazi sei?

Karl-Heinz Schmick, Studienrat, 51 Jahre alt damals, seit 19 Jahren Beamter auf Lebenszeit, ledig, kinderlos, vier Hunde, ein dünner Mann mit dicker Brille, die wenigen Haare vom linken Ohr weg über den Kopf gekämmt, er war schon vor jenem 4. Dezember, in diesem wilden Jahr 2000, an Ärger und Attacken jeder Art gewöhnt.

Aber an diesem Wintertag, die „Bild"-Zeitung im Vorgarten, bekam es Schmick mit der Angst zu tun. Von nun an, er konnte es spüren, er konnte es lesen in allen Berliner Zeitungen, ging es um seine Existenz. Er fühlte sich, sagt er, „mit einem Mal gehetzt wie Lady Di".

Die Akte Schmick hatte damals schon gut 100 Seiten, formlose „Vorermittlungen", gesammelt im Rechtsreferat ZS E des Berliner Landesschulamts unter dem Zeichen 412 D 119/00. Sie war noch lange nicht der schwere Turm aus Papier, der sie heute ist, 2000 Blatt in fünf Leitz-Ordnern und neun ausgebeulten Hängekladden, 2000 Seiten Vernehmungsprotokolle, Gerichtsurteile, Vorladungen, Gutachten, Telefonvermerke, Geheimbriefe, Presseausrisse – ein gewaltiges deutsches Dokument.

In den nächsten Tagen wuchs es um einen ganzen Schwung neuer Presseberichte: „Unser Lehrer – rechtsradikal?", „Lehrer als Rechtsextremist verdächtigt", „Schleppende Ermittlungen gegen Lehrer S.". Schmick hat Glück, wenn sein Name nur abgekürzt gedruckt und er nicht im Bild gezeigt wird.

Aber die „Bild"-Zeitung bringt ein großes Foto von ihm, an der Gartentür, und schreibt in fetter Schrift dazu, mit Pfeil: „Protest-Aktion gegen diesen Berliner Lehrer". Schmick steht, spätestens am Nikolaustag 2000, vor aller Welt als mutmaßlicher Neonazi da.



STEFAN TORNIK

Rauswurf Schmicks bei der Wehrmachtsausstellung*: *Als Störer entfernt*

Am 7. Dezember bekommt er, per Fax und per Post mit Zustellungsurkunde, einen Brief des Landesschulamts, „Betr.: Freistellung vom Dienst". Aus ihm erfährt Schmick offiziell, dass von Amtsseite gegen ihn ermittelt werde. Dass er „aus fürsorgerischen Gründen" mit sofortiger Wirkung und bis zur Entscheidung „über die Verhängung eines Verbots der Amtsausübung" suspendiert sei.

Der Berliner Schulamtsleiter Pieper, der „hochachtungsvoll" verbleibt, macht Schmick mit einem ersten Katalog konkreter Vorwürfe bekannt, es wird im Lauf der Jahre viele Varianten dieser Liste geben. Die allererste ist eine bunte Mixtur übler Nachreden. Petitessen dabei, haltlose Elternbeschwerden, aber auch die Auschwitz-Leugnung, dazu die „Banalisierung von Mordvorgängen" und ein Fall von angeblicher Übernahme „nationalsozialistischer Propaganda".

Schwer zu sagen, wann genau Schmicks Fall wirklich beginnt. Die ältesten Vorwürfe, die im Lauf der Jahre von Ämtern und Eltern zusammengetragen werden, stammen von 1989, als sich Schmick gegen die Umbenennung der Tannenberg-Oberschule in Willi-Graf-Oberschule wehrte.

Der Streit damals gibt im Grunde schon die Tonart für alles Weitere vor, er erzählt vom Elend deutscher Geschichtsdebatten, aber auch von Schmicks fiebriger Lust an ihnen. Es ging damals nicht darum, sagt Schmick, und Kollegen bestätigen es ihm, dass er etwas gegen Willi Graf gehabt hätte, einen Widerstandskämpfer der ruhmreichen „Weißen Rose".

Aber Schmick war trotzdem gegen die Umbenennung, weil er weiterhin für Tannenberg war, für den alten, verblassenden Namen, der an jene siegreiche deutsche Schlacht im Ersten Weltkrieg erinnerte. Er war dagegen, weil eben auch der Erste Weltkrieg zur deutschen Geschichte gehöre und weil auch die Benennung von Gymnasien nach Tannenberg zur deutschen Geschichte gehöre und weil überhaupt die deutsche Geschichte größer sei und länger dauere als von 1933 bis 1945.

Der Rummel, den es damals gab, kostete Schmick zum ersten Mal den Job. Er wurde – weil er nicht klein beigab, weil er, im Gegenteil, die Lehrergewerkschaft GEW und die SPD für banales, borniertes Linkssein attackierte, weil er das Lehrerkollegium spaltete, weil er mit Schülern in der Aula eine Riesenausstellung über Tannenberg organisierte, weil er also den Schulfrieden störte – strafversetzt.

* Im Juni 1999 in Hamburg.

Gymnasium Steglitz, dunkler Backstein, humanistische Ausrichtung. Schmicks neue Dienststelle gilt als eines der besten Gymnasien Berlins. Aber Schmick wird nicht befördert; er wird abgeschoben. Und es bleibt an ihm – das ist wichtig, um die Mechanik seines Falls zu verstehen – vor allem hängen, dass er etwas gegen die „Weiße Rose“ habe; und womöglich auch sonst „ein Problem“ mit dem Dritten Reich.

Die Versetzung von der Tannenberg-Schule hat Schmick, man spürt das beim Reden, nie ganz verwunden. Er fühlte sich ungerecht behandelt. Er, nicht seine Feinde, war doch in Sachen Tannenberg der wahre Anwalt der Geschichte. Sie, nicht er, waren doch die wahren Ideologen.

Schmick schob seinen neuen Dienst in Steglitz unbeanstandet, er lehrte, was er gelernt hatte. Geschichte, Erdkunde, PW, das heißt: Politische Weltkunde. Nebenbei übernahm er Vertretungen in Sport, betrieb eine Handball AG, engagierte sich gut. Schulleiter Gey hat jahrelang keinerlei Probleme mit dem Neuen, lobt ihn sogar für seine vielseitige Einsatzbereitschaft.

Im Steglitzer Lehrerzimmer wird Schmick von den Kollegen durchaus geschätzt. Sie lernen „Kalle“ Schmick kennen als ebenso freundlich wie sonderbar, so hilfsbereit wie schrullig.

Schmick ist ein schräger Vogel, eine wandelnde Karikatur des ewigen Junggesellen, der unter räudig-braunen Wollpullovern blau-grüne Holzfällerhemden trägt.

Seine vier Hunde zu Hause, alles Beagle – Oswald, Pluto, Asta, Ella – hat er aus Tierversuchslaboren herausgekauft. Sein Auto, feuerrot, ist ein 15 Jahre altes Sportcoupé, Toyota MR2, im Heckfenster bekennen Aufkleber Schmicks Liebe zu Preußen, zu Berlin, zu Brandenburg.

Schmick kann geifern wie ein Fanatiker. Seine Schüler sagen: „Der ist CDU“, „ein Schwarzer halt“. Von „braun“ ist nie die Rede.

Ein bloß possierlicher Sonderling ist Schmick aber trotzdem nicht. In Diskussionen erleben ihn Lehrer und Schüler auch hochfahrend, rechthaberisch, fuchtelnd. Er kann geifern wie ein Fanatiker. Und alles will er immer bis zum Ende ausfechten, auf Biegen und Brechen. Seine Briefe unterschreibt er in gewittrigen Buchstaben, und nie verbleibt er ohne den Zusatz „M. A. – Studienrat“.

Magister Schmick. Die Schüler an der Steglitzer Heesestraße wissen bald, dass er ein Konservativer ist, ein Rechter, wie Schüler das so sagen: „Der Schmick ist rechts“, „Der ist CDU“, „ein Schwarzer halt“. Von „braun“ ist nie die Rede. Auch von Neonazi nicht. Diese Keule trifft ihn erst viel später. Die Schüler erzählen von Schmick, dass er sie überfordere, dass er im Klassenzimmer Universität spiele, dass er schon die Kinder zum eigenständigen Mitschreiben zwinge. Schmick scheint eine schwache Autorität zu sein, er kann sich nicht gut durchsetzen. Die Schüler erzählen, dass in seinen Stunden alle durcheinander schnattern, und dass er dann manchmal in eine Trillerpfeife bläst, um Frieden zu erzwingen. Sie erzählen auch, dass er ein Sprücheklopfer ist, der zur Auflockerung müde Witzchen reißt, ranzige Sachen nach der Art: „Wie lang muss die Kette einer Frau sein? Ganz einfach: von der Küche bis ins Schlafzimmer.“

Darüber gähnen schon die Sechstklässler. Aber sie lachen auch, wenn Schmick sie „meine Erdnuckel“ nennt, wenn er zu Schülern „Affe“ sagt oder wenn er ein koreanisches Mädchen als „Korea-Import“ aufruft. Es kommt bei solchen Sachen auf den Ton an. Die Schülerin, die Schmick „Korea-Import“ nennt, findet gar nichts dabei. Er wird es trotzdem



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Gymnasium Steglitz: *Eine der besten Schulen Berlins*

noch etliche Male vorgehalten bekommen.

In den oberen Klassen streitet sich Schmick und lässt streiten, immer wieder, und immer wieder über dieselben Themen, seine Themen. Magister Schmick. Anwalt der Geschichte. Wenn in Berlin eine Demo „gegen rechts“ ansteht, empfiehlt er seinen Schülern zwar, daran teilzunehmen. Er lässt sie aber auch wissen, dass er das Motto „gegen rechts“ für völlig daneben hält. Es müsste, doziert er, wenigstens „gegen Rechtsextremismus“ heißen. Dann aber müsse man auch gegen den Linksextremismus sein. Es geht hoch her in Schmicks Geschichtsstunden.

Die Schüler lassen Schmick nichts durchgehen. Sie fühlen sich herausgefordert. Sie opponieren. Er wolle, sagt Schmick, und damit hat er durchaus Erfolg, keine Duckmäuser produzieren, sondern „couragierte Bürger“. Er meint damit aber auch, ziemlich eindeutig, die Courage gegen die ihm verhasste Gutmenschelei der Linken.



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Lehrer Schmick: *Ein Grenzgänger, ein schillerndes Rätsel*

In diesem Bemühen geht er weit; und er geht dabei offenkundig auch sehr weit nach rechts. Einer Kollegin sagt er, ihm gehe es nicht um ein Schwarz-Weiß-Bild der Geschichte, sondern „um die Grautöne“.

Die Wehrmacht ist bei ihm kein Verein von Hitlers willigen Helfern oder gar Verbrechern. Vielmehr setzt er seinen Schülern auseinander, wie und wann welche Erschießungen während des Zweiten Weltkriegs vom Kriegsrecht gedeckt und wann sie nicht gedeckt gewesen seien.

Sogar beim Thema Auschwitz meint Schmick, Differenzierungen anbringen zu können. Er doziert darüber, dass es sich nicht um ein reines Vernichtungs-, sondern auch um ein Arbeitslager gehandelt habe. Das sei wichtig, meint er, weil es aktueller Forschungsstand sei, weil die Schüler keine falschen Bilder mit sich herumtragen dürften. Aber an solchen Stellen schrillen trotzdem alle Alarmglocken. Es ist ein Reflex. Und der Reflex sagt: Das geht nicht.



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Schmick-Gegner Frantz
„Ein Räuber-und-Gendarm-Spiel“

Andererseits: Kein einziger von Schmicks Schülern hat je erzählt, dass er die Judenvernichtung unterschlagen hätte. Dass er den Holocaust nicht „durchgenommen“ hätte. Dass er einer Klasse hätte erzählen wollen, die Nazis hätten keine Juden umgebracht. Schmick schillert. Er ist ein Grenzgänger. Er ist ein Rätsel.

Wirklich sind es, bis heute, nur drei, vier Schüler, von über tausend am Gymnasium, die Schmick explizit für einen Nazi halten. Und diese drei, vier gehen im Dezember 2000 in die berüchtigte und im Lehrerzimmer explizit so titulierte „Antifa-Klasse“ 11 delta. Sie werden sich später, als Kronzeugen gegen Schmick, schwärmerisch und mit kindlichem Stolz selbst als „Anarchisten“ bezeichnen. Sie meinen es gut.

Ungewiss, ob sie ihre Finger im Spiel haben, als am 23. Mai 2000 die Rufmordkampagne gegen Schmick beginnt. An diesem Tag kursiert ein verwaschenes Flugblatt auf dem Schulhof, in den Gängen, in den Klassen, es zeigt in der Mitte Schmicks Bild, darüber steht die Frage: „Braune Bildung am Gymnasium Steglitz?“

Die Schrift ist als „Antifa-Jugendinfo“ deklariert, der Name des Verantwortlichen im Sinne des Presserechts ist falsch, der Text klingt ein bisschen so, als würden Gymnasiasten heute „Weiße Rose“ spielen. Schmick wird der Holocaust-Relativierung bezichtigt, der Nähe zum Nazi-Denken, der „Menschenverachtung“. Der Schrieb endet, pathetisch, vor dickem Ausrufezeichen, mit der Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ Am Gymnasium ist die Hölle los.

Schulleiter Gey fordert Schmick noch am selben Tag zu einer Stellungnahme auf, die er am 29. Mai bekommt, aber „unbefriedigend“ findet. Schmick bekennt sich zu Demokratie und Grundgesetz, er weist den im Flugblatt erhobenen Vorwurf der Holocaust-Relativierung als „perfide“ zurück. Er bittet darum, „ein solches Pamphlet nicht ernsthaft als Basis für Verdächtigungen und Vorwürfe in Betracht“ zu ziehen.

Für den 7. Juni 2000 wird eine außerordentliche Sitzung der Gesamtelternvertretung angesetzt, Thema „Politische Bildung am Gymnasium Steglitz“. Das Treffen endet mit vielen Bekenntnissen zur Demokratie.

Tags darauf, am 8. Juni, debattiert die schulische Gesamtkonferenz. Schmick ist Tagesordnungspunkt Nummer vier. Er ist selbst anwesend. Es geht hart zur Sache. Kollegen attackieren Schmick als unerträglichen Rechtsausleger, andere nehmen ihn laut in Schutz. Schmick wehrt sich wütend.

Er selbst wird Thema im Geschichtsunterricht des Gymnasiums. In der 10b erzählen die Schüler von ihren Erfahrungen mit ihm. Es sei klar, dass Schmick „rechtem Gedankengut nahe steht“, schreiben sie in einem Brief an den Schulleiter Gey. „Dies bedeutet nach unserer Ansicht allerdings nicht automatisch, dass er etwa als Neonazi einzustufen ist.“

Einige Eltern fürchteten, dass sich Schmick am Ende aufhängt. (...)

Eine Gruppe engagierter Eltern sieht das ganz anders. Nach der Gesamtkonferenz landen 20, 30 aufgebrachte Mütter und Väter in einer Pizzeria nahe der Schule. Sie teilen ihre Empörung. Sie finden Schmick unmöglich. Am Ende des Abends trauen sie ihm alles zu. Holocaust-Leugnung, Geschichtsrickserein, Wortklaubereien. Sie fürchten um ihre Kinder.

Eine Mutter erzählt, ihr Sohn habe beim Mittagstisch Hitler mit Stalin und Pol Pot verglichen. Er habe gesagt, Stalin habe mehr Menschen umgebracht als die Nazis, und Pol Pot sei auch schlimm gewesen. Die Mutter fragte, woher er das habe. Der Sohn sagte: Schmick. In der Pizzeria, an diesem Abend, es ist der 8. Juni 2000, wird der Gedanke für eine Elterninitiative geboren. Man könnte auch sagen: An diesem Abend wird Schmicks Ende besiegelt.

Die Initiative nimmt bald die Arbeit auf. Sie ist hochkarätig besetzt. Sie recherchiert gegen Schmick in alle Richtungen. Die organisierten Schülereltern von Steglitz sind Juristen, Ärzte, Architekten, Ministerspre-

Werbeseite

Werbeseite

cher, Fernsehstars. Sie sammeln Material für eine Dienstaufsichtsbeschwerde, die der Schulbehörde, punktgenau adressiert an das Referat LSA ZS E, am 27. November 2000 zugeht.

Unter dem Antrag, gegliedert in 5 Punkte, 13 Unterpunkte, zusätzlich versehen mit 4 Anlagen, stehen 22 „Beschwerdeführer". 8 von ihnen haben einen Doktortitel. Auch der berühmte Name des Architekten Max Dudler ist dabei und der noch berühmtere Name des Fernsehmoderators Günther Jauch.

Jauch hat damals eine Tochter auf dem Steglitzer Gymnasium, sie hat keinen Unterricht bei Schmick, aber dem Fernsehstar liegt grundsätzlich daran, dass „solche Leute" wie Schmick nicht auf Schüler losgelassen werden. „Die Vorwürfe", sagt Jauch heute, „schienen mir gut recherchiert, also konnte ich das unterstützen." Mit Schmicks Suspendierung sei für ihn die Luft raus gewesen. Er habe in der Sache mittlerweile den Faden verloren. Gewiss, sein Name werde in dem Zusammenhang immer noch fallen gelassen. „Aber das ist nur noch Namedropping."

Jauchs Name katapultiert Schmick von Beginn an regelmäßig in die „Bild"-Zeitung, in die Berliner Boulevard-Zeitungen, überhaupt: in die Medien. Häufig heißt es fortan in den Artikeln, als wäre es ein Gütesiegel, „auch TV-Moderator Günther Jauch gehört zu den Mitunterzeichnern", „auch TV-Unterhalter Jauch protestiert". Jauchs Bild wird als Blickfang in die Artikel gestellt, Jauchs Name im Vorspann genannt. Das ist nicht gut für Schmick. Und es ist auch nicht gut für den Berliner Senat.

Der zuständige Schulsenator Klaus Böger gerät unter Druck. Wie kann er zulassen, dass ein Neonazi auch nur eine Minute länger Geschichte unterrichtet? Wenn schon Günther Jauch via „Bild"-Zeitung endlich Taten fordert? Wenn eine seriöse Elterninitiative Druck macht? Wenn die Zeitungen dauernd voll davon sind?





Demonstrationen von Linken, Rechten zur Wehrmachtsausstellung (1999), Exponate der

Böger hat sich in der Sache weit aus dem Fenster gelehnt im Berliner Parlament. Hat die diversen Flugblätter gegen Schmick auf Anfrage eines PDS-Abgeordneten als Zeugnis der „Zivilcourage" begrüßt und weiter gesagt, die Schülerinnen und Schüler, die sich an solchen Aktionen beteiligten, seien „nicht zu behindern, sondern zu loben".

Intern bestellt er seine Leute zum Rapport. Will wissen, wieso die Sache Schmick nicht längst weiter sei? Böger drängt seinen Staatssekretär Thomas Härtel, der mit Schmick schon zu Steglitzer Stadtratszeiten Ärger hatte, zur Aktion. Und Härtel drängt Schulamtsleiter Pieper. Und Pieper drängt seinen Laden.

Es wird angelegt: der Vorgang 412 D 119/00, Disziplinarsache Schmick, Bearbeiter: Herr Eck. Es ist der 9. November 2000, 62. Jahrestag der Reichspogromnacht, Herr Eck kreuzt im vorgedruckten Betreffkasten die Code-Nummer 7 an: „Rechtsradikale Äußerungen".

Draußen demonstriert Berlin „für Menschlichkeit und Toleranz", an der Spitze Bundespräsident Rau, Bundestagspräsident Thierse. Auch sie kennen bald den Namen Schmick. Er steht in Briefen, die sie bekommen von der Elterninitiative aus Steglitz. Und die Spitzen des Staates danken der Initiative für ihr Engagement. Herzlich. Ungeprüft.

Zwei Dutzend Eltern treffen sich jetzt regelmäßig. Sie definieren genaue Rechercheaufgaben und teilen sie unter sich auf. Sie arbeiten wie eine Sonderkommission der Polizei.

Sie gehen in alle Richtungen, die etwas versprechen: Gewerkschaft GEW, Beamtenbund, Schülereltern, Lehrer. Sie fragen in der Antifa-Szene herum, in Historikerkreisen, sie drehen jeden Stein um. Dazu machen sie Lobby-Arbeit auf allen Ebenen: Bezirksversammlung, Abgeordnetenhaus, Bundestag; Vereine, Verbände, Kirchen. Sie besorgen sich die außer-



DPA (2)



MICHAEL PROBST / AP

Wanderausstellung: *Wie ein historischer „Porno“*

schulischen, wissenschaftlichen Schriften Schmicks, denn Schmick ist nicht nur Lehrer.

Er forscht auch. Eifrig, fieberhaft fast. Gemeinsam mit Kollegen hat er eine „Forschungsstelle für Militärgeschichte“ gegründet, FMG, ihr Sitz ist sein eigenes Haus, ihr Direktor ist er selbst. Direktor Schmick. Er hat es nie geschluckt, den Doktor nicht gemacht zu haben. Er plant die Promotion noch immer. Aber auch ohne den Titel kann er Bücher schreiben, Schmick schreibt viel, er hält Vorträge, er verfasst wissenschaftliche Rezensionen für höchst renommierte Blätter.

Es geht über Korea-Krieg und Friedrichs Preußen, über Chinas Tibet-Politik und Stalingrad, über Afghanistan und Spaniens Bürgerkrieg, über alte Schlachten und noch ältere Münzen. Sein letztes größeres Thema ist die erste Wehrmachtsausstellung. Anfang 1999 erscheint eine gallige Untersuchung über deren Mängel, über ihre Fehlinterpretationen, Bildermärchen und falschen Beweise.

Schmick hält sich zugute, mit seiner Arbeit zur später wirklich erfolgten Schließung der Ausstellung beigetragen zu haben. Und er bereist die Wanderausstellung, zweimal. Einmal in Köln, einmal in Hamburg. Geht mit Besuchergruppen durch die Räume. Magister Schmick. Anwalt der Geschichte.

Vor den Schautafeln erklärt er seine Einwände. Aber er wird bald niedergeschrien von anderen Besuchern. Schmick schreit zurück, in Köln, in Hamburg, sie schreien so lange, bis die Polizei kommt. Schmick, der Kritiker, muss gehen. Er sagt, nicht er sei der Störer, sondern die anderen. Er sieht, auf den Bildern, sehr schlecht aus. Wie einer, der tief im Unrecht ist. Und es nicht merkt.

Die Elterninitiative ist begeistert, als sie in ihren Recherchen auf Köln und Hamburg stößt. Eckart Frantz, ein fülliger Badener, Vollbart, randlose Brille, Internist, Kardiologe, Chefarzt am Potsdamer St. Josefs-Krankenhaus und zugleich studierter Jurist, er führt die Gruppe an, er sagt, „es war ein Räuber-und-Gendarm-Spiel“.

Schmick persönlich trifft er ein einziges Mal, zehn Sekunden lang, am Schultor. Frantz hat Flugblätter in der Hand, gegen Schmick, und er sagt, als er Schmick ein Blatt gibt: „Herr Schmick, das ist der Anfang vom Ende.“

Im Gespräch nennt sich Frantz jovial und mit Augenzwinkern einen „unverbesserlichen Scheißliberalen“, er sagt, wie zur Begründung seines Tuns, „wenn Anfang der siebziger Jahre ein Lokführer den Namen Karl Marx kannte, war er seinen Job los“. Schmick, meint Frantz, habe Übleres auf dem Kerbholz. (...)

Frantz fertigt ausführliche Analysen von Schmicks Wehrmachtsstudie an, er gleicht sie ab mit anderer historischer Forschung, er zerpflückt Schmicks Publikationen. Frantz sagt, Schmicks Werk lese sich wie ein historischer „Porno“. Es gebe immer „die gewissen Stellen“, die moralisch schmutzigen Passagen fürs extrem rechte Publikum. Frantz kommt, selbst kein Historiker, zu dem Schluss, Schmick sei ein pseudowissenschaftlicher Gernegroß.

Aber das ist Ansichtssache. Auch das Münchner Institut für Zeitgeschichte wird sich, spät im Verfahren, im September 2002, in Frantz’ Sinne äußern. Schmick bekommt aber auch ganz andere Post.

Unaufgefordert dankt Arnulf Baring, deutscher Vorzeigehistoriker, dem Kollegen Schmick herzlich für dessen Wehrmachtsstudie. „Mit Ihrer Schrift über die seltsame Wehrmachtsausstellung haben Sie mir eine große Freude gemacht“, schreibt Baring in einem Brief, weil er „jeden Versuch begrüße, die historischen Perspektiven gerade zu rücken, zumal Geschichtsklitterungen den Weg zu verlegen“.

Schmick, so scheint es, liegt nicht einfach nur daneben. Vielmehr findet er offen-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

kundig, wie ein Schlafwandler, immer genau die wunden Stellen seiner Gegner. Die schmerzhaften Druckpunkte seiner Generation. Er verwirrt nicht so sehr seine Schüler. Er attackiert vielmehr deren Eltern. Schmick rechnet, selbst ein rechter 68er, mit den linken 68ern ab. Er polarisiert.

Er stachelt die Elterninitiative zu Höchstleistung an. Frantz gibt seine Freizeit hin, er feilt an einer geharnischten Dienstaufsichtsbeschwerde, die er bis heute gern zitiert. Er sagt, um Schmick zu charakterisieren, dieser bediene sich einer unseligen „Dienstsprache“, und das sage doch schon viel. Aber in seine eigene Dienstaufsichtsbeschwerde schreibt Frantz selbst Sätze wie: „Sicherheit für die Schüler besteht nach Ansicht der Beschwerdeführer nur, wenn der Beamte vollständig aus dem Schuldienst entfernt wird.“ Das klingt auch unselig. Es klingt auch nach Dienst.

Über das Jagdfieber der Initiative gibt es auch interne Diskussionen. Einige Eltern äußern die Furcht, Schmick könnte sich so in die Enge getrieben fühlen, „dass er sich am Ende aufhängt“. Aber, sagt Frantz, er will gemütlich wirken, sie hätten sich dann doch immer zum Weitermachen entschieden. (...)

Vom Dezember 2000 aus betrachtet, ist fast der ganze Rest des Falls bis heute im Grunde nur noch Epilog. Am 17. Mai 2001 wird das Disziplinarverfahren eingeleitet, lärmend begleitet von der Presse, die Schmick nun unverhohlen als Nazi tituliert. Die Vorwürfe des Amtes gegen ihn sind in 11 Punkte, 37 Unterpunkte und weitere Unterunterpunkte gegliedert.

„Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus“ (durch Vergleiche mit Stalin und Pol Pot), „herabwürdigende Äußerungen gegenüber Schülern“ (zum Beispiel als „Korea-Import“), nicht angezeigte „Nebentätigkeiten“ (bei der Forschungsstelle für Militärgeschichte), „unangemessenes Auftreten in der Öffentlichkeit“ (zum Beispiel bei der Wehrmachtsausstellung).



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Schmick-Anwalt Hippe: *2000 Blatt in den Akten*

Die Beweisaufnahme im Verfahren beginnt am 7. November 2001 mit der Vernehmung Schmicks. Seither läuft sie. Vier Volljuristen bearbeiten den Fall in der Berliner Schulverwaltung. Zwei Dutzend Zeugen sind mittlerweile befragt, größtenteils mehrfach, es ist von 300 Stunden Zeugenvernehmungen die Rede. Schmick sagt, er gehe notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof. „Dort sehen wir uns dann in 15 Jahren wieder.“

Die Berliner Untersuchung tritt von Beginn an auf der Stelle. Die Sitzungen im Landesschulamt, Beuthstraße, Raum 7049, immer unter dem Vorsitz der Untersuchungsführerin Lampe und des Hilfsuntersuchungsführers Hochholzner, immer mit Schmick und dessen Anwalt Torsten Hippe auf der anderen Seite, dazwischen die Zeugen, sie verlaufen ergebnislos.

Egal an welche Stelle der Akte man blättert: Es findet sich nichts Handfestes, geschweige denn „Gerichtsfestes“ gegen Schmick. Die befragten Schüler können sich nur ungenau erinnern, verzetteln sich oder hatten nie Unterricht bei Schmick.

Sie erzählen, dass Schmick „zwei Schäferhunde“ zu Hause habe, dass er eine schwarze Aktentasche mit Aufkleber „Ein Herz für Kinder“ habe, solche Sachen, dass er manchmal in Sütterlin an die Tafel schreibe, dass es bei ihm chaotisch zugehe, dass er kein sonderlich guter Lehrer sei. Es ist, aus Sicht der Ermittler, alles Müll.

Die als Zeugen vernommenen Eltern berichten über Gerüchte vom Hörensagen, widersprechen sich selbst und gegenseitig oder mutmaßen sich durchs Verfahren. Auch die befragten Vorgesetzten, Schulleiter Gey, Oberschulrätin Gottfried, haben dies und jenes gehört, schildern Eindrücke aus Gesprächen, aber niemand liefert Beweise. Niemand bringt Schmick zu Fall, obwohl es so viele versuchen, immer wieder, Juristen, Politiker, Eltern, sie kriegen ihn nicht.

In dieses Elend hinein verfasst am 28. August 2002 die in den Sitzungen stets abwesende Ermittlungsführerin Gehring, Oberregierungsrätin, ein Dienstpapier „Vertraulich! Verschlossen!“, das die leidige Sache im Sinne des Staates endlich und endgültig abkürzen soll.

Sie beschreibt Schmick als Psychopathen, als Geisteskranken, und sie bittet die im Schulamt zuständige Stelle LSA IV D 06, „eine amtsärztliche Untersuchung beim sozialpsychiatrischen Dienst zu veranlassen“. Das heißt im Klartext: Schmick soll für verrückt erklärt werden.

Am 13. September 2002 bekommt er, der Marathonläufer, 5 Stunden 21 Minuten beim letzten Berlin-Lauf, die Aufforderung, sich amtsärztlich untersuchen zu lassen. Von Sozialpsychiatrie in der Einladung kein Wort. Schmick geht nicht hin. Er recherchiert. Er legt Widerspruch ein. Dem Widerspruch wird, in einem Verwaltungsgerichtsurteil gegen das Landesschulamt, stattgegeben.

Die Eltern schreiben auch an Rau und Thierse. Die Spitzen des Staates danken der Initiative für ihr Engagement. Herzlich. Ungeprüft.

Im September 2002 entscheidet das Berliner Kammergericht, der „Berliner Kurier“, der Schmick in einem Artikel die Auschwitz-Leugnung und Verharmlosung von Nazi-Verbrechen angedichtet hatte, müsse diese Aussage öffentlich widerrufen und dem Lehrer 6000 Euro Schmerzensgeld zahlen. Die Behauptungen des „Kurier“ seien falsch und unhaltbar.

Schmicks Disziplinarverfahren läuft dessen ungeachtet immer weiter. Es wirkt mittlerweile wie eine Pflichtaufgabe des laufenden Betriebs, als hätte es die Abteilung Schmick im Schulamt immer schon gegeben. Schmick geht zu den Terminen unterdessen fast wie zum Dienst. Und manchmal scherzen die Beteiligten miteinander wie alte Kollegen. Es ist eine Tragikomödie inzwischen, auf 2000 Seiten, ein gewaltiges Dokument, eine unendliche deutsche Geschichte. ◆



UTE MAHLER / OSTKREUZ

Schmick-Gegner Jauch
Mittlerweile den Faden verloren

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Die Ruhmesrampe

Ortstermin: Wer auf das „Blaue Sofa“ darf, ist ein Star der Frankfurter Buchmesse – für 30 Minuten.

Bevor das blaue Sofa „Blaues Sofa“ hieß, hieß es „Modell Clou“. Das Modell Clou, bestehend aus drei Elementen, hintenrum Rückenlehnen, rundherum Armlehnen, wird bei der Firma Cor in Rheda-Wiedenbrück gefertigt und kostet in der Stoffversion zwischen 3144 und 3795 Euro und in Leder ab 4219 Euro. Die Lederversion wäre vielleicht etwas für Gina Wild, ehemalige Prinzessin des Porno-Films, aber die darf nicht aufs blaue Sofa. Gina Wild muss bei ihrem Verlag hocken und mehrmals ihren Namen hinschreiben, was ihr gelingt.

Das blaue Sofa, mit Stoff bezogen, ist die Ruhmesrampe der Buchmesse, 80 Autoren dürfen sich während der fünf Tage draufsetzen, sie wollen, sollen, müssen berühmt werden oder noch berühmter. Nicht alle können, was sie dafür können müssten. Manche fläzen sich hin und atmen tief aus, manche drehen sich weg und bewegen sich die nächsten 30 Minuten lang nicht, manche stopfen sich die Kissen in den Rücken. Michael Naumann, der „Zeit“-Chefredakteur, stellt die Füße weit auseinander und presst die Knie zusammen.


TIM WEGNER

Buchmessen-Bühne „Blaues Sofa“: *„Hören die mich?“*

„Man sitzt da wie in einer Fußgängerzone, die Menschen rennen dort hinten vorbei, ich frage mich: Hören die mich?“, sagt Margarethe von Trotta, die Regisseurin. Man muss nicht durchs Gebäude hetzen, man kann sich mit einem Kaffee vor das blaue Sofa setzen und zuhören.

Wladimir Kaminer darf aufs blaue Sofa, Kaminer ist „Autor, DJ und Deutschland-Experte“, sagt die Moderatorin. Wladimir Kaminer trägt die Haare in der Mitte zu einem stürmischen Hügel geformt, Robbie Williams sah mal so aus. Kaminer erzählt von Reisen in die deutsche Provinz, Sächsisch klingt „wie Vogelgesang“ für ihn. Dann erzählt Kaminer vom Kollegen Wolfgang Büscher, der zu Fuß von Berlin nach Moskau ging. „Schade“, sagt Kaminer, „dass ich davon nichts wusste, sonst hätte ich ihm ein Päckchen für meine Schwiegermutter mitgegeben.“ Wladimir Kaminer ist ein Schriftsteller, der die „Russendisko“ veranstaltet, und vor dem blauen Sofa knien seine Groupies.

Es ist vieles wie immer auf der Frankfurter Buchmesse. Die schlechte Luft. Der Lärm, das ewige Rauschen. Die 80 000 neuen Werke, all die Veranstaltungen vor 20, 30 Leuten, Veranstaltungen sind das, die schon nach Minuten alle wieder vergessen haben. Es gibt nicht viele Abschlüsse diesmal, die gab es vor der Messe, hier geht es um Kontakte, seit Jahren schon. Es gibt eine Menge Partys und hinterher den kollektiven Absturz in der Bar des „Frankfurter Hof“, unter Kronleuchtern und vor schweren Holzwänden, 8,20 Euro kostet ein Glas Château La Rose Bellevue mit Stückchen vom Korken. Auch das ist nicht neu.

Neu ist der Trend zum lausigen Buch. Verona Feldbusch ist da, Gina Wild ist da, Naddel ist da, keine Leuchten fürs „Blaue Sofa“.

Im größten Saal in Halle 4 sitzt Dieter Bohlen, „Gitarrist von Thomas Anders“ steht auf seinem T-Shirt, und neben ihm sitzt Katja Keßler, „Schreiberin vom Gitarristen von Thomas Anders“ steht auf ihrem T-Shirt. „Ich bin 08/15, ich bin der Durchschnitt aller Deutschen“, sagt Bohlen, und 16 Kameras filmen ihn dabei.

Sie sind auf dieser Messe des Geistes das, was auf dem Jahrmarkt die Damen ohne Unterleib waren. Auch ihnen fehlt etwas. Das macht sie auf der Buchmesse zu bestaunten Exoten, sie sind fremd hier, das macht sie reizvoll, und deshalb ist bei ihnen mehr Rummel.

Ihren Ruhm hätten die Literaten auch gern, deshalb steht das blaue Sofa da, wo alle vorbeikommen, neben den Laufbändern, die einmal durchs Gelände führen, zwischen den Hallen 5 und 6 im ersten Stock. Zwei Stufen führen auf ein Podium, das Podium ist ein riesiges, aufgeschlagenes Buch, den Anfang des ersten Satzes der „Wahlverwandtschaften“ kann man lesen: „Eduard – so nennen wir einen reichen Baron im besten …“ Der Rest verschwindet hinter Kissen, denn in dem Buch steht das blaue Sofa, „aspekte“, „Zeit“ und Bertelsmann-Club haben es hergeschafft. Das „Blaue Sofa“ wird im Internet übertragen, jeden Tag, und demnächst im Fernsehen, und darum ist das blaue Sofa eine Marke, ein Modell, ein Clou im Kampf gegen Bohlen: Es geht um Literatur, und trotzdem bleibt etwas hängen.

Und dann betritt der Weltmeister des Ruhms einen Boxring in Halle 4. Stumm hält er seine Fäuste vor die Objektive der Fotografen, stumm lässt er sich feiern, nur seine Augen sprechen zu den tausend Leuten rund um die Seile. „Ali, look“, schau in die Kamera, schreien die Fotografen.

Ali schaut, versucht zu lächeln, und dann will er blättern im Buch seines Lebens, aber sein Verleger hält die Seiten fest. Das Buch, das sie den Leuten zeigen, hat viele weiße Seiten, es ist nicht fertig geworden. Der Boxer und ein großes Buch mit weißen Seiten – was für ein Foto auf der Messe des Geistes wäre das. Der Verleger fürchtet dieses Foto, der Boxer kämpft um dieses Foto, ein stummes Signal ist das, ein kleiner Hieb im Kampf um Ruhm. Der Verleger klammert, der Boxer verliert.

KLAUS BRINKBÄUMER

Werbeseite

Werbeseite

DEUTSCHE BANK

Neue Ermittlungen gegen Ackermann

Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, hat neue Probleme mit der Justiz. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, die gegen Ackermann bereits in der Mannesmann-Affäre Anklage erhoben hat, ermittelt nun wegen des Vorwurfs des Betrugs und der Untreue gegen ihn und seinen Vorgänger Rolf Breuer, heute Aufsichtsratsvorsitzender der Bank. In dem Verfahren geht es um den Verkauf des konzerneigenen Lebensversicherers Deutscher Herold an die Zurich Financial Services im April 2002. Dabei soll es zur „sachwidrigen Verwendung von Vermögenswerten“ der Versicherung gekommen sein. Dem Vorwurf gehen die Ermittler mit Hilfe von Experten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach. Außerdem wird geprüft, ob der Verkauf an die Schweizer zu einer Minderung des Wertes der Lebensversicherungen beigetragen hat, die vor allem an Kunden der Deutschen Bank verkauft wurden. Während des Kaufprozesses der deutschen Versicherung geriet die Zürich-Gruppe in schwere Turbulenzen. Auch die Renditen bei den Herold-Lebensversicherungen sanken im vorigen Jahr deutlich ab. Die Vorwürfe seien „aus der Luft gegriffen“, heißt es bei der Deutschen Bank.



OLIVER BERG / DPA

Ackermann



DOMINIK BUTZMANN / ZENIT

Rentner

FINANZEN

Steuern auf alle Renten

Schon im Jahr 2005 sollen rund 1,5 Millionen mehr Rentner als heute Steuern bezahlen. Das sieht ein noch unveröffentlichter Entwurf des Finanzministeriums für das „Alterseinkünftegesetz“ vor. Zurzeit zahlen nur rund 2,5 Millionen der insgesamt 19 Millionen Rentenbezieher Steuern. Mit dem Gesetzentwurf, der auf Empfehlungen einer Expertenrunde unter Leitung von Bert Rürup basiert, will Finanzminister Hans Eichel ein Verfassungsgerichtsurteil umsetzen, das die Regierung letztlich verpflichtete, bis spätestens 2005 die so genannte nachgelagerte Besteuerung einzuführen. Dabei werden, anders als heute, die Renten generell besteuert, Vorsorgeaufwendungen dürfen dagegen steuermindernd geltend gemacht werden. Eichel will den Wechsel schrittweise umsetzen. So sollen 2005 die Altersbezüge aller Rentner zur Hälfte steuerpflichtig werden. Viele Rentner werden aber auch dann nichts ans Finanzamt zahlen müssen, weil ihre Einkünfte unterhalb des steuerfreien Existenzminimums liegen. Bis 2020 steigt der steuerpflichtige Anteil für jeden neuen Rentnerjahrgang jährlich um zwei Prozentpunkte, danach um einen Prozentpunkt. Neurentner im Jahr 2020 müssten also 80 Prozent ihrer Altersbezüge versteuern, von 2040 an soll die gesamte Rente steuerpflichtig sein. Für den Fiskus ist die Maßnahme dennoch ein Zuschussgeschäft, weil die Steuerersparnisse der noch arbeitenden Bevölkerung größer sind als die Steuerzahlungen der Rentner. Denn im Gegenzug zur Rentenbesteuerung will die Bundesregierung von 2005 an 60 Prozent der Vorsorgeaufwendungen von der Steuer freistellen. Dieser Anteil steigt jedes Jahr um zwei Prozentpunkte, ab 2025 dürfen die Vorsorgeaufwendungen dann ganz von der Steuer abgezogen werden. Dadurch summieren sich die Ausfälle für den Fiskus auf rund acht Milliarden Euro.

LUFTFAHRT

Knapsen bei den Topkunden

Bei Airline-Experten wächst die Verwunderung über Wolfgang Mayrhuber. Während der neue Lufthansa-Chef noch bei seinem Amtsantritt ankündigte, das Angebot stärker zu differenzieren, nivelliert die Airline mit ihren neuen Business-Class-Sitzen, die sich zu einem zwei Meter langen Bett ausfahren lassen, erst einmal die Klassenunterschiede. Vor allem Geschäftsreisende monieren, dass in der First Class alles beim Alten bleiben soll, obwohl die Edel-Abteile im Vergleich zu vielen Wettbewerbern schon jetzt abfallen. Während etwa British Airways oder Cathay Pacific ihren Topkunden Einzelsitze und Trennwände zum Schutz der Privatsphäre bieten, sind bei der Lufthansa die Sessel noch immer im konventionellen Zweierpack angeordnet. Branchenkenner erwarten deshalb, dass mit der Einführung der besseren Business-Sitze ab Mitte Dezember zahlreiche First-Passagiere in die zweite Klasse abwandern – oder gleich bei der Konkurrenz buchen. Platz gibt es trotz des größeren Sitzabstands in der künftigen Business-Sektion genug, da die neuen Maschinen vom Typ Airbus A340-600 länger sind als das Vorgängermodell und bei einem Teil der Flotte die Erster-Klasse-Abteile komplett wegfallen.

Reicht das noch nicht, um die Nachfrage zu befriedigen, könnte auch die Economy-Klasse verkleinert werden.



THOMAS LOHNES / DDP

Mayrhuber (r.), neue Business-Sitze


FRANK OSSENBRINK

Rummel

LKW-MAUT

Aus für Rummel?

Toll-Collect-Geschäftsführer Michael Rummel steht möglicherweise vor dem Rausschmiss. Schon Anfang dieser Woche soll in Spitzengesprächen der an Toll Collect beteiligten Firmen DaimlerChrysler und Telekom über eine Auflösung seines Vertrags verhandelt werden. Dem Daimler-Manager wird nicht nur die verpatzte Einführung des Maut-Systems angekreidet. Offenbar hat Rummel sogar versucht, das Verkehrsministerium und die Spediteure über den Zustand der Erfassungssysteme zu täuschen. Obwohl er von Zulieferfirmen wie T-Systems laut internen Vermerken sogar schriftlich darauf hingewiesen wurde, dass die Schnittstellen an den so genannten On-Board-Units für die Lkw noch nicht funktionsfähig seien, soll er den Einbau der Geräte angeordnet haben. Für zusätzliche Irritation sorgt ein millionenschwerer Auftrag, den er an die nahezu unbekannte Software-Firma OMP vergeben hatte. Revisoren prüfen jetzt, ob die Vergabe im Zusammenhang mit einem Aufsichtsratsmandat stand, das Rummel bei der Minifirma hatte. Rummel weist sämtliche Vorwürfe als haltlos zurück. Auch Toll-Collect-Aufsichtsratschef Klaus Mangold hat sich trotz massiver Kritik bisher hinter seinen Daimler-Kollegen gestellt. Insider vermuten, dass Mangold seinem Zögling eine Prämie von einer Million Euro sichern will. Die soll Rummel zusätzlich zu seinem Gehalt bekommen, wenn das Maut-System die Betriebszulassung erhält. Angesichts der massiven Vorwürfe könnte es Mangold jedoch schwer fallen, Rummel zu halten. Derweil ist unter den Mutterkonzernen auch ein Streit um die vom Parlament geforderte Offenlegung der Maut-Verträge entbrannt. Während die Telekom dem zustimmt, will Mangold die zuständigen Ausschüsse nur mündlich unterrichten.

INTERNET

Poker um Web-Adressen

Zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und dem Web-Unternehmen 2nd-level ist ein heftiger Streit um Internet-Adressen entbrannt. Im Zuge der Hartz-Reform nennt sich die Behörde nämlich in Bundesagentur für Arbeit um, im Internet will sie dann nicht mehr unter „Arbeitsamt.de“, sondern als „Arbeitsagentur.de“ erreichbar sein. Diese Domain ist aber im Besitz von 2nd-level. Unter „Arbeitsagentur.de“ vermittelt dort ein Kunde seit mehr als einem Jahr Jobs im Niedriglohnbereich. Die Nürnberger Behörde droht nun mit Klage, bot 2nd-level aber zugleich 10 000 Euro, falls die Firma noch einlenke. Doch darauf will 2nd-level-Geschäftsführer Thomas Wilk nicht eingehen und pokert. Nach seiner Ansicht besteht auf „Arbeitsagentur.de“ kein hoheitlicher Anspruch und „angesichts von täglich mehr als 200 000 Klicks“ bei „Arbeitsamt.de“ sei eine Ablösesumme „von mindestens 100 000 Euro“ realistisch.

HANDEL

Designermode auf dem Grabbeltisch

Nicht nur im Lebensmittelhandel, auch im Textilgeschäft dringen die Discountanbieter immer weiter vor. Rund 1,1 Milliarden Euro setzt die Aldi-Gruppe inzwischen allein mit Bekleidung um und ist damit bereits auf Rang sieben unter den Textilhändlern in Deutschland. Mit etwa 750 Millionen Euro Umsatz steht Erzkonkurrent Lidl ebenfalls schon kurz vor dem Sprung unter die zehn größten Textilhändler. Nun holt die Plus-Kette, ein Ableger des Familienkonzerns Tengelmann, zu einem weiteren Schlag gegen die traditionellen Modehändler aus. Auf den Grabbeltischen in seinen rund 2700 Filialen verkauft der Lebensmittel-Discounter von diesem Montag an mehr als 300 000 Originalteile aus dem Sortiment des US-Designers Polo Ralph Lauren zu Preisen, die um mehr als 50 Prozent unter dem regulären Verkaufspreis liegen. Für Tengelmann-Chef Karl-Erivan Haub zählt das Modegeschäft bereits seit einiger Zeit zu den Wachstumsfeldern des Konzerns. So ist die konzerneigene Textilkette KiK schon auf 1300 Filialen angewachsen und soll noch bis auf 3000 Läden ausgebaut werden.



VOLKMAR SCHULZ / KEYSTONE

Plus-Filiale

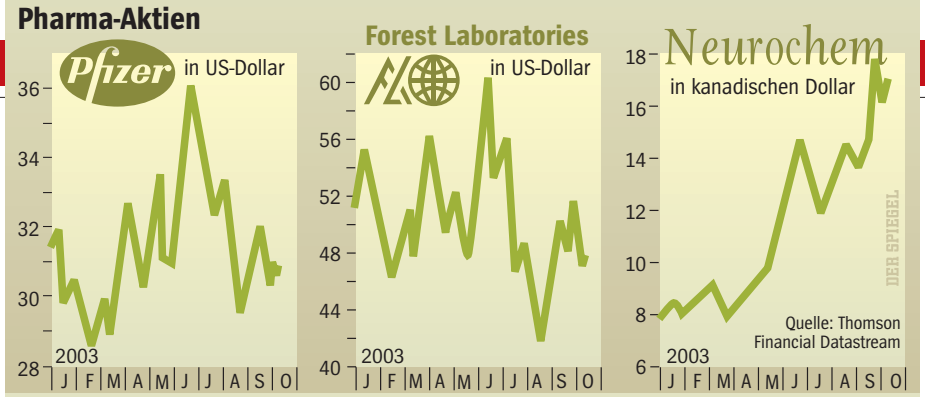
KONZERNE

Potenz mit Patent

Mit harten Bandagen will der US-Konzern Pfizer seine Spitzenposition bei Potenzmitteln verteidigen. Als Hauptwaffe im Kampf gegen die Konkurrenz will Pfizer-Chef Henry McKinnell die Patente für die Potenzpille Viagra einsetzen. Sowohl dem Pharmariesen Eli Lilly, der mit Cialis in den USA bald eine ähnliche Pille herausbringt, als auch dem Bayer-Konzern, der ein Mittel namens Levitra verkauft, wirft McKinnell vor, sich der Wirkstoffklasse der so genannten PDE-5-Hemmer zu bedienen. Darauf habe Pfizer ein Patent, das möglicherweise noch länger als zehn Jahre halte. Wenn andere dieses Patent nutzen wollten, dann müssten sie dafür zahlen. Das hätten Bayer und Eli Lilly bisher nicht getan. McKinnell: „Es geht um viel Geld. Und wir haben eine extrem gute Position vor Gericht.“


AMR NABIL / AP

Viagra-Produktion



PHARMAINDUSTRIE

Investoren setzen auf Alzheimer

Forschende Pharmafirmen, die sich mit der Bekämpfung der Altersdemenz befassen, wecken das Interesse der Anleger. Mit einer jährlichen Zunahme von zehn Prozent gehört dieser Markt bereits zu den wachstumsstärksten Bereichen. Der US-Pharmakonzern Forest Laboratories profitiert davon, dass die Gutachterkommission der US-Zulassungsbehörde die Freigabe des Alzheimer-Medikaments mit dem Wirkstoff Memantin für den amerikanischen Markt empfiehlt. Seit August ist die Forest-Aktie um 15 Prozent gestiegen. Forest hat die Lizenz für das Demenzmedikament, das auf dem deutschen Markt als Axura bereits verkauft wird, von der Frankfurter Merz Pharma gekauft. Analysten trauen Memantin allein auf dem US-Markt einen Umsatz von einer Milliarde Dollar jährlich zu. Um fast 30 Prozent legte der Umsatz der Alzheimer-Präparate Aricept von Pfizer und Exelon von Novartis im vorigen Jahr zu. Mit über 100 Prozent Plus hat die Aktie der kanadischen Neurochem seit Jahresbeginn auf die Nachricht reagiert, dass das Unternehmen an einem Alzheimer-Medikament arbeitet, das die Krankheit vielleicht stoppen kann.

ANLEIHEN

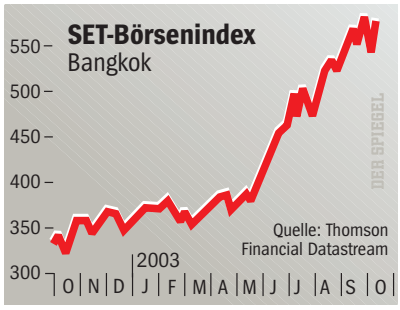
Latinos wieder in Mode

Seit die Ratingagentur Moody's in der vergangenen Woche überraschend die Kreditqualität Russlands heraufgestuft hat, verzeichnen auch die Anleihen der meisten Schwellenländer hohe Kursgewinne. Insbesondere südamerikanische Staaten profitierten. Nur die Besitzer argentinischer Staatsanleihen hatten keinen Grund zur Freude. Es droht ein Wertverlust von 75 Prozent. „Argentinien ist allerdings ein Sonderfall, der vermutlich keine Auswirkungen auf andere Staaten haben wird", analysiert Heinz Mewes von der Dresdner Bank Lateinamerika. Denn die Papiere mittel- und lateinamerikanischer Länder gelten als neue Hoffnungswerte. Brasiliens Regierung beweist ihre Reformbereitschaft, entsprechend gut stehen die Anleihen im Kurs. Neben Brasilien gehört auch Mexiko unverändert zu den Favoriten.

ASIEN

Bangkok hebt ab

Thailands Börse sorgt bei Anlegern für Champagnerlaune: In den vergangenen zwölf Monaten kletterte der SET-Index um rund 70 Prozent, zwischenzeitlich erreichte er gar den höchsten Stand seit sechs Jahren. Damit ist Bangkok klar die Nummer eins, wenn es um das Wachstum asiatischer Börsen geht. Angetrieben wird der Boom vor allem durch die wachsende Binnen-Nachfrage und die Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Auf Dollar-Basis haben sich die Firmengewinne bereits von der Asien-Krise 1997 erholt. Im Juli zahlte Thailand überdies seine ausstehenden Kredite an den Internationalen Währungsfonds zurück. Mit einem erwarteten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von rund 6,5 Prozent in diesem Jahr und 8 Prozent in 2004 belegt Thailand in Asien Platz zwei hinter China. Nächstes Jahr würden vor allem Bankenwerte stark von der Aktien-



Hausse profitieren, sagt Chef-Analyst Nick Cashmore von CLSA in Bangkok voraus. Eine Überhitzung der Börse befürchtet der Experte nicht. Im Gegensatz zu anderen asiatischen Tigerstaaten sei das Land weniger abhängig von der Konjunktur in den USA – Thailands wichtigster Exportmarkt ist China.

VERBRAUCHER

Unschuld vom Bande

Große Konzerne verlagern ihren Service zunehmend aus den eigenen Geschäften ans Telefon. Die Callcenter-Branche erwartet enorme Wachstumsraten und schult ihre Mitarbeiter zu freundlichen Sprechmaschinen. Doch viele Kunden treibt der Kampf mit der Warteschleife in die Verzweiflung.



DDP / ULLSTEIN BILDERDIENST

Callcenter der Deutschen Telekom (in Ulm): *„Die rechte Hand weiß nicht, was die linke tut“*

Die Misere begann 1959. Damals, am 9. Juni, hat Nestlé das Maggi Kochstudio eröffnet. Ein Herd, ein Tisch, die Ausstattung war bescheiden. Noch im selben Jahr liefen die Telefone heiß. Begeisterte Hausfrauen verlangten nach Rezepten rund um Rindsbouillon. So wurde bei Maggi die Hotline geboren.

Seither nimmt das Elend seinen Lauf. Was bei Nestlé, einem der wichtigsten Pioniere, mit fünf Telefonapparaten begann und bis heute funktioniert, ist zu einer gewaltigen Industrie geworden. 1,5 Millionen Service-Nummern sind inzwischen bundesweit registriert. Über 180 000 Telefonisten werden täglich aufs Volk losgelassen, um Versicherungen zu verhökern, beim Computerabsturz zu helfen, das Preissystem der Bahn zu erklären – oder um all das wenigstens zu versuchen und den Kunden ein gutes Gefühl zu geben. Getreu dem Motto: Sorge dich nicht, rede!

Während die Hotline-Branche jubelt und die Zahl ihrer neudeutsch so genannten Callcenter bis 2007 auf 5500 nahezu verdoppeln will, wächst bei den Verbrauchern der Frust. Von allen, die das Angebot schon mal nutzten, war die Mehrheit, laut einer NFO-Infratest-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL, mit dem Service unzufrieden.

Keine Frage – die Dienstleistungsgesellschaft steckt im Umbruch. Unternehmen verschwinden aus der Fläche und investieren in die Strippe. Das spart Geld. Aber es bringt auch ein Imageproblem. Denn die Konzerne haben ihr Personal zwar längst zu nett-verständnisvollen Sprechmaschinen dressiert. Dafür jedoch fehlt es oft genug an Fachwissen und Kompetenz.

„Hier werden Sie geholfen“ – der radebrechende Reklamespruch, den Verona Feldbusch einst für eine Telefonfirma prägte, wird in der Realität schnell zur Drohung, seit immer mehr Unternehmen Filialen schließen, den Reparaturdienst zu-

sammenstreichen und stattdessen ihren Service ans Fräulein vom Amt übertragen.

Bestes Beispiel dafür ist die Post. Seit 1991 hat sie ihr Filialnetz schlicht halbiert. Mit 13 000 Verkaufsstellen liegt sie nur noch knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl.

Den Gang zur Post hat für Millionen Kunden zwangsweise der Griff zum Hörer ersetzt. Als der Konzern 1995 sein erstes Telefonzentrum eröffnete, hat es dort 100 000-mal geklingelt. Dieses Jahr werden bereits vier Millionen Anrufe erwartet. Bei Postbank und der Frachtsparte DHL landen gar 18 Millionen Telefonate.

Fast 3000 Mitarbeiter stehen am anderen Ende der Leitung bereit. Nur das Postamt in der Nachbarschaft, das kann niemand mehr erreichen. „Das ist kein öffentlich zugänglicher Anschluss mehr“, sagt Konzernsprecher Dirk Klasen, „sonst kommt da keiner mehr zum Arbeiten.“

Ähnlich unerreichbar macht die Telekom inzwischen ihre T-Punkt-Filialen. Egal ob Industriegiganten oder Finanzdienstleister, Kommunikationskonzerne oder die Tourismusbranche – alle halten sich jeweils Tausende Telefonisten.

Deutschlands Unternehmen haben den Segen der Telefonseelsorge für sich entdeckt, die beruhigende Wirkung sanfter Stimmen, kurz: den Trost der Telefonie.

Ihr gemeinsames Credo hat ein Sprecher der Telekom-Festnetzsparte T-Com formuliert, die mit 7000 Mitarbeitern jährlich bereits über 60 Millionen Gespräche in eigener Sache abwickelt. „Heute rufen die Kunden eher mal an“, sagt Rüdiger Gräve, „das ist doch viel bequemer.“ Fragt sich nur: für wen?

Für die Verbraucher jedenfalls läuft die „Service-Offensive“ oftmals so: Erst ertönt für Minuten die Unschuld vom Bande. Dann, wenn die Warteschleife überstanden ist, kommt jedes Mal ein anderer Mitarbeiter an die Strippe. Das Problem – mit Rechnung, Technik oder Kündigung – ist stets von vorn zu schildern. Rasche Hilfe wird immer aufs Neue und höchst verständnisvoll versprochen. Am Ende ändert sich wieder nichts außer den Telefongebühren der Kunden, die beim nächsten Mal wissen: Ruf! Mich! Bloß! Nicht! An!

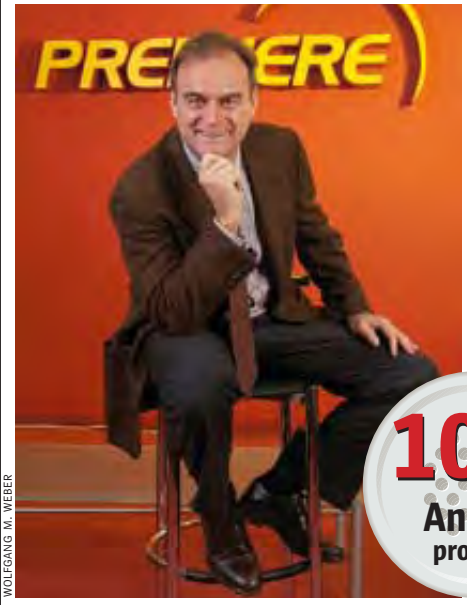
Solche Erfahrungen hat auch Sabrina Jevsovar, 23, gemacht, als sie Ende Februar das Bezahlfernsehen Premiere abonnierte und der für den Empfang notwendige Decoder nicht eintraf. In fünf Werktagen hatte es die Rechtsanwaltsgehilfin aus Duisburg mit zehn unterschiedlichen Kundenbetreuern zu tun, ohne dass dies, wie sie sagt, „zu irgendeiner Art von Erfolg geführt hätte“: Der erste versprach einen Rückruf, der zweite ein Fax, die dritte stellte zwei Freifilme in Aussicht.

12 Mio. Anrufe pro Jahr



HANS SCHERHAUFER

Bahn-Chef Mehdorn
62 Cent pro Beratungsminute



WOLFGANG M. WEBER

10 Mio. Anrufe pro Jahr

Premiere-Manager Kofler
Wie ein kafkaeskes Schloss

6,5 Mio. Anrufe pro Jahr



KATRIN DENKEWITZ / LAIF

Unternehmer Dell
Warentest-Urteil „mangelhaft“

„Die rechte Hand weiß nicht, was die linke tut“, sagt Jevsovar entnervt. Weder Decoder noch Vertragsunterlagen hätten sie erreicht. Das Einzige, was reibungslos funktionierte, sagt sie, „war die Abbuchung der monatlichen Gebühr“.

Ist das Zufall? Oder hat der Wahnsinn Methode? Immerhin sind die Telefonberatungen für einen fast virtuellen Konzern wie Premiere – und dessen Chef Georg Kofler – eine Art Nervenbahn. „Dass derselbe Kunde immer mit demselben Berater spricht“, sagt Premiere-Sprecher Dirk Herdegen, „gibt es in keinem Callcenter unserer Größenordnung.“ Außerdem könne „die Abonnenten-Historie von unseren Kundenberatern jederzeit abgerufen werden“.

Dennoch: Auf die Verbraucher wirken Unternehmen wie der Bezahlkanal mitunter wie ein kafkaeskes Schloss: Nie wird ein Bittsteller vorgelassen, hinter jeder Tür tun sich zehn neue auf.

„Die leiten alles weiter, aber es kommt nirgendwo an“, hat Andreas Funke gelernt. Der Hamburger ist Premiere-Kunde seit Anbeginn. Im Streit um die richtige Kündigungsfrist, sagt er, hätte er die jeweilige Telefonistin „am liebsten durch den Hörer gezogen“. Ralf Neumann aus Usingen schließlich musste nach etlichen Anrufen und Schreiben seinen Anwalt einschalten, um sich von dem Sender abzunabeln. Dessen Methoden, sagt er, „erinnern an Drückerkolonnen“.

Bei über zwei Millionen Premiere-Kunden könnte es sich um Einzelfälle handeln, allerdings teilen die Verbraucherzentralen den Befund: Allein in der Hamburger Niederlassung hat sich ein zentimeterdicker Stapel mit Premiere-Beschwerden angehäuft. „Ständig werden Leistungen und Preise geändert“, sagt Carola Elbrecht vom Berliner Bundesverband der Verbraucherzentralen. „Chaotische Verhältnisse“ beklagen ihre Kollegen aus den Ländern.

Probleme gibt es nicht nur beim Bezahlfernsehen: „Die Qualität wird immer schlechter“, sagt Simone Vintz über die Hotline-Branche. Sie ist Testleiterin der Stiftung Warentest und kennt das Hauptproblem: Hersteller und Händler schulen ihr Personal in den Telefonzentralen nicht fachlich-analytisch, sondern trimmen die Berater vor allem auf Freundlichkeit.

Beruhigen können die meisten, helfen die wenigsten. Für Callcenter, sagt Vintz, sei Wissen wohl „einfach zu teuer“.

Immer wieder testet ihr Haus mit Probeanrufen Service-Nummern. Die Ergebnisse sind meist ernüchternd. Bei Produzenten von Notebooks zum Beispiel war die beste Testnote ein „ausreichend“, 9 der 13 Hotlines fielen mit „mangelhaft“ durch.

Manche Antworten sorgen bei den Verbraucherschützern noch heute für Heiterkeit: „Ich habe mir XP noch gar nicht angeschaut“, bekamen sie da zu hören. „Das hat noch nie funktioniert, wird es wahrscheinlich auch nie“, sagte ein Zweiter. Und ein Dritter empfahl: „XP? Sie sollten nie ein neues Betriebssystem verwenden.“

Früher gab es in Deutschland Geschäfte, die konnten Dinge wie Kaffeemaschinen reparieren oder Fernseher, in jeder Stadt, für jeden Kunden, wenn auch nicht zu jeder Zeit. Dann haben Händler und Hersteller die vermeintlich kostengünstige Effizienz der Rund-um-die-Uhr-Telefonberatung entdeckt und ihren Rückzug

als „Kundenorientierung“ und „modernen Service“ getarnt.

Sie haben sich die erforderliche Technik angeschafft, mit der die Anrufe im Callcenter verteilt werden. Sie haben Kopfhörer gekauft, mit deren Hilfe sich gleichzeitig telefonieren und am Computer tippen lässt. Und sie haben sich strenge Regeln gegeben, mit denen das Personal gesteuert wird.

Beim Computerhersteller Dell ist die Kontrolle der Telefonisten mittlerweile lückenlos. Alles wird aufgezeichnet. Wie lange ein Mitarbeiter an der Strippe war. Welches Problem der Anrufer hatte. Ob es gelöst werden konnte. Und wenn nicht – warum? Alle Kollegen werden sechs Wochen lang geschult und zertifiziert. Danach bekommen sie einen Monat lang nur einfache Fälle an den Hörer. Erfahrene Agenten stehen in der zweiten Reihe als Nothelfer immer zur Verfügung.

Patrick Cowden ist bei Dell Service-Direktor Deutschland. Er weiß, weshalb er solchen Aufwand treibt. Schließlich ist sein Unternehmen, wie er sagt, „absolut auf den Kunden fokussiert“. Einen verlorenen Konsumenten wiederzugewinnen, sagt er, „ist zehn- bis zwölfmal so teuer, wie einen Kunden zu halten.“ Bei der Stiftung Warentest lautete das Dell-Urteil trotzdem: „mangelhaft“.



FRITZ RUST / ACTION PRESS

T-Punkt-Laden
Unerreichbare Filialen

Woran solche Hotlines kranken, haben inzwischen Wissenschaftler weltweit untersucht. An der Universität Duisburg gab es sogar ein zweijähriges Forschungsprojekt zum machtvoll formulierten Thema „Callcenter: Organisationelle Grenzstellen zwischen Neotaylorismus und Kundenorientierung“.

„Callcenter stecken in einem Dilemma von Effizienz und Qualität“ lautet das Fazit der Duisburger Soziologin Ursula Holtgrewe: Die Service-Zentren seien Gegenstand von Rationalisierungs- und Auslagerungsstrategien; zugleich sollen sie die Dienstleitungsqualität verbessern. Und das alles bei oftmals schlechter Bezahlung und Personalschulung im Schnelldurchgang.

Nett, aber ahnungslos, nach dieser Devise scheinen tatsächlich manche Telefonfirmen ihre Mitarbeiter zu rekrutieren. Und selbst dort, wo überwiegend Studenten an der Strippe sitzen, lässt die strikte „Standardisierung von Kommunikation“ (Holtgrewe) wenig Spielraum.

Im Hotline-Alltag führt das oftmals zu aggressiv-skurrilen Gesprächen. Das kann auch der freundlich-melodische Tonfall der Berater nicht verhindern: „Manche pöbeln gleich los und werden sehr persönlich“, erinnert sich Dörthe Schwennicke, die einen Sommer lang im Callcenter des Deutschen Rings gearbeitet hat. Viele Kunden, berichten ihre Kollegen aus Handelsunternehmen, glauben sogar, „dass man die Pakete selbst packt“.

Den wenigsten ist bewusst, dass sie etwa bei der deutschen Service-Nummer von Dell im slowakischen Bratislava nahe der österreichischen Grenze landen – die Lohnkosten betragen dort nur ein Fünftel des deutschen Werts. DaimlerChrysler betreut seine Kunden telefonisch aus Maastricht in den Niederlanden, weil dort die Arbeitszeitgesetze flexibler sind. Bei der Lufthansa werden deutsche Anrufer sogar aus Melbourne bedient, jede Nacht ab 23 Uhr.

Service rund um die Uhr, Tickets am Telefon buchen und bezahlen, Abfahrtszeiten erfragen: Die Angebote der Hotline-Welt sind eigentlich ja viel versprechend und könnten das Leben erleichtern.

Mit dieser Hoffnung wenden sich im Jahr auch zwölf Millionen Kunden an die Service-Nummer der Bahn. Von einst 75 „fernmündlichen Reiseauskünften“ hat der Konzern unter Vorstandschef Hartmut Mehdorn auf 13 Callcenter mit fast 1800 Mitarbeitern umgestellt. „Alles gut ausgebildete Bahner“, sagt Stefan Tilk, Chef der Konzernsparte DB Dialog. „Für Aushilfskräfte wäre das Bahngeschäft zu komplex.“

62 Cent kassiert die Bahn pro Gesprächsminute für die Beratung. Die mitunter langwierige Suche nach der besten Verbindung und dem günstigsten Ticket beschert den Kunden einen verdeckten Aufpreis: über die Telefonrechnung.

Der teure Service führt allerdings nicht immer zum Erfolg. Bei jedem zweiten Gespräch, ermittelte im Frühjahr die Stiftung Warentest, rückten die Berater nicht das günstigste Ticket heraus. „Kritik nehmen wir ernst“, sagt ein Sprecher. Die Qualität werde durch eigene Testanrufe und Mithören der Gespräche überwacht.

Dass es auch anders geht, hat in kleinem Maßstab Henkel gezeigt. Wer sich am Telefon beschwert, dass Persil nicht sauber, geschweige denn rein gewaschen hat, kann das Beweisstück einschicken. 3000-mal im Jahr kommt deshalb Post. Im Labor werden dann die Flecken analysiert, bevor die Klamotten zurückgeschickt werden – gewaschen und gebügelt.

Frank Hornig, Henrike Rossbach

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ARBEITSZEIT

Recht auf Faulheit

Frankreichs Regierung zettelte eine Debatte über die 35-Stunden-Woche an. Nun fordert eine seltene Allianz aus Konservativen und Niedrigverdienern Lockerungen.

Die schnelle Erregbarkeit seiner Landsleute kennt Jean-Pierre Raffarin nur allzu gut. Gern warnt der französische Premier deshalb seine Minister davor, „rote Tücher zu schwenken“. Die Regierung bewegt sich lieber auf Zehenspitzen, wenn sie etwa das Rentenalter anhebt, die Arbeitslosenhilfe kürzt oder im Gesundheitswesen spart.

Nun ging Raffarin selbst auf ein rotes Tuch los – und schoss kläglich am Ziel vorbei. Schuld an der Misere, die Frankreich in kürzester Zeit zum Schlusslicht der EU noch hinter Deutschland gemacht hat, sei allein die 35-Stunden-Woche.

Nahezu wöchentlich musste sich der Premier seit dem Ende der Sommerferien unter einem Hagel schlechter Nachrichten ducken: Das Wirtschaftswachstum wird dieses Jahr bestenfalls 0,2 Prozent betragen – das drittschlechteste Ergebnis seit 1945. Das Haushaltsdefizit erreicht locker vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Arbeitslosenquote steigt auf zehn Prozent. Dem System der Sozialversicherung droht die Totalpleite.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, vor einigen Jahren von den damals regierenden Sozialisten als Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeführt, habe aus den Franzosen ein Volk von Faulenzern und Dauerurlaubern gemacht, schimpft Raffarin nun: „Frankreich darf kein Freizeitpark werden, der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden.“

Das war der Fanfarenstoß für demagogische Ausfälle aller Art. Mehr Freizeit führe in den unteren Schichten nur zu Trunksucht und ehelicher Gewalt, behauptete allen Ernstes der Parade-Intellektuelle der Neoliberalen, Nicolas Baverez. Budgetminister Alain Lambert rechnete vor, die 35-Stunden-Woche koste den Staat 15 Milliarden Euro im Jahr, den Gegenwert von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Mithin hätte Frankreich ohne die „autoritär von oben für alle verordnete“ Kürzung der Arbeitszeit die Kriterien des Stabilitätspakts erfüllen können.

Eine krasse Übertreibung, wie sich schnell herausstellte: Schon tags darauf verringerte Finanzminister Francis Mer die Rechnung auf 10 Milliarden, Arbeits- und Sozialminister François Fillon ruderte auf 8,5 Milliarden zurück.

Die meisten Experten sind sich einig, dass die französische 35-Stunden-Woche nur 5,2 Milliarden kostet, weil die Unternehmen als Ausgleich für die ausfallende Arbeit eine Senkung der Abgaben zugestanden bekamen. Auch Fillon bestreitet nicht, dass die Reform der Sozialisten rund 350 000 Arbeitsplätze schuf. Die bringen der öffentlichen Hand wiederum vier Milliarden an Steuern und Sozialbeiträgen ein.



MANFRED WITT / SIPA PRESS

Premierminister Raffarin: *„Kein Freizeitpark“*

Zudem entlastet die rechtsbürgerliche Regierung die Unternehmen fleißig weiter. So brauchen Betriebe, die gering qualifizierte Jugendliche einstellen, zwei Jahre lang keine Arbeitgeberbeiträge zu bezahlen. Fragwürdig scheint ebenfalls der Vorwurf, die 35-Stunden-Woche habe die Produktion und mithin das Wachstum nachhaltig gedrosselt. Die Unternehmen blieben frei, die Neuorganisation der Arbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten nach Bedarf auszuhandeln. Das führte zu mehr Flexibilität und einem Gewinn an Produktivität, der allein ein Drittel der entgangenen Arbeit wettmacht.

Wenn der Laden brummt, können die Unternehmen auf eine großzügig bemessene Quote von zulässigen Überstunden zurückgreifen und praktisch die 39-Stunden-Woche wieder einführen. Doch Sozialminister Fillon musste erfahren, dass derzeit kaum jemand davon Gebrauch macht. Grund: In der schlappen Konjunktur ist der Bedarf nicht da, während zu Zeiten der sozialistischen Regierung trotz Verkürzung der Arbeitszeit die Wirtschaft um jährlich fast drei Prozent wuchs.

Klar ist aber auch: Die Reform, die von der Linksregierung seinerzeit als Kernstück ihrer Bilanz gepriesen wurde, löste Verwerfungen und Störungen aus. Großkonzerne konnten die 35-Stunden-Woche leichter einführen als Kleinunternehmen. Bis heute machen die meisten Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten davon keinen Gebrauch.

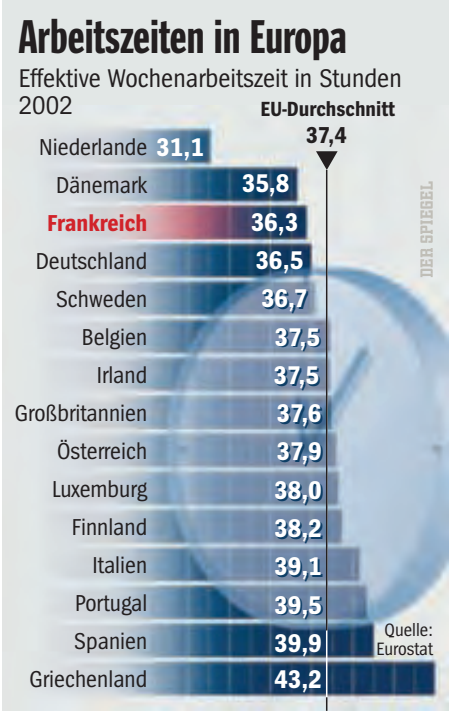
In manchen Bereichen, etwa am Bau, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder im Transportwesen, herrscht ohnehin akuter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Das gestresste Krankenhauspersonal, das sich von der 35-Stunden-Woche Erleichterung erhoffte, erlebte stattdessen eine organisatorische Katastrophe: Von 45 000 neuen Stellen, die notwendig gewesen wären, konnten bislang nur 10 000 bis 15 000 besetzt werden.

So fallen die Erfahrungen der Arbeitnehmer höchst gemischt aus. Zwei Drittel der Betroffenen begrüßen die Regelung, vor allem Frauen sowie mittlere und leitende Angestellte, die genug verdienen, um sich die gewonnene Freizeit auch angenehm gestalten zu können. Die Tourismusbranche etwa hat einen deutlichen Anstieg von Kurzurlaubsreisen festgestellt.

Gut zwölf Prozent der Arbeitnehmer, überwiegend Niedrigverdiener, finden dagegen, dass ihre Lage sich verschlechtert habe. Sie klagen über erhöhten Druck, verschärftes Arbeitstempo und blockierte Löhne, während die zusätzlichen freien Tage ihnen wenig nutzten.

Doch unter dem Debatten-Tumult, der vergangene Woche ausbrach, knickte die Regierung schnell ein. Er denke nicht daran, „die 35-Stunden-Woche zu durchkreuzen“, beschwichtigte Fillon. Und Parlamentspräsident Jean-Louis Debré, ein enger Vertrauter von Präsident Jacques Chirac, stellte klar: „Eine soziale Errungenschaft lässt sich nicht wieder zurücknehmen.“

ROMAIN LEICK





PAUL LANGROCK / ZENIT

Finanzmetropole Frankfurt am Main
Ungewisse Zukunft

BANKEN

Sandkasten ohne Grenzen

Internationale Finanzriesen rüsten zur Übernahme hiesiger Großbanken. Die Deutschen sanieren zwar kräftig, sind aber nach wie vor billig zu haben.

Es war ein ungewöhnlicher Empfang an einem ungewöhnlichen Ort: Knapp 200 Politiker und Spitzenbanker, darunter Finanzminister Hans Eichel und Bundesbankpräsident Ernst Welteke, saßen unter freiem Himmel auf bunt bestickten Kissen im ewigen Sand – 50 Kilometer außerhalb von Dubai.

Orientalische Gaukler spuckten Feuer, Beduinen sangen traditionelle Lieder, und als dann auch noch drei Bauchtänzerinnen rhythmisch durch die schwülwarme Nacht hüpften, gab es für Klaus-Peter Müller, Chef der Commerzbank, kein Halten mehr. Der rheinisch-fröhliche Spitzenmanager schunkelte zur Freude der Kollegen hüftschwingend mit.

Deutschlands Geldadel lacht wieder, er tanzt und klopft kesse Sprüche. „Wir werden aus der Krise gestärkt hervorgehen“, sagt etwa Dieter Rampl, Chef der HypoVereinsbank (HVB), „und so ertragreich sein wie nie zuvor.“

Zwar ist die Krise des Finanzgewerbes keineswegs überwunden, doch zumindest sei die Talsohle erreicht, so die gängige Meinung. Pleiteszenarien, der Ruf nach staatlicher Risikoübernahme – all dies gehöre der Vergangenheit an. Die Zukunft der Häuser aber ist ungewisser denn je.

Denn mittlerweile schielen ausländische Konkurrenten unverhohlen auf die deutschen Institute. Sie suchen nach effizienten Vertriebskanälen im größten europäischen Markt, der mit den auslaufenden Staatsgarantien für Sparkassen vor einem Totalumbau steht. Und die deutschen Großbanken haben den Begehrlichkeiten wenig entgegenzusetzen: Sie sind an den Börsen zu billig, um sich wehren zu können.



NICOLE BENGIVENO / NEW YORK TIMES

Citigroup-Vorstände Prince, Weill
„Eigentlich denken wir an Größeres“



BLOOMBERG NEWS

Bankmanager Grübel

Die Royal Bank of Scotland (RBS) zum Beispiel könnte die Commerzbank allein mit dem Gewinn der vergangenen vier Quartale bezahlen. Und auch für andere große, globale Institute wäre die Übernahme einer deutschen Bank ohne größeren finanziellen Kraftakt zu stemmen. Selbst die Deutsche Bank ist mit einem Börsenwert von gut 30 Milliarden Euro international gesehen ein schwachbrüstiger Zwerg.

Am Reißbrett spielen die Finanzstrategen aller Herren Länder derzeit jede denkbare Variante durch – und HVB-Chef Rampl prophezeite bereits: „Wenn der erste Deal unter Dach und Fach ist, dann geht es europaweit Schlag auf Schlag.“

Eines freilich eint die grenzenlosen Sandkastenspielchen: Während es bei den Fusionen und Übernahmen Ende der neunziger Jahre ausschließlich um Größe und damit Macht ging, stehen heute der Vertrieb und eine homogene Kundenkartei im Vordergrund. Nur wer günstig und effizient seine Bank- oder Versicherungsprodukte massenweise unter die Leute bringen kann, kommt als Partner in Frage.

Oswald Grübel, Co-Chef der Credit Suisse Group (CSG), überrumpelte die Finanzwelt vor wenigen Tagen mit der offenherzigen Ankündigung, dass er sich in Deutschland nicht nur den Kauf einer feinen, aber kleinen Privatbank vorstellen könne. „Eigentlich denken wir an etwas Größeres“, sagte er mit Verweis auf das Filialkundengeschäft.

Pläne zum Sprung über die Grenze haben bei der Credit Suisse Tradition. Bereits Mitte der neunziger Jahre wollte die CSG zunächst die österreichische Creditanstalt schlucken, dann die Commerzbank. Doch daraus wurde nichts. Im Frühsommer vergangenen Jahres prüfte die konzerninterne Strategie-Abteilung eine Fusion mit der HypoVereinsbank. Die CSG-eigene Versicherungsgruppe Winterthur hätte man dabei am liebsten gegen die HVB-Anteile der Münchener Rück getauscht.

Doch dazu kam es nicht mehr. Milliardenverluste im Versicherungsgeschäft und fragwürdige Praktiken im Investmentbanking brachten die CSG selbst an den Rand des Ruins. Tausende Mitarbeiter mussten gehen. Doch jetzt scheint der Umschwung geschafft.

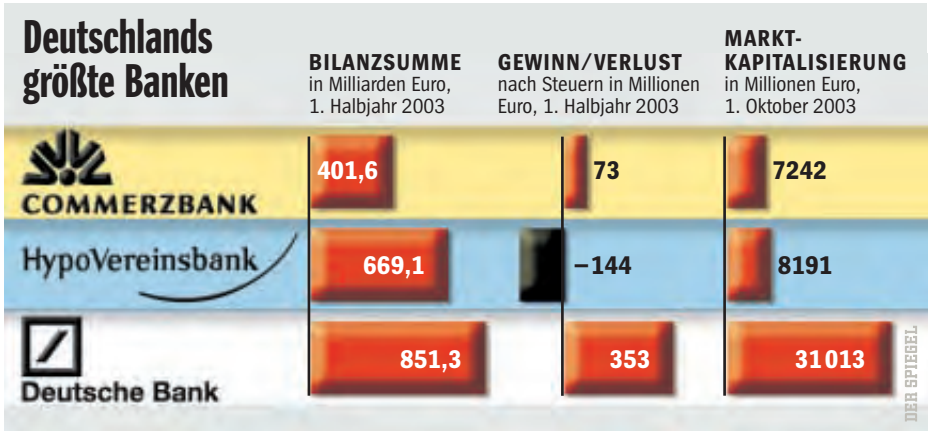
Die Sicherung der brüchigen Kapitaldecke hat weiterhin oberste Priorität, für ein Mammutprojekt scheint deshalb die Zeit erst mittelfristig reif. Dennoch werden in Zürcher Finanzkreisen schon wieder ambitionierte Szenarien durchgerechnet, berichten Insider. Wie im HVB-Manöver könnte es zu einem Tauschgeschäft kommen – diesmal allerdings mit der Allianz:

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



die sanierte Dresdner Bank gegen die sanierte Winterthur-Versicherung.

Vorteil: Auf einen Schlag wären beide Konzerne jene Geschäftsfelder los, von denen sie traditionell nichts oder nur wenig verstehen: die Allianz das Bank- und die Credit Suisse das Versicherungsgeschäft. Gleichzeitig könnten sie aber die Vertriebskanäle für ihre Kernprodukte behalten oder sogar ausbauen. „Sinn machen würde das auf alle Fälle“, sagt ein hoher CSG-Manager, „aber von konkreten Gesprächen weiß ich nichts.“ Ein hartes Dementi klingt anders.

Auch die amerikanische Citigroup unter Vorstandschef Charles Prince will einsteigen: Präsident Sanford Weill hat deshalb bei Politikern schon einmal vorgefühlt, ob er beim Erwerb einer deutschen Großbank willkommen wäre – zuletzt beim hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch.

Selbst den Erwerb der Deutschen Bank würden sich die Citibanker zutrauen. Die Börse bewertet den Finanzkoloss aus New York mit über 240 Milliarden Dollar, dem 6,5fachen des deutschen Marktführers. Noch Mitte der neunziger Jahre hatte die Deutsche Bank mehr auf die Waage gebracht als die Amerikaner. Nun könnte die Citigroup einzelne Teile wie das in Europa starke Investmentbanking oder das gehobene Privatkundengeschäft der Deutschbanker gut integrieren.

„Für den Fall, dass sich eine gute Gelegenheit ergibt und man zueinander passt, will ich eine Akquisition nicht ausschließen“, sagt Christine Licci, Vorstandsvorsitzende der deutschen Citibank-Tochter, vorsichtig. Priorität hat für sie aber vorerst die Expansion aus eigener Kraft.

Während bei anderen deutschen Banken das Filialsterben begonnen hat, will Licci bis Ende nächsten Jahres 40 Filialen eröffnen. Sie stellt zusätzliche Mitarbeiter ein und hat mit drei Millionen Privatkunden bereits fast so viel gesammelt wie die Commerzbank.

Die Südtirolerin hat bewiesen, dass sich auch in Deutschland mit Bankdienstleistungen Geld verdienen lässt. „Wir sind Zeugen einer Revolution“, sagt Licci. Das Ergebnis sind simple und kostengünstige Produkte.

Auch die Royal Bank of Scotland, die dank üppiger Oligopol-Gewinne im Heimatmarkt Großbritannien auf hohen Kapitalreserven sitzt, pokert um Deutschland. Im Frühjahr kaufte sich RBS-Chef Fred Goodwin zunächst die Frankfurter Santander Direkt Bank mit 490 000 Kunden, bot beim Verkauf der Norisbank mit und wurde schließlich in der vergangenen Woche mit HVB-Chef Dieter Rampl handelseinig.

Goodwin zahlte 323 Millionen Euro für die Bank von Ernst. Das Schweizer Geldhaus hat auch viele deutsche Kunden.


ROLF VENNENBERND / DPA

Citibank-Chefin Licci
„Zeugen einer Revolution“

Noch schließt Goodwin den Erwerb einer deutschen Großbank „wegen mangelnder Wertsteigerungschancen“ aus. Doch wenn die deutschen Banken durch den rabiaten Abbau von Arbeitsplätzen und Risiken saniert sind, könnte sich das schnell ändern. Die Übernahmeprofis der Investmentbanken wittern gute Geschäfte. Walter Gubert, Vorstandschef der amerikanischen Investmentbank JP Morgan, erwartet bis 2005 unter den vier deutschen Großbanken „eine Großfusion und eine grenzüberschreitende Transaktion“.

Die Regierung in Berlin sieht das muntere Treiben derweil gelassen. „Wir sind schon froh, dass sich überhaupt wieder jemand für die deutschen Banken interessiert“, sagt ein hoher Beamter des Finanzministeriums.

„Vor einigen Monaten galten die noch als unverkäuflich.“

Beat Balzli, Christoph Pauly, Wolfgang Reuter

GEWERKSCHAFTEN

Kapitalismus pur

Ein Tochter-Unternehmen des DGB entlässt massenhaft Mitarbeiter – mit Methoden, die von den Funktionären anderswo lautstark angeprangert würden.

Dafür, dass Fredi Krzyzostaniak mehr als 21 Jahre beim Berufsfortbildungswerk (Bfw) als Ausbilder im Garten- und Landschaftsbau gearbeitet hat, verläuft sein finaler Prozess erstaunlich emotionslos. Im holzgetäfelten Saal des Arbeitsgerichts Gelsenkirchen streitet er eigentlich nur noch über die Höhe der Abfindung. Sein oberster Chef ist durchaus ein Kenner der Materie. Der Mann ist Gewerkschaftsfunktionär, das Bfw eine Tochter des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Fredi Krzyzostaniak wurde abserviert, obwohl ihm als langjährig Beschäftigtem so einfach gar nicht hätte gekündigt werden dürfen. Der 50-jährige Gärtnermeister hatte sich weder etwas zu Schulden kommen lassen, noch hatte er schludrig gearbeitet. Er wurde entlassen, weil das Bfw in einer tiefen wirtschaftlichen Misere steckt.

Allein in diesem Jahr brach der Umsatz im Kerngeschäft, der beruflichen Bildung, um rund 20 Prozent ein. Da viele Aufträge aus dem vergangenen Jahr in diesem Jahr auslaufen, rechnet das Bfw künftig mit einem Umsatzverlust von knapp 35 Prozent. Deshalb setzt die DGB-Tochter nun auf einen radikalen Sparkurs: Von den bundesweit rund 2200 Beschäftigten sollen bis Ende 2004 fast ein Drittel das Unternehmen verlassen haben. „Und es ist durchaus zu befürchten, dass morgen wieder jemand in Berlin oder Nürnberg am Schalter knipst“, sagt Helmuth Kramer, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Bfw.

Die aktuelle Entlassungswelle ist bedauerlich, aber in Krisenzeiten überall in der Wirtschaft zu besichtigen. Neu sind die rüden Methoden, mit denen ausgerechnet eine Gewerkschaftstochter dabei vorgeht. Andere Unternehmen würden dafür sofort an den Pranger des ungezügelten Neoliberalismus und vor die Gerichte gezerrt.

Unter den mehr als 600 Betroffenen befinden sich nämlich nicht nur Betriebsräte oder gar Betriebsratsvorsitzende, sondern auch langjährig Beschäftigte und Mitarbeiter, die das 55. Lebensjahr bereits hinter sich gelassen haben. Eine Klientel also, die als fast unkündbar gilt und für die es schwer werden dürfte, je wieder einen Job zu finden. Für solche Leute kämpft der DGB normalerweise gern und laut. Aber eben nur, wenn es nicht die eigenen sind.

Soziale Verantwortung? Fehlanzeige. „Die Geschäftsführung hat bei der Kündigungswelle fast alle moralischen Bedenken über Bord geworfen“, sagt Kramer. Mit rund 250 Kündigungsschutzklagen müssen sich die Chefs der Gewerkschaftstochter inzwischen herumärgern.

Dabei hätte die Krise des Bildungswerks durchaus vermieden werden können, wenn man nicht so klar auf einen Auftraggeber gesetzt hätte: Jahrelang profitierte das Bfw von den üppigen Zuwendungen der Bundesanstalt für Arbeit aus Nürnberg. Fast 80 Prozent der Kunden, die sich im Bfw beruflich qualifizieren wollten und sich von der Fortbildung den Sprung zurück ins Erwerbsleben versprachen, kamen von dort.

Einige der Bildungsstätten hatten sogar Trägerverträge mit den Arbeitsämtern. Selbst Investitionen in Maschinen und Ausstattung wurden zum Teil von der Behörde bezahlt. Besonders pikant dabei ist, dass die DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer über viele Jahre hinweg sowohl im Vorstand der Bundesanstalt als auch Aufsichtsratsvorsitzende des Bfw war. Einen anrüchigen Zusammenhang will die DGB-Frau freilich nicht erkennen.

Fast sieben Milliarden Euro schüttete die Bundesanstalt allein 2002 für die berufliche Weiterbildung aus. Doch weil auch die Nürnberger Mammutbehörde unter Sparzwang steht, wurde der Posten für das laufende Jahr erheblich reduziert. Waren im Jahresdurchschnitt 2002 noch knapp 340 000 Menschen in beruflichen Qualifikationsmaßnahmen, sind es jetzt nur noch rund 210 000. Tendenz fallend. Sehr zum Leidwesen des Bfw.

Weil es sich fast ausschließlich von den Arbeitsämtern abhängig machte, gerät es nun in die Defensive. Doch statt sich nach neuen Einnahmequellen in der Privatwirtschaft umzusehen, „schielten die Verantwortlichen bis zum Schluss auf die Säckel der Bundesanstalt“, so Kramer.

Um der vollkommenen Abwicklung zu entgehen, überlegt das Unternehmen nun hastig, sich komplett neu zu erfinden. Von den bundesweit 270 Berufsbildungsstätten werden einige ganz aufgelöst. Die 14 Zweigniederlassungen sollen ebenfalls neu geordnet werden – dann allerdings zu einem Großteil ohne fest angestellte Lehrkräfte.

Stattdessen sollen die Ausbilder nach dem Vorbild der Deutschen Angestellten-Akademie zunehmend auf Honorarbasis und maßnahmegebunden rekrutiert werden. Am Ende könnten sich viele ehemalige Angestellte des Bfw bei ihrem alten Arbeitgeber wiederfinden – nur ohne Tarifverträge und soziale Absicherung.

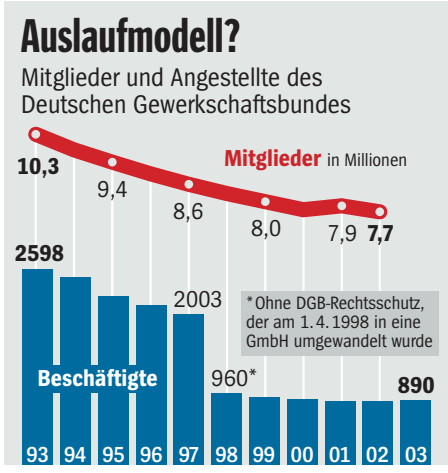
Ein Kollege von Fredi Krzyzostaniak, ebenfalls entlassen und auf seinen Gerichtstermin wartend, kann sich über solche Methoden nur noch wundern: „Das ist Kapitalismus pur und Lohndumping in Vollendung.“

Die Parolen sitzen noch. Nur der Adressat hat sich geändert. JANKO TIETZ



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

DGB-Vizechefin Engelen-Kefer: *Üppige Zuwendungen*



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TOURISMUS

Erst Ex, dann hoppla

Der einstige Schreck der Urlaubsbranche bekommt zum Nulltarif seine alte Firma zurück – und entlarvt dabei das bisherige Geschäftsmodell der Giganten.

Den 13. Mai 1998 würde Dietmar Gunz, 44, am liebsten aus dem Gedächtnis streichen. Damals saß der Gründer des Münchner Reiseveranstalters Frosch-Touristik (FTI) in einem Salon im Münchner Hotel Bayerischer Hof und verkündete seinen bis dahin größten Coup: Der britische Urlaubsriese Airtours stieg bei seiner aufstrebenden Firma für Sprach- und Fernreisen ein.

„Zwischen uns stimmt einfach die Chemie“, lobte Gunz das Management des Ferien-Multis, der heute unter MyTravel firmiert. Zwei Jahre später war es mit der Harmonie vorbei. Der Frosch wurde zur Kröte, aber geschluckt war geschluckt.

Weil die Verluste noch schneller wuchsen als der Frust des FTI-Chefs, kaperten die Briten seine Firma komplett und setzten den Gründer vor die Tür. Seit knapp zwei Wochen ist Gunz wieder da und wirbelt wie eh und je durch die Führungsetage des fünftgrößten deutschen Reiseveranstalters (686 Millionen Euro Umsatz, 1000 Beschäftigte). „Es ist wie im Märchen“, schwärmt der alte und neue Frosch-König. „Wo bekommt man im Leben sonst noch eine zweite Chance?“ Erst Ex, nun Hoppla-jetzt-komm-ich?

Kaum ein anderer Manager hat von der mittlerweile drei Jahre dauernden Krise des Gewerbes so profitiert wie der gebürtige Österreicher mit dem gutmütigen Bubengesicht. Allein der Verkauf seiner Anteile brachten dem früheren TUI-Reiseleiter und seiner Ehefrau nach Schätzung von Experten gut 35 Millionen Euro ein, von denen das Paar allerdings einen Teil reinvestierte und auch noch Steuern zahlen musste. Vor zwei Wochen holte Gunz sich seine verlorene Tochter von den Briten zurück – und bekam sogar noch eine ordentliche Mitgift in zweistelliger Millionenhöhe. Den deutschen Ableger dichtzumachen wäre die MyTravel-Manager nämlich noch teurer zu stehen gekommen.



PETER SCHINZLER

Frosch-Touristik-Gründer Gunz*
„Es ist wie im Märchen“

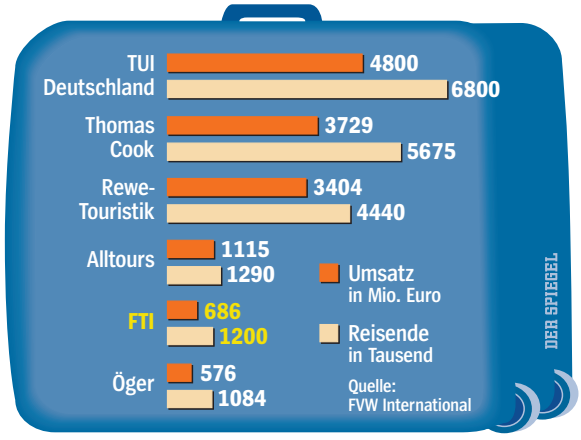
Was zunächst nur wie ein geglückter Rachefeldzug aussieht, eröffnet tiefe Einblicke in die Funktionsweise einer Branche, die in fetten Jahren wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig prosperiert, bei einer Flaute aber schnell am Rand der Pleite entlangschrammt.

Um die Gewinne in Boomzeiten nicht mit Zulieferern wie Hoteliers, Charterflie-

* Mit einer Angestellten in seinem Münchner Reisebüro.

Reise-Riesen

Die größten deutschen Reiseveranstalter 2002



gern oder Reisebüros teilen zu müssen, huldigen die Chefs von Großunternehmen wie TUI oder Thomas Cook seit Mitte der neunziger Jahre einem Geschäftsmodell, das sie von den Briten abkupferten und das MyTravel auch bei den deutschen FTI-Statthaltern einführen wollte: Statt sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren, die Kombination von Reisebausteinen, rüsteten die Platzhirsche ihre Konzerne zu Komplettanbietern auf: mit eigenen Hotels, Flugzeugflotten oder Verkaufsstellen.

Die teuren Altlasten aus besseren Zeiten drücken nun mächtig auf die Rendite, so dass Thomas-Cook-Chef Stefan Pichler einen Teil seiner Jets stilllegen muss und neuerdings nach Projektinvestoren sucht, um die Verluste einzudämmen.

Als die Briten vor fünf Jahren bei FTI andockten, wollten sie auch den erfolgreichen Spezialveranstalter zu einem Urlaubs-Multi aufblasen. Eine eigene Airline ging an den Start, eine Hotelkette wurde gegründet, ein Börsengang wurde für dieses Jahr ins Auge gefasst.

Doch die Tourismus-Krise machte den Eroberern einen Strich durch die Rechnung. Statt der erhofften Gewinne häufte die deutsche Tochter bald Verluste in dreistelliger Millionenhöhe auf. Gunz' Nachfolger zogen die Airline aus dem Verkehr, verkauften das Hotel-Sammelsurium und stutzten den verhinderten Giganten zurück.

Gunz legte den Verkaufserlös gut an und erwarb gleich vier Bierlokale in München. „Als Hoteleinkäufer kenne ich mich schließlich aus in der Gastronomie." Parallel dazu baute er ein neues Mini-Imperium auf, zu dem der Seniorenreise-Spezialist Monorama und Big X-tra gehören, das seine Pauschalpakete nicht mehr via Katalog, sondern vor allem über Fernsehen und Internet anbietet.

Nach dem Wiedereinstieg in die alte Firma will Gunz künftig verstärkt Trips nach Kalabrien, Australien oder in die USA anbieten. Zögerliche Kunden sollen zudem mit Zuckerln wie besseren Zimmern zum Nulltarif oder Gratis-Mahlzeiten gelockt werden.

Die für Mitte November geplante Vorstellung der neuen Sommerkataloge wurde deshalb erst einmal auf den 5. Dezember verschoben. Bis dahin sollen die FTI-Einkäufer die nicht mehr benötigten Bettenkontingente stornieren und möglichst schnell neue in den Wunsch-Zielgebieten akquirieren.

Besorgte Konkurrenten fürchten bereits, dass Gunz beispielsweise in der Dominikanischen Republik einen neuen Preiskrieg anzetteln könnte – wie zuletzt Mitte der neunziger Jahre. Damals nervte er die Marktführer mächtig, weil er Kunden schon für 600 Euro an den karibischen Ballermann karrte – inklusive Flug, zwei Wochen Hotel und Vollverpflegung.

Ganz so schlimm wird es vorerst wohl nicht kommen. „Um das wieder zu entwickeln, brauche ich mehr Zeit", grummelt Gunz, was bei ihm in etwa heißt: Zieht euch schon mal warm an.

Dinah Deckstein

Werbeseite

Werbeseite

MUSIKINDUSTRIE

Millionen vergeigt

Der Stehgeiger André Rieu galt bislang als Großverdiener der leichten Muse. Doch offenbar hat der Star den Bogen überspannt: Sein Imperium ist hoch verschuldet.

George Kloodt sorgt als Pyrotechniker für Bühneneffekte aller Art – mal hier ein Bodennebel für Christina Aguilera, mal da eine Funkenfontäne bei der Präsentation des neuen Golf V. Aber bei kaum einem Künstler konnte er so in die Vollen greifen wie bei André Rieu: 40 Meter hohe Bühnenfeuerwerke fackelte er für den niederländischen Kitsch-Geiger ab, mit US-Sprengsätzen, für die er sogar eine Sondergenehmigung der Bundesanstalt für Materialforschung brauchte.

„Rieu wollte es bombastischer als alle anderen“, sagt Kloodt. So bombastisch, dass es selbst dem Profi zu bunt wurde: „Das war dann irgendwann langweilig.“

Rieus Publikum dagegen, die Generation Kurkonzert-Sitzkissen, gerät bei den Shows seit Jahren in kollektive Dreivierteltakt-Ekstase. Ähnlich wie der Walzerkönig Johann Strauß, versetzt der lockige Beau sein Publikum in wahre Wallung – und lässt bei der Inszenierung kein noch so kitschiges Detail aus: von bonbonfarbenen Belle-Epoque-Kostümen über verschnörkelte Notenständer bis hin zu riesigen Kronleuchtern, die Rieu, 54, in den Hallen aufhängen lässt – nichts soll seine Rokoko-Welt stören. Und alles hat Rieu selbst entworfen.

„Ich habe einen Traum im Kopf“, sagt Rieu in Japan, wo er gerade auf Tournee ist. „Ich bin sowieso der einzige Verrückte, der mit einem ganzen Orchester um die Welt reist und das alles bezahlt.“

Denn nicht nur seine 40 Musiker muss der Niederländer aushalten. Rund 130 Menschen arbeiten für ihn in über einem Dutzend eigenen Firmen, die für einen fast autarken Wirtschaftskreislauf sorgen: Von der Plattenproduktion über den Verkauf von Rieu-Broschen bis zum Pizza-Catering – für alles hat der Chef eigene GmbHs gegründet. Er residiert in einem Schloss in Maastricht, hat ein riesiges Plattenstudio, verfügt über zwei Flugzeuge und – jetzt wird’s moll – 23,8 Millionen Euro Firmenschulden.

Auf so viel kommt zumindest des Meisters Finanzberater Roel van Veggel. Spricht man mit Rieu selbst, könnte es auch mehr sein. Vom Fachorgan für leichte Muse „Das Neue Blatt“ auf 25 Millionen Euro Verbindlichkeiten angesprochen, antwortete Rieu kürzlich: „Ich glaube, das ist noch viel mehr.“ Aber schließlich verdiene er auch „gutes Geld“.

Die Tageszeitung „NRC Handelsblad“ errechnete anhand von Handelsregister-Auszügen für 2001 gar eine aufgelaufene Schuld von „fast 75 Millionen Euro“. Das Firmengeflecht des Geigers war lange Zeit selbst den Wirtschaftsprüfern von PricewaterhouseCoopers zu verschachtelt: Noch Anfang 2002 sahen sie sich außer Stande, die Zuverlässigkeit des Jahresabschlusses von 2000 zu testieren. Im Bericht von 2002 vermerkte Rieu taktvoll, dass seine Firmenholding nicht allen finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Inzwischen, versichert van Veggel, habe er andere Saiten aufgezogen und „viele Dinge restrukturiert“. Der Verlust der ganzen Gruppe sei 2002 auf nur noch rund eine Million Euro geschrumpft.

Der Verkauf von Immobilien soll die Verbindlichkeiten weiter drücken. Auf einigen Häusern lasten allerdings Hypotheken in Millionenhöhe.

Verbindlichkeiten? Restrukturieren? „Ich verstehe diese Worte nicht“, sagt Rieu. Er sei Geiger, und selbst wenn er Schulden hätte: „Das beunruhigt mich nicht.“

Tatsächlich stehen den schwer abzuschätzenden Schulden auch Einnahmen gegenüber, die in keiner Bilanz auftauchen: Zwölf Millionen Platten hat Rieu bisher verkauft. In Deutschland kommen zu seinen Tourneen mehr Musikfreunde als zu den Rolling Stones. „In puncto Schulden ist Rieu jedenfalls besser aufgestellt als die Deutsche Telekom“, versucht sein Konzertveranstalter Peter Schwenkow zu beruhigen, für den der Polder-Paganini eine Art wirtschaftliches Perpetuum Mobile zu sein scheint: „Sein Erfolg ist nicht endlich, das ist sein Reiz.“ Ah ja.

Dabei sah es anfangs gar nicht danach aus, als würde Rieu zum Heiland der Hausfrauen taugen. Er absolvierte das Konservatorium in Brüssel mit Auszeichnung und begann mit 28 Jahren im Limburger Symphonie-Orchester. Doch weil er nicht als „Funktionär der Musik“ enden wollte, gründete Rieu 1987 sein „Johann-Strauß-Orchester“ und begann, wie sein Vorbild durch Europa zu tingeln. Ein Auftritt in der Halbzeitpause des Fußballspiels Ajax Amsterdam gegen Bayern München im April 1995 brachte Rieu den Durchbruch.

Seitdem hat die Karriere des Violonisten eine industrielle Dimension bekommen: Mit traumwandlerischer Sicherheit produziert Rieu Verkaufsschlager im Akkord.

Kaum war Bagdad im April in Schutt und Asche gelegt, präsentierte er schon eine Benefiz-Nummer. Zwar versucht Rieu, nach finanziellem Kalkül befragt, meist die Traumtänzer-Nummer, doch scheint er längst nicht so ahnungslos, wie er sich präsentiert: In fast all seinen Unternehmen fungiert er entweder als Geschäftsführer oder hat einen Verwandten platziert.

Nur die Firma Rossignol Musique überlässt er einem alten Vertrauten. Der Finanzexperte residiert mit Rieus Firma in Curaçao auf den Niederländischen Antillen – zumindest für Finanzfahnder fällt dort der Vorhang.

NILS KLAWITTER



GUIDO OHLENBOSTEL / ACTION PRESS

Musiker Rieu mit Orchester: *Kollektive Dreivierteltakt-Ekstase*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

PRESSE

„Einfluss nahe null“

Springer-Chef Mathias Döpfner, 40, über seinen neuen Aktionär, die US-Beteiligungsfirma Hellman & Friedman



UTA RADEMACHER

Döpfner

SPIEGEL: Internationale Finanzinvestoren haben in kurzer Zeit Anteile bei ProSiebenSat.1, Premiere und jetzt 19,4 Prozent bei Springer erworben. Was bedeutet das für den deutschen Medienmarkt?

Döpfner: Weniger Larmoyanz und mehr Ergebnisorientierung. Im Übrigen: Wer im Ausland investiert, sollte nichts dagegen haben, wenn Amerikaner in Deutschland investieren.

SPIEGEL: Was sagt Ihr neuer Investor zu den Dauerverlusten der „Welt“?

Döpfner: Vorstand und Aufsichtsrat haben Hellman & Friedman klar gesagt, dass wir an der „Welt“ festhalten werden, auch wenn sie unsere grundsätzlichen Renditevorstellungen nicht erfüllt. Mit Blick auf Strategie, Portfolio und Gesamtrendite haben die neuen Aktionäre sich dieser Entscheidung ohne Diskussion angeschlossen.

SPIEGEL: Beteiligungsgesellschaften haben ehrgeizige Renditeziele.

Döpfner: Wir haben unsere Ergebniserwartung für die nächsten fünf Jahre mit denen von Hellman & Friedman verglichen. Unsere waren ambitionierter.

SPIEGEL: Welchen Einfluss haben die neuen Gesellschafter auf Ihren Verlag?

Döpfner: Als Aktionär ohne Sperrminorität in einem Unternehmen, dessen Hauptaktionär eine absolute Mehrheit in der Hauptversammlung hat, sind die destruktiven Einflussmöglichkeiten nahe null. Der konstruktive Einfluss von Hellman & Friedman aber wird sehr groß sein, weil dieser Investor ein kompetenter und willkommener Partner ist.

SPIEGEL: Und wenn die Amerikaner ihre Springer-Anteile eines Tages an einen Wettbewerber verkaufen wollten?

Döpfner: Aktien zukaufen oder weiterverkaufen kann Hellman & Friedman nur mit Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat. Das ist vertraglich geregelt.

SPIEGEL: Medien haben mit Kreativität zu tun. Haben anonyme Finanzinvestoren dafür das richtige Gespür?

Döpfner: Viele nein. Hellman & Friedman ja. Vorstandschef Brian Powers hat den größten Teil seines Berufslebens im Zeitungsgeschäft verbracht.

AUSLANDSPRESSE

Enge Sicht

Mit einer Charme-Offensive versucht Außenminister Joschka Fischer derzeit, sein Verhältnis zu den in Berlin stationierten ausländischen Korrespondenten zu reparieren. Zuvor hatte sich der Vorstand des „Vereins der Ausländischen Presse in Deutschland“ (VAP), der rund 400 Korrespondenten aus aller Welt vertritt, in einem Brief über die „enge ‚nationale‘ Sicht“ des Auswärtigen Amtes in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beklagt. Zu Pressegesprächen des Ministers seien wiederholt nur deutsche Journalisten eingeladen worden, es handele sich um einen „offenbar bewussten Ausschluss der ausländischen Presse“. Fischer nimmt den Vorwurf offenbar ernst. Anfang voriger Woche empfing er 130 VAP-Mitglieder zum Hintergrundgespräch. Zudem will er beim VAP-Jahresempfang am Dienstag nächster Woche sprechen.



JENS SCHICKE / ACTION PRESS

Fischer, Journalisten

SPORTRECHTE

Sportfive kauft ISPR

Die Sportrechteagentur Sportfive übernimmt ihren Münchner Konkurrenten ISPR, der unter anderem die Bundesliga-TV-Rechte im Ausland vermarktet. Die entsprechenden Verträge sind bereits unterzeichnet, das Kartellamt muss den Deal indes noch genehmigen. Bislang gehörte die ISPR der insolventen KirchMedia (51 Prozent) und Axel Springer (49 Prozent). Der Kaufpreis dürfte über fünf Millionen Euro liegen. Sportfive, das weltweit 300 Fußballclubs vermarktet, steht dabei selbst vor einem möglichen Gesellschafterwechsel: Die RTL Group, die 46,41 Prozent der Anteile hält, hat einen Verkaufsprospekt erstellen lassen und sucht nach einem Käufer.

JUGENDMAGAZINE

Delfine und Vokabeln

Erst Anfang Oktober klagte „Geo“-Chefredakteur Peter-Matthias Gaede, dass im deutschen Zeitschriftenmarkt „jeder jedem hinterherrennt, um bloß dasselbe zu machen“. Jetzt bekommt „Geo“ (Gruner + Jahr) sogar neuen Wettbewerb aus dem eigenen Haus – von „National Geographic“: Am 21. November startet das Schwesterblatt mit „National Geographic World“ (Druckauflage: 200 000) ein eigenes Jugendmagazin. Das neue Blatt richtet sich an die Acht- bis Zwölfjährigen – in dieser Zielgruppe ist auch Gaedes „Geolino“ (Auflage: 223 000) aktiv. Parallel zum Printprodukt ließ Chefredakteur Klaus Liedtke auch eine TV-Serie entwickeln: „Marvin’s National Geographic World“ soll nach zwei Pilotsendungen in diesem Jahr vom kommendem März an wöchentlich sonntags im Kinderkanal laufen. Marvin (eine Comicfigur), der aus dem Studio mit seinen Reportern weltweit kommuniziert, gibt es auch im gedruckten Magazin: Hier soll er mit englischen Sprüchen Grundschüler spielerisch in die Fremdsprache locken. Mit seinen Geschichten über Entdecker oder die „geheimnisvolle Welt der Delfine“ zielt Liedtke zwar auf junge Leser. Deren Eltern werden freilich mit einem anderen Argument zur Kasse gelockt: Dem Heft liegen auch Vokabelkärtchen bei.



TV-Vorschau

Maos letzte Schlacht

Mittwoch, 23.00 Uhr, NDR

Wer die Vergangenheit kontrolliert, der kontrolliert auch die Gegenwart, wissen Diktatoren in aller Welt – und deshalb wird die Politik von Mao Zedong, dem „Großen Vorsitzenden“ der chinesischen KP, in seiner Heimat bis heute verklärt. Dass Mao (1893 bis 1976) verantwortlich war für den „Großen Sprung nach vorn“ – eine Zwangsindustrialisierung, die zu verheerenden Hungersnöten führte – und während der Kulturrevolution Millionen ins Gefängnis werfen ließ, passt nicht ins Bild von der modernen, wirtschaftlich dynamischen Nation. In der zweiteiligen Dokumentation von Winfried Scharlau, ehemals Asien-Korrespondent der ARD, und Shi Ming, China-Experte der Deutschen Welle, kommen jetzt Zeitzeugen der Kulturrevolution zu Wort, die heute allesamt im Ausland leben. Besonders eindrucksvoll sind jedoch die historischen Aufnahmen vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking: Dort marschierten Hunderttausende Rotgardisten derart finster-zackig im Gleichschritt, dass Leni Riefenstahl ihre helle Freude gehabt hätte (zweiter Teil: 22. Oktober).

Abschnitt 40

Donnerstag, 21.15 Uhr, RTL

Auch in der zweiten Staffel der erfolgreichen Krimi-Serie (Drehbuch: Christoph Darnstädt) müssen Berliner Streifenpolizisten schwerere Fälle lösen als ihre ARD-Kollegen vom Hamburger „Großstadtrevier“: Gleich in der ersten Folge erschießt Polizeioberkommissarin Cora Winkler (Nana Krüger) in Notwehr einen Autofahrer.

Alfredissimo!

Freitag, 16.30 Uhr, ARD

„Ich lauere den Zuschauern fast nie bei anderen Sendern auf. Wer mich nicht mag, dem sage ich: Meide Sat.1“, lobte sich Harald Schmidt 2001 im SPIEGEL-Gespräch. Mittlerweile wirbt der Entertainer auf allen Kanälen für Instant-Kaffee, Schmerzmittel und ein marodes Transportunternehmen, er beglückt die ARD-Show „Verstehen Sie Spaß?“ ebenso mit Gastauftritten wie Elke Heidenreichs Buchberatungssendung im ZDF. Nun



MICHAEL TEHLAUER / WDR

Schmidt, Biolek (1997)

will der ubiquitäre Schmidt schon zum zweiten Mal nach 1997 beim pensionierten Talk-Mümmler Alfred Biolek seine Kochkünste unter Beweis stellen. Rezeptvorschlag: Gib Wasser zur Suppe, und alle Schmidt-Fans werden satt.

Tatort: 3 mal Schwarzer Kater

Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Im Gegensatz zur herben Weltuntergangs-Emanze Lena Odenthal aus dem freudlosen Ludwigshafen darf ihr „Tatort“-Kollege Frank Thiel (Axel Prahl) aus Münster durchaus die etwas schrägeren Fälle des kriminellen Lebens bearbeiten. Sein Partner von der Pathologie, Professor Karl-Friedrich Boerne (Jan Josef Liefers), ist ohnehin das alberndhochgestochene Unikum am Seziertisch. Diesmal haben sich die für ihre gewitzten Dialoge gelobten Autoren Stefan Cantz und Jan Hinter eine an skurrilen Nebenfiguren reiche Story über den Tod des ehemaligen Staranwalts Dr. Andreas Weis (Stephan Bissmeier) ausgedacht, der, nachdem er vor Jahren ein Mädchen mit seinem Auto zum Krüppel gemacht hat, nun ein büßerisches Leben in eremitenhafter Einsamkeit führt. Doch dann stirbt das Mädchen an einem Giftcocktail, und Dr. Weis verbrennt wenig später in seinem Haus. Der Fall nimmt reichlich turbulente Wendungen, die zwar nicht immer den Gesetzen der Logik folgen, dafür aber dem Unterhaltungsbedürfnis der Zuschauer gerecht werden – Liebe, Spannung und reichlich makabrer Humor inklusive. Am Ende herrscht wieder westfälischer Friede.



MICHAEL BÖHME / WDR

Prahl, Liefers in „Tatort: 3 mal Schwarzer Kater“

TV-Rückblick

Tagesthemen/heute-journal

8. Oktober, ARD/ZDF

Es klang wie ein Nachruf: „Sie waren mal das Flaggschiff der deutschen TV-Nachrichten“, höhnte vergangene Woche die „Bild“-Zeitung – und traf damit die Redaktion der „Tagesthemen“ da, wo Journalisten besonders empfindlich sind: beim Ego. „Statt harter Fakten regieren immer öfter Vermutungen“, kritisierte „Bild“, die bekanntlich nur harte Fakten druckt („Hallo Nena, hatten wir Sex?“). Doch auch andere Blätter diagnostizierten, die „Tagesthemen“ blieben gegen die Konkurrenz vom ZDF-„heute-journal“ allzu oft zweiter Sieger: „Geplänkel statt Recherche“, urteilte die „Berliner Zeitung“. Mal langsam: „Tagesthemen“ und „heute-journal“ unterscheiden sich weniger, als den Machern lieb sein dürfte. Am Mittwoch vergangener Woche zum Beispiel gelang es CDU-Chefin Angela Merkel innerhalb von 60 Minuten gleich zweimal, den Streit innerhalb der Union über die Sozialreformen mit einem Wortschwall zu verkleistern. Weder Marietta Slomka (ZDF) noch Ulrich Wickert (ARD) konnten Merkel im Interview aus der Reserve locken. Ansonsten boten beide Sender solides Nachrichtenhandwerk bei Pflicht (Schwarzeneggers Wahlsieg) und Kür (kinderfeindliche Mieten im ZDF, schiitische Richter in der ARD). Der markanteste Unterschied des Abends betrifft die persönliche Ausstrahlung der Moderatoren – aber die ist keine Frage der Fakten.



UWE ERNST / NDR

Wickert

Werbeseite

Werbeseite

MUSIKFERNSEHEN

Straße nach Nirgendwo

Einst war die deutsche Szene der Produzenten bunt-schillernder Musikvideos eine kreative Spielwiese für Nachwuchsregisseure. Doch nun trifft die Misere der Plattenindustrie auch ihre Zulieferer. Ein ganzes Genre droht seine Geschäftsgrundlage zu verlieren.

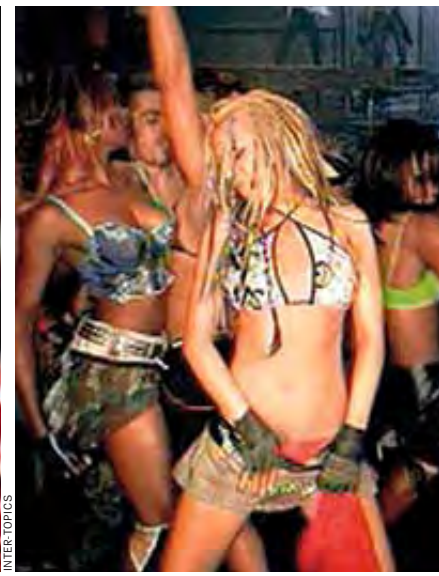


„Hollywood“ (Madonna, 2003)



„Thriller“ (Michael Jackson, 1983)

INTER-TOPICS



„Dirrty“ (Christina Aguilera, 2002)

Ausschnitte internationaler Musik-Clips: *„Das Video-Geschäft ist ausgereizt – in kommerzieller und künstlerischer Hinsicht“*

Es ist Mittwochmittag, zwölf Uhr, ein Konferenzraum in einem Flachbau im Münchner Norden. Acht junge Leute sitzen um eine hufeisenförmige Tischformation und starren auf einen Plasmabildschirm. Praktikant Frank schiebt Video-Kassetten in einen Recorder, eine nach der anderen. Jedes Band läuft eine Minute und 30 Sekunden. Maximal.

Während der rituellen Sitzung in der Deutschland-Zentrale von MTV wird heute entschieden, ob und – wenn ja – wie oft die Zuschauer des Musikkanals das neue Video der Raveonettes oder das der Dixie Chicks zu sehen bekommen. Wie in vier Fünftel aller Fälle ist das Votum beide Male negativ: abgelehnt. Clip, Clip, ade.

Das letzte Wort hat der Älteste in der Runde: Programmchef Elmar Giglinger, mit 38 Jahren schon fast ein Pop-Opa. Seit zehn Jahren macht er Musikfernsehen und wird später in seinem Büro mit Blick auf einen Kassettenstapel sinnieren: „Das Material hat sich schon sehr verändert in letzter Zeit.“

Das sieht man in Köln ganz ähnlich. Auch dort, beim TV-Konkurrenten Viva, tagen wöchentlich Video-Kommissionen. Für den Hauptsender, für Viva Plus und für einzelne Shows wie „Fast Forward“ mit Charlotte Roche. „Für viele neue Singles unserer Künstler gibt es gar keine Videos mehr“, klagt die Moderatorin. „Und wenn, dann sehen sie oft aus wie für zehn Euro gedreht – es nervt.“

Die Töne sind neu in der schillernden Welt der Clip-Kanäle, die sich um Programm, Geschäftsmodell oder gar Geld bislang wenig Sorgen machen mussten. Pro Woche warfen die Plattenfirmen einen bunten Bilderberg von bis zu 100 Videos bei ihnen ab – und was das Schönste war: Die optischen Drei-Minuten-Häppchen mit Stars von Alphaville bis ZZ Top, häufig garniert mit gut aussehenden, kaum bekleideten Jugendlichen, die über Traumstrände tänzelten, bekamen die Sender immer für lau.

Für die Musikindustrie waren die Videos nie etwas anderes als – meist aufwendig produzierte – Werbespots für Künstler und Platten. Für die Regisseure waren sie eine Spielwiese und für die Sender gern genommenes Gratis-Futter, eine 24-Stunden-Dauerwerbesendung, die in der anvisierten konsumfreudigen Gruppe der 14- bis 29-Jährigen bestens ankam: MTV wurde seit seinem Sendestart 1981 dank der Musik-Spots zum globalen Netzwerk. Das erste Filmchen, das der Kanal damals zeigte, war der Buggles-Hit mit dem beziehungsreichen Titel „Video Killed the Radio Star“. Doch wer stirbt als Nächstes?

Das Genre Musikvideo entwickelte sich schnell zu einer selbständigen Kunstform, mit eigener Ästhetik und Bildsprache. Videos setzten Trends und prägten das Sehverhalten von mindestens zwei TV-Generationen. In bahnbrechenden Beiträgen wie dem Clip zur „Bohemian Rhapsody“ von Queen – für viele das erste wirklich eigenständige Musikvideo – zu „Sledgehammer“ von Peter Gabriel oder zu „Road to Nowhere“ der Talking Heads schaffte es der Bilder-Begleitreigen zur neuen Medien-Gattung: „Videos sind mein Lieblingsprogramm. Sie sind alle so künstlerisch“, schwärmte Andy Warhol Mitte der achtziger Jahre, als der Boom gerade erst begann.

20 Jahre später steckt das junge Genre in einer existen-



THOMAS MEYER / ACTION PRESS

DoRo-Chefs Dolezal, Rossacher
Selbst die Paten gingen Pleite

ziellen Krise. Der massive Umsatzeinbruch durch Internet und Piraterie bei den großen Plattenkonzernen (SPIEGEL 36/2003) führt auch bei ihren Zulieferern zu Kollateralschäden. Am heftigsten wohl bei der Clip-Industrie, die in Deutschland in den fetten neunziger Jahren mit etwa 25 Produktionsfirmen noch rund 60 Millionen Euro umsetzte.

Inhaltlich ist eh alles schon mal da gewesen. Die Superstars aus Übersee liefern meist drei Minuten hochglänzende Langeweile. Und wenn ein Clip doch noch einmal Aufsehen erregt, dann nicht wegen seines originellen Themenzugangs, sondern wegen schlechten Zeitgefühls – wie Madonnas „American Life"-Auftritt im Military-Look kurz vor dem Irak-Krieg. Selbst die besten Kunden werden untreu: Längst zeigen MTV und Viva zur Hauptsendezeit keine Clips mehr, sondern machen ganz normales Formatfernsehen – mit den „Osbournes" etwa oder „Southpark".

„Anfang des letzten Jahres haben die Plattenlabels die Budgets für Musikvideos noch mal eben halbiert", stöhnt Cornelius Rönz. Er ist Herstellungsleiter bei der Berliner Firma Blow Film, bei der jährlich bis zu 50 Videos entstehen – etwa für die Boy-Band B3 oder den Schmusebarden Lionel Richie.

Auch Torben Ferkau, der mit seinem damaligen Partner Martin Weisz in Hannover einst die ersten Videos für Terry Hoax und Fury in the Slaughterhouse zusammenschnitt, schimpft: „Videos zu machen war immer Selbstausbeutung. Aber jetzt macht es kaufmännisch wirklich keinen Sinn mehr."

Tatsächlich drücken die Plattenfirmen außer beim Personal vor allem bei ihren Marketingausgaben die Stopp-Taste. Nur für große Stars wie Herbert Grönemeyer geben die Musikmanager heute noch Geld aus. 74 000 Euro kostete etwa das Filmchen zu seinem letzten Hit „Demo".

Ende der neunziger Jahre, als die hiesigen Produzenten noch rund 1000 Clips pro Jahr ausstießen, lag der Durchschnittspreis noch bei etwa 60 000 Euro – heute sind es eher 30 000, Tendenz sinkend.

Zum Beispiel Heather Nova: Als Blow-Film vor drei Jahren für die amerikanische Songwriterin drehte, lag das Budget noch bei 120 000 Euro. Beim zweiten Video war der Etat nur noch halb so hoch, aber das reichte noch für Aufnahmen in Barcelona. Gerade hat Blow Film wieder für Nova gedreht: einen Life-Mitschnitt aus der Berliner Passionskirche, aufgepeppt mit ein paar Hotel-Szenen. Budget: 30 000 Euro.

Noch dramatischer sieht es bei Neulingen aus wie J. C. A. Für dessen Titel „I'll See Her Again" wollte man erst in Japan drehen. Dann sollte ein China-Restaurant als Ambiente reichen. Am Ende musste ein indischer Kitschfilm als Kulisse genügen.

Statt – wie für Sommerhits bislang gang und gäbe – in die Karibik geht es nun häufiger gen Osten: „Ich war dieses Jahr schon in Kiew, Budapest und Slowenien", erzählt Clip-Hersteller Rönz.

Selbst bei Hitparaden-Stürmern wie The Rasmus wird knallhart kalkuliert. Als Torben Ferkaus Erste Liebe Filmproduktion unlängst auf dem ostdeutschen Lausitzring das aktuelle Video der Finnen drehte, musste der Regisseur um jeden Meter Film feilschen. Immerhin verwendeten die Hamburger noch vergleichsweise teures 16-Millimeter-Material; viele sind längst auf digitale Mini-DV-Kameras umgestiegen.

Von Videos allein kann in Deutschland kaum noch eine Firma leben. Die Erste-Liebe-Film etwa probiert in ihrer Video-Sparte junge Talente für ihr Hauptstandbein, die Werbung, aus. Auch die beiden Geschäftsführer von Blow Film kommen ohne Reklame-Nebenjobs nicht aus: Einer der beiden hat gerade den aktuellen McDonald's-Spot gedreht.

Immerhin haben die beiden Firmen damit eines erreicht: Es gibt sie noch.

Das ist schon ein Erfolg, weiß Markus Peichl. Der gebürtige Österreicher ist im Hauptjob Redaktionsleiter bei ARD-Moderator Reinhold Beckmann. Nebenher ist er Chef des Verbandes der Musikclipproduzenten (VMCP). Viel ist davon aber nicht mehr übrig. Zum 1. Januar 2002 hatte der Club noch 23 Mitglieder. Ein Jahr später waren es noch 11.

Zur Vollversammlung vor vier Wochen in Hamburg kamen dann noch 5, die sich laut Protokoll darüber einig waren, „dass angesichts der drastisch gesunkenen Budgets weitere Clip-Produktionen in Insolvenz gehen werden und der Standard der deutschen Musikvideo-Produktionen weiter sinken wird."

Peichl kennt das aus eigener Erfahrung. Voriges Jahr musste die Produktionsfirma Blau Insolvenz anmelden, über die er selbst seine Video-Aufträge abwickelte. Zuvor hatte es schon andere Firmen erwischt.

Man kann das als normale Konsolidierung eines vorher völlig überhitzten Marktes sehen. „Es gab in den Neunzigern eine gewaltige Überproduktion, zu fast jeder Single gab es ein Video, vieles davon hatte bei uns sowieso nie eine Chance", sagt MTV-Mann Giglinger. Auch Uli Brodbeck, der für den Plattenriesen Warner die Kontakte zu den Produktionsfirmen pflegt, findet es „nur verständlich", wenn die Musikkonzerne jetzt Budgets zurückfahren: „Da wurde Geld verbrannt wie Heu."

Man kann es aber auch wie Verbandschef Peichl sehen: De facto hätten die Video-Produzenten in den letzten Jahren mit ihrer Arbeit „die Musikindustrie subventioniert". Peichl schimpft: „Die Plattenbosse nehmen bei uns Produzenten wissentlich und willentlich Zustände wie im Frühkapitalismus in Kauf." Es gehe jetzt darum, „die Versklavung unserer Branche zu been-





„Sledgehammer" (Peter Gabriel, 1986)



LUCKY MAT. CORP. PHOTO + NEWS / ACTION PRESS (R.)

„Malibu" (Hole, 1998)

den“. Vor allem will Peichl an die Pfründen der GVL, einer Verwertungsgesellschaft, an die alle Sender, die Videos ausstrahlen, eine Abgabe zahlen müssen – mehr als 1000 Euro pro Ausstrahlung, Musiksender wie Viva bekommen eine Art Mengenrabatt.

Weil Video-Produzenten oft alle Rechte an ihren Werken an die Plattenfirmen abgeben müssen, will die GVL – die indirekt zur Hälfte wieder der Musikindustrie gehört – sie nicht an der Ausschüttung teilhaben lassen. „Wenn die Produzenten Rechte geltend machen können, werden und müssen wir sie aufnehmen“, so GVL-Geschäftsführer Peter Zombik.

„Eine glatte Lüge“, erwidert Peichl, „Clip-Produktionsfirmen haben der GVL mehrfach nachgewiesen, dass sie ihre Rechte nicht abgetreten haben.“ Dennoch werde ihnen die Mitgliedschaft verweigert. Die Musikindustrie jammere über die Piraterie, so Peichl, mache aber mit den Produzenten genau das Gleiche: „Sie mopst sich mit Hilfe der GVL deren Rechte und Tantiemen.“

Das Sterben der Video-Kunst könnte auch über die Branche hinaus Folgen haben. Neben einem billigen Bilderlieferanten für die fünf deutschsprachigen Musikkanäle war sie immer auch Spielwiese, Schule und Talentschmiede für die gesamte audiovisuelle Industrie. Tatsächlich schafften auch hier zu Lande ein paar den Sprung vom Clip- ins Filmgeschäft – wenn auch nicht so spektakulär und nachhaltig erfolgreich wie die US-Vorbilder David Fincher („Sieben“) und Spike Jonze („Being John Malkovich“).

So drehte etwa der einstige Video-Regisseur Stefan Ruzowitzky den Horror-Thriller und Kinokassen-Hit „Anatomie“. Sein Clip-Kollege Philipp Stölzl, der für Madonna ihren „American Pie“-Spot produzierte, konnte sein Spielfilmprojekt „Baby“ verwirklichen. Viele haben das Thema Musikvideos für sich längst abgehakt.

Hannes Rossacher und sein Partner Rudi Dolezal zum Beispiel wollen mit dem schnelllebigen Clip-Geschäft möglichst nichts mehr zu tun haben. Dabei waren sie im deutschsprachigen Raum einst so etwas wie dessen Paten.

Seit Ende der siebziger Jahre haben sie unter dem Namen DoRo Konzert-Dokumentationen und dann bald auch erste Videos gedreht, für Ideal und Nina Hagen, schnell aber auch für Größen wie Frank Zappa und Queen. Sie haben den Kinder-Kanal Viva mitgegründet und mit DoRo eine ganze Generation neuer Regisseure hervorgebracht: Stölzl und Ruzowitzky haben für sie gearbeitet, Verbandsmann Peichl war DoRo-Mitgesellschafter.

In diesem Frühjahr ging auch DoRo Pleite – ein spätes Opfer der New Economy. Auf Anraten der Banken hatten Dolezal und Rossacher, die Börsenmillionen vor Augen, ihr Unternehmen zur DoRo Media AG aufgeblasen – inklusive Niederlassungen in Berlin, Köln, München und Los Angeles, großen Abteilungen für TV- und Kinofilme, Internet und rund 100 festen Mitarbeitern, der Finanzvorstand kam von der Deutschen Bank. Der Börsentraum verflüchtigte sich noch schneller als die Erträge aus dem Kerngeschäft, der Video-Produktion.

Heute sitzt Rossacher, ein stattlicher Mann von 50 Jahren, in einem Wiener Patrizierhaus und sagt Sätze wie: „Das Video-Geschäft ist ausgereizt – in kommerzieller und künstlerischer Hinsicht.“ Auf eine Produktion zu „DJ Nerd featuring Miss Talentfrei habe ich einfach keine Lust“. Das sei „doch alles nur noch Instant-Art“, sekundiert Dolezal.



DAVID BALTZER / ZENIT

Dreharbeiten von The Rasmus
Feilschen um jeden Meter Film

Im vorigen Herbst kauften sie eine stillgelegte DoRo-Tochter in München und eröffneten eine neue Filiale in Wien. Damit produziert Dolezal gerade einen Konzert-Mitschnitt der Gruppe Seeed für eine neue DVD. Rossacher beschäftigt sich mit einer sechsteiligen Arte-Dokumentation über politische Inhalte in der Popmusik („Get up, stand up“) und filmt schon mal ein ganzes Sarah-Brightman-Album in Marokko. Alles, nur möglichst keine Video-Clips.

Verbandschef Peichl hat noch nicht ganz aufgegeben, auch wenn bei der jüngsten Vollversammlung faktisch die Selbstauflösung des VMCP beschlossen wurde. Man will sich jetzt dem Werbefilmerverband anschließen oder dem der TV-Produzenten. „Wir brauchen starke Verbündete“, sagt er.

Die unkonventionellste Strategie hat sich Viva-Star Charlotte Roche überlegt: „Wenn es zu den für uns interessanten Künstlern künftig keine Videos mehr gibt, dann senden wir eben drei Minuten Schwarzbild zur Musik.“

MARCEL ROSENBACH

Werbeseite

Werbeseite

ISRAEL/IRAN

Atomarer Rubikon



DIGITALGLOBE / AFP

Uran-Anreicherungsanlage im iranischen Natanz

Die Angst der iranischen Mullahs vor einem Angriff Israels erhält neuen Nährboden. Nach Informationen internationaler Experten wurde der israelische Geheimdienst schon vor zwei Monaten angewiesen, Angriffspläne gegen iranische Atomanlagen auszuarbeiten. Eine Spezialeinheit des Mossad legte jetzt in Jerusalem Szenarien vor, wie Teherans Nuklearprogramm militärisch ausgeschaltet werden könnte – danach müssten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mehr als ein halbes Dutzend Ziele von F-16-Kampfbombern angeflogen und „gleichzeitig sowie vollständig zerstört“ werden. Der Geheimdienst nennt die Logistik eines solchen Unternehmens „äußerst schwierig“, die Probleme seien aber bei Tiefflug und entsprechender Vorbereitung „technisch zu bewältigen“. Mit dem gewaltigen politischen Fallout einer solchen Attacke befasst sich der Mossad indes nicht – das ist Sache der Politiker. Dass sich Ministerpräsident Ariel Scharon überhaupt mit dem riskanten Szenario eines völkerrechtswidrigen Angriffs beschäftigt, beruht auf der Erkenntnis, dass Teheran an der Schwelle zur Nuklearmacht steht. Nach Einschätzung israelischer Experten ist Iran gerade dabei, „den Rubikon Richtung Atomwaffe zu überschreiten“, und zwar mit Hilfe pakistanischer und nordkoreanischer Experten sowie deren Materiallieferungen. An zwei Orten wird demnach im Endstadium daran gearbeitet, Uran durch Anreicherung waffenfähig zu machen. Die Israelis behaupten, von drei wei-

INDONESIEN

Falsches Signal

Mit diplomatischem Druck versuchen die USA zu verhindern, dass der ehemalige Oberkommandierende der indonesischen Streitkräfte, Ex-General Wiranto, sich eine aussichtsreiche Position für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr sichert. Dies sei das „falsche Signal“ für die junge indonesische Demokratie, ließen US-Emissäre hochrangige Vertreter der „Golkar“-Regierungspartei von Ex-Diktator Suharto jetzt wissen. Wiranto gilt als einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker vom September 1999, bei denen pro-indonesische Milizen und reguläre Armeetruppen mehr als 800 osttimoresische Anhänger der Unabhängigkeit grausam töteten. Uno-Staatsanwälte in Osttimor haben ihn im Februar wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. In jüngster Zeit tourte der Vier-Sterne-General durch die indonesische Inselwelt, um eine Präsidentschaftsnominierung zu erreichen. Wiranto, der vor allem auf das noch immer mächtige Netzwerk des Suharto-Clans bauen kann, ist nicht der einzige Ex-General, der nach dem höchsten Staatsamt strebt. Falls Präsidentin Megawati Sukarnoputri und ihre Demokratische Partei Indonesiens (PDI-P) wegen ihrer desaströsen Wirtschaftspolitik weiterhin in der Wählergunst abrutsche, so ihr Sicherheitsminister, Ex-General Susilo Bambang Yudhoyono, werde auch er in den Wahlkampf ziehen.





CHARLES DHARAPAK / AP

General Wiranto (1999)

IRAK

Aufruf zur Mäßigung

Ein halbes Jahr nach der Eroberung Bagdads spitzt sich der Kampf um die künftige politische Ausrichtung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit zu. Vermutlich Anhänger des gestürzten Diktators Saddam Hussein versuchen mit Anschlägen – wie dem auf eine Polizeiwache im Bagdader Schiitenviertel Sadr-City vergangene Woche –, die als Kollaborateure verrufene örtliche Polizei zu treffen und klarzustellen, dass die amerikanischen Besatzungstruppen Sicherheit nicht garantieren können. Doch der Versuch, die Schiiten zum Massenaufstand gegen Amerikaner und Briten anzustacheln, gelingt nur teilweise – ihre Führung ist zu tief gespalten. Die Anhänger des radikalen jungen Mullahs Muktada al-Sadr haben eine Miliz aufgestellt, die sich bereits Scharmützel mit den Amerikanern liefert. Sadrs Kämpfer stehen auch im Verdacht, vergangene Woche zwei US-Soldaten getötet zu haben. Bei der militärisch stärksten Schiitenorganisation, dem „Obersten Rat der Islamischen Revolution im Irak“ (Sciri), hingegen zeichnet sich ein möglicher Führungswechsel ab. Künftig soll auf Druck



AFP

Israelischer F-16-Bomber

teren, der internationalen Gemeinschaft bisher noch völlig unbekannten iranischen Anlagen zu wissen. Deshalb sind sich Fachleute sicher, dass die iranische Regierung den von der Uno geforderten Auflagen der Internationalen Atomenergiebehörde nicht folgen werde. „Sie können das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnen“, sagt ein israelischer Sicherheitsexperte zum SPIEGEL. „Sie müssten bei unangekündigten Besuchen Angst vor peinlichen Entdeckungen haben und werden deshalb mit allen Mitteln versuchen, solche Kontrollen hinauszuzögern oder sie mit Einschränkungen zu versehen.“

Teherans der Hardliner Ajatollah Kadhim al-Hairi an der Spitze der Organisation stehen. Gleichzeitig mobilisieren auch Amerika-freundliche Schiitenführer ihre Anhänger. Der Imam der traditionsreichen Kadhimija-Moschee in Bagdad möchte seine Aufrufe zur Mäßigung künftig über einen eigenen Radiosender verbreiten. Seine Vision ist ein pluralistischer Irak, der sowohl zu den USA als auch zu Iran Abstand hält.



KARIM SAHIB / AFP

Schiiten-Demonstration in Bagdad

SCHWEIZ

Blochers Weg zur Macht

Politisch war die Eidgenossenschaft lange stabil, nun droht eine Veränderung im „Palast des Gleichgewichts“, der Allparteien-Regierung in Bern. Der voraussichtliche Sieg der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) bei den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag und der dann fällige Anspruch auf einen weiteren Sitz im Führungsgremium der Schweiz könnte dessen Machtgefüge entscheidend verändern: Jahrzehntelang entsandten die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien der Freisinnigen und Christdemokraten je zwei Vertreter in die Regierung, den Bundesrat. Die SVP dagegen musste sich mit nur einem Sitz begnügen. Um endlich ein zweites Ministeramt zu ergattern, übt die Rechte um den Unternehmer Christoph Blocher, 63, Druck auf die anderen Großparteien aus, die einen ihrer Ministersitze abtreten sollen. Im Visier der Blocher-Partei befinden sich vor allem die Christdemokraten. Zusammen mit den Freisinnigen, die wie Blocher niedrigere Steuern zu Lasten der Sozialausgaben fordern, ließe sich dann erstmals eine neoliberale Mehrheit im Bundesrat herstellen. Doch die Ambitionen Blochers, der gegen den EU-Beitritt und Asylanten Stimmung macht, könnten an einer Eigenart der Schweizer Politik scheitern: Seit langem gilt es als unschicklich, amtierende Minister abzuwählen. Das geschah erst zweimal: 1854 und 1872.



STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE ZÜRICH / DPA

Blocher

TSCHETSCHENIEN

„Es war eine Farce“

Ahmed Sakajew, 44, lebt als Vizepremier der tschetschenischen Untergrundregierung und Europa-Vertreter des Rebellenpräsidenten Aslan Maschadow in London.



IMAGINE SCANDINAVIA / ACTION PRESS

SPIEGEL: Über 80 Prozent der wahlberechtigten Tschetschenen – behauptet der Kreml – hätten vorvergangenen Sonntag an der Präsidentenwahl teilgenommen und für Moskaus Favoriten, Ex-Mufti Ahmed Kadyrow, gestimmt.

Sakajew: Vergessen Sie es. Da wurden Agitationsbrigaden von Wahllokal zu Wahllokal gefahren, die eine aktive Teilnahme simulierten. Der Urnengang war eine Farce. Er war aber noch mehr: eine Herausforderung der EU durch Russlands Präsidenten Wladimir Putin, der inzwischen glaubt, in Sachen Tschetschenien alle Welt an der Nase herumführen zu können.

SPIEGEL: Viele Ihrer Landsleute würden lieber heute als morgen für eine politische Lösung stimmen.

Sakajew: Wenn sie die Hoffnung hätten, Wahlen würden ihre Lage verbessern. Sie durften aber praktisch nur über einen einzigen Mann abstimmen, mit dem sie Unglück, Elend und Blut verbinden.

SPIEGEL: Vor der Wahl begann Putin sogar, den Tschetschenen Kompensationen für zerstörte Häuser auszuzahlen.

Sakajew: Was er inzwischen wieder stoppen ließ. Darauf fällt doch keiner mehr herein. Viele Tschetschenen setzen den Widerstand fort, weil sie wissen: Überleben können sie nur, wenn Moskau von außen gezwungen wird, sein Verhältnis zu unserer Republik zu normalisieren. Unter Putin ist das nicht zu erwarten.

SPIEGEL: Der Kreml behauptet, jetzt habe er die Macht wieder in die Hände eines Tschetschenen gelegt.

Sakajew: Kadyrow war bereits die vergangenen drei Jahre an der Macht, als Statthalter Putins. Der Krieg lief trotzdem weiter. Kadyrow hat niemals, wie behauptet, auf unserer Seite gekämpft; nach 1997 führte er eine Bande an, die für Entführungen und Morde verantwortlich ist. Er ist ein Kollaborateur, der selbst zugab, Geheimdienstmann gewesen zu sein.

SPIEGEL: Das Parlament der Republik „Itschkerija“ soll Ihren Chef, Präsident Maschadow, im September zum „Verbrecher“ erklärt und abgesetzt haben?

Sakajew: Das „Parlament“ – das waren sieben Abgeordnete, die in Moskau sitzen und vom Kreml gekauft worden sind, um den Wahlgang vom vorvergangenen Sonntag propagandistisch zu legalisieren. Maschadow ist weiter Präsident, auch wenn seine Amtszeit voriges Jahr abgelaufen ist. Gemäß unserer Verfassung bleiben seine Vollmachten in Kriegszeiten in Kraft.



CLAUDIO ONORATI / DPA

Papst Johannes Paul II., Gläubige vor dem Petersdom: *Ein Dogmatiker, der unbeirrt gegen den Zeitgeist ficht, ein Missionar, der vor*

VATIKAN

Kein neuer Mose

Seine Anhänger bejubeln ihn wie eine Pop-Ikone: Diese Woche ist der schwer kranke Papst Johannes Paul II. 25 Jahre im Amt. Die Kardinäle aus aller Welt reisen nach Rom, um ihn zu feiern – aber auch, um die Nachfolge des Greises zu sondieren.

Schmerz zerreißt ihm den Kopf. Arme und Hände zucken und zittern. Atemnot nimmt ihm die Sprache. Er kann nicht gehen. „Bald“, sagt er, werde er „vor Gott treten“. Es steht nicht gut um Papst Johannes Paul II.

Seit dem 16. Oktober 1978 sitzt der Pole Karol Wojtyla auf dem Chefsessel der römisch-katholischen Kirche und macht Furore wie keiner vor ihm: Ein Papst, dem politisch „weder Moskau noch New York“ gefällt, ein Glaubensdogmatiker, der unbeirrt gegen den Zeitgeist ficht, ein Missionar, der mehr als eine Million Kilometer Strecke machte und vor schätzungsweise 250 Millionen Menschen predigte, die ihm zujubelten wie kaum jemandem zuvor.

Kein Papst vor ihm hat die Kirche so geprägt und die Welt so beeindruckt. Und nun kann er kein Ende finden. Auch Jesus sei „nicht vom Kreuz gestiegen“, weist er jeden Gedanken an Amtsverzicht von sich.

So erleben Millionen Menschen den Verfall seines 83-jährigen, von einem Attentat und von Krankheiten geschwächten Körpers mit: zu Hause vor dem Fernseher oder vor Ort in Rom, wo sich Johannes Paul II. zweimal die Woche vor Tausenden Gläubigen durch eine liturgische Mammutshow quält.

Auch vergangenen Mittwoch wurde die Kultfigur der katholischen Welt wieder im offenen „Papamobil“ zur Generalaudienz auf den Petersplatz gefahren: ein paar Schleifen durch die Menge, dann die Stufen hinauf zum riesigen, mit rotem Samt bespannten Baldachin vor den gigantischen Türen von Sankt Peter, dort umgesetzt auf den Roll-Thron und an den Bühnenrand geschoben. Der Papst atmet schwer, spricht nasal, mit vielen Pausen, ist kaum zu verstehen. Aber was er über die Bedeutung des Vesper-Gebets im katholischen Leben erzählt, interessiert ohnehin nur wenige. Es geht um ihn, Karol Wojtyla Superstar. Hoch über die Köpfe werden die Digitalkameras gereckt, vorgeschobene Beobachtungsposten, die den Moment verewigen sollen. Dabei wirkt der Protagonist so vergänglich. Seine Stimme zittert wie seine Hand. Während die Menge „Papa, Papa“ jubelt, stützt er den Kopf, der ihm zu schwer geworden scheint.

Nicht nur unter den Pilgern und Touristen vor dem Petersdom, auch im Sperrbezirk hinter den vatikanischen Mauern ist in diesen Tagen der desolate Gesundheitszustand des Papstes das zentrale Thema. Bekommt er Sauerstoffdosen, kann er noch ohne Hilfe essen? Und: Kann er sich bei seinen Schmerzen überhaupt noch konzentrieren?

Längst ist im Kirchenstaat die Diskussion um die Nachfolge des siechen Pontifex entbrannt. Nicht zum ersten Mal, aber erstmals vermischt mit kritischen Tönen. Die katholische Kirche sei „in einer dramatischen Lage“, klagt ein Priester in vertraulicher Runde, und „all die Reisen und die Events“ des Papstes hätten daran „nichts geändert“. Im Gegenteil: „Den Papst bewundere ich“, höre man überall auf der Welt Menschen sagen, „aber die Kirche kann mir gestohlen bleiben.“



GREGORIO BORGIA / AP

schätzungsweise 250 Millionen Menschen predigte

Glaubenskonflikte und Unterdrückung in vielen Teilen der Dritten Welt stünden einer religiösen Leere in den westlichen Konsumgesellschaften gegenüber, die, so die Kritiker, dort von den Kirchen nur kaschiert würde.

In Deutschland, Italien, Frankreich oder in den USA, zürnt ein Vatikan-Theologe, „bekennen Katholiken jeden Sonntag in der Kirche lauter Sachen, die sie gar nicht glauben". Und Johannes Paul II., was tue der? Er halte sich am Rosenkranz fest.

Sein Nachfolger, so der Tenor der verschwiegenen Gespräche, dürfe kein „neuer Mose" sein, wie Wojtyla, sondern einer, der sich weniger um die Welt und mehr um die Kirche kümmere.

Es ist ein konservativer Wind, der da weht. Hardliner, denen selbst der gestrenge Pole Wojtyla nicht streng genug ist, wo es um die Glaubensfundamente geht, geben den Ton an. Einer ihrer Wortführer ist der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger, der jetzt zum ersten Mal auch in italienischen Zirkeln als „papabile", als Papst-Anwärter, eingestuft wird. Tatsächlich hat er wohl nur geringe Chancen. Denn die 135 wahlberechtigten Kardinäle – jene, die der Papst kommende Woche offiziell ernennt, schon mitgerechnet – müssen sich mit Zweidrittelmehrheit auf einen aus ihrer Mitte einigen. Da gewinnt selten der Purist, eher jener, der bei vielen Strömungen und Blöcken Zustimmung findet.

Das trauen die Auguren zum Beispiel dem Mailänder Erzbischof Dionigi Tettamanzi zu. Der 69-jährige Moraltheologe mit freundlich-bäuerlichem Aussehen und gewitztem Verstand ist nicht nur einer der Favoriten der eher liberalen Kirchenfürsten, etwa des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann. Auch bei den Apparatschiks der römischen Kurie und beim konservativen Block um Ratzinger hat er einen guten Ruf. Der Mailänder führe, sagen Vatikan-Insider halb spöttisch, halb achtungsvoll, „einen exzellenten Wahlkampf".

Zudem ist der 24 Kardinäle starke italienische Block entschlossen, bei der nächsten Wahl wieder einen Landsmann in das katholische Spitzenamt zu hieven, wie es jahrhundertelang Brauch war, bis der Pole kam. Schließlich ist der Papst zugleich Bischof von Rom. Wenn es für Tettamanzi nicht reicht, stehen der Patriarch von Venedig, Angelo Scola, 62, der mächtige Präfekt der Bischofskongregation, Giovanni Battista Re, 69, sowie Camillo Ruini, 72, Vertreter Johannes Pauls II. als Bischof von Rom, ganz vorn auf der Italo-Liste.

Aber die einstige Macht der Italiener ist in der Amtszeit Johannes Pauls II. geschrumpft. Waren 1978 noch 24 Prozent der Papst-Wahlmänner Italiener, sind es jetzt nur noch 17 Prozent (siehe Grafik Seite 122).

Kräftig gewachsen ist derweil das Gewicht der spanisch-portugiesischen Sprach-

Strömungen unter den wahlberechtigten Kardinälen …

GRUPPE OSTEUROPÄER
16 Kardinäle

LIBERALE
z. B. Lehmann, Martini, Kasper, Simonis, Murphy-O'Connor, Danneels

ITALO-BLOCK
23 Kardinäle

APPARATSCHIKS
Teile der römischen Kurie (ca. ein Viertel der Stimmen)

KONSERVATIVE
z. B. Ratzinger, Meisner, Biffi, Medina Estévez, López Trujillo

IBERISCH-LATEINAMERIKANISCHER BLOCK
30 Kardinäle

AFRIKA-BLOCK
14 Kardinäle

… und welche Kandidaten sie bevorzugen



SEAN GALLUP

Miloslav Vlk, 71, Tschechien



LUCA BRUNO / AP

Dionigi Tettamanzi, 69, Italien



JASPERS / KNA

Darío Castrillón Hoyos, 74, Kolumbien



VINCENZO PINTO / REUTERS

Juan Luis Cipriani Thorne, 59, Peru



ALBERTO PIZZOLI / POLARIS

Oscar Andrés Rodríguez Maradiaga, 60, Honduras



ALBERTO PIZZOLI / POLARIS

Norberto Rivera Carrera, 61, Mexiko



DOUG KANTER / AFP

Francis Arinze, 70, Nigeria

DER SPIEGEL

gruppe. Lateinamerika, dort lebt beinahe die Hälfte aller Katholiken, stellt 24 Papst-Wähler, dazu kommen 6 spanische und 2 portugiesische. Das macht ein Stimmgewicht von 24 Prozent für den Ibero-Latino-Block. Und nicht wenige Kirchenvertreter Asiens und Afrikas votierten, wenn die eigenen Leute keine Chancen hätten, so heißt es, lieber für einen Südamerikaner als für einen Europäer oder gar einen US-Kandidaten.

So tauchen im „Papa-Toto“, wie italienische Spötter die Papst-Spekulationen tauften, gleich mehrere Kandidaten aus Lateinamerika auf: vergleichsweise junge Erzbischöfe wie Juan Luis Cipriani Thorne, 59, aus Peru, Oscar Andrés Rodríguez Maradiaga, 60, aus Honduras und Norberto Rivera Carrera, 61, aus Mexiko. Aber auch der 74-jährige Kolumbianer Darío Castrillón Hoyos, der etliche Sprachen spricht, auch Deutsch, und viele Freunde unter den konservativen Europäern hat.

Die gemäßigt liberalen Katholiken-Fürsten sähen dagegen lieber den Mann aus Honduras, Rodríguez Maradiaga, auf dem Petrus-Thron. Auch dem Erzbischof von São Paulo, Cláudio Hummes, und dem Kolumbianer Alfonso López Trujillo, 67, stockkonservativer Chef des „Päpstlichen Rates für die Familie“, werden Außenseiterchancen eingeräumt.

„Das Problem der Latinos“, so ein Vatikan-Experte, könne freilich sein, dass sie zu viele „papabili“ hätten und es am Ende ausgehe wie 1978. Damals hätten sich die Anhänger der zwei favorisierten Italiener, der Kardinäle Siri und Benelli, gegenseitig blockiert. Im achten Wahlgang habe dann plötzlich der Pole Wojtyla 98 von 111 Stimmen bekommen.

In solchen Patt-Situationen ist alles möglich. Dann könnte die Mehrheit sogar den ersten Papst mit schwarzer Haut küren. „Wir haben wirklich große Figuren“, warb kürzlich der nigerianische Kardinal Francis Arinze öffentlich für die Wahl eines Afrikaners. Tatsächlich käme für den Fall wohl vor allem einer in Frage: Arinze selbst.

Der Mann aus einer traditionellen Ibo-Familie, bei irischen Missionaren eingeschult, mit 32 der weltweit jüngste Bischof, ist meist fröhlich und im Ton konziliant – aber in der Sache so orthodox wie die Ratzinger-Truppe. So war es gewiss nicht nur dahergeplappert, als der Kardinal sich vor geraumer Weile öffentlich über einen Afrikaner als nächsten Papst Gedanken machte: Das wäre doch „ein schönes Zeichen für die gesamte Christenheit“.

Tatsächlich scheinen die Chancen Arinzes genauso marginal zu sein wie die für einen Kandidaten aus der eher liberalen Seilschaft. Die Kardinäle aus Mitteleuropa und den USA, der Kern dieser Gruppe, vertreten Kirchen, die in den Augen vieler Dritt-welt-Katholiken weitgehend zum Hort sinnentleerter Attitüden verkümmert sind. Den „Konfliktkirchen“ – unterdrückt wie in China, bekämpft wie in Indonesien – und den „Armutskirchen“ Lateinamerikas und Afrikas haben die Liberalen wenig anzubieten. Allenfalls der Klerus Osteuropas – mit der Erfahrung eines halben Jahrhunderts als verfemte Minderheit – hat bei ihnen Glaubwürdigkeit. Deshalb ruhen die Hoffnungen der gemäßigten und moderneren Kirchenleute heute vielleicht weniger auf dem Wiener Erzbischof Christoph Schönborn, 58, als etwa auf dem Tschechen Miloslav Vlk, 71.

Wenn diese Woche alle Kardinäle dieser Welt, die nicht gerade bettlägrig sind, sich in Rom einfinden, um das Dienstjubiläum ihres Chefs mit Symposien, Gottesdiensten und einem Konzert zu feiern, dann geht, bei aller Pietät, der Wahlkampf kräftig los. Das Konsistorium, die Vollversammlung der Purpurträger zur Aufnahme ihrer neu ernannten Kollegen in der nächsten Woche, werde dann schon ein „Konklave zur Probe“, witzelt ein Kirchenbediensteter.

Auch der Mann, um dessen Nachfolge es geht, arbeitet schon für den Tag danach. Er hat das Kardinalskollegium aufgefüllt, wichtige Ämter im Vatikan neu besetzt.

Enge Freunde sind versorgt, wie sein Privatsekretär Stanislaw Dziwisz, der Erzbischof in Polen wird. Ende der Woche wird er Mutter Teresa selig sprechen, dann hat er seiner Kirche fast 1800 neue Selige und Heilige beschert, mehr als alle seine Vorgänger insgesamt.

Als robuster Sportler hatte Wojtyla 1978 das Amt übernommen – Skifahrer, Bergwanderer, Schwimmer –, er hat in 130 Nationen die Erde geküsst, hat die Großen der Weltpolitik empfangen, mit Bob Dylan gesungen, schwülstige Mariengedichte geschrieben. Was bleibt ihm jetzt?

Noch einmal, ein letztes Mal, nach Polen. Das wäre sein Traum, offenbarte er dem Warschauer Regierungschef Leszek Miller, „so Gott will“. Es wäre eine Dramaturgie nach Maß, eine, die so recht zu ihm passte: eine mythische Symbiose von Anfang und Ende.

Doch es ist ungewiss, ob sein fragiler Körper das noch zulässt. Die Jubiläumsfeiern fordern ihm in dieser, für ihn wohl strapaziösesten Woche des Jahres, Zusätzliches ab. Vielleicht war die Zwei-Stunden-Visite per Hubschrauber nach Pompeji vorigen Dienstag schon die letzte Fahrt.

Nur mit einem eigens konstruierten Mini-Fahrstuhl konnte er den Helikopter-ein- und -ausstieg bewältigen. „Betet hier für mich“, flüsterte er ins Mikrofon, „jetzt und immer.“

Und seine Fans sind zugleich auf eine seltsame, verworrene Art gnadenlos: Ganz locker sprechen sie über die Zeit nach seinem Tod, während sie zusehen, wie er sich leidend müht. „Für mich“, sagt eine junge Italienerin auf dem Petersplatz in Rom mit Glanz in den Augen, „ist er schon heilig.“ Sein Tod werde nur „eine zweite Geburt sein, der Eintritt ins Paradies“.

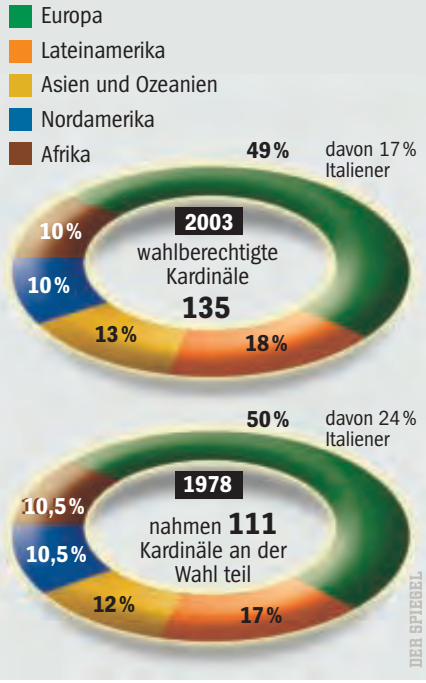
Da ist es nur noch ein kleiner Schritt zu dem stillen Seufzer eines Vatikan-Angestellten: „Wenn der Papst stirbt“, so wolle es der Brauch im Kirchenstaat, „bekommen wir ein doppeltes Gehalt.“ Die Sitte wurde schon vor langer, langer Zeit eingeführt, damit die Kirchenbediensteten nicht die Gemächer ihres Dienstherrn plünderten, kaum dass der verschieden war.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Das Konklave

Aktiv wahlberechtigt sind diejenigen Kardinäle der heiligen römischen Kirche, die vor dem Beginn der Sedisvakanz (Zeit nach dem Tod des Papstes bis zur Neuwahl) ihr 80. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Deren Zahl beläuft sich zurzeit auf 135.

Wahlberechtigte Kardinäle nach Regionen





FRANCOIS LOCHON / GAMMA / STUDIO X

Johannes Paul II. mit Mutter Teresa*
„Betet für mich jetzt und immer“

* Am 2. Februar 1986 in Kalkutta.

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

Werbeseite

Werbeseite

NOBELPREIS

Geprügelte Fackelträgerin

Der Friedensnobelpreis für die Teheraner Menschenrechtlerin Schirin Ebadi soll auch die Reformer in Iran stützen. Den Mullahs macht das zu schaffen.



VAHID SALEMI / AP

Jubelnde Iraner vor einem Bild des Revolutionsführers Chomeini: *Erbitterter Machtkampf*

Ihr Programm steht greifbar auf dem Schreibtisch ihrer bescheidenen Teheraner Kanzlei; nicht zu klein, damit es auch ein flüchtiger Besucher nicht übersieht. Aber auch nicht zu groß, um von den eigentlich wichtigen Akten über Menschenrechtsverletzungen abzulenken: eine vielleicht etwas kitschig wirkende Freiheitsstatue aus Amerika.

Ein glänzendes Vorbild für die iranische Gesellschaft hat die bekennende Muslimin Schirin Ebadi, 56, in Amerika wohl nie gesehen. Doch die Fackel der Freiheit hat auch sie seit Jahren hoch gehalten – so weit das Regime der Mullahs es eben zuließ.

Am vergangenen Freitag wurde die „Lady Liberty“ Irans für ihr unerschrockenes Engagement gegen Diskriminierung und Unterdrückung mit dem Friedensnobelpreis 2003 geehrt und zeigte sich „völlig überwältigt“. Denn eigentlich hatte sie noch am Abend von Paris, wo sie an einer Konferenz über Gesellschaft und Film in Iran teilgenommen hatte, wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen: unauffällig, still und vielleicht auch ein wenig in Sorge, welche ihrer Äußerungen die Mullahs diesmal gegen sie verwenden würden.

Statt den Koffer zu packen und das Kopftuch wieder überzustreifen, das Ebadi ablegt, wenn sie sich vor dem Zugriff der Mullahs sicher weiß, nutzte sie ihre frisch gewonnene Prominenz sogleich zu einer Kampfansage an den Gottesstaat. Nachdrücklich forderte sie die sofortige Freilassung aller Häftlinge, „die für die Demokratie kämpfen“. Und politische Gefangene gibt es in Iran nach Einschätzung von Amnesty International „zahlreiche“. Auch gegen die umstrittenen Nuklearpläne des Mullah-Regimes sprach sich die Nobelpreisträgerin aus. Sie hoffe als vehemente Kriegsgegnerin, der Friedenspreis werde in Teheran „Wirkung zeigen“.

Den herrschenden Religiösen in Teheran, die sich mit Reformern wie Ebadi einen erbitterten Machtkampf liefern, ist die Anwältin mit ihrer Keller-Kanzlei im Teheraner Norden nur zu bekannt. Die frühere Richterin, die ihr Amt nach der islamischen Revolution 1979 abgeben musste, gehört zu den wenigen, die sich mit den Mullahs immer wieder anlegen.

Die Kampfzone der gewieften Verteidigerin ist das Gericht, ihre Mandanten sind

„Die Zeit des Hasses ist vorbei“

Schirin Ebadi über Demokratie und Menschenrechte im Islam

SPIEGEL: Frau Ebadi, was haben Sie bei der überraschenden Nachricht aus Oslo empfunden?

Ebadi: Als mich ein Mitglied des Nobelkomitees anrief, war ich regelrecht geschockt. Ich hatte nicht einmal gewusst, dass mein Name auf der Liste der Anwärter stand. Ich bin bewegt, erschüttert und geehrt.

SPIEGEL: Wie wird diese Auszeichnung wohl in Iran aufgenommen werden?

Ebadi: Der Preis gehört nicht nur mir, sondern allen, die für Demokratie und Menschenrechte kämpfen, ganz besonders in Iran. Es gibt in meiner Heimat viele Gruppierungen, die sich für mehr Freiheit und die Rechte von Frauen und Kindern einsetzen. Sie alle dürfen sich jetzt ermutigt fühlen.

SPIEGEL: Aber wird das Regime der Mullahs die Preisverleihung an Sie nicht als Kritik an seiner Herrschaft empfinden?

Ebadi: Wir werden sehen. Jeder, der in Iran für die Menschenrechte kämpft, hat gelernt, mit der Furcht zu leben. Ich sehe in dieser Ehrung noch eine andere Botschaft: Alle Reformen in Iran sollten friedlich in Gang gesetzt werden. Die Zeit des Hasses, der Gewalt und des Kriegs ist vorbei – aber auch die der Repression. Ich fordere die iranische Regierung auf, die Menschenrechte zu respektieren.

SPIEGEL: Viele Iraner, die sich dafür eingesetzt haben, sitzen im Gefängnis.

Ebadi: Ja, und ich wünsche, dass sie so schnell wie möglich freigelassen werden.

Preisträgerin Ebadi: *„Erschüttert und geehrt“*



OLIVIER HOSLET / DPA

Ich führe diesen Kampf seit über 20 Jahren und bin selbst verurteilt worden. Trotzdem habe ich nie die Hoffnung aufgegeben, dass in Iran eine friedliche Evolution hin zu demokratischen Grundsätzen stattfindet. Der Friedensnobelpreis verleiht mir die Energie, entschlossen weiterzumachen. Ich bin ein sehr optimistischer Mensch und glaube, dass es jeden Tag ein bisschen besser wird.

SPIEGEL: Auch für Frauen, die in fast allen islamischen Ländern unterdrückt werden?

Ebadi: Es ist nicht einfach, eine Frau in Iran zu sein. Nach wie vor sind viele diskriminierende Gesetze in Kraft. Dass ich als erste muslimische Frau mit diesem Preis ausgezeichnet worden bin, sollte die Frauen in der ganzen islamischen Welt mit Stolz erfüllen. Die Ehrung ist ein Signal dafür, dass Islam und Menschenrechte nicht unvereinbar sind.

SPIEGEL: Sind die Menschenrechte ein universell gültiges Prinzip, oder halten Sie kulturelle Ausnahmen für zulässig?

Ebadi: Die Menschenrechte sind einzigartig und überall gleich, sie können nicht von Land zu Land unterschiedlich ausgelegt wer-

vielfach entschiedene Regimekritiker. So vertrat die Mutter von zwei erwachsenen Töchtern iranische Teilnehmerinnen einer Konferenz der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung 2000 in Berlin. Die waren wegen islamfeindlicher Äußerungen des Landesverrats angeklagt worden.

Die Juristin zählt auch zu den aktivsten Frauenrechtlerinnen ihrer Heimat. Der Islam, so ihr Credo, diene den religiösen Ultras nur als Vorwand, um ein längst überholtes Frauenbild zu zementieren.

Die Quittung für ihren Einsatz bekam Ebadi im Sommer 2000. Damals musste sie sich selbst vor Gericht verantworten, weil sie in die „Videokassetten-Affäre“ verwickelt war. Mit einem Kollegen hatte Ebadi einen der bekanntesten islamischen Extremisten dazu bewegt, vor laufender Kamera auszusagen, dass die Gewalt gegen Studenten im Sommer 1999 von zwei der wichtigsten Mullahs des Landes organisiert worden war. Die Kassette wurde an Reformer weitergegeben, die damit im internen Machtkampf gegen die Konservativen Punkte sammelten. Zunächst wurde die Anwältin zu einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten verurteilt und erhielt für 5 Jahre Berufsverbot. Sie legte Widerspruch ein, kam schließlich im Januar 2003 mit einer Geldstrafe von umgerechnet 300 Euro davon.

Ihre Meinung tat Ebadi auch als Autorin („Die Rechte des Kindes“) und Journalistin kund, etwa bei der emanzipatorischen Monatszeitschrift „Sanan“ („Frauen“). Das Blatt löste eine heftige Debatte um das Sorgerecht für Kinder aus, die nach einer Scheidung beim Vater bleiben müssen. Ebadi zog als „Anwältin der Kinder“ gegen dieses (Un-)Recht zu Felde.

Anstalten wie das berüchtigte Evin-Gefängnis lernte die Juristin nicht nur als Anwältin von innen kennen. Wie viele Mitstreiter, denen sie ihren Preis ausdrücklich widmete, wurde auch sie verhaftet, verhört, weggesperrt.

Jetzt ist die so geprügelte Fackelträgerin gespannt, wie sich Teheran nach ihrer für Dienstag geplanten Rückkehr verhält.

Das Mullah-Regime war erst einmal sprachlos. Dann rang sich ein Sprecher zu einer knappen „Gratulation im Namen der Regierung“ durch.

DIETER BEDNARZ

* Nach den Unruhen im vergangenen Sommer.



AP

Verhaftete Studenten*: *„Für Demokratie gekämpft“*

---

den. Die Kulturen sind verschieden, aber das setzt die Geltung der Prinzipien nicht außer Kraft. Es gibt nur unterschiedliche Wege, sie durchzusetzen.

SPIEGEL: Gibt es ein Recht auf Einmischung im Namen der Menschenrechte und der Demokratie, wie es die USA jetzt im Irak für sich beanspruchen?

Ebadi: Nein, der Kampf muss im Innern eines Landes und einer Gesellschaft geführt werden. Jede fremde Einmischung erschwert dieses Ringen um die Freiheit nur. Kein Staat hat das Recht, einem anderen seinen Willen aufzuzwingen, und wäre es, um das Gute durchzusetzen. Meistens wird das Gegenteil dabei herauskommen.

SPIEGEL: Die Intervention im Irak wird letztlich erfolglos bleiben?

Ebadi: Sehen Sie sich doch die Lage im Irak oder in Afghanistan an. Werden die Menschenrechte jetzt dort respektiert? In keiner Weise! Die US-Präsenz ist verhängnisvoll. Solange die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht erfüllt werden, bleibt der Aufbau von Demokratie unmöglich. Jedes Volk muss das Recht haben, sich selbst zu befreien und seinen eigenen Weg zu finden, ohne Gewalt und Revolution. Dem widme ich als Frau, Muslimin und Anwältin mein Leben.

SPIEGEL: Was sagen Sie denn den Palästinensern, die ihren Kampf für einen eigenen Staat mit äußerster Gewalt führen?

Ebadi: In Palästina findet ein ungleicher Krieg statt. Ich verurteile die Gewalt der israelischen Armee. Aber ich bin auch schockiert über die Selbstmordattentate, vor allem, wenn sie im Namen des Islam verübt werden. Nach meinem Verständnis ist der Islam absolut vereinbar mit einer modernen Demokratie. Das sollten gute Muslime auch in ihrem berechtigten Streben nach Freiheit berücksichtigen.

SPIEGEL: Der Papst, selbst als Kandidat für den Friedensnobelpreis im Gespräch, hat Ihnen gratuliert. Halten Sie einen Dialog zwischen Islam und Christentum für möglich?

Ebadi: Ich fühle mich durch die Glückwünsche sehr geehrt. Papst Johannes Paul II. hat mir immer Respekt eingeflößt. Ich rechne es ihm hoch an, dass er sich deutlich gegen Amerikas Irak-Krieg ausgesprochen hat. Auf seine Weise führt er in mancher Hinsicht einen ähnlichen Kampf wie ich – für die Freiheit und die Würde des Menschen, für Frieden, Toleranz und Dialog.

INTERVIEW: ROMAIN LEICK

NAHOST

Verheerende Versuchung

Der israelische Luftangriff auf ein angebliches Terroristenlager setzt Syriens Staatschef Assad unter Druck. Während Israels Premier Scharon mit weiteren Militärschlägen droht, ist die Kamarilla um Palästinenserführer Arafat zerstrittener denn je.



REUTERS / E-LANCE MEDIA

Mutter der Selbstmordattentäterin Dscharadat*: *„Wir kehren zurück“*

Vor der vermeintlichen Schaltzentrale des internationalen Terrorismus spielen ärmlich gekleidete Kinder Fußball. Einzig die Parole auf den vergilbten Postern an der Wand des dreistöckigen Gebäudes im Jarmuk-Viertel von Damaskus lässt erahnen, dass sich über dem Krämerladen mit der stets offenen Tür mehr verbirgt als nur irgendeine armselige Wohnung.

„Wir kehren zurück“, lautet die Losung, die fett unter einer kämpferisch gereckten Faust steht. Daneben kleben verblichene Fotos meist jugendlicher Palästinenser, die im „heldenhaften Kampf“ gegen Israel den Tod gefunden haben – willkommen im Hauptquartier des Islamischen Dschihad.

Doch gern gesehen sind Fremde im größten Flüchtlingslager Syriens nicht. „Wir müssen uns jetzt vor israelischen Spionen in Acht nehmen“, entschuldigt der Zeitungsverkäufer Ali abweisende Mienen. Das Dschihad-Büro ist denn auch längst verlassen. „Die sind auf Urlaubsreise“, sagt Ali über seine Nachbarn. Der besorgte Blick des jungen Mannes verdeutlicht, dass er tatsächlich von Flucht spricht – und am liebsten gleich mit das Weite gesucht hätte. Denn seit Israels Premier Ariel Scharon am vorvergangenen Sonntag als Vergeltung für ein Selbstmordattentat des Islamischen Dschihad in Haifa den Befehl zum Luftangriff auf ein Camp der Organisation etwas weiter nördlich gegeben hat, fürchtet nicht nur der Dschihad-Nachbar den nächsten Angriff.

Als wollten die israelischen Militärs demnächst Teile von Damaskus in Schutt und Asche legen, veröffentlichten sie nur zwei Tage nach dem Luftschlag auf das längst geräumte Lager eine Art Stadtplan der syrischen Hauptstadt mit Hinweisen auf die Wohnungen einflussreicher Extremisten-Funktionäre – sie gelten nun in Israel als „legitime Ziele“.

* Mit einem Bild ihrer Tochter Hanadi.

So soll Syriens Staatschef Baschar al-Assad nach Informationen der israelischen Armee in Damaskus etwa die Hamas-Führer Chalid Maschal und Mussa Abu Marsuk beherbergen. Überdies den Chef der „Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando“, Ahmed Dschibril, und Ramadan Schallah, Generalsekretär des Islamischen Dschihad. Dessen Selbstmordattentäterin Hanadi Dscharadat hatte in Haifa 19 Menschen mit in den Tod gerissen.

Weltweit wächst seitdem die Angst vor einer Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts zu einem neuen Nahost-Krieg. In Kairo berief die Arabische Liga eine Sondersitzung ein. In New York verlangte Syrien die Zusammenkunft des Uno-Sicherheitsrats und die Verurteilung der „israelischen Aggression“ – trotz zäher Verhandlungen um den Resolutionsentwurf vergebens.

Wie sehr die israelische Attacke selbst Jerusalems Freunde irritierte, zeigte die Reaktion von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Den Berliner Regierungschef überraschte die Nachricht bei Ägyptens Staatschef Husni Mubarak in Kairo, der ersten Station seiner Nahost-Reise. Das Verhalten Scharons, bekundete ein sichtlich betroffener Kanzler, sei „nicht akzeptabel“. Von seinen Beratern auf die vergleichsweise harsche Verurteilung des Militärschlags hingewiesen, blieb Schröder auch im kleinen Kreis bei seiner Kritik an der israelischen Gewaltpolitik: „Ich stehe dazu.“ Irritiert sprach Jerusalem darauf im Berliner Außenamt vor.

Ein politischer Schnellschuss war Scharons Angriff, die erste militärische Auseinandersetzung mit dem Nachbarland auf dessen Territorium seit fast 30 Jahren, womöglich nur auf den ersten Blick. In Jerusalemer Sicherheitskreisen wird behauptet, die Demonstration sollte eine peinliche Schlappe wettmachen, die Israels Geheimdienst Mossad hinnehmen musste.

Auch wenn die Attentäterin von Haifa aus Dschenin im Westjordanland stamm-

te, glaubt die Regierung Scharon Beweise dafür zu haben, dass der Islamische Dschihad von Syrien aus Terrorattentate gegen israelische Zivilisten plant und Selbstmordattentäter aus dem Gaza-Streifen und Westjordanland losschickt. In Damaskus abgehörte Gespräche sollen belegen, dass sich Dschihad-Generalsekretär Schallah bei einem „Treffen des palästinensischen Widerstands“ als Organisator des Bombenattentats von Megiddo feiern ließ. In dem nordisraelischen Ort waren bei einem Selbstmordanschlag auf einen Bus Anfang Juni vergangenen Jahres 17 Israelis umgekommen. Schallah soll damals weitere, noch schlimmere Blutbäder angekündigt haben.

Über diplomatische Kanäle verlangte Israel ultimativ die Ausweisung von Schallah und dessen Kampfgefährten. Syriens Staatschef aber hält Widerstand gegen die Besatzungsmacht Israel für legitim: „Wir werden sie nicht ausweisen, weil sie unsere Gesetze nicht verletzt haben und weil sie keine Terroristen sind“, verteidigte der syrische Staatschef seine Gastfreundschaft.

Um Schallahs habhaft zu werden, soll deshalb die Entsendung einer Mossad-Spezialeinheit nach Syrien beschlossen worden sein. Der Trupp sei vorvergangene Woche aufgeflogen, so heißt es, ohne an den Terrorführer heranzukommen. Weder die Syrer noch die Israelis äußern sich offiziell zu dem Vorfall. Er wäre die jüngste Pleite in einer Reihe von Misserfolgen, die dem früher so erfolgreichen Mossad in letzter Zeit unterliefen. Nun sollen vier Agenten in syrischer Untersuchungshaft sitzen. Sie gelten als weiteres Faustpfand in der Hand der Syrer und der von ihnen geförderten libanesischen „Partei Gottes“ („Hisbollah“), die immer wieder palästinensische Häftlinge aus israelischen Gefängnissen freizupressen versucht.

Syrien weist Israels Terrorvorwürfe – natürlich – empört zurück. Aber auch westliche Diplomaten in Damaskus gehen davon aus, dass Präsident Assad in der Tat keine Ausbildungslager palästinensischer Extremisten duldet. Dafür könnte schon eher der schwer kontrollierbare Libanon dienen. Hier, im syrischen Einflussbereich, sammeln sich seit Jahrzehnten bewaffnete Gruppen, allen voran die auch von Iran mitfinanzierte Hisbollah. Die hat erneut Hunderte junger Kämpfer in unmittelbarer Grenznähe zu Israel postiert.

Assad junior soll Terrorismus als politisches Machtmittel ablehnen. Der in London ausgebildete Augenarzt weiß nur zu gut, dass sich sein wirtschaftlich angeschlagenes Land den Zorn Amerikas kaum leisten kann. Wie um Scharon beizuspringen, brachte der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses in Washington vorige Woche einen „Syria Accountability Act“ auf den Weg. Danach könnten unter anderem Konten des „Terrorunterstützerstaates“ in den USA eingefroren werden.

Allerdings ist der junge Herrscher in Damaskus von einer greisen Garde eingemauert, die noch immer alten Feindbildern verhaftet ist und wohl weiterhin radikale Palästinensergruppen und islamische Fanatiker gegen das verhasste „zionistische Gebilde“ Israel hetzen möchte. Schließlich versteht sich Syrien traditionell als Speerspitze der arabischen Nation.

Die von Israel erstellte Damaskus-Karte mit Wohnsitzen der Terrorchefs wird von Regimekennern gleichwohl belächelt. So ist auf dem Stadtplan etwa die Wohnung des Hamas-Führers Marsuk markiert. Der aber lebt seit über zwei Monaten in Katar, mit Wissen der Amerikaner.

Der Luftangriff gegen Syrien verschaffte Scharon, der sich neben der blutigen palästinensischen Intifada mit anhaltenden öffentlichen Streiks, schwerer Wirtschaftskrise, Koalitionskrach und einer Korruptionsaffäre herumschlagen muss, nur eine kurze Ablenkung von den Sorgen an der Heimatfront. Zwar erklärten 65 Prozent in einer Umfrage die Attacke für „gerechtfertigt“. Syrien habe einen Denkzettel durchaus verdient. Aber nur wenige loben den Einsatz der Luftwaffe als gelungen oder gar effektiv. Der Vergeltungsangriff bringe „keine Lösung für das Terrorproblem“, kritisierte etwa der General a. D. und Arbeitspartei-Abgeordnete Matan Vilnai. Das Massenblatt „Maariv“ nannte Scharon „einen der schlechtesten Premiers“.

Nach palästinensischer Lesart wählte Scharon aber auch deshalb Syrien als Ziel, weil ihm in den besetzten Gebieten langsam die Optionen ausgingen. „Was soll er hier noch tun? Wieder Betlehem besetzen oder nach Ramallah einrücken? Das hatten wir doch alles schon so oft“, moniert der Politologe Zakaria al-Qaq.

Die Palästinenser, die dennoch eine neue große Militäroperation in ihren Städten fürchten, diskutieren bereits über das drohende Ende der palästinensischen Autonomiebehörde. Womöglich nur als Auftakt einer größeren Operation marschierten vorigen Freitag israelische Truppen in das Flüchtlingslager Rafah ein und lieferten sich heftige Gefechte mit palästinensischen Kämpfern. Israel behauptet, dass sich Extremisten durch Tunnel aus Ägypten Waffen verschaffen.

Hilflos steht der neue palästinensische Premier Ahmed Kurei dem innerpalästinensischen Chaos und dem anhaltenden Terror gegenüber. Der Versuch, zumindest ein Notstandskabinett zu bilden, scheiterte vergangenen Donnerstag sowohl an der Fatah als auch am Widerstand des palästinensischen Übergangsparlaments. Frustriert bot er Arafat seinen Rücktritt an. Kurei wirft dem Autonomiechef vor, ihn zu umgehen, um alle Macht zu behalten.

Doch Arafat kämpft nicht nur um sein politisches Überleben. Palästinensischen Angaben zufolge leidet der Präsident zwar nur an Grippe und Gastritis. Zum Wochenende aber gab es Hinweise auf Magenkrebs. Israelische Zeitungen wollten sogar erfahren haben, der „Raïs“ spucke schon Blut.

Der israelische Publizist und Friedensaktivist Uri Avnery, der aus Solidarität in Arafats zerschossenem Hauptquartier, der Mukataa, campiert hatte, gibt dagegen Entwarnung: Arafat arbeite „schon wieder wie verrückt“.

Dieter Bednarz, Annette Grossbongardt, Volkhard Windfuhr


DPA


ABACA

Bombardiertes Lager bei Damaskus, Staatschef Assad, Militärs: *Angst vor dem nächsten Angriff*



FRANCIS SPECKER / DPA

Wahlsieger Schwarzenegger, Ehefrau Maria: *„Keine Zeit für Kino“*

KALIFORNIEN

Sparen oder Sit-ups

Ein buntes Team ausgedienter Politiker und unbekannter Berater soll Schwarzeneggers Politik vordenken. Sicher ist dabei nur eins: Das Geld ist knapp.

Wie sich sein Leben als frisch gewählter Gouverneur Kaliforniens verändern wird, davon immerhin hat Arnold Schwarzenegger, 56, eine feste Vorstellung. Viel Arbeit, notfalls „rund um die Uhr“. Und vor allem: „Keine Zeit für Kinofilme oder irgendetwas anderes“, fürchtet der „Terminator“.

Was er indes als Erstes anpacken will und vor allem wie, darüber schweigt sich der Action-Held zunächst noch weitgehend aus. Eine Buchprüfung soll dem Republikaner, der sich im Parlament von Sacramento mit einer demokratischen Mehrheit arrangieren muss, erst einmal die finanziellen Spielräume aufzeigen. Und seine ersten Personalentscheidungen lassen allenfalls erahnen, welchen Weg er einschlagen will – oder auch nicht.

Denn die erste große Enttäuschung über sein Personaltableau ist noch frisch. Überraschend hatte Schwarzenegger erst Mitte August den Milliardär und legendären Investor Warren Buffett als Polit-Partner präsentiert. Zur Macht entschlossen, aber politisch fast ahnungslos, sollte ihn der zweitreichste Mann der Welt in Wirtschaftsfragen beraten.

Die allgemeine Anerkennung für den Schachzug schlug schnell in Schadenfreude um. Als Buffett, 73, vorschlug, Kaliforniens äußerst niedrige Grundsteuern zu erhöhen, wurde er von Schwarzenegger im Fernsehen rüde abserviert: „Warren, sag das noch einmal, und du machst 500 Sit-ups“ – das vorläufige Ende von Buffetts Beraterkarriere.



FRED PROUSER / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Unternehmer Buffett
Rüde abserviert

Guten Rat hat Schwarzenegger dabei bitter nötig. Bis zum 10. Januar muss er den neuen Haushalt vorlegen. Zurzeit beläuft sich das Defizit auf 10 Milliarden Dollar, ein Anstieg auf bis zu 20 Milliarden wird befürchtet. Und Steuererhöhungen oder radikale Einsparungen bei der teuren Bildung hatte er in seinem Blitzwahlkampf ausdrücklich abgelehnt.

Neue Geldquellen in dem rund 100-Milliarden-Etat des Sonnenstaats soll ihm deshalb die Haushaltsexpertin Donna Arduin, 40, erschließen. Sie könnte, so Schwarzeneggers Hoffnung, in dem Zahlenwerk Milliardensummen entdecken, die unter Vorgänger Gray Davis für Unsinniges verschwendet wurden.

Arduins fachliche Reputation ist beachtlich: Eigentlich ist sie oberste Kassenwartin bei Jeb Bush, Gouverneur von Florida und Bruder von US-Präsident George W., der dem Filmstar ebenfalls Unterstützung zugesagt hat; Jeb Bush hat die Finanzfachfrau vorübergehend ausgeliehen. Schon früher hatte sie dem Bundesstaat New York tatkräftig geholfen, Geld einzusparen.

Doch ob ihre Streichliste reichen kann, den Haushalt wirklich zu sanieren, gilt bei Experten als eher unwahrscheinlich. Die sehen statt Milliarden gerade mal ein Potenzial von 200 Millionen Dollar.

Prominenter Wirtschaftsberater ist und bleibt Ex-Außenminister George Shultz, 82. Der einstige Chefdiplomat unter US-Präsident Ronald Reagan ist wie viele Schwarzenegger-Unterstützer Mitglied der „Hoover Institution“. Die neokonservative Forschungseinrichtung berät auch Präsident Bush in seiner Wirtschaftspolitik. Aber die ist derzeit nicht sonderlich erfolgreich.

Wichtigster Ideengeber des neuen Gouverneurs dürfte der Republikaner David Dreier, 51, sein. Der ausgebuffte Polit-Profi, der Schwarzenegger schon souverän durch den Wahlkampf manövrierte, galt bislang im Abgeordnetenhaus in Washington als treuer Weggefährte von Präsident Bush. An der Spitze eines bunten Beraterteams von nicht weniger als 65 Frauen und Männern wird Dreier künftig Schwarzeneggers Politik vordenken.

Die Truppe bietet für jeden Geschmack etwas: Der liberale Bürgermeister von San Francisco, Willie Brown, ein Demokrat, ist dabei, aber auch Republikaner vom rechten politischen Rand wie der frühere Gouverneursbewerber Bill Simon. Chefberater Dreier hat Carly Fiorina, Chefin des Technologiekonzerns Hewlett-Packard, für den exklusiven Club gewinnen können. Und auch der konservative Ex-Gouverneur Kaliforniens, Pete Wilson, gehört dazu. Vor allem dessen frühere Mitarbeiter hoffen nun auf Jobs und Einfluss in der neuen Administration.

Platz für radikale Exzesse wird Schwarzeneggers Programm aber kaum bieten. Zu sehr ist er auf eine breite politische Unterstützung angewiesen. Kaliforniens Verfassung schreibt beispielsweise vor, dass der Haushalt eine Zweidrittelmehrheit finden muss. Mindestens 22 der 48 demokratischen Abgeordneten muss der neue Gouverneur deshalb auf seine Seite ziehen.

Eine Schlüsselrolle könnte dabei Schwarzeneggers Ehefrau Maria Shriver, 47, zukommen. Die bekannte TV-Journalistin ist Mitglied der Demokratischen Partei und als Nichte von John F. Kennedy Angehörige von Amerikas schillerndstem Polit-Clan.

Schon im Wahlkampf erwies sich Maria als schlagkräftige Geheimwaffe. Ihr leidenschaftlicher Einsatz für Gatte Arnold dürfte mitentscheidend gewesen sein, dass die Sexvorwürfe von 16 Frauen fast wirkungslos verpufften. Für viele Demokraten wurde der „Gouvernator“ erst wählbar wegen seiner Frau.

Nicht alle sind indes glücklich über ihren Einfluss. „Ich kriege viele Ratschläge von Maria“, sagt Schwarzeneggers Vordenker Dreier, aber „manchmal muss ich sie daran erinnern, dass ihr Mann Republikaner ist.“

MARCO EVERS

Werbeseite

Werbeseite

USA

„Dann werden Köpfe rollen“

Bestsellerautor Bob Woodward über seine Begegnungen mit dem Präsidenten, den Einfluss der Berater im Weißen Haus und die alptraumartige Suche nach Saddam Hussein

SPIEGEL: Mr. Woodward, in Ihrem Buch „Bush at War – Amerika im Krieg“ haben Sie George W. Bush als entscheidungsfreudigen und erfolgreichen Präsidenten geschildert, der seine Berater in Ehrfurcht versetzt. Gibt es diesen Präsidenten so nicht mehr?

Woodward: Natürlich macht er momentan nicht die glücklichste Figur. Nach dem 11. September verhielt er sich äußerst entschlossen. Er zeigte Führungskraft, war aber auch ungeduldig, wollte in Afghanistan früher losschlagen und musste von seinen Beratern gebremst werden. Das Zuhören gehört sicherlich nicht zu seinen Stärken. Beim Afghanistan-Krieg fiel dieses Manko nicht ins Gewicht, weil alle Welt auf der Seite der Vereinigten Staaten stand. Anders ist es jedoch im Irak. Das ist sein Krieg, den hat er gewollt.

SPIEGEL: Hat er die Entscheidung allein gefällt?

Woodward: Ja, ich habe ihn stundenlang interviewt, und er hat mir erzählt, er werde die Gelegenheit nutzen, um große Ziele zu erreichen. Er hegt die Absicht, Missstände in der Welt zu beseitigen. Darauf will er die amerikanische Außenpolitik ausrichten.

SPIEGEL: Wie schlägt er denn eigentlich den Bogen vom internationalen Terrorismus zu Ex-Diktator Saddam Hussein?

Woodward: Diese Verbindung gibt es nicht, wie wir inzwischen wissen. Doch der 11. September ist ein besonders großes Trauma für Bush, weil er vor Anschlägen gewarnt worden war und nichts unternommen hat. CIA-Chef George Tenet hat ihn schon vor Amtsantritt beschworen, Terrorismus sei die größte Gefahr für die nationale Sicherheit. Hinterher hat Bush seine Berater gefragt, was denn wohl die Lektion des 11. September sei. Sie kamen zu dem Schluss, Amerika müsse frühzeitig gegen heraufziehende Gefahren vorgehen – also auch gegen Saddam.

SPIEGEL: Demnach ist Bush der Hauptschuldige am Schlamassel im Irak?

Woodward: Momentan sieht es dort tatsächlich nicht gut aus. Doch das kann sich dramatisch ändern – zum Guten oder auch zum noch Schlechteren. Und Bush wird daran gemessen werden, ob es beim Schlamassel bleibt oder nicht.

SPIEGEL: Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice soll nun für die Wende sorgen. Ihr hat der Präsident die Aufsicht über den Irak übertragen. Trauen Sie ihr zu, dass sie schafft, woran das Pentagon gescheitert ist?

Woodward: Ihr großer Vorteil ist die Nähe zu Bush, sie ist sein Alter Ego. Wenn ein Problem auftaucht, wenn etwa CIA und Pentagon miteinander in Streit geraten, dann tritt sie als Schiedsrichterin auf. Als sie dem Präsidenten sagte, dass im Irak zu viel zu lange schief läuft, hat er ihr den Auftrag gegeben: Bring das in Ordnung. Dafür braucht sie Kompetenzen, und er hat sie ihr gegeben.

SPIEGEL: Hätte die Sicherheitsberaterin nicht verhindern müssen, dass der Präsident überhaupt in solche Schwierigkeiten gerät?

Woodward: Ich habe sehr sorgfältig recherchiert, was da im Weißen Haus vor sich gegangen ist, ich habe Interviews geführt und Dokumente eingesehen. Ich glaube, ein Besatzungsregime kann in der ersten Phase gar nicht alles richtig machen. Wichtig ist, dass es dann später rund läuft.

SPIEGEL: Daran mangelt es aber. Müsste Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der für die Nachkriegsordnung zuständig war, eigentlich nicht gefeuert werden?

Woodward: Rumsfeld ist zwar eine Schlüsselfigur in der Regierung, aber man kann nicht den Hund treten, wo das Herrchen verantwortlich ist. Bush war an allen Irak-Entscheidungen maßgeblich beteiligt, und es ist sein Krieg. Wenn es jedoch weiter bergab geht, werden Köpfe rollen – so ist das übliche Spiel, bei Ihnen in Deutschland wie bei uns in Amerika.

SPIEGEL: Rumsfeld hat sich öffentlich beschwert, weil Rice ohne sein Wissen die Irak-Zuständigkeit erhalten hat. Bricht jetzt wieder ein offener Konflikt in der Regierung aus?

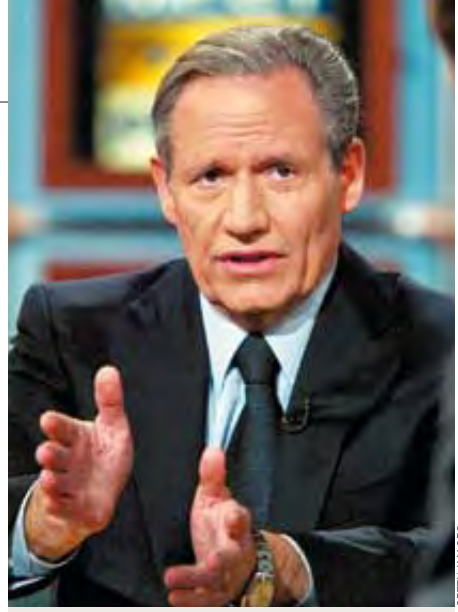
Woodward: Die Konflikte sind ja immer da. Beim Pokern heißt es: Es geht um den ganzen Pott. Alle hängen jetzt voll drin, Außenminister Colin Powell, Vizepräsident Richard Cheney, Rumsfeld, Rice und natürlich Bush. Sie müssen den Irak gemeinsam unter Kontrolle bringen. Doch die letzten Entscheidungen trifft immer der Präsi-



KHUE BUI / NEWSWEEK

Präsident Bush, Berater*: *„Ungeheure Macht und Verantwortung“*

* Sicherheitschefin Condoleezza Rice, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.



GETTY IMAGES

Robert Upshur Woodward
studierte Geschichte, Literatur und diente in der Marine, bevor er Reporter wurde. 1972/73 enthüllte Woodward, genannt Bob, gemeinsam mit Carl Bernstein den Watergate-Skandal, über den Präsident Richard Nixon stürzte. Seit 1974 hat der Pulitzer-Preisträger, 60, zahlreiche Bestseller geschrieben, darunter „All the President's Men“, das (verfilmte) Buch zur Affäre, und zuletzt „Bush at War – Amerika im Krieg“.

Werbeseite

Werbeseite

dent. In unserem System hat er ungeheure Macht – und ungeheure Verantwortung.
SPIEGEL: Wie stark ist denn der Einfluss seiner Berater?
Woodward: Es kommt nur auf Bush an, auch wenn er über die geringste Erfahrung in der Außenpolitik verfügt. Er ist der Präsident und keine Marionette, auch nicht die von Cheney. Seine Berater nehmen einflussreiche Rollen wahr, sie verfügen über eine wichtige Stimme, aber auch nicht über mehr.
SPIEGEL: Ausgerechnet dieser Präsident soll ein einsamer Wolf sein?
Woodward: Der entscheidende Charakterzug eines Präsidenten scheint mir Mut zu sein – Mut auch, ein Stück des Weges ganz allein zu gehen. Denken Sie nur an Abraham Lincoln, der wegen des von ihm



CHUCK LIDDY / THE NEWS & OBSERVER

US-Soldaten nahe der irakischen Stadt Falludscha: *„Alleingänge schaden nur“*

entfesselten Bürgerkriegs fast ans Kreuz geschlagen worden wäre. Heute gilt er als einer der größten amerikanischen Staatsmänner aller Zeiten. Oder Harry Truman, dem Bush in manchem ähnelt: ein Mann des schlichten Wortes, der deshalb als Bauerntölpel aus Missouri verlacht wurde und erst spät Anerkennung fand. Womöglich urteilt die Geschichte auch über den Texaner George W. Bush dereinst günstiger, als viele es heute für möglich halten.
SPIEGEL: Was ist denn sein wichtigstes außenpolitisches Ziel – eine hegemoniale Neuordnung im ganzen Nahen Osten?
Woodward: Ich glaube, Bush will Demokratie in Nahost verbreiten und fängt damit im Irak an. Als ich bei ihm war, sprach er immer von den Unschuldigen, vom Leid der Kinder und Frauen in diesen Ländern, von der Folter und den Vergewaltigungen – all dem möchte er ein Ende setzen.
SPIEGEL: Und dafür ist präventive Kriegführung das geeignete Mittel – etwa demnächst gegen Syrien?
Woodward: Nein, denn diese Strategie hat sich mittlerweile von selbst erledigt. Niemand im Weißen Haus denkt derzeit an einen weiteren Krieg, weder gegen Syrien noch Iran oder Nordkorea.
SPIEGEL: Deutet der überraschend große Widerstand in den Vereinten Nationen gegen Washingtons Irak-Politik das Ende des amerikanischen Zeitalters an?
Woodward: Ob Amerika eine glaubwürdige Führungsmacht sein kann, hängt auch von unserer Fähigkeit zur kritischen Selbstprüfung ab. Zu den Fehlern, die der Regierung Bush unterlaufen sind, gehört sicherlich die auffällige Arroganz einiger Regierungsmitglieder, ihre Unlust zuzuhören, ihr Unwille, sich mit der internationalen Gemeinschaft zu treffen. Sie wollten lieber diktieren als konsultieren. Doch jetzt hat sich wieder herausgestellt, dass zur Führung die Fähigkeit zur Zusammenarbeit gehört. Das mag ein endloser, ermüdender Prozess sein, aber wir können uns nun einmal nicht von der Welt isolieren, und Alleingänge schaden nur.
SPIEGEL: Aber wie viel Zeit bleibt Bush, den Irak zu befrieden?
Woodward: Bis zum Wahltag 2004. Verständlicherweise wächst das Unbehagen in den Vereinigten Staaten Woche für Woche, weil keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden und beinahe täglich amerikanische Soldaten sterben. Das ist für uns Amerikaner wie eine chinesische Folter: Tropfen für Tropfen, immer auf dieselbe schmerzende Stelle.
SPIEGEL: Wird George W. dasselbe Schicksal erleiden wie sein Vater – der lediglich eine Amtszeit im Weißen Haus regieren konnte?
Woodward: Daran glaube ich nicht. Dem Senior kam einfach das Gespür für die Stimmung im Land abhanden. Über die Fehler seines Vaters, der die wirtschaftliche Entwicklung in den USA aus den Augen verloren hatte, hat Bush junior häufig mit mir gesprochen. Er versucht, beides im Blick zu behalten, Amerikas Außenpolitik ebenso wie die Innenpolitik.
SPIEGEL: Die Amerikaner beschäftigt aber derzeit vor allem die Misere im Irak. Gerät das Weiße Haus deshalb langsam in Panik?
Woodward: Na, jedenfalls widmen Bushs Berater der Stimmung im Land ziemlich große Aufmerksamkeit. Sie haben noch ein Jahr Zeit, und dann kommt der Tag der Abrechnung. Bis dahin möchte ich für mein nächstes Buch herausfinden, wie die Entscheidungen im Weißen Haus fallen, welche Gespräche Bush führt, welche Geheimdienstinformationen er bekommt, wie die morgendlichen CIA-Bedrohungsanalysen aussehen und wie sie auf ihn wirken. Der emotionale Kontext seiner Entscheidungen ist mir wichtig, etwa der Einfluss seiner Frau auf ihn, den man keinesfalls unterschätzen darf.
SPIEGEL: Werden Sie schlau aus Bush?
Woodward: Ich glaube schon. Wenn ich mich, manchmal stundenlang, mit ihm unterhalte, weicht er nicht aus und scheint mir offen zu sein. Mein großes Thema seit Watergate ist ja Politik im Verborgenen, und Bush weiß offenbar instinktiv, dass Geheimpolitik im Weißen Haus gefährlich wäre. Natürlich könnte er seine Entscheidungen besser erklären, aber was in dieser Regierung vorgeht, ist in großen Zügen bekannt.
SPIEGEL: Allerdings sind die Gründe für den Irak-Krieg hoch umstritten. Die Massenvernichtungswaffen tauchen nicht auf, die Verbindung zwischen Saddam Hussein und Osama Bin Laden gibt es offenbar nicht: Ließ sich der Präsident in die Irre führen?
Woodward: Das ist die Frage aller Fragen, für die wir alle keine Antwort haben. Bisher nehme ich es der Regierung noch ab, dass sie davon überzeugt war, Saddam besitze Massenvernichtungswaffen. Das Weiße Haus, die CIA und das Pentagon haben diesen Grund für den Krieg nicht frei erfunden, doch müssen sie jetzt erklären, warum der „rauchende Colt“ nicht aufzutreiben ist.
Der wirkliche Alptraum aber ist, dass wir Saddam Hussein nicht finden – obwohl sein Überleben doch wohl erwiesen ist. Was lässt sich leichter verstecken: ein Reagenzglas mit Biokampfstoff oder ein Diktator, der Luxus liebt und Helfer braucht? Natürlich ist es gut möglich, dass Saddam doch noch gefunden wird – und vielleicht auch die Massenvernichtungswaffen.

Interview: Siegesmund von Ilsemann, Gerhard Spörl

Werbeseite

Werbeseite

RUSSLAND

Die bleierne Stille

Zwei Monate vor der Duma-Wahl zieht der Kreml die Zügel straff. Die Medien stehen unter strenger Aufsicht, Regime-Gegner werden eingeschüchtert, und die Opposition sieht sich ausmanövriert.



ITAR-TASS / AP

Wahlkämpfer Putin*: *Der Präsident reklamiert zunehmend eigenes Recht*

Sie nennen ihn den Schamanen unter den Kreml-Weisen, den Guru unter Moskaus Polit-Technologen, einen Großmeister der schwarzen PR – der eleganten, aber üblen Nachrede.

Gleb Pawlowski, 52 Jahre alt, trägt kreatives Schwarz, hat hundert Beschäftigte und ein schickes Büro an der Moskwa. Er war Kommunarde, Dissident und Verbannter in der Sowjetunion. Jetzt ist er Puppenspieler im Auftrag der Mächtigen.

Ohne Pawlowski und seine Kampagnen, so heißt es, hätte Boris Jelzin 1996 keine zweite Amtszeit mehr erreicht.

Und ohne Pawlowski wäre 2000 der Ex-KGB-Offizier Putin kaum so glatt durchmarschiert bis in den Kreml. Es galt zuvor nicht nur, die populären Konkurrenten als korrupt (Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow) respektive altersschwach (Ex-Premier Jewgenij Primakow) zu diffamieren. Es ging auch darum, dem Quereinsteiger Putin eine Partei zu verpassen und seinem Politikstil einen beruhigend klingenden Namen.

Die „gelenkte Demokratie“ wurde erfunden. Sie ist jetzt, fast vier Jahre später, so etwas wie Russlands inoffizielle Staatsräson. Der Politikberater Pawlowski, der das Unwort mitgeprägt haben soll, darf für sich in Anspruch nehmen, die jüngere Geschichte seines Landes mehr beeinflusst zu haben als viele Minister.



KOMMERSANT / ACTION PRESS

Politikberater Pawlowski
Puppenspieler der Mächtigen

„Russland ist unverändert auf der Suche nach sich. Wir werden noch so manches Erdbeben erleben in nächster Zeit“, sagt er, während vor dem Fenster die alte Schokoladenfabrik Roter Oktober schon Lichtmuster in den Moskauer Nachthimmel zeichnet.

In Sachen Fintenreichtum ist Pawlowski ein würdiger Sohn seiner Heimatstadt, der Schlitzohr-Metropole Odessa. Bereits im August hat er vor einem Putsch von Ex-Geheimdienstlern im Putin-Umfeld gewarnt. Jetzt versucht er, die bleierne Stille, die das politische Russland überwölbt, zur Ruhe vor einem Sturm umzudeuten, der nur mit harter Hand zu verhindern sei: „Vier weitere Jahre mit diesem Präsidenten würden dem Land gut tun.“

In fünf Monaten steht Wladimir Putin zur Wiederwahl. Schon am 7. Dezember wird eine neue Duma gewählt. Doch Nachrichten aus der politischen Wirklichkeit im größten Flächenstaat der Erde werden gefiltert wie zu finsteren Sowjet-Zeiten.

Was geschrieben werden darf im Wahlkampf und was nicht, regelt ein Gesetz aus dem Juni 2002. Es besagt: Journalisten haben im Wahlkampf zu berichten, nicht zu analysieren. Medien, die zweimal gegen die neuen Bestimmungen verstoßen, können vor Gericht gerufen werden. Zeitungen droht dann die Schließung für die Zeit des Wahlkampfs, Sendern die Absetzung des in Frage stehenden Programmteils.

Wie die neuen Bestimmungen in Putins Russland konkret anzuwenden sind, das hat Sergej Bolschakow von der Zentralen Wahlkommission vorsorglich schon einmal klargestellt. Erlaubt sei beispielsweise, darüber zu berichten, dass ein Kandidat für den Fall seiner Wahl mietfreies Wohnen versprochen habe. Nicht erlaubt sei, darüber zu berichten, dass derselbe Kandidat mit demselben haltlosen Versprechen bereits bei der letzten Wahl durchgekommen war. Ein derartiger Hinweis erfülle den Tatbestand der Analyse.

Erlaubt ist in Russland im Herbst 2003 die Behauptung, Präsident Putin sei ein

* Am 3. Oktober bei einem Treffen mit Veteranen des Zweiten Weltkriegs im südrussischen Krasnodar.

Werbeseite

Werbeseite

Versager ohne Visionen. Allerdings nur, wenn der Journalist beweisen kann, dass ihn der Kommunisten-Chef Gennadij Sjuganow oder ein anderer Putin-Rivale für diese Form der Berichterstattung aus Wahlkampfmitteln entlohnt hat.

Der Chef des russischen Journalisten-Verbands, Igor Jakowenko, beklagt den absurden Kern der neuen Gesetzgebung: „Nur jene, die an Wahlen teilnehmen, dürfen auch darüber sprechen."

Erste Erfahrungen mit dem Gesetz legen, immerhin, die Hoffnung nahe, mit Witz und Erfindungsreichtum könnte es dem russischen Volk einmal mehr gelingen, die Gängelungspraktiken der Herrscher zu unterlaufen.

Bei der St. Petersburger Gouverneurswahl ist eine unliebsame Zeitung von der Polizei beschlagnahmt worden unter dem Vorwand, einer der darin Abgebildeten sei nicht um Erlaubnis gefragt worden. In der Folge aber gingen Journalisten dazu über, die himmelschreienden Zustände in der „Stadt X" detailgetreu zu beschreiben und so unter Umgehung der Zensurbestimmungen ihre Leserschaft zu erreichen.

Über solche Ungezogenheiten kann Alexander Weschnjakow nicht lachen. Der Chef der Zentralen Wahlkommission steht protokollarisch im Rang eines Vizepremiers, ist Oberaufseher über 108 Millionen Wähler und neuerdings eben auch über die Journalisten. Weschnjakow ist der Mann, der verhaltensauffälligen Schmierfinken das Handwerk zu legen hat.

Geboren vor 50 Jahren als Fischersohn am Weißen Meer, hat er die Parteihochschule Leningrad absolviert, war Komsomol-Funktionär und Stadtpartei-Sekretär der KPdSU in Archangelsk, bis er aufstieg zum höchsten Wahlbeamten Russlands. Weschnjakows Lebenslauf passt zum Aufgabenprofil. Er hat von Jugend an gelernt, das Wort der Zentrale zu achten.

Anfang September war er bei Putin zur Befehlsausgabe. Das staatliche Fernsehen sendete live, als der Beamte aus dem Mund seines Staatsoberhaupts vernahm, es gelte für die „Regulierung des Wahlprozesses" Sorge zu tragen. Weschnjakow spürte wohl, dass das nicht gut klang. Doch er schwieg.

Und auch wie er jetzt da so sitzt, in seinem nagelneu ausstaffierten Wahlkommissions-Palast im Herzen Moskaus, ein schmallippiger Mann mit mephistophelischem Lächeln, sieht er nicht glücklich aus. Eher wie einer, dem es körperliche Pein bereitet, ständig versichern zu müssen, in Russland sei nicht die Meinungsfreiheit bedroht, sondern die „Freiheit zu lügen".

Weschnjakow ist Träger des Ordens für Verdienste am Vaterland. Die Auszeichnung hat ihm Putin 2000 verliehen, auf dem Höhepunkt der Debatte darüber, wie viele Millionen Stimmen bei der letzten



SMIRNOV / ITAR-TASS / ELANCE MEDIA

Prosowjetische Demonstration*
„Russland ist unverändert auf der Suche nach sich“

Präsidentenwahl zu Gunsten des Siegers „umgerubelt“ worden seien. Selbst wenn sie ihn wieder mit Halb-Pfund-Beuteln Mayonnaise beschmeißen, wie unlängst am Manegeplatz in Moskau, der Beamte Weschnjakow wird loyal bleiben.

Und Putin kann weiter getrost gegen die Wahlgesetze des Landes verstoßen. Wie vor kurzem in der Hauptstadt, wo der Präsident den Kongress des Kreml-Wahlvereins „Einiges Russland“ beehrte.

Im Saal, in dem schon Stalin aufgebahrt war, standen da die Höflinge mit vor Stolz geröteten Gesichtern Spalier, Moskaus Stadtoberer Jurij Luschkow allen voran, einst Putins erbitterter Gegenkandidat, heute beinharter Gefolgsmann. Sie standen da und freuten sich über die Parteinahme zu ihren Gunsten und sagten, ein Präsident dürfe so etwas. Der Beamte Weschnjakow tat danach wieder, als wäre nichts gewesen.

Putin und seine Entourage, flankiert von einem Heer willfähriger Beamter, reklamieren zunehmend eigenes Recht. Etwa wenn sie, wie vor der kürzlichen Wahl zum Präsidenten der Rebellenrepublik Tschetschenien, alle drei aussichtsreichen Rivalen des Kreml-Favoriten Ahmed Kadyrow wegen angeblicher Verstöße gegen das Wahlgesetz aus dem Rennen nehmen lassen.

Hörbarer Protest im Volk über derartige Vorgänge bleibt aus. Wen interessiert es, ob „Einiges Russland“ und die noch immer kampfstarke KP etwa gleichstark über die Ziellinie gehen – wie Umfragen derzeit vermuten lassen? Ob Rechts- wie Linksliberale oder der Trupp des Polit-Clowns Schirinowski diesmal völlig auf der Strecke bleiben? Und ob Kreml-Gegenspieler Boris Beresowski, dessen Partei mit allerlei Finessen am Start gehindert wurde, noch zum Gegenschlag ausholen wird?

„Die ganze Gesellschaft ist inzwischen enttäuscht von der Demokratie“, sagt Alexej Simonow: „Wenn du siehst, dass das Ergebnis deiner Wahl rein gar nichts ändert, dann entsteht irgendwann eine Stimmung der Gleichgültigkeit. Das ist der Punkt, an dem auch die Presse ans Gängelband genommen werden kann. Das regt dann keinen mehr auf.“

Simonow, ein früherer Filmemacher, leitet die Moskauer „Glasnost Defence Foundation“ und listet mit seinen Mitarbeitern die Zusammenstöße zwischen Presse und Obrigkeit auf. 1500 Fälle allein im letzten Jahr sind verbürgt – finanzschwachen Verlagen lässt sich mit Klagen auf hohen Schadensersatz schnell der Garaus machen.

Simonow weist darauf hin, dass der eigentliche Sündenfall der jungen russischen

* In Moskau am 3. Oktober, dem zehnten Jahrestag eines misslungenen Aufstandsversuchs gegen Reformpräsident Boris Jelzin.

Chancen für wenige

An der Duma-Wahl am 7. Dezember können 44 Parteien und 20 Wahlblöcke teilnehmen, aber nur die Hälfte wird antreten. Folgende Parteien werden voraussichtlich die 5-Prozent-Hürde überwinden:

DER SPIEGEL

Einiges Russland (Putin-nah)	**Kommunistische Partei Russlands**	**Jabloko** (liberal)	**Union rechter Kräfte** (reformorientiert)	**LDPR** (rechtsextrem)
Vorsitzender: Boris Gryslow	Vorsitzender: Gennadij Sjuganow	Vorsitzender: Grigorij Jawlinski	Vorsitzender: Boris Nemzow	Vorsitzender: Wladimir Schirinowski

Demokratie im Jahr 1996 liege – als im Zuge einer konzertierten Aktion mit dem Ziel, die Rückkehr der Kommunisten an die Macht zu verhindern, Journalisten mit Oligarchen gemeinsame Sache zu Gunsten Jelzins machten. Einträgliche Gegengeschäfte von Journalisten mit der politischen und wirtschaftlichen Macht gehörten seither zur Medienszene. Die Realität im russischen Herbst 2003 sieht so aus, dass von fünf landesweit sendenden TV-Stationen keine mehr unabhängig ist.

Die Hauptabendnachrichten der staatlichen Fernsehkanäle dokumentieren mit der Macht ihrer Bilder stabile Bau-auf-Stimmung. Um 6,3 Prozent ist die Wirtschaft in den ersten neun Monaten des Jahres gewachsen. Spezialeinheiten werden bei entschlossen geführten Schlägen gegen Separatisten und gewöhnliche Verbrecher gezeigt. Und der Präsident trifft bedeutende Personen der Zeitgeschichte.

Zu sehen ist Putin mit Bush beim Waldspaziergang, Putin im Kreis der alten Kaderkommunisten Kutschma (Ukraine), Nasarbajew (Kasachstan) und Lukaschenko (Weißrussland) oder Putin mit Berlusconi im Sommerhemd auf einer Yacht kumpelnd – minutenlang.

Kann einer, dem alle den Arm um die Schulter legen, das ist die Nachricht ans Volk, ein schlechter Präsident sein?

Grigorij Jawlinski, der Oppositionspolitiker, erfährt derzeit am eigenen Leib, was es heißt, wenn die Medien an die Leine gelegt werden. Jawlinski sitzt auf der Ledercouch seines Büros in der Staatsduma und versteht die Welt nicht mehr.

„Sehen Sie den da“, ruft er und deutet auf einen Redakteur des staatlichen Fernsehens, der gerade seinen Kameramann ins Zimmer dirigiert: „Was meinen Sie, was der will? Er will mich nach Kossygin fragen. Nicht nach meinen Wahlzielen, nein. Nach Sowjet-Ministerpräsident Kossygin, zum 100. Todestag – dabei habe ich den nie kennen gelernt.“

Jawlinski, inzwischen 51, hat es als Autor einer schonungslosen Analyse der Wirtschaft unter Breschnew und 1990 als Verfasser des 500-Tage-Programms zur Umgestaltung der Sowjet-Wirtschaft früh zum Liebling des Westens gebracht. Inzwischen, so sagt er, habe er in Russland praktisch kein Forum mehr – als Oppositionspolitiker finde er im Fernsehen nicht statt.

Auch er räumt ein, die Wurzeln des Problems lägen vor Putins Zeit: „1996 haben die Herrschenden begriffen, dass du einen wie Jelzin mit Gewalt und in kürzester Zeit von 2 Prozent Zustimmung auf 53,8 Prozent bringen kannst, ohne dass in Deutschland oder England einer protestieren würde. Da haben sie sich gesagt – warum sollen wir nicht gleich die ganze Gesellschaft in dieser Art umgestalten“ – mit sanfter Gewalt?

Der Aufstieg des Obersten der Auslandsaufklärung Wladimir Putin zum Staatsoberhaupt – eine Geschichte, von der der Satiriker Wiktor Schenderowitsch sagt, sie erinnere ihn an E. T. A. Hoffmanns Märchen vom Zwerg Klein Zaches, den die Fee per Zauberkamm zum Schönling hochkämmt – hat Russlands politische Landschaft verändert.

Doch wie es dazu kam, interessiere leider außerhalb der Landesgrenzen kaum noch jemanden, sagt in seinem Büro am Puschkinplatz der große Soziologe Jurij Lewada: „Um die Sowjetunion hat sich der Westen noch gekümmert. Um Russland kümmert er sich nicht mehr. Nur noch um den Präsidenten. Weil der nach Westen lächelt. Aber Putin ist ein echter Russe – er sagt das eine und denkt das andere.“

Lewada, 73 Jahre alt, ist ein Monument des Widerstands. Er wurde zum Geburtshelfer der Soziologie in der Sowjetunion und flog 1969 vom Lehrstuhl – auf Grund „bürgerlichen Objektivismus“, das heißt politischer Unbotmäßigkeit.

Als Untergrundveranstaltung existierte das so genannte Lewada-Seminar weiter. Aus ihm wuchs 1987, unter Gorbatschow, das Allrussische Meinungsforschungsinstitut WZIOM. Es war das renommierteste seiner Art, eines, das auch zu Ergebnissen kam, die den Schluss erlaubten, Russlands Präsident sei nicht unfehlbar.



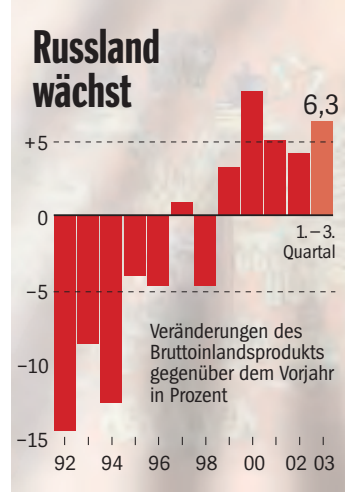


C: PÜSCHNER / LAIF (L.); ITAR-TASS / ELANCE MEDIA (R.)

Models in St. Petersburg, Armut in der Provinz: *„Die ganze Gesellschaft ist enttäuscht von der Demokratie“*

Noch im Mai ermittelten WZIOM-Leute, dass nur 24 Prozent aller Russen zufrieden seien mit dem Leben im Land. Im August war dann Schluss – Lewadas Mannschaft wurde vertrieben, das Institut verkauft. Hauptaktionär ist nun der Staat und Institutschef ein 29 Jahre alter ehemaliger Wahlkampfhelfer der Putin-Partei.

„Die Russen haben sich an die Marktwirtschaft gewöhnt, nicht aber an die Demokratie“, sagt Lewada: „Der Homo sovieticus verändert sich nur langsam. Bis zu einer bürgerlichen Gesellschaft werden noch mehrere Generationen vergehen.“



44 Prozent aller Russen, exakt so viele wie vor zehn Jahren, sagen heute, sie würden es vorziehen, alles wäre geblieben wie vor 1985. Vor Gorbatschow also.

Und doch liegt das regierende Staatsoberhaupt in allen Umfragen vorn. Putin behauptet sich durch pausenlose Präsenz auf Bildschirmen und Titelseiten. „Eine überwältigende Mehrheit aller Russen“, so Lewada, „gibt als entscheidendes Argument zu Gunsten Putins an: Wir haben nur ihn.“

WALTER MAYR

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

PERU

„Eine neue Gesellschaft“

Alejandro Toledo, der erste Indio als Staatschef, über die Bewältigung des Bürgerkriegs, Wege aus der Rezession und die perverse Verbindung zwischen Terror und Drogen



THOMAS J. MUELLER

Alejandro Toledo
wurde 1946 als Bauernsohn im Andenort Cabana geboren. Der hoch begabte Schüler studierte als Stipendiat in den USA Wirtschaftswissenschaften, wurde Berater bei Uno, Weltbank und OECD sowie Universitätsdozent. Anfang der neunziger Jahre gründete er die Bewegung Perú Posible, scheiterte aber bei zwei Präsidentschaftswahlen, 1995 und 2000. Manipulationsvorwürfe der Opposition gegen den wieder gewählten Alberto Fujimori führten zu gewaltsamen Protesten. Als Fujimori infolge eines Bestechungsskandals im Herbst 2000 ins japanische Exil floh, war der Weg für Toledo frei, der als volksnaher, sich seiner Herkunft bewusster Bonvivant gilt.

SPIEGEL: Herr Präsident, knapp drei Jahre nachdem Sie mit Ihrer Volksbewegung Perú Posible den Diktator Alberto Fujimori und seine korrupte Corona aus dem Amt gejagt haben, ist Ihre Popularität im Keller. Woran liegt das?

Toledo: Die Menschen misstrauen Politikern nach allem, was nun ans Tageslicht gekommen ist. Es ist einfach, populär zu sein. Man muss nur allen alles versprechen. Fujimori hatte zeitweilig Zustimmungsraten von 75 Prozent. Er hat eine Menge Fische verteilt. Aber er hat den Leuten nicht beigebracht, wie man fischt.

SPIEGEL: Wie war die Lage, als Sie am 28. Juli 2001 die Macht übernahmen?

Toledo: Noch schlimmer, als ich ahnte. Das Land war bankrott, ausgeplündert. Ein großer Teil der rund neun Milliarden Dollar Privatisierungserträge ist auf Auslandskonten gelandet. Jetzt gibt es kaum noch etwas zu privatisieren.

SPIEGEL: Ihnen ist dennoch ein kleines Wirtschaftswunder geglückt.

Toledo: Peru steckte tief in der Rezession. Uns ist es gelungen, diesen Trend umzudrehen. In den beiden letzten Jahren lag die Wachstumsrate zwischen vier und fünf Prozent. Nun müssen aber auch die einfachen Leute davon profitieren. Das ist unsere aktuelle Herausforderung …

SPIEGEL: … und genau dort liegt das Problem. Bauern und Lehrer gehen auf die Straße und demonstrieren gegen Sie. Haben Sie vielleicht die gewaltige Aufgabe unterschätzt, die vor Ihnen liegt?

Toledo: Nein, aber wir mussten unter Bedingungen der Demokratie und der totalen Transparenz neu anfangen, und wir können keine Geschenke verteilen. Wir haben kein schmutziges Geld zur Verfügung wie Fujimori, wir wollen es auch nicht.

SPIEGEL: Die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die kurz nach Ihrer Vereidigung eingesetzt wurde, hat jetzt ihren schockierenden Befund über 20 Jahre Bürgerkrieg und Menschenrechtsverletzungen in Peru vorgelegt: annähernd 70 000 Tote oder Verschwundene, und nicht nur Terroristen haben gemordet, sondern auch das Militär, die Polizei werden stark belastet. Massaker, Folter, Vergewaltigungen – all das sei „geduldet worden“ vom peruanischen Establishment.

Toledo: Ich habe den allergrößten Respekt vor den Mitgliedern der Kommission. Ihr Bericht hält uns den Spiegel vor, in den wir, voller Scham, nun blicken müssen. Aber all das muss den Anfang bilden für eine neue Zivilgesellschaft.

SPIEGEL: Es war nicht Fujimori allein, der diesen schmutzigen Krieg geführt hat. Die Willkür der Militärs, die Korruption der Justiz hätten bereits unter seinen Vorgängern Fernando Belaúnde und Alan García begonnen, heißt es in dem Bericht.

Toledo: Wir müssen uns, wie die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, zu einer Selbstreinigung durchringen. Es darf keine Straffreiheit geben.

SPIEGEL: Bisher sitzen nur Terroristen ein.

Toledo: Wir müssen kollektive Wiedergutmachung leisten, vor allem an den Opfern und ihren Familien. Wir werden einen Reparationsplan präsentieren, ein Budget, an dem alle Ministerien beteiligt sind. Es hat doch immer die Ärmsten getroffen, die Indios, meine Leute.

SPIEGEL: Als deren Kandidat haben Sie die Wahl gewonnen. Was war das für ein Gefühl, als Sie im Mai in Arequipa und in Puno Polizisten gegen streikende Campesinos und Studenten einsetzten?

Toledo: Ich habe mich und meine Regierung verpflichtet, die Gehälter der Lehrer bis zum Ende meiner Amtszeit zu verdoppeln. Aber ich kann einzelnen Interessengruppen keine populistischen, unrealistischen Versprechungen machen. Ich bin dem Allgemeinwohl verpflichtet.

SPIEGEL: Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die Terroristen des „Leuchtenden Pfades“ neu gruppieren. Kürzlich wurde eine Gruppe von Pipeline-Arbeitern gekidnappt.

Toledo: Lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen: Es gibt keine Reaktivierung des „Leuchtenden Pfades“. Die Entführten waren eine Gruppe junger Leute, die von den letzten Kadern der Maoisten gekidnappt worden sind. Und die haben diese Jugendlichen dann losgeschickt, um Lebensmittel und Medizin zu besorgen. Das war eher eine Verzweiflungstat.

SPIEGEL: Glauben Sie nicht, dass Terrorismus und Drogenhandel eine neue, lukrative Verbindung eingehen, auch in Peru?

Toledo: Diese perverse Verbindung zwischen Terror und Drogen gibt es überall. Bei uns, in Kolumbien, auch in Afghanistan. Der Terrorismus finanziert sich damit,



Werbeseite

Werbeseite

und er ist eine globale Erscheinung, auf die es eine globale Antwort geben muss.

SPIEGEL: Wie soll die aussehen?

Toledo: Ein Weg besteht darin, sich um die Ärmsten und bisher Ausgeschlossenen zu kümmern seitens des Staates, mit Schulen und Krankenhäusern und weiteren Einrichtungen. Man darf den Kriminellen nicht das Feld überlassen.

SPIEGEL: Es gibt noch ein paar andere globale Antworten. Zum Beispiel militärische.

Toledo: Wir verurteilen jeglichen Terrorismus und diejenigen, die ihn sponsern oder an Massenvernichtungswaffen arbeiten, aber der Kampf muss über die internationalen Gremien und Institutionen geführt werden. Das Problem für die USA ist doch heute, wie sie aus dem Irak wieder rauskommen und welche Rolle die internationale Gemeinschaft spielen wird. Und ich glaube, diese Rolle muss entscheidend sein.

SPIEGEL: Als Sie gegen Fujimori antraten, taten Sie das als „cholo“, als Kandidat der Indios. Konnten Sie deren Los verbessern?



REUTERS / ELANCE MEDIA

Präsident Fujimori*: *Zur Selbstreinigung durchringen*

Toledo: Ja, aber es gibt noch viel zu tun. Im ersten Jahr habe ich 20 Prozent des Militärhaushalts eingespart, um insbesondere die Armut der indigenen Bevölkerung zu bekämpfen. Derzeit versuchen wir das Indio-Idiom Quechua als zweite offizielle Sprache in den Schulen einzuführen. Außerdem wird eine Verwaltungshochschule für die indigenen Völker eingerichtet. Ich kann doch meine Herkunft nicht vergessen!

SPIEGEL: Wie wichtig ist Mercosur, das südamerikanische Handelsbündnis, für Sie?

Toledo: Wir sind Mercosur beigetreten, weil regionale Integrationen wichtig sind. Wir haben darüber hinaus eine strategische Partnerschaft mit Brasilien unterzeichnet, die ich für die wichtigste außenpolitische Maßnahme der letzten 50 Jahre halte. Es werden Straßen gebaut werden, die unsere beiden Länder noch mehr verbinden. Natürlich heißt das nicht, dass wir nicht auch weiterhin bilaterale Verträge etwa mit den USA abschließen.

SPIEGEL: Und nun besuchen Sie die Bundesrepublik und andere europäische Länder.

Toledo: Ich werde Kanzler Schröder bitten, genauso wie Herrn Chirac und Herrn Aznar, eine Handelspartnerschaft zwischen Peru und der EU zu befürworten.

SPIEGEL: Wie können Sie europäische Investoren für Peru gewinnen, wenn immer noch ein Gefühl der Unsicherheit vorherrscht – hinsichtlich der wieder steigenden Alltagskriminalität, der demokratischen Institutionen, der Rechtssicherheit?

Toledo: Peru ist ökonomisch stabil, wir haben mit die solidesten Wachstumsraten auf dem Kontinent, unser Länderrisiko wird sehr positiv beurteilt. Unsere Agro-Industrie, der Tourismus, die Infrastruktur, all das sind Gründe, sich bei uns zu engagieren. Mit Gerhard Schröder werde ich einen Vertrag über technische Kooperation unterzeichnen und einen weiteren mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Es geht dabei auch um die Umwelt, um Wasseraufbereitung, Ausbildung und Entwicklung.

SPIEGEL: Gegen das Camisea-Erdgas-Projekt, das von einem internationalen Konsortium seit Jahren vorangetrieben wird, gibt es vor allem seitens der Umweltgruppen heftige Widerstände.

Toledo: Es ist das umweltfreundlichste Projekt, das sich denken lässt. Ich brauche dazu keine Belehrungen. Und es wird einen enormen Anschub geben, bei einem Investitionsvolumen von 6,5 Milliarden Dollar. Im Übrigen habe ich persönlich eine Kommission eingesetzt, die auf peinlichste Einhaltung von Umweltbestimmungen achtet und vor allem darauf, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung in den betreffenden Gebieten respektiert werden.

SPIEGEL: Sie haben kürzlich in einer Fernsehansprache von „größerer Demut“ gesprochen. Welchen Ihrer Anfangsfehler werden Sie ganz sicher nicht wiederholen?

Toledo: Ich habe aus meinem Enthusiasmus heraus zu hohe Erwartungen geweckt. Denn in der Politik, wenn man sie richtig machen will, geschieht nichts von heute auf morgen. Aber überlegen Sie, was passiert ist: Ein Indio ist zum Führer Perus gewählt worden. Das hat es seit 500 Jahren nicht gegeben. Das müssen die Leute erst mal verdauen.

INTERVIEW: MATTHIAS MATUSSEK

* Nach der Erstürmung der von Rebellen besetzten japanischen Botschaft in Lima am 22. April 1997.



IVO ETEROVIC AUS: TITO'S PRIVATE LIFE

Staatschef Tito, Ehefrau Jovanka (um 1969)
„Stoff für Spionagethriller“

JUGOSLAWIEN

Genosse Schürzenjäger

Die Heroengestalt des untergegangenen Vielvölkerstaates ließ privat nichts anbrennen. Neue Dokumente bestätigen: Marschall Tito war ein Weiberheld.

Edle Weine, kubanische Zigarren und schöne Frauen – dass Josip Broz Tito den Luxus liebte, hat er nie verhehlt. Und doch ranken sich um das facettenreiche Privatleben des einstigen jugoslawischen Staats- und Parteichefs noch immer wilde Theorien. Ehrgeizige Hobbybiografen wetteifern um obskure Enthüllungen. Mindestens mit 16 Frauen habe Tito 20 Kinder gezeugt, behauptet etwa der Schriftsteller Filip Radulović und widmet in seinem Buch „Titos Geliebte“ jeder der Schönen aus dem Harem des Partisanenführers ein eigenes Kapitel.

Selbst Titos ehemaliger Leibarzt Professor Aleksandar Matunović fühlt sich der ärztlichen Schweigepflicht entbunden und gibt preis, zwei Masseusen aus seinem Team hätten sich in den siebziger Jahren nicht nur rührend um das Wohl, sondern auch um die Potenz des Staatschefs gekümmert. Die beiden Damen, so der Mediziner, hätten auf keiner Reise des Marschalls fehlen dürfen.



Sohn Žarko, Eltern Pelageja, Broz (1923)
Pikante Details

Wie viele andere spürt auch Matunović fieberhaft dem vermeintlichen Doppelleben des verstorbenen Imperators nach, der Jugoslawien 35 Jahre regierte. Der Tito-Biograf ist überzeugt, dass nur drei Personen tatsächlich Einblick in die wahre Vergangenheit des Marschalls gehabt haben.

Einer von ihnen war demnach Ivan (Stevan) Krajaćić, mysteriöser Agent des mächtigen Sowjetgeheimdienstes, der den Auftrag aus Moskau, Tito zu ermorden, schlicht ignoriert haben soll. Der langjährige Tito-Vertraute gilt als Drahtzieher Moskaus mit großem Einfluss auf die jugoslawische Politik. Seine „Informantinnen“ soll Stalins 007 dabei gern in Titos Bett platziert haben. Alles bloße Räuberpistolen? Oder die wahre Geschichte des Josip Broz?

„Tatsächlich wäre vieles in Titos Privatleben Stoff für einen Spionagethriller. Nur dass der Held auch nach dem Schlusskapitel ein Rätsel bleibt“, sagt der langjährige Leiter des jugoslawischen Armeearchivs, Antun Miletić.

Miletićs verstorbener Kollege Vladimir Dedijer, ein bekannter Tito-Biograf, der bis 1954 zur Führungselite im Vielvölkerstaat zählte, hat in seinem Privatarchiv jahrelang unbekannte und bisweilen äußerst pikante Details über Titos Liebschaften zusammengetragen.

Dedijers und Miletićs Dokumente, in die der SPIEGEL nun Einblick erhielt, belegen zweifelsfrei: Der Marschall war ein Womanizer. 1919 heiratete Broz im sibirischen Omsk eine 15-jährige Russin namens Pelageja Beloussowa. Von den vier Kindern, die sie ihm in Kroatien gebar, überlebte nur Sohn Žarko. Als Tito wegen illegaler Propaganda für die Kommunistische Partei 1928 zu fünf Jahren Haft in Kroatien verurteilt wurde, kehrte Pelageja nach Russland zurück, 1935 wurde ihre Ehe geschieden.

Titos Faszination für junge Frauen indes blieb bestehen. Im Alter von 47 Jahren heiratete er die 24-jährige Revolutionärin Hertha Haas, eine deutschstämmige Slowenin. Doch noch vor der Geburt des gemeinsamen Sohnes im Mai 1941 zog es Ehemann Josip wieder nach Belgrad. Hier verliebte er sich aufs Neue in eine junge Frau, diesmal in seine 20-jährige Sekretärin Davorjanka Paunović.

Die auf öffentliche Moral bedachten Parteigenossen erwogen wegen der außerehelichen Liebschaft gar die Absetzung Titos. Doch der ließ sich nicht beirren. Während

Werbeseite

Werbeseite





NATIONAL MUSEUM OF CONTEMPORARY HISTORY, LJUBLJANA (L.)

Tito-Gattin Hertha (M.)*, Geliebte Davorjanka: *„Kein Platz für zwei Frauen“*

der General die Widerstandsbewegung der Partisanen gegen Hitlers Truppen organisierte, wurde Hertha Haas 1943 von der Gestapo verhaftet – bis zu ihrem Tod vermutete sie den KGB-Spion Krajaćić hinter ihrer Gefangennahme.

In treuer Ergebenheit und aus Angst, sie könnte unter dem Einfluss von Folter das Versteck des ZK-Archivs verraten, schnitt sich Hertha im Gefangenenlager die Pulsadern auf. Nach langen Verhandlungen erreichte Tito schließlich ihren Austausch: Für einige gefangene hohe deutsche Offiziere kam die Slowenin frei.

Im November 1943 reiste sie ins bosnische Jajce, dem Marschall hinterher. Als sie dessen Unterkunft betrat, lüftete Nebenbuhlerin Davorjanka gerade die gemeinsamen Betten. Unmissverständlich machte sie der Rivalin klar: „Meine Liebe, in diesem Zimmer ist kein Platz für zwei Frauen.“ Wütend kehrte Hertha daraufhin nach Slowenien zurück. Davorjanka aber erkrankte an Tuberkulose und starb im Mai 1946.

Wenige Wochen später schrieb Tito, voller Reue, einen 16-seitigen Brief an sein „geliebtes Herthalein“ und bat um deren Rückkehr. Kurz und bündig antwortete die Betrogene, sie sei niemals in ihrem Leben zweimal vor demselben Mann auf die Knie gefallen – und reichte die Scheidung ein.

Die auf öffentliche Moral bedachten Genossen erwogen die Absetzung des Generals.

Titos Intimus Krajaćić hatte freilich längst die nächste Eheaspirantin ausgeguckt. Die Partisanin Jovanka Budisavljević, Hauptmann der Nationalen Befreiungsarmee und 32 Jahre jünger als Tito, wurde noch 1946 zur ersten Hausdame des 54-jährigen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, sechs Jahre später machte Tito sie zu Ehefrau Nummer drei.

Doch die „geliebte Ličanka“, wie Tito die Serbin nannte, entwickelte politische Ambitionen. Auf dem 10. Parteitag der Kommunisten 1974 soll die serbische „Evita Perón“, wie sie wegen ihres herrischen Auftretens hieß, unter Berufung auf die Ehefrauen Mao Zedongs und des rumänischen Diktators Nicolae Ceauşescu die Aufnahme in den ZK-Exekutivausschuss verlangt haben – vermutlich, um für die Nachfolge ihres alternden Gatten bereitzustehen. Das war selbst für den verliebten Schürzenjäger zu viel: Kurzerhand blockierte Tito das eigenmächtige Vorhaben.

Warum Jovanka dann 1977 buchstäblich über Nacht aus dem Leben des jugoslawischen Polit-Heroen verschwand, blieb über ein Jahrzehnt rätselhaft. Fest steht: Jovanka unterhielt offenbar geheime Sonderbeziehungen zu Moskau, wichtige politische Interna teilte sie den sowjetischen Genossen mit.

Als Jovanka von Tito schließlich verlangte, eine für den Spätsommer 1977 geplante Reise nach China zu stornieren, weil sich Pekings Beziehungen zu Moskau nachhaltig verschlechtert hatten, kam es zum endgültigen Bruch zwischen ihnen.

„Pack deine Koffer und verschwinde aus meinem Leben“, sollen die letzten Worte gewesen sein, mit denen Tito die Beziehung zu Jovanka schließlich abbrach. Erst kurz vor seinem Tod, am 4. Mai 1980, ließ der inzwischen fast 88-jährige Marschall Gattin Nummer drei noch einmal ins Ljubljaner Krankenhaus rufen.

Nach seinem Ableben war Jovanka hilflos der Rache der Parteigenossen ausgeliefert, die sie schon wenige Wochen später aus der Residenz jagten. Seither lebt die Witwe, ohne gültigen Pass, zurückgezogen in einer Villa im Belgrader Nobelviertel Dedinje. Chauffeur und Gärtner sind zugleich Bedienstete des serbischen Geheimdienstes. Ihre Bewachung sei notwendig, so heißt es offiziell, um die 78-Jährige vor möglichen Racheakten zu bewahren.

RENATE FLOTTAU

* Im November 1943 auf dem Weg nach Jajce.

Werbeseite

Werbeseite

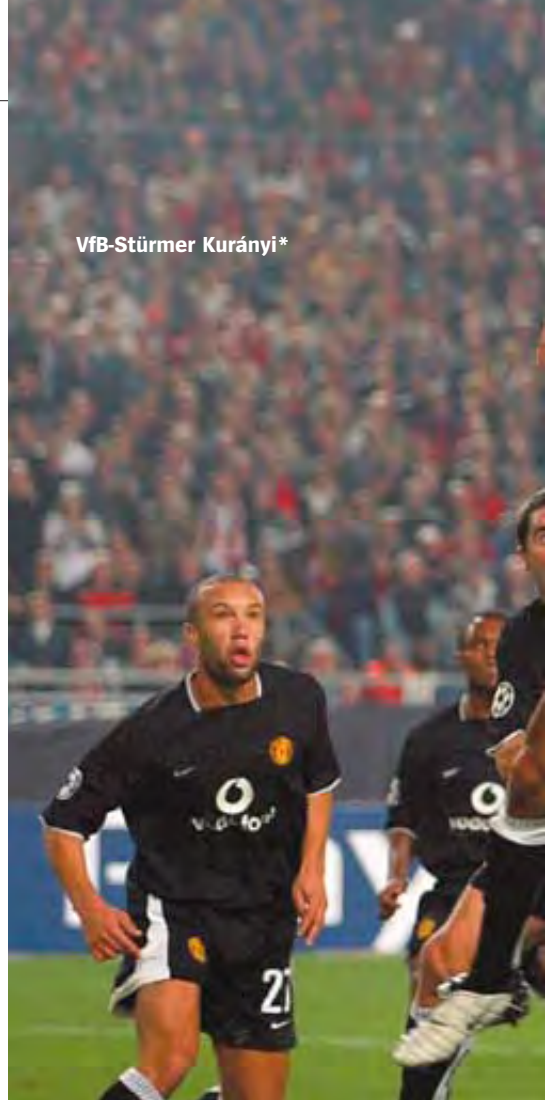
Werbeseite

Werbeseite

FUSSBALL

Der schweigsame Dompteur

Spätestens seit dem Sieg über Manchester United zählt der Stuttgarter Trainer Felix Magath zu den Spitzenkräften seines Fachs. Mit ungewöhnlichen Methoden hat er Talente auf internationales Niveau gebracht. Dennoch ist der Coach verstimmt: Der Club bietet ihm keine langfristige Perspektive.



VfB-Stürmer Kurányi*

Dass Felix Magath, 50, nicht nur als Trainer des VfB Stuttgart „ein Stratege vor dem Herrn“ ist, wie es ihm sein Mittelfeldspieler Horst Heldt bescheinigt, sondern auch als Privatier erstaunlich gut organisiert, bestätigte sich zu Beginn der vergangenen Woche.

Eingehüllt in einen beigefarbenen Mantel und einen roten Kaschmirschal, nutzte Magath, Vater von fünf Kindern, den trainingsfreien Montag für einen ausgiebigen Streifzug durch die Stuttgarter Fußgängerzone – und deckte sich gleich tütenweise mit Weihnachtsgeschenken für seinen Nachwuchs ein.

Die Zielstrebigkeit, mit der Familienmensch Magath die Einkäufe für den 24. Dezember bereits Anfang Oktober auf seiner „To-do-Liste“ abgehakt hat, steht beispielhaft auch für sein Credo als Trainer des schwäbischen Traditionsclubs: „Über den Tag hinausschauen – und auf das Absehbare vorbereitet sein.“

Das ist ein Weg, der offensichtlich zum Erfolg führt. Denn mit seiner systematischen Aufbauarbeit beim mit über 16 Millionen Euro verschuldeten VfB Stuttgart hat „Magier Magath“ („Bild“) in den letzten zweieinhalb Jahren Spuren hinterlassen wie wenige Fußballlehrer vor ihm. Gemessen am Auftreten der Süddeutschen bekommt selbst der Meistertitel des Dortmunder Jungtrainers Matthias Sammer im Mai 2002 im Nachhinein einen Stich.

Bei der Borussia war es eben doch das Geld, das die Tore schoss. Beim VfB ist es das Talent.

Die Fachwelt ist verblüfft. Schon der zweite Tabellenplatz hinter Bayern München in der Vorsaison galt als Sensation. Dass der Erfolg nicht reproduzierbar sei, hielten Experten für ausgemacht. Nun aber rangieren Magaths „Junge Wilde“ nach acht Spieltagen, als einzige Mannschaft ungeschlagen und ohne Gegentor, mit einem Punkt Rückstand auf Spitzenreiter Werder Bremen auf Rang drei.

Noch eindrucksvoller geriet indes der Auftritt in der Champions League gegen Manchester United. Die Youngster des VfB agierten derart abgeklärt, als gehörte das Austaktieren von Edelkickern der Kategorie Ruud van Nistelrooy zu ihren Routinejobs. Nach dem 2:1 sagte selbst der notorisch mürrische Magath grinsend: „Wir haben gespielt wie eine Spitzenmannschaft.“

Eine knappe Woche später sitzt der Trainer in der VfB-Gaststätte, vor sich einen Zwiebelrostbraten und ein Glas Johannisbeerschorle, und bekennt: „Das mit der Spitzenmannschaft habe ich leichtsinnigerweise so gesagt.“

Magath, der ewige Mahner und Forderer, wundert sich dieser Tage über sich selbst. Seltsam milde gab er sich sogar nach dem 0:0 gegen den dumpf bolzenden 1. FC Köln drei Tage nach der Manchester-Gala, das den Club die Tabellenführung kostete. „Ich kann meiner Mannschaft keinen Vorwurf machen. Sie hat alles versucht.“

Öffentliches Lob: Das hat es früher bei ihm nicht gegeben. Und so beschleicht den Coach mit etwas Abstand die Sorge, seine Spieler könnten schon bald einen Gang zurückschalten, wenn er sich häufiger derart gnädig gibt. Deshalb sagt Magath nun auch: „Dass die Medien das 2:1 gegen Manchester zu einem historischen Ereignis gemacht haben, zeigt mir, dass man in Stuttgart und Umgebung noch nicht selbstbewusst genug ist.“

So kennen ihn seine Spieler schon eher: bissig, grimmig, vergnatzt. Schließlich beruht die Autorität Magaths beim VfB auch



FIRO

Trainer Magath, Alex Ferguson*: *Eine Woche lang mit keinem Spieler ein Wort wechseln*

* Beim Champions-League-Spiel gegen Manchester United am 1. Oktober in Stuttgart.



PETER SCHATZ / PS-PRESS

auf der Distanz, die der Coach zu seinem Kader hält – und die bisweilen in Sarkasmus umschlägt.

In Hamburg, Nürnberg, Bremen und Frankfurt, wo der Schachliebhaber zuvor als Trainer gearbeitet hatte, war Magath an seinen teils zynischen Kommentaren noch gescheitert. „Er hatte es übertrieben mit seiner ätzenden Art“, erinnert sich ein früherer Eintracht-Profi.

Beim VfB Stuttgart hingegen nimmt sich Magath jetzt etwas zurück. Seitenhiebe, die verletzen, meidet er. „Ich kann mich besser als früher in die Spieler hineinversetzen“, sagt der Mann, dessen Tor gegen Juventus Turin dem Hamburger SV im Finale um den Landesmeisterpokal vor 20 Jahren den bedeutendsten Titel der Vereinsgeschichte brachte.

Gleichwohl: Es kann vorkommen, dass Magath, wie der Berater eines Jungprofis amüsiert berichtet, „eine Woche lang mit keinem der Spieler ein Wort wechselt“. Dann steht der Trainer schon mal wie der Nato-Oberbefehlshaber auf dem Rasen hinter dem Gottlieb-Daimler-Stadion, die Hände hinter dem Rücken verschränkt, und überlässt seinen Assistenten die Regie.

Magath redet selten, und noch seltener debattiert er. Selbst bei den Sitzungen vor Heimspielen im „Hotel Am Schlossgarten“ sind seine Ansprachen kurz. „Das habe ich von Ernst Happel übernommen“, erläutert Magath, „denn eines ist mir klar geworden: Wenn ich länger quatsche, kann ich zuschauen, wie die Ersten vor mir wegnicken.“

Damit es so weit nicht kommt, lässt der Coach seine Spieler gern zappeln. Wenn er als Letzter den Konferenzraum des Fünf-Sterne-Hauses betritt, beenden die Spieler schlagartig ihre Unterhaltungen. Magath setzt sich vorn an einen Tisch. Er rührt seinen Tee um und schweigt: eine Minute, zwei Minuten, fünf Minuten.

Die meisten Spieler meiden seinen Blick. Magath schaut von einem zum anderen, nippt an seinem Tee und stellt die Tasse wieder ab. Dann pickt er sich einen Spieler heraus, der seine Fragen beantworten muss: Aufstellung des Gegners, Taktik, Stärken und Schwächen. „Wer darauf nichts erwidern kann“, sagt ein VfB-Profi, „der hat ein Problem.“

Magath nennt das Spielchen drei Stunden vor dem Anpfiff „Reize setzen“.

Wie gut der Dompteur seine aufstrebende Equipe im Griff hat, zeigt sich auch dann, wenn einer wegen auffälliger Leistungen mal wieder über die Maßen von den Medien gehätschelt wird.

Seinem Torhüter Timo Hildebrand, 24, etwa untersagte Magath am vorvergangenen Samstag den Besuch im „Sportstudio“. Das ZDF wollte den VfB-Keeper präsentieren, weil Hildebrand – neuer Ligarekord – seit 825 Minuten ohne Gegentor geblieben ist. Magath legte sein Veto ein. Der Schlussmann sei ja bereits anderthalb Monate zuvor in der Sendung interviewt worden. Außerdem, so knurrt er zur Begründung, „weiß jeder, der etwas von Fußball versteht, dass die ganze Mannschaft daran beteiligt ist, dass wir noch kein Gegentor bekommen haben“.

Auch Aliaksandr Hleb, 22, den mit Abstand spektakulärsten Fußballer beim VfB, reiht der Trainer bisweilen unsanft wieder ein ins Glied. So beanspruchte der Ballvirtuose aus Weißrussland nach dem Abschied des Spielmachers Krassimir Balakow im Sommer dessen zentrale Position – und reklamierte für sich das Trikot mit der Nummer zehn. Magath indes blieb stur: „Du musst eben so spielen, dass alle Fans deine Nummer 15 kaufen wollen.“

Ein taktischer Winkelzug. Denn der Trainer plante an Balakows Stelle mit einem Akteur, den er bereits aus Frankfurter Zeiten kannte: dem erfahrenen Mittelfeldmann Horst Heldt, 33, den er schon ein halbes Jahr zuvor aus dem österreichischen Vorruhestand bei Sturm Graz geholt hatte. Als Magath in den Vorbereitungsspielen dann bemerkte, dass Hleb den neuen Kollegen an seiner Seite schnitt, disziplinierte er den kapriziösen Osteuropäer erneut – und verbannte ihn zum Saisonstart in Rostock schlankweg auf die Bank.

Scheinbar unbeirrt geht Boxfreund Magath so seinen Weg. Und weil seine Personalentscheidungen der Mannschaft in letzter Zeit eine Menge Siege beschert haben, gilt unter den Spielern uneingeschränkt: Der Trainer bestimmt, wir folgen ihm.

Im Führungszirkel des VfB hingegen verspürt der zur Ungeduld neigende Magath Widerstand. Weil er seit dem Rauswurf des Managers Rolf Rüssmann im vorigen Dezember dessen Arbeit übernahm, ohne dass sein Vertrag angepasst wurde, erwartete der Erfolgs-Coach spätestens im Mai nach der Qualifikation für die Champions League eine Reaktion der Vereinsbosse – deutliche Gehaltsaufbesserung und großzügige Verlängerung des bis 2004 gültigen



FIRO

VfB-Torwart Hildebrand
Besuch im „Sportstudio“ untersagt

Kontrakts inklusive. Doch der Architekt des Stuttgarter Fußballbooms bekam nicht die erhoffte Offerte als Teammanager für die nächsten fünf Jahre.

Denn die VfB-Spitze blieb uneins darüber, wie weit sie mit den von Magath geforderten Vertragsverlängerungen der Führungsspieler Kevin Kurányi, Andreas Hinkel, Timo Hildebrand und Marcelo Bordon, deren Kontrakte allesamt im Juni 2005 auslaufen, gehen sollte – und bot dem vom FC Schalke umworbenen Coach die aufgewertete Stellung nur bis Saisonende 2004/05 an.

Magath willigte ein. Dennoch sagt er heute: „Der Club hat eine Chance verpasst. Es wäre ein Zeichen nach außen gewesen, zu sagen: Der Magath hat keine silbernen Löffel geklaut, fleißig ist er auch noch, mit dem arbeiten wir jetzt auf lange Sicht zusammen.“ So aber sei in Zukunft seine „Ausrichtung eine rein sportliche, mit allen Chancen und Risiken“.

Auch wenn Magaths emotionale Beziehung zum VfB seither empfindlich abgekühlt ist: Der Trainer hat in Stuttgart offenbar noch einiges vor. Denn seine Fähigkeit, das Team auch ohne großes Geld gezielt zu verstärken und taktisch einen weiteren Schritt nach vorn zu bringen, hat Magath erneut bewiesen.

Im Vergleich zum Hurra-Fußball des Vorjahres, als der VfB häufig unterschätzt wurde, hat Magath seiner Mannschaft für die laufende Saison einen eher defensiven Stil verordnet. Schon allein wegen der Doppelbelastung durch die Champions League hält der Coach diese „ökonomischere Ausrichtung“ für geboten.

Von vier weithin unbekannten Feldspielern, die der gebürtige Franke neu verpflichtete, wurden drei rasch zu Stammkräften: Abwehrmann Philipp Lahm, 19, kam von den Amateuren des FC Bayern;

Seine Fähigkeit, das Team ohne großes Geld gezielt zu verstärken, hat Magath erneut bewiesen.

Mittelfeldspieler Jurica Vranjes, 23, saß bei Bayer Leverkusen meist auf der Bank; und Stürmer Imre Szabics, 22, kickte bei Sturm Graz in Österreichs Operettenliga.

Dabei sind die Merkmale, auf die es Magath beim Aufspüren namenloser Kicker ankommt, bisweilen nur schwer zu durchschauen. Im vergangenen Winter etwa reiste er per Zug von Hamburg nach Dänemark, um einen Mittelfeldakteur von AB Kopenhagen zu beobachten. Der Kandidat spielte gut. Für den VfB-Coach war die Observierung indes nach wenigen Minuten erledigt. Denn der Mann, für den er sich interessierte, war der Einzige, der bei eisiger Kälte eine Mütze trug.

„Der hätte drei Tore schießen können, er hätte uns trotzdem nicht weitergebracht“, sagt Magath, „die Mütze war das falsche Signal.“

MICHAEL WULZINGER



PETER ENDIG / DPA

Leipziger Olympia-Werbung: *„Nationale Aufgabe“*

OLYMPIA

Haar in der Suppe

Stasi-Verwicklungen bringen die deutsche Bewerbung für 2012 in Bedrängnis. Auch gegen Michael Groß als Geschäftsführer in Leipzig rührt sich Widerstand.

In nimmermüdem Einsatz war Wolfgang Tiefensee, 48, durch das Sportprogramm des Sommers gejettet. Weltmeisterschaften der Leichtathletik in Paris, Kunstturnen in Anaheim (USA), Universiade in Daegu (Südkorea), Rudern in Mailand, Schwimmen in Barcelona, Bogenschießen in New York, Wildwasserkanu in Augsburg. Bei den Championaten wollte der erste Repräsentant der Leipziger Olympia-Bewerbung lernen – und den IOC-Entscheidern die Wünsche von den Lippen lesen.

Es sei nun mal „Grundphilosophie der Stadt“, sagt ihr Oberbürgermeister, „sich immer mehr vorzunehmen, als man momentan zu leisten vermag“ – um am Ende daran zu „wachsen“.

Vorige Woche bewies Leipzig immensen Wachstumsbedarf. Der Serie von Pannen – stockende Marketingprogramme und bizarre Personalquerelen – schloss sich eine Stasi-Verstrickung in der Bewerbergesellschaft an. Über deren Geschäftsführer Dirk Thärichen, 34, war bekannt geworden, dass er seinen Wehrersatzdienst beim Stasi-Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ ableistete. Ein Sachverhalt, den er mit Korrekturen am Lebenslauf offenbar vor der Öffentlichkeit zu verbergen versuchte und über den Tiefensee und seine Mitstreiter seit Dezember 2001 Bescheid gewusst haben.

Der Aufsichtsrat wurde nicht über Thärichens Mitgliedschaft in der Stasi-Einheit informiert. NOK-Chef Klaus Steinbach („Eine Frage des Fingerspitzengefühls“) erfuhr als Aufsichtsratschef erst im vergangenen Juli, als die Akte Thärichen auf dem Tisch lag, von der Brisanz der Personalie, Sportbund-Präsident Manfred von Richthofen dieser Tage aus der Zeitung.


IMAGO / PICTURE POINT

Olympia-Bewerber Thärichen, Tiefensee
„Schwierige Debatte“

Nach dem Stasi-Wirbel – auch um den Förderer der Rostocker Bewerbung um die olympischen Segelwettbewerbe, den einstigen IM Harald Lochotzke – bewegt vor allem die Frage: Durfte Tiefensee, der frühere Bausoldat und Bürgerrechtler der Bewegung „Demokratie Jetzt“, unter Hinweis auf arbeitsrechtliche Unbedenklichkeit über den Fall Thärichen hinwegsehen? Schließlich, so konnte er argumentieren, sei eine Vergangenheit im „Dzierzynski“-Regiment allein auch bei Einstellungen im Öffentlichen Dienst nicht meldepflichtig.

Andere meinen, für das Management einer Olympia-Kandidatur, die mit Bildern und Liedern aus dem Wendeherbst 1989 gegen nationale Konkurrenz das Rennen machte, sei mehr Sensibilität vonnöten. Tiefensee selbst hatte bei der Städtekür auf der Bühne mit dem Cello „Dona nobis pacem“ intoniert, die Botschaft der friedlichen Revolution gegen die Staatsmacht.

Eine „schwierige Debatte“, sagte er vergangenen Mittwoch, als Thärichen auf zunehmenden Druck beschlossen hatte, sein Amt einstweilen ruhen zu lassen. „Eine Entscheidung ist immer in der Situation zu sehen, in der sie gefällt wurde.“ Von heute aus betrachtet, deutet Tiefensee damit wohl an, war Thärichens Berufung falsch.

Bei dem SPD-Politiker schien zunächst der bewährte Reflex zu funktionieren: Der Spross einer katholischen Bürgerfamilie versteht es, notwendige Reparaturen – auch nach selbst verschuldeten Unfällen – als gewollte Verschönerung zu verkaufen. Thärichen, beeilte sich also Tiefensee zu erläutern, sei immer nur „zweiter Geschäftsführer“ gewesen. Auf der vakanten Position darüber werde nun – planmäßig, wie er versichert („Auch von Richthofen wurde vorher informiert“) – ein prominenter Mitarbeiter installiert: Es ist der ehemalige Schwimmer Michael Groß.

„Eine Wahl erster Güte“ sei getroffen worden, sagt Tiefensee. Allerdings habe man nicht ein neues „Gesicht der Bewerbung“ gefunden, wie angenommen wurde, sondern „einen ganz normalen ersten Geschäftsführer“. Der Mann auch seiner Wahl sei „ein pragmatischer Arbeiter, kein Sonnyboy“. Die Einstellungsgespräche wurden heimlich am Dresdner Flughafen geführt.

Vielleicht etwas zu heimlich. Dass der Aufsichtsrat die Personalie Groß am nächsten Samstag absegnet, ist nämlich keineswegs sicher. Hermann Winkler, Chef des Landessportbundes und Generalsekretär der Sachsen-CDU, kündigt Widerstand an: Die kolportierte Jahresgage (300 000 Euro) für Groß sei „einfach zu viel“. Eine CDU-Gruppe im Aufsichtsrat sähe ohnehin lieber ein heimisches Gesicht auf dem Posten – genannt wurde Katarina Witt.

Ob Groß geeignet ist, vorausgegangene Fehler zu kaschieren und Sponsoren zu beruhigen, scheint der Oberbürgermeister selbst zu bezweifeln. Nicht umsonst appellierte Tiefensee vorige Woche, die Kandidatur müsse endlich „als nationale Aufgabe begriffen werden“. Er ahnt: Je länger die deutsche Öffentlichkeit die „olympische Seilschaft“ („Frankfurter Allgemeine“) rügt, desto später ist mit dem Rückhalt der Bevölkerung im ganzen Land zu rechnen. Den aber verlangt das IOC.

Außerdem behindert die gewachsene Skepsis die Arbeit der Marketingstrategen. Von den 30 Millionen Euro Bewerbungskosten will die GmbH 10 bis 15 Millionen bei rund 30 Unternehmen eintreiben. Je

weniger sie dort kassiert, desto mehr muss der Steuerzahler beitragen.

Bis zur Aufsichtsratssitzung am Samstag soll das Finanzkonzept auch für die rund fünf Milliarden Euro teuren Bauvorhaben stehen. 500 Millionen davon werden schon bis zum IOC-Entscheid 2005 gebraucht. Die Bereitschaft des Landes Sachsen, sich kräftig zu beteiligen, ist nach dem Wandel des Bewerbungskonzepts geschwunden. Denn die geplanten Spiele, einst als Olympiade des ganzen Freistaats entworfen, sind längst zum Exklusiv-Event der Heldenstadt mutiert.

Als diese Volte erklärt werden musste, half noch Tiefensees Trick, jede Notoperation als beabsichtigte Veredelung umzudeuten. Dabei hatten schon im November vergangenen Jahres Prüfer des NOK zu lange Transportwege zwischen den Wettkampfstätten moniert. Kandidat Leipzig reagierte: Er nahm den vorgesehenen Wettkampfstätten Chemnitz und Dresden Radrennen und Volleyball, später auch Tennis wieder weg. Nach der nationalen Kür geriet Riesa unter die Räder.

Tiefensee nennt die Änderung „geringfügig“, eine „konsequente Weiterführung“ des vor dem NOK präsentierten Konzepts. In Wahrheit hat die Leipziger Offerte seither einen grundlegend veränderten Charakter – und durchaus etwas, wonach die Rivalen Paris, London, Madrid, Moskau, Istanbul, Rio de Janeiro, Havanna und New York angestrengt suchen: ein eigenes Profil. 97 Prozent der Medaillen würden in einem Umkreis von zehn Kilometern, mitten in der Stadt, ausgespielt.



LORENZ BAADER

Funktionäre Groß, Steinbach: *„Erste Güte“*

Solch ein Programm entspricht dem Bild, das sich der neue IOC-Präsident Jacques Rogge von modernen Sommerspielen macht: kurze Wege, begrenzbare Kosten, keine Investitionsruinen. Die Winterspiele im kleinen Lillehammer 1994 könnten im Leipziger Sommer 2012 wieder aufleben. „Ein architektonisches Highlight“ nennt Tiefensee den Clou dieser Sportstättenplanung: Ruderwettkämpfe im Elsterflutbecken des Olympiaparks, darüber schwebend die Schwimmhalle. Noch sind freilich Naturschützer wegen bedrohter Vögel im anliegenden Auwald gegen diese Attraktion.

Aus dem Modell der kompakten Spiele soll sich der noch fehlende Überbau der Kampagne ableiten, das Logo und der vom Aufsichtsrat jetzt zu beschließende Slogan werden dieser Idee folgen. Deutschlands IOC-Mitglied Thomas Bach sprach schon von „Spielen der Begegnung“, Tiefensee wählte die Formel „Olympia rund um den Marktplatz“. Und während das Aufsichtsratsmitglied Georg Milbradt, der Ministerpräsident und CDU-Mann, seinen Sachsen in Chemnitz oder Riesa erklären muss, dass Olympia an ihnen vorbeigeht, zementiert Tiefensee seinen Heldenstatus. Als bekannt wurde, dass sich Leipzig beim IOC-Kongress im Juli 2005 in Singapur als zweite der neun Städte vorstellen soll, jubelte der Klassik-Fan, dessen Vater Kapellmeister an Leipzigs Städtischen Bühnen war: „Ein Auftakt mit Paris, dann ein Acht-Achtel-Takt! Als Musiker weiß man, dass auf dem ersten Achtel die Betonung liegt.“ Er hoffe, Leipzigs Auftritt werde „der Paukenschlag“ sein.



ALEXANDER HASSENSTEIN / BONGARTS

Partner Pöker (l.), Lochotzke (r.)*: *Mehr als 400 Seiten starke Stasi-Akte*

Wenn da nur der „Stasi-Krake“ (Tiefensee) nicht wäre, der vorige Woche auch Rostock, den Bewerber der Segelwettkämpfe, in Atem hielt. Der Immobilienunternehmer Harald Lochotzke musste dort sein Amt als Präsident des Olympia-Fördervereins räumen – wegen seiner Vergangenheit.

Dass die Olympia-Promoter der Stadt, allen voran Bürgermeister Arno Pöker, von Lochotzkes Stasi-Nähe überrascht wurden, ist wenig glaubhaft. Denn in den Aktenbeständen des Rathauses findet sich etwa ein Vorgang aus dem März 1990. Damals hatte Lochotzke den Stadtoberen eine Milliarde D-Mark in Aussicht gestellt, die ein internationales Konsortium angeblich investieren wollte – Rostock sollte nur „die erforderlichen Grundstücke“ bereitstellen.

Die Bürgerbewegten vom Runden Tisch ließen die Offerte vom ehemaligen Hamburger Bürgermeister Peter Schulz, der die Polit-Neulinge als Anwalt beriet, prüfen. „Mir war sofort klar“, so Schulz, „dass das ein ausgemachter Schwindel sein musste.“ Besonders Lochotzkes Firma Alpha-Consult schien ihm fragwürdig. Die habe noch nicht einmal eine „Geschäftsadresse, sondern gibt auf ihrem Briefbogen als Anschrift ‚postlagernd Warnemünde‘ an“.

Doch den schon in der Nachwendezeit geäußerten Verdacht, er habe damals Gelder aus dem Stasi-Wirtschaftsimperium des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski waschen wollen, weist Lochotzke von sich: „Ich bin naiv gewesen und von West-Geschäftsleuten missbraucht worden.“ Nur: Lochotzke arbeitete zu DDR-Zeiten für den „Volkseigenen Betrieb Ökonomisches Forschungszentrum des Binnenhandels“. Sein Job war die Entwicklung und Beschaffung von Computerprogrammen. Und der VEB hatte Querverbindungen zum Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ des Stasi-Offiziers Schalck.

Lochotzkes Einlassungen zum Thema Stasi, wonach er „ausschließlich“ über seine „Auslandsaufenthalte berichtet“ und „nie Menschen bespitzelt“ habe, sind mit seiner mehr als 400 Seiten starken Akte, MfS-Registriernummer I 650/86, kaum vereinbar. Der Spionage-Truppe schien der Software-Spezialist, der sich am 2. Juli 1986 handschriftlich „auf Grund meiner politischen Überzeugung“ zur Zusammenarbeit verpflichtete, wegen seiner „Kontakte mit Geschäftsführern BRD Firmen“ interessant. Der IM „Kay Birkhoff“ war eifrig, schwärzte etwa seine Schwiegereltern an. In der MfS-Akte findet sich aber auch eine von Lochotzke verfasste Liste von West-

* Bei der Wahl der Segelstadt für die Olympia-Kandidatur am 12. April in München.

firmen, die bereit seien, „unter Umgehung“ des Embargos „an die DDR Hard- und Software zu liefern“.

Bislang lassen sich die Leipziger Olympia-Bewerber von den Rostocker Verwicklungen nicht irritieren. Neulich, nach einer Pressekonferenz in Berlin, überhörte Wolfgang Tiefensee, der einst den Eintritt in die FDJ und den Militärdienst verweigerte, geflissentlich den Befehl des Innenministers Otto Schily, sich zum gemeinsamen Foto bereitzustellen, und gab lieber weiter Interviews. Den Journalisten diktierte er seinen Lieblingssatz über die Skeptiker: „Manche schütteln so lange den Kopf, bis das Haar in der Suppe ist.“

Unterdessen fragt Tiefensee, wo er „strategisch am besten“ positioniert sei. Seiner Meinung nach sollte „der Repräsentant einer Stadt auch ein Repräsentant der Bewerbung“ sein. Ohne dass es dazu eines Beschlusses bedurft hätte, hat NOK-Chef Steinbach früh erkannt: „Das Gesicht der Leipziger Bewerbung ist Wolfgang Tiefensee, daran gibt es keinen Zweifel.“

Über Tiefensee wird erzählt, er habe als Zehnjähriger bei einem Staffellauf den Stab nicht übergeben und sei selbst weitergerannt – um sicherzugehen, dass sein Team gewinnt.



JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

DDR-Devisenbeschaffer Schalck (1985)
„Postlagernd Warnemünde“

Heute überrascht der Alleingänger sein Team mit immer neuen Erkenntnissen von seinen Reisen. So wird die 500 000-Einwohner-Stadt neuerdings größer gemacht, als sie ist. „Ein Zirkelschlag von 40 Kilometern ist für eine Stadt gar nichts“, sagt der außenpolitische Autodidakt („Englisch fällt mir schwerer, als es sein dürfte“) und rät, gegenüber IOC-Mitgliedern, die nach der Notwendigkeit so vieler Sportstätten für Leipzig fragen, zu argumentieren: Die Stadien würden für eine Bewerberregion mit einem Einzugsgebiet von 1,5 Millionen Menschen gebraucht.

Dann wieder irritiert er seine Mitstreiter mit dem Tipp, die grandios gescheiterte Olympia-Bewerbung Berlins um die Spiele 2000 in Erinnerung zu bringen. Damit es nicht heiße, Leipzig müsse sich als Erstbewerber „hinten anstellen“. Seit den Münchner Spielen von 1972, so müsse es nach außen dargestellt werden, bewerbe sich Deutschland nun bereits zum zweiten Mal.

Die Berliner Kandidatur, erfuhr Tiefensee nämlich auf seinen Auslandsreisen, sei den IOC-Leuten in Wahrheit als „exzellent“ in Erinnerung geblieben. „Nur wurde sie in Deutschland zu wenig von der Bevölkerung getragen.“ Das könnte mit Leipzig wieder passieren. Jörg Kramer, Steffen Winter, Gunther Latsch

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



MUSEUM MORSBROICH (4)





Lenbach-, Paeffgen-Bild



Lenbach-, Goldin-Bild

AUSSTELLUNGEN

Blondinen für den Urahn

Der Maler Franz von Lenbach (1836 bis 1904) porträtierte alles, was in der Gründerzeit Rang, Namen und Geld hatte: Kaiser, Könige, Minister und Unternehmer. Er selbst, das 13. von 20 Kindern eines Schrobenhausener Baumeisters, brachte es zu einem Adelstitel, einer Prachtvilla in München, dem Ruf, ein besonders verschwenderischer „Künstlerfürst“ zu sein, und zu einflussreichen Förderern: Reichskanzler Otto von Bismarck reiste mit dem Sonderzug an, als er seinen Lieblingsmaler besuchte. Lenbach genoss die Gegenwart und blieb in seiner Malerei ein unbeirrter Historist – der den Ehrgeiz hatte, „die ganze moderne Kunst über den Haufen zu werfen“. Ausgerechnet seinen Werken stellt das Museum Morsbroich in Leverkusen vom kommenden Wochenende an kuriose bis provokante Gegenwartskunst gegenüber (bis 29. Februar). Nicht weit von einem Bismarck-Bildnis soll etwa ein Strichmännchen-Konterfei hängen, das laut Titel „Ministerpräsident Johannes Rau“ zeigt und von dem Künstler C. O. Paeffgen stammt. Ein halb nacktes „Fräulein Guschlbauer“, von Lenbach auf der Leinwand in schummeriges Licht gehüllt, wird von einer Aufnahme der Starfotografin Nan Goldin ergänzt: einer Bar-Szenerie mit einer unbekleideten Blondine. Als Förderer der drollig verwegenen Gedächtnisschau treten Lenbachs Erben auf, die Verlegerfamilie Neven DuMont. Sie stellt Leihgaben zur Verfügung, gibt den Katalog zur Schau heraus – und kann sich auf Zitate ihres Urahns berufen. Zwar wollte der zu Lebzeiten „den reichen Ochsen in Berlin“ möglichst viele Bilder verkaufen. Angetrieben hat ihn aber die „Aussicht auf Nachruhm“.

FILMWIRTSCHAFT

Lenins Brüder und Schwestern

Bisher war für den Anteil deutscher Kinoproduktionen auf dem einheimischen Markt, der zur Jahreshälfte bei beachtlichen 16,1 Prozent lag, vor allem ein einziger Film verantwortlich: „Good Bye, Lenin!“ zog über sechs der insgesamt gut elf Millionen Besucher deutscher Filme ins Kino. Doch nun, nach einem Sommer kommerzieller Enttäuschungen wie „Werner – Gekotzt wird später“ oder „Verschwende deine Jugend“, ist eine Herbst-Offensive im Gange: In der vergangenen Woche rangierten vier deutsche Produktionen unter den zehn erfolgreichsten Filmen – eine absolute Seltenheit. „Ermutigend ist vor allem die Vielfalt dieser Filme“, sagt Rolf Bähr, Vorstand der Berliner Filmförderungsanstalt. Sie reicht vom Zeichentrickfilm „Till Eulenspiegel“ über das Bolzplatz-Märchen „Die Wilden Kerle“ und die Kino-Komödie „Herr Lehmann“ bis zum Nazi-Drama „Rosenstraße“. Zurzeit scheint das deutsche Kino alle Altersschichten zu erreichen. Und das dürfte mit dem jetzt anlaufenden „Wunder von Bern“ über die Fußball-WM 1954 noch besser gelingen: Der Film will ganz dezidiert die Generationen im Kino vereinen – wie einst in den goldenen fünfziger Jahren.





SOLO FILM / DDP (L.); BOJE BUCK PRODUKTION (R.)

Szenen aus „Till Eulenspiegel“, „Herr Lehmann“

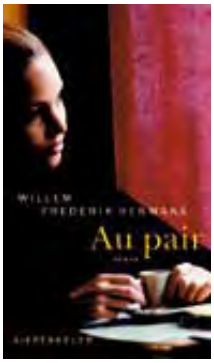
LITERATUR

Eine Frau muss zuhören

Eines haben die Romanhelden des Willem Frederik Hermans gemeinsam: Wohin auch immer sie aufgebrochen sind, vielerlei hindert sie daran, ihr Ziel auf direktem Weg zu erreichen.

So geht es auch Paulina, der holländischen Abiturientin, die als Au-pair-Mädchen nach Paris zieht, um Kunstgeschichte zu studieren. Paulinas Marsch auf die Universität wird im Laufe des fast 500-seitigen Romans „Au pair“ ununterbrochen von ihren verschiedenen Gastgebern behindert. Sie alle wollen von dem groß gewachsenen, so unerfahrenen wie gewitzten Mädchen vor allem eines – ihre ausdauernde Anwesenheit.

Paulina soll ihnen zuhören, denn die Repräsentanten des alten Frankreich tragen schwer an ihrer fehlenden Bedeutung, seien sie nun erfolgloser Pianist oder unbekannter Rezensent oder General im Ruhestand. Es hört ihnen niemand mehr zu. So erfüllt die Romanheldin vor allem die erzählerische Aufgabe, still dazusitzen, die anderen ausreden zu lassen und hin und wieder eine interessierte Frage zu stellen.



Ihre Gelassenheit mag des Autors Stimmung als Endsechziger widerspiegeln. Der 1995 gestorbene Niederländer Hermans („Die Dunkelkammer des Damokles“, „Nie mehr schlafen“) erlaubte sich in „Au pair“ den süffisanten Genuss, ein paar Exemplare jener Bourgeoisie zu porträtieren, die sich Ende des 20. Jahrhunderts selbst überlebt hatte. Deren Weltanschauungen jubelte er (zum Glück für den Leser) seine lakonische Lebensphilosophie unter: „Der Zufall bietet selten angenehme Überraschungen. Und wenn es gelegentlich einmal anders aussieht, bringt eine nähere Betrachtung ans Licht, dass der Anschein trügt.“

Willem Frederik Hermans: „Au pair“. Aus dem Niederländischen von Waltraud Hüsmert. Gustav Kiepenheuer Verlag, Leipzig; 496 Seiten; 19,90 Euro.



SNAP-PHOTO / INTER-TOPICS (2)

CINETEXT (U.); NICOLAS ASFOURI / AFP (O.)

Heidkamp-Idole Cher (1973/2001), Deneuve (1965/2000)

SACHBÜCHER

Girlies ade

Sie sind auf jeweils eigene Art schön, sie sind unabhängig, elegant und erfolgreich: die „Sophisticated Ladies“ (Rowohlt Verlag, Reinbek; 288 Seiten; 24,90 Euro). So jedenfalls nennt der „Zeit“-Kritiker Konrad Heidkamp, 56, seine Hommage auf die „jungen Frauen über 50“, in der er ein analytisch-schwärmerisches Loblied singt auf die Sirenen seiner Jugend: die kühlen Schönen Catherine Deneuve oder Charlotte Rampling etwa oder die Pop-Ikonen Cher und Tina Turner – insgesamt 15, im internationalen Kulturwesen verdienten Damen gibt Heidkamp die Ehre. Klug und kundig verklärt er die „schöne, selbstbewusste und begehrenswerte Frau über fünfzig“ zum „Inbild für die neue Wertschätzung des Alters“. Girlies aller Länder, verteidigt euch!

OPER

Alter Hase mit 14

Als zarter Tonpoet, Erzprotestant und glänzender Kammermusiker ist er bekannt. Dass Felix Mendelssohn Bartholdy (1809 bis 1847), Wunderkind aus schwerreicher Berliner Bankiersfamilie, auch Opern schrieb, weiß hingegen kaum noch jemand. Und nun wartet Helmuth Rillings Internationale Bachakademie in Stuttgart mit einem Knüller selbst für Fachleute auf: einem Singspiel namens „Der Onkel aus Boston“, das Jung-Felix 1823 komponierte und 1824 im Elternhaus aufführen ließ. Am 18. und 19. Oktober sind in der Liederhalle Stuttgart zentrale Passagen der turbulenten Verwechslungskomödie um ein junges Liebespaar zu erleben, am 19. in einer Matinee zu Klavierbegleitung das gesamte Stück, das hübsche Anspielungen auf den Bühnenbetrieb der Epoche enthält. Solche Raffinesse war Ehrensache für Mendelssohn, der zur Zeit der Komposition gerade mal 14 Jahre zählte, sich aber fast schon als alter Hase im Gewerbe fühlen durfte: „Der Onkel aus Boston“ war bereits seine vierte Oper.



AKG

Mendelssohn

POP

„Lügen machen mich wütend“

Fran Healy, 30, Sänger der schottischen Popband Travis, über sein Aufbegehren gegen politische Ungerechtigkeiten und über das neue Album „12 Memories“



ANDY BUTTERTON / AP

Sänger Healy

SPIEGEL: Mr. Healy, Sie haben es mit melodisch verträumten Popsongs in den vergangenen Jahren zu weltweitem Erfolg gebracht – wie kommen Sie dazu, auf Ihrem neuen Album zornig über finstere Themen wie Krieg und häusliche Gewalt zu singen?

Healy: Unser Blick auf die Welt hat sich durch viele Dinge verdüstert. Zum Beispiel durch den schweren Unfall unseres Schlagzeugers Neil, der ihn beinahe für immer gelähmt hätte. Aber vor allem haben uns die Anschläge vom 11. September und der Irak-Krieg wachgerüttelt.

SPIEGEL: Haben Sie nicht noch vor zwei Jahren geschwärmt, Sinn und Zweck der Popmusik sei es, die Flucht aus dem Alltag und den Schlaf des Bewusstseins zu ermöglichen?

Healy: Politik interessiert mich immer noch nicht wirklich, aber Ungerechtigkeit und Lügen machen mich wütend. In den vergangenen Monaten wurde mir klar, wie sehr uns die britische Regierung belogen hat. Ich zahle Steuern und will nicht, dass davon Bombenangriffe auf andere Länder finanziert werden – und das auch noch unter falschen Vorwänden und dem etwas unchristlichen Motto: „Los Jungs, holt euch das verdammte Öl, macht sie fertig.“ Tony Blair hat mit dem Beschluss, den Irak zu bombardieren, dafür gesorgt, dass uns die Menschen in vielen Teilen der Welt hassen. Sollen wir ihm dafür wirklich dankbar sein?

SPIEGEL: Könnte es nicht trotzdem sein, das Sie mit Ihrer Hinwendung zum Rebellentum vor allem hämische Kritiken entkräften wollen, die Ihnen vorwerfen, Ihre Musik sei zu harmlos?

Healy: Als wir anfingen, gab es einfach nichts, wogegen es sich zu rebellieren lohnte. Die neunziger Jahre waren geprägt von einer Atmosphäre der Harmlosigkeit und Sättigung. Das Anarcho-Gehabe vieler Bands wirkte da nur wie eine hohle Attitüde. Wir haben eben übers Verliebtsein und das Wetter gesungen. Wir wurden für unsere Normalität von den einen geliebt, von den anderen angefeindet, beinahe gehasst. Immerhin haben wir von Anfang an polarisiert – das ist etwas, was den meisten selbst ernannten Poprevoluzzern in ihrer ganzen Karriere nicht gelingt.

MUSEEN

Gipfel der Kunst

Minoru Mori, umtriebiger Bauunternehmer aus Japan, ist ein Freund der Musik und der Malerei – und setzt sich als Mäzen ehrgeizige Ziele. Wenn er in der kommenden Woche in einem neuen (und von ihm gebauten) Stadtviertel Tokios sein eigenes Museum für zeitgenössische Kunst eröffnet, will er sein Publikum mit Wolkenkratzeratmosphäre beeindrucken: Der Firmenboss, der gern seinen eigenen Namen liest, hat in seinem Hochhauspalast namens Mori Tower die 52. und 53. Etage für sein Mori Art Museum reserviert. Das Museum, über Hochgeschwindigkeitsfahrstühle zugänglich, gilt als das höchste der Welt – und auch sonst als das erste seiner Art in Japan. Statt einer Dauerpräsentation zeigt es Wechselausstellungen und bietet Bildungsprogramme an. Als Partnerinstitution wurde das berühmte Museum of Modern Art in New York gewonnen, als Direktor der Brite David Elliott geholt, der zuvor das Moderna Museet in Stockholm leitete. Elliott kann über den traumhaft hohen Etat von 15 Millionen Euro pro Jahr verfügen, muss sich aber auch anstrengen, um seinen Chef zufrieden zu stellen. Mori hofft, dass jährlich 800 000 (zahlende) Besucher seinen Gipfel der Kunst erklimmen, im ersten Jahr sollen es sogar zwei Millionen sein.



Mori Tower in Tokio

Kino in Kürze



SOLO FILM

Szene aus „The Good Thief“ mit Nutsa Kukhianidze, Nolte

„The Good Thief“. Unter den Dächern von Nizza droht der alternde Gangster Bob (grandios: Nick Nolte) im Chaos seiner Spiel- und Drogensucht zu versacken, als ein letzter Coup winkt: der Griff in die wertvolle Kunstsammlung des Casinos von Monte Carlo. Gestützt auf den Filmklassiker „Bob le Flambeur“ von Jean-Pierre Melville aus dem Jahr 1956 und auf ein souveränes Ensemble, arrangiert Regisseur Neil Jordan das Märchen vom stilvollen Räuber und einem fürsorglichen Gendarm (Tchéky Karyo) als elegantes Ränkespiel mit mediterranem Flair und luftigem Ausgang.

„Die Mutter“ erzählt von einer Frau über sechzig, die nach dem Tod ihres Mannes ihr Leben neu ordnen muss und mit dem Liebhaber ihrer Tochter eine Affäre beginnt. Was wie eine Kolportage über Sex im Alter klingt, gerät zur eindringlichen Studie eines Menschen, der mit Lebensmut der Vereinsamung trotzt und dabei fasziniert an sich entdeckt, wie Lust und Leidenschaft wieder aus dem Ruhestand erwachen. Unter der einfühlsamen und taktvollen Regie von Roger Michell, die gleichwohl nie Angst hat, dem Alter ins Gesicht zu sehen, entwickelt die Hauptdarstellerin Anne Reid eine ganz eigene Anmut, Schönheit und Attraktivität: Bild für Bild verwandelt das Gefühl, begehrt zu werden, einen Menschen mit schönerem Zauber als jeder Jungbrunnen.





BUENA VISTA (2)

Hauptdarstellerin Thurman, japanische Mafia-Schwertkämpfer im Tarantino-Film „Kill Bill“: *„Das wirklich große Kinoerlebnis, bei dem dir das*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Du sollst Gott nahe sein“

Der amerikanische Regisseur Quentin Tarantino über Kino als Ersatzreligion, die Wirkung von Gewaltszenen auf junge Zuschauer und seinen neuen Film „Kill Bill“

SPIEGEL: Mr. Tarantino, wo ist eigentlich Warren Beatty geblieben – sollte der große Hollywood-Charmeur nicht ursprünglich die Rolle des Oberbösewichts Bill in Ihrem neuen Film „Kill Bill“ spielen?

Tarantino: Warren las das Drehbuch und sagte: „Okay, Quentin, du weißt, dass ich dich sehr gern mag, aber darf ich mal eine Frage stellen: Was unterscheidet deinen Film von einem, in dem einfach nur eine Kampfszene die andere jagt und jede Kampfszene versucht, die vorhergehende zu übertreffen?“ Und ich antwortete: „Warren, du kennst dich da offenbar nicht allzu gut aus, aber was du sagst, ist eine verdammt gute Beschreibung für einen Kampfkunstfilm, für das, was man Martial-Arts-Kino nennt. Wenn mir genau das gelingen würde – ein Kampf nach dem anderen, jede Kampfszene besser als die vorhergehende – heureka, das wäre ein totaler Erfolg und würde mich sehr glücklich machen!“ Damit war die Sache für Warren erledigt.

SPIEGEL: Sie gelten seit Ihrem Welterfolg mit „Pulp Fiction“ als ein Mann, der sich seine Arbeit aussuchen kann. Was trieb Sie dazu, „Kill Bill“ zu drehen, einen Mix aus Samurai-Film, Italo-Western und Gangster-Movie, der die Schauspielerin Uma Thurman auf einen blutigen Rachefeldzug um den halben Globus schickt?

Tarantino: Ich habe einen Kampfkunstfilm gemacht, weil ich diese Art von Kino liebe, seit ich ein Kind war, und im Gegensatz zu meiner Liebe für andere Genres hat sich diese Zuneigung nie abgeschwächt. Ich finde, einige Kampfkunstregisseure zählen zu den wahren Meistern der Filmgeschichte.

SPIEGEL: Sie sind unlängst 40 Jahre alt geworden. Haben Sie nicht das Gefühl, dass Sie allmählich zu alt sind, um in Ihren Filmen Ihren pubertären Glückserlebnissen hinterherzujagen?

Tarantino: Ich fände es dumm und befremdlich, wenn ich dieses Alter zum Anlass nähme, auf einmal langweilige Filme zu machen – denn genau das ist die Falle. Es gibt eine Menge Regisseure, die ich für ihre frühen Werke bewundere und die leider in diese Falle getappt sind. Deshalb versuche ich, von den meisten großen Kinomachern nur die Werke ihrer ersten 20 Jahre in Erinnerung zu behalten.

SPIEGEL: Sie wollen offenbar dem B-Movie ewig die Treue halten. Reizt es Sie nicht, in die Riege der A-Liga-Regisseure aufzusteigen und richtig ernst genommen zu werden?

Tarantino: Erstens habe ich schon einen Oscar. Und zweitens bin ich längst ein A-Liga-Regisseur. „Kill Bill“ ist ein A-Liga-Film, der eben nur aussieht wie ein B-Movie. Ich blicke von außen auf das Filmgeschäft, und ich will nicht als einer von denen enden, die tolle Filme machten, als sie jung waren – und sich im Alter dafür entschuldigten. Ich möchte nicht einer dieser verdammten alten Typen werden, die ihren Sextrieb verloren haben. Die nur noch Filme machen, um die Rechnungen für ihren Swimmingpool zu bezahlen. Die sich sagen: „Großartig, ich hab’s geschafft, jetzt muss ich nicht mehr auf meinen Penis hören.“ Denn was passiert, wenn Regisseure versuchen, ihren Penis zu ignorieren? Richtig: Sie machen Schlappschwanz-Filme. Das soll mir nicht passieren. Selbst wenn ich einmal privat keinen mehr hochkriegen sollte, werde ich es auf der Kinoleinwand immer noch schaffen.

SPIEGEL: Halten Sie es für eine größere Kunst, Mord und Totschlag elegant zu inszenieren als, sagen wir mal, eine Liebesszene zwischen Mann und Frau?

Tarantino: Klar kann man auch mit einer gut geschriebenen, lustigen Dialogszene enorme Reaktionen beim Publikum auslösen,

Das Gespräch führten die Redakteure Wolfgang Höbel und Thomas Hüetlin.



Herz bis zum Hals klopft, gibt es nur im Action-Film“

aber das, was ich den „movie thrill“ nenne, dieses wirklich große, umwerfende Kinoerlebnis, erreicht man nur im Action-Kino. Nehmen Sie die Schießerei im Restaurant in Michael Ciminos „Im Jahr des Drachen“; das Finale in Sergio Leones „Zwei glorreiche Halunken“; die Verfolgungsjagden in Walter Hills „Driver“; die Kettensägensequenz in Al Pacinos „Scarface“ – da spürst du, wie dir das Herz bis zum Hals klopft und alles, was dir den Alltag erschwert, verschwindet. Die Zeit bleibt stehen.

SPIEGEL: Die Kettensägensequenz in „Scarface“ ist doch eine eher unblutige Angelegenheit, man sieht nur ein paar Handschellen, eine Badewanne und eine Kettensäge. Wollen Sie das wirklich vergleichen mit den Blutfontänen, die Sie in „Kill Bill“ aufspritzen lassen?

Tarantino: Ich sage nur, dass die Szene in „Scarface“ sehr intensiv ist. Damals, als ich jung war, habe ich „Scarface“ in den ersten zwei Wochen ungefähr zehnmal gesehen. Man hörte immer ein ganzes Kino aufatmen, als sie vorbei war.

SPIEGEL: Wir haben versucht, die Toten in „Kill Bill“ zu zählen, und haben aufgegeben. Können Sie uns sagen, wie viele es sind?

Tarantino: Wir haben anfangs Buch geführt, aber irgendwann ebenfalls aufgegeben. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Menschen in „Kill Bill“ sterben müssen.

SPIEGEL: Wir vermuten, mehr als hundert. Ist die Zahl der Toten und der mit Säbeln abgetrennten Gliedmaßen Teil eines Wettstreits, in dem man als Kampfkunstregisseur punkten muss, um nicht ausgelacht zu werden?

Tarantino: Chinesische Martial-Arts-Filme sind gar nicht so blutig, japanische schon. Da sieht man Männer mit einer Axt im Bauch noch weiterkämpfen. Wenn im neueren japanischen Yakuza- und Samurai-Film einem Darsteller der Arm abgeschlagen wird, sieht das so aus, als würde Blut mit einem Gartenschlauch verspritzt. Für die Japaner ist Blut offenbar eine sehr hübsche Sache – und deshalb inszenieren sie es wie eine Art rotes Feuerwerk, wie das Wasserballett vor dem Bellagio-Hotel in Las Vegas. Dagegen ist Blut in amerikanischen Filmen normalerweise eine völlig andere Angelegenheit: Wir zeigen Blut vor allem in Horrorfilmen, und dort hat es die Aufgabe, eklig zu wirken.

SPIEGEL: Kritiker werden Ihnen für „Kill Bill“ mal wieder vorwerfen, Sie vergötterten eine Ästhetik des Primitiven, die darauf zielt, Angst und Schrecken in poppig ausgestatteten Traumwelten zu verbreiten und das Publikum platt zu walzen, um es gleichzeitig in eskapistische Sphären zu entführen. Wie verteidigen Sie sich?

Tarantino: Indem ich sage: Klar, das ist vielleicht nicht Ihre Art Kino, und es ist Ihr gutes Recht, den Film nicht zu mögen. Aber wer sich „Kill Bill“ anschaut, der erlebt garantiert einen Kinoabend, der sein Geld wert ist. Sie können den Film hassen, seien Sie gewarnt! Aber Sie werden bewegt im Kino und liegen nicht nur in Ihrem Sessel, während ein paar beliebige bunte Bilder vor Ihren Augen vorbeirasen.

SPIEGEL: Benutzen Sie die Vermischung von Filmgenres wie Samurai-Kino und Western, die viele Cineasten verzückt, nicht auch, um die Gewalt zu ironisieren, sich intellektuell abzusichern und die Wirkung auf das Publikum, von der Sie gerade so schwärmen, einzuschränken?

Tarantino: Meine Filme funktionieren auf zwei Ebenen. Auf der einen gibt es jene Experten, die das Ganze als eine Art intellektuelles Spiel ansehen. Aber auch auf der anderen sind Sie bei mir gut aufgehoben. Ich glaube sogar, je weniger Sie die Sprache der diversen Genres kennen, je weniger Sie über die Filmgeschichte wissen, desto mehr Spaß werden Sie haben. Weil der ganze Mist dann neu für Sie ist. Bumm. Bumm. Bumm. Sie haben keine Referenz als Schutz – und müssen sehen, wie Sie klarkommen.

SPIEGEL: Aber können Sie einfach ignorieren, was in der Welt außerhalb des Kinos geschehen ist, seit Sie Anfang der neunziger Jahre Ihre postmoderne Ästhetik entwickelten, in der Blut bloß eine weitere Farbe im Malkasten des Regisseurs zu sein schien? Also die Amokläufe in Schulen, die Schrecken des internationalen Terrorismus, die Anschläge vom 11. September?

Tarantino: Eine interessante Frage. Erstaunlicherweise hat sie mir in den USA noch niemand gestellt. In Deutschland höre ich sie dauernd. Ich kann nur sagen: Ich glaube nicht, dass irgendwelche Kids nach dem Kinoerlebnis von „Kill Bill“ in die Schule gehen werden und sich gegenseitig mit Samurai-Schwertern aufschlitzen.

SPIEGEL: Was macht Sie so sicher? Angeblich haben die jungen Attentäter, die 1999 in der Columbine High School in Littleton zwölf Schüler, einen Lehrer und am Schluss sich selbst erschossen, auf einem Video den Wunsch hinterlassen, dass Sie ihre Geschichte verfilmen. Ist das nicht ein zweifelhaftes Kompliment für Ihre Arbeit?

Tarantino: Mir tun diese Kids Leid. Über sie zu reden zieht mich jetzt ziemlich runter. Aber gut. Mich erinnern diese Jungs an Typen aus „Carrie“ – jenem Brian-de-

Quentin Tarantino

hat als Regisseur und Drehbuchautor das Kino der neunziger Jahre geprägt wie kein anderer. Regie führte er in „Reservoir Dogs“, „Pulp Fiction“ und „Jackie Brown“, Vorlagen schrieb er unter anderem für „Natural Born Killers“ und „True Romance“. Das mit Tarantino-Filmen verdiente Geld ermöglichte der Firma Miramax den Aufstieg in die A-Liga der großen Hollywood-Produzenten. Tarantino, 40, hat nie eine Filmschule besucht. Vor seiner Kinokarriere arbeitete er als Kartenabreißer in einem Porno-Kino und als Kassierer in einem Videoladen.



STEFANO PALTERA / AP

Palma-Film, in dem Kids in der Schule ein Mädchen sehr mies behandeln und es schließlich beginnt, sich auf grausige Art zu rächen. Im Kontext dieses Films ist man auf seiner Seite: Man will, dass es Mitschüler umbringt, man will, dass es die Schule niederbrennt.

SPIEGEL: Und finden Sie es nicht gruselig und nachdenkenswert, dass die Wirklichkeit nun das Kino einholt?

Tarantino: Die Wirklichkeit war schon immer so. Die Menschen vergessen nur, wie hart und zerstörerisch die Schule sein kann, wie brutal Kids manchmal zueinander sind.

SPIEGEL: Wollen Sie bestreiten, dass das Kino die Wahrnehmung der Menschen verändert, dass es ihnen immer schwerer fällt, Realität und Fiktion auseinander zu halten? Haben nicht viele Augenzeugen auf den Straßen New Yorks angesichts der explodierenden Wolkenkratzer vom 11. September gestammelt: „Das ist wie im Kino“?

Tarantino: Was hätten die Leute angesichts des brennenden World Trade Center denn sonst sagen sollen? Vielleicht „Es sieht aus wie ein Gemälde“? Das Kino ist nun einmal das beherrschende Medium unserer Zeit, so wie es das Theater für das 19. Jahrhundert war. Wenn damals dramatische Dinge geschahen, pflegten die Leute zu sagen: „Oh, das ist wie in einer griechischen Tragödie.“ Oder: „Wie in der Oper“.

SPIEGEL: Reizt es Sie nicht trotzdem, die Comic-hafte Brutalästhetik zu durchbrechen und Gewalt in Ihren Filmen wieder so darzustellen, dass sie einen berührt?

Tarantino: Ich habe das bereits getan – in meinem ersten Film „Reservoir Dogs“. Da gibt es eine Szene, wo einem Typen ein Ohr abgeschnitten wird, und Sie sehen nichts davon. Aber Sie fühlen es. Das ist so real, wie es nur real sein kann.

SPIEGEL: Für Ihre Drehbücher rühmten Kritiker Sie als „neuen Shakespeare Hollywoods“. Das Skript zu „Kill Bill“ kann aber nicht sehr dick gewesen sein.

Tarantino: Doch, 220 Seiten. Manchmal habe ich 22 Seiten gebraucht, um eine Kampfszene zu beschreiben.

SPIEGEL: Trotzdem blieb für Dialoge so wenig Platz, dass sich Ihre Hauptdarstellerin Uma Thurman während der Dreharbeiten beschwerte, sie hätte das Gefühl, in einem Stummfilm mitzuspielen.

Tarantino: Aber man hängt an jedem Blick von ihr! Ich sehe sie in der Tradition von Filmen mit einem mysteriösen, starken Rächer im Mittelpunkt – so wie in den Clint-Eastwood-Movies. Als ich ihr den Spaghetti-Western „Für eine Handvoll Dollar“ zeigte, begriff Uma, worum es ging: Je weniger Worte man gebraucht, desto größer ist ihre Wirkung.

SPIEGEL: „Kill Bill“ ist Ihr erster Film seit sechs Jahren. Warum haben Sie sich so viel Zeit gelassen – lag's an der Schreibhemmung, die Ihnen nachgesagt wurde?

Tarantino: Umgekehrt. Mein Problem war, dass ich viel zu viel schrieb, nicht zu wenig. Ich arbeitete an drei Skripts gleichzeitig.

SPIEGEL: Lag's an den Joints, die Sie angeblich fleißig rauchen?

Tarantino: *(lacht)* Oh ja! Ich gestehe. Ich habe tatsächlich schon mal Cannabis geraucht in meinem Leben. Na und? Leute, die erzählen, dass ich immerzu zugekifft sei, werden in den Zeitungen gern als „anonyme Freunde“ bezeichnet. Das scheint mir ein Widerspruch in sich zu sein.


CINETEXT

„Pulp Fiction“ (1994) mit John Travolta, Samuel L. Jackson


DEFD

„Reservoir Dogs“ (1992) mit Harvey Keitel (2. v. r.)

Tarantino-Werke: *Blut ist eine Farbe im Regie-Malkasten*

SPIEGEL: Schon gut, wir kommen zu Erklärungsversuch Nummer drei: Haben Sie für „Kill Bill“ so lange gebraucht, weil Sie so damit beschäftigt waren, Ihr Leben als Berühmtheit zu genießen – zum Beispiel mit einem öffentlichen Picknick, das sie zusammen mit Ihrer damaligen Gefährtin Mira Sorvino im Garten des Rodin-Museums in Paris veranstalteten?

Tarantino: Wir waren eine romantische Woche lang in Paris, und sie kannte den Garten des Musée Rodin noch nicht, der zu meinen absoluten Lieblingsplätzen gehört. Also picknickten wir dort, knutschten ein bisschen rum, und jeder starrte uns an, wir wurden fotografiert und gefilmt.

SPIEGEL: Angeblich haben Sie schon als Kind von sich gesagt, Sie wollten mal ein Star sein. Stört es Sie nun plötzlich doch, dass Sie sich heute kaum noch anonym und unerkannt durch die Welt bewegen können?

Tarantino: Natürlich ist es ein Nachteil, dass ich heute nicht mehr ungestört mit unbekannten französischen Mädchen im Rodin-Garten knutschen und picknicken kann, wie ich es vor meiner Karriere sehr regelmäßig zu tun pflegte. Ist das Berühmtsein solche Nachteile wert? Definitiv. Ich genieße es nicht immer, berühmt zu sein. Aber ich habe auch keine Lust, mein ganzes Leben wie Woody Allen auf dem Set und auf der Bühne zu verbringen. Und wenn ich das nächste Mal im Rodin-Garten mit einem Mädchen rumknutsche, können es die Leute von mir aus ruhig filmen und danach weltweit auf Imax-Leinwänden zeigen. Ist mir so was von egal!

SPIEGEL: Wie viel Zeit verbringen Sie damit, sich bei Ihnen zu Hause Filme aus Ihrer legendären Sammlung von B-Movies anzusehen?

Tarantino: Tatsächlich dürfte das ein Hauptgrund dafür sein, dass ich nicht so viele Filme drehe. Ich brauche viel Zeit, um mir Filme anzusehen. Wenn das Kino deine Religion ist, dann solltest du Gott nahe sein – und dabei hilft es, sich möglichst viel Kino anzuschauen. Da gibt es beispielsweise Szenen aus C-klassigen philippinischen Action-Movies, die ich nie in meinen eigenen Filmen verwenden würde, weil man sogar mich dafür in der Luft zerreißen würde, die mich aber unglaublich erregen.

SPIEGEL: „Kill Bill“ ist so umfangreich geworden, dass Ihre Filmfirma Miramax ihn in zwei Teilen herausbringt. Ist das für Sie ein Glücksfall, weil Sie sich um die Fortsetzung, nach der Hollywood stets giert, keine Sorgen machen müssen und sich nun – wenn Sie so langsam arbeiten wie zuletzt – gleich zwölf Jahre Zeit lassen können für Ihren nächsten Film?

Tarantino: Oh Gott, das ist der deutsche, pessimistische Blick auf die Dinge. Bei Ihnen ist das Glas immer halb leer. Sehen Sie es doch mal so: Ich habe zwei Filme gedreht in sechs Jahren. Das heißt, wenn ich richtig rechne, dass es den nächsten in spätestens drei Jahren geben wird – vermutlich etwas über den Zweiten Weltkrieg.

SPIEGEL: Wie viel Geld muss „Kill Bill“ einspielen, damit Sie glücklich sind?

Tarantino: Wenn der Film es an der Kasse nicht bringt, werden sie mir nicht gleich den Laden zusperren. Schließlich habe ich für nur 55 Millionen Dollar nicht bloß einen, sondern zwei Filme gemacht. Das ist nicht nur billig, das ist verdammt billig. Sehen Sie die Konkurrenz an: „Drei Engel für Charlie“ kostete 120 Millionen, die verdammten „X-Men“ 110 Millionen, und „Matrix“ – Jesus Christus, was der gekostet hat! Da ist meiner mit 55 Millionen wirklich geschenkt.

SPIEGEL: Mr. Tarantino, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

Werbeseite

Werbeseite

MUSIK

Mister Mutter

Trotz früher Hollywood-Erfolge spielte der Komponist André Previn im globalen Konzertbetrieb lange nur die zweite Geige – jetzt ist er dank seiner fünften Ehefrau Anne-Sophie Mutter ein Star.

Auch die Musik hat ihre Dream-Boys. Dieser André Previn beispielsweise, der aus Berlin stammte, eigentlich Andreas Ludwig Priwin hieß und 1939 als Sohn jüdischer Emigranten nach Los Angeles verschlagen wurde, war so ein Typ mit Traumkarriere.

Okay, der Junge konnte, als er in Kalifornien landete, schon klasse vom Blatt spielen, hatte ein absolutes Gehör, und auch das Jazzen lag ihm. Aber es gab damals Legionen cleverer Kerls, die es nach Hollywood zog. Man musste Glück haben oder, wie André, einen lieben Verwandten bei den Universal Studios.

Erst klimperte der Teenager in Stummfilmkinos rum und führte elektrische Orgeln vor. Dann, so mit 14, durfte er schon mal für Schulorchester arrangieren, ein Harfen-Glissando für Esther Williams notieren oder ein paar Takte Tanzmusik für Gene Kelly. Mit 18 erhielt er seinen ersten richtigen Auftrag: die Musik für einen Film der „Lassie"-Reihe. Er fand das „himmlisch" und hob ab ins Big Business.

Immer spektakulärer wurden seine Aufträge, immer sensationeller seine Erfolge: „Gigi", „My Fair Lady", „Porgy And Bess", „Irma La Douce", Billy Wilders „One, Two, Three" – eins, zwei, drei hatte Previn vier Oscars für seine Soundtracks eingeheimst und, obendrein, neun Nominierungen. Mit 36 hatte der Tonsetzer an die 50 Filmmusiken im Kasten, war MGMs strahlender Maestro und machte Millionen. Er gehörte zur Traumfabrik wie Rodgers zu Hammerstein. „Previn was Hollywood", schrieb „Newsweek".

Doch genau das war, auf Dauer, die Crux. Denn im Urteil der reinen Neutöner-Lehre war der Musiker Previn durch seine Erfolge im Kino nicht geadelt, sondern stigmatisiert – einer, der mit klingender Halbseide handelte. Hemmungslos habe er sein Talent für Gebrauchsmusik vergeudet, habe Noten gesetzt auf Schritt und Tritt von Audrey Hepburn oder Kim Novak statt nach höherem Sinn und Verstand.

Diese Woche nun erscheint bei der Deutschen Grammophon der Mitschnitt der jüngsten, im März 2002 uraufgeführten Previn-Partitur: eines formell geradezu klassisch angelegten Violinkonzerts mit drei Sätzen, 40 Minuten Spielzeit, bravourösem Solo und raffiniert getöntem Begleitorchester.



FORSTERLING / EFE / DPA

Musiker-Ehepaar Mutter, Previn: *Renner der Branche*

Das Werk, keine Frage, ist Previns neuerlicher Versuch, sich ein für alle Mal vom Ruch des Entertainers freizuschreiben, und tatsächlich ist das Konzert ein starkes Stück. Das kuschelt, schmeichelt, wirft sich in Schale und haut auf den Putz. Das taucht ab in voll fetten Sound, verliert sich in fragile Tongespinste und kratzt schon im nächsten Moment ungemütlich gegen den Strich: fetzig, flitzig, haarig. Jedenfalls kommt das Werk, anders als so manches Konstrukt der amtierenden Avantgarde, ohne kakophonischen Terror aus und ohne Schmirgeleien auf dem Trommelfell. Ganz einfach: Es klingt.

Schön und gut, aber: Reicht das, um dem Komponisten die heiß ersehnte Anerkennung zu verschaffen? Wird die zögerliche Plattenkundschaft zulangen? Ist da wer, der auf Previn steht?

Nebbich, die Frage wird sich kaum stellen. Denn bei der Geigerin, der das Werk gewidmet ist und die seine (mitgeschnittene) Uraufführung in Boston besorgt hat, ist nicht nur der effektvolle Solopart, sondern auch das Marketing in besten Händen: Anne-Sophie Mutter, 40, seit August 2002 als fünfte Gattin mit dem 34 Jahre älteren Previn verheiratet und auf liebreizende Weise im Untertitel des Konzerts verewigt („Anne-Sophie"), wirft sich von nun an mit multimedialem Elan für den Gemahl ins Zeug. Bach, Mozart, Beethoven müssen kürzer treten, die erste Geige spielt Previn.

Und eine so glamouröse und ehrgeizige Solistin wie die Mutter, immerhin der einzige deutsche Weltstar auf der globalen E-Musik-Szene, könnte es schaffen: mit „Anne-Sophie" beim großen Publikum offene Ohren, für Mister Mutter offene Arme und für den gemeinsamen Mitschnitt offene Geldbeutel zu finden. So was muss nur richtig angepackt werden.

In diesem Sinne erweist sich schon das cellophanierte Doppel aus CD und Booklet, von dem Designer Andreas P. Mutter, einem Bruder der Geigerin, mit rührendem Familiensinn gestaltet, als herziges Beziehungskistchen. Darauf und darin ist nämlich, neben diversen Soloporträts der Ehepartner, das junge Glück gleich zehnmal in bunter Zweisamkeit abgelichtet – eine Zugewinngemeinschaft ganz à la „Gala".

Kaum ist das digitale Konzert im Handel, wird das duale System auch live aktiviert: Künftig paaren sich Previn und Mutter so oft wie möglich zu diversen philharmonischen Lustbarkeiten.

Diese Woche kommen beide gleich für drei Abende in die Berliner Philharmonie, erstmals seit mehr als 14 Jahren und erstmals im Doppelpack. Ende Oktober gastieren sie bei Maischberger und im Londoner Barbican Centre. Und im nächsten Jahr

Werbeseite

Werbeseite

starten sie die große PR-Tour zum Lobe des neuen Violinkonzerts: Für München, Bonn, Hamburg, Zürich, Basel, Pittsburgh, London und Luzern ist das Stück bereits fest gebucht, die Novität kommt auf Touren.

Mag sein, dass das mitteleuropäische Konzertpublikum erst jetzt, durch Mutters Saitenspiel animiert, auch für den Komponisten Previn die Ohren spitzt. Doch zumindest in den angelsächsischen Ländern hat Hollywoods einstiger Tonangeber immer großen Anklang gefunden. Er sei, urteilte das Fachblatt „Vanity Fair“, „der vollkommenste Crossover-Musiker des 20. Jahrhunderts“ und „der letzte große Universalist in einer Welt der Musik-Spezialisten“ – so eine Art Lennie Bernstein II.

Alle Achtung, was hat dieser kleine, ruhige, disziplinierte Mann nicht alles probiert und produziert und provoziert! „Mein Repertoire“, gestand er freimütig, „ist ein ziemliches Potpourri“, konserviert auf über 400 (heute größtenteils gestrichenen) Plattenproduktionen.

Mit Ella Fitzgerald ist er aufgetreten, mit Dizzy Gillespie und Benny Goodman. Eine Jazz-Platte, die er mit 16 produzierte, verkaufte sich 200 000-mal. Noch heute rotieren eine stattliche Zahl „Original Jazz Classics“, bei denen er mitgewirkt hat, und nächsten Sommer wird er sich mit dem amerikanischen Bassisten David Finck in Essen zum einschlägigen Duo verbünden, gleich nach einem Beethoven-Abend.



CINETEXT

Mit Filmstar Audrey Hepburn (1964)



ALFRED EISENSTAEDT / TIME-LIFE / GETTY IMAGES

Mit seiner dritten Ehefrau Mia Farrow und Kindern (1974)

Glamourheld Previn: *Spektakulärer Handel mit Halbseide*

Seit seinem offiziellen Dirigentendebüt 1962 in Saint Louis (Missouri) ist ihm der Aufstieg auf die bedeutendsten Podien der Welt geglückt. Er hat die Symphonieorchester von London, Pittsburgh, Los Angeles geleitet, war in Londons Covent Garden Opera zu Gast und in Salzburg und bringt derzeit die Philharmoniker von Oslo auf Vordermann.

Seine BBC-Serie „André Previn's Music Night“ machte ihn in mehr als hundert Fernsehstunden in Großbritannien so populär, dass er in Reklamespots für „die besten Fernsehgeräte der Welt“ warb – hergestellt vom gleichen Konzern, dessen Label den Musiker Previn unter Vertrag hatte. „Würden Sie diesem Mann eine Gebraucht-Symphonie abkaufen?“, feixte die „Sunday Times“ daraufhin in einer Schlagzeile.

War dieser Tausendsassa vielleicht doch nicht seriös genug, um als Tonsetzer von abendländischem Kaliber Anerkennung zu finden? Jedenfalls wurde Previn keine Ikone des Jazz und, anders als Kollege Lennie, auch keine Kultfigur im globalen philharmonischen Gewusel. Fast ein halbes Jahrhundert blieb er im Urteil des strengen Feuilletons ein Alleskönner zweiter Wahl.

Sein Klavierkonzert für den Pianisten Wladimir Ashkenazy – na ja, sauber. Seine Sonate für den Star-Cellisten Yo-Yo Ma – okay, gediegene Manufaktur. Seine Songs für die Primadonnen Barbara Bonney oder Sylvia McNair – kaum mehr als gefällige Software in geläufigen Gurgeln.

Auch Previns erste Oper „A Streetcar Named Desire“, 1998 in San Francisco uraufgeführt, tat sich von Anfang an schwer, gegen ihren legendären Kino-Ahn zu bestehen: den Film „Endstation Sehnsucht“ mit Vivien Leigh und Marlon Brando. 140 Kritiker waren damals zur Previn-Premiere angereist und halb Hollywood, die formidable Sopranistin Renée Fleming brillierte als Blanche, sogar die „FAZ“ war von den „Urschreien gebrochener Seelen“ beeindruckt. Die indes haben bislang auf der Musikbühne kein großes Echo gefunden.

Erst jetzt, an Mutters Saite, hat auch der Komponist Previn endlich die klassischen Charts getoppt: Die gemeinsame CD „Tango Song and Dance“, musikalisch nicht mehr als müder Altherren-Pop, ist seit Monaten der Renner der Branche. Wohl kaum eine Frage, dass nun, dank Mutter, auch „Anne-Sophie“ die dicke Marie machen wird.

KLAUS UMBACH

Werbeseite

Werbeseite



KEITH MORRIS / BMG

Strokes-Sänger Casablancas (M.), Band-Kollegen*: *Ein Scheppern wie vom Diktiergerät*

POP

Der gute Rock von Manhattan

Gitarrenrocker sind im Musikgeschäft die Helden des Herbstes: Die New Yorker Band The Strokes tritt nun mit neuem Album gegen die gefeierten Provinz-Newcomer von Kings of Leon an.

Wer sehr hoch über dem Times Square in der New Yorker Zentrale der Bertelsmann Music Group aus dem Fahrstuhl tritt, blickt auf dem Flur der Plattenfirma RCA auf eine Galerie von Pophelden, die auch kommerziell groß abräumten: Großformatig gerahmt hängen da Porträts von Titanen wie Elvis, Frank Sinatra und Kuschelpopper Barry Manilow.

Frisch hinzugekommen ist ein Foto von fünf sehr hübschen, ein wenig langhaarigen Jungs in Sakkos, Sportschuhen und gepflegt zerschlissenen Jeans, die sich The Strokes nennen. „Keine Ahnung, welcher Verrückte das da hingehängt hat“, sagt einer von ihnen, der Schlagzeuger Fabrizio Moretti, genannt Fab – und übt sich in Demut: „Es ist auf jeden Fall eine Furcht einflößende Gesellschaft. Zwischen den ‚Simpsons‘ würde ich mich sehr viel wohler fühlen.“ Nervös trommelt er mit den Fingern auf einem schicken Designertisch.

Ob das Strokes-Bild im RCA-Flur noch lange an der Wand hängen darf, entscheidet sich wohl in den nächsten Wochen: Dann erweist sich, ob die New Yorker Band mit ihrem nächste Woche erscheinenden zweiten Album „Room on Fire“ die Erwartungen erfüllt, die ihr Debütwerk „Is This It“ vor zwei Jahren weckte.



EVA EDSJO / REDFERNS

Punk-Trio Yeah Yeah Yeahs: *Beherzter Neo-Lärm*

Seit Wochen wird um den zweiten Strokes-Streich, den das britische Fachblatt „New Musical Express“ bereits „die meist diskutierte Platte des Jahres“ nennt, ein ungeheures Medien-Buhei veranstaltet. Tatsächlich ist „Room on Fire“ fabelhaft gelungen, wenngleich das Album den Erfolgsprinzipien des weltweit 2,5 Millionen Mal verkauften Strokes-Debüts einfach stur treu bleibt: In rasanten 33 Minuten und 13 Sekunden spielt die Band elf Stücke lang jenen ebenso nervösen wie melodischen Rock’n’Roll, der sie berühmt gemacht hat.

Natürlich werden pophistorisch gebildete Schlaumeier wieder die Altväter heraushören, bei denen sich die fünf Knaben bedient haben; Bands wie Television, The Modern Lovers und The Cars gehören dazu – aber geht es darum wirklich? Entscheidend ist, dass es die Strokes geschafft haben, die Popwelt so nachhaltig zu beeindrucken wie vor ihnen lange keine andere Band.

Scharen von Garagen-Rockern, ob aus Schweden oder Neuseeland, Kanada oder England, nahmen sich die minimalistischen Rock-Nummern von „Is This It“ zum Vorbild, die so scheppernd klangen, als seien sie mit einem maroden Diktiergerät aufgenommen. Leicht zu erkennen sind diese Nachahmer in der Regel an einem „The“ vor dem Namen: Die erfolgreicheren heißen The Hives, The White Stripes, The Vines, The Datsuns oder The Libertines – aber auch „The“-freie beherzte Neo-Lärmer wie das Punk-Trio Yeah Yeah Yeahs brachten es zu erstaunlichen Verkaufszahlen und frischem Ruhm.

Ganz besonders aktiv wurden die Talentjäger der Plattenfirmen in New York – noch in der schäbigsten Musikkaschemme fahndeten sie nach dem guten Rock von Manhattan, was beispielsweise Luke Jenner, Sänger und Gitarrist der New Yorker Band The Rapture, „absolut irre“ findet: „Jeder unserer Freunde, der eine Gitarre halten kann und in einer Band spielt, hat neuerdings einen guten Plattenvertrag oder führt zumindest Verhandlungen.“

Natürlich profitiert auch Jenners Band The Rapture von dem Aufruhr. Ihr ebenfalls nächste Woche erscheinendes Album „Echoes“, das in schöner Manier tanzbare Electro-Beats mit zackigem Gitarrenlärm kreuzt, war so gefragt, dass mehrere Plattenfirmen sich ein Wettbieten lieferten. Das erste Angebot habe bei 15 000 Dollar gelegen, berichtet Jenner. Die Band wartete ab und unterschrieb ein halbes Jahr später für eineinhalb Millionen beim Konzern Universal.

Den großen Durchbruch aber, auf den die New Yorker Rock-Dandys von The Rapture noch warten, haben in den vergangenen Monaten ein paar eher verschlampte Rock’n’Roller aus der amerikanischen Provinz geschafft: Die in vielen angloamerikanischen und deutschen Fachmagazinen bejubelten Newcomer der Rock-Saison heißen Kings of Leon.

Die smarten Bürschchen aus Tennessee pflegen nicht nur optisch einen sehr lässigen,

* Albert Hammond junior, Fabrizio Moretti, Nick Valensi, Nikolai Fraiture.

Werbeseite

Werbeseite

von fern an Hippiezeiten erinnernden Stil; auch ihre Musik ist geprägt von einer sehr zurückgelehnten Rumhänger-Attitüde, vor allem der Gesang des Kings-of-Leon-Anführers Caleb Followill huldigt virtuos der Poesie des flüchtig Hingeschlampten. In den britischen Clubs jedenfalls gelten die jungen Südstaatenrocker als neue Helden, die auf Konzerten auch von berühmten Rock-Fans wie Kate Moss oder Stella McCartney angehimmelt werden.

Ob die Garagenrock-Mode und deren Vorzeigefiguren allerdings den aktuellen Rummel überstehen, wird – wie es sich in der Branche gehört – bereits von den ersten Musikfachleuten heftig bezweifelt. Kein Wunder also, dass die Strokes so wirken, als sei ihnen äußerst mulmig vor der Präsentation ihres zweiten Werks: Sie sind in rasender Geschwindigkeit von aufgedrehten Nobodys zu Pop-Ikonen geworden – droht nun schon wieder der Absturz in die Klasse der abgehalfterten Helden von gestern?

„Die Kunst besteht auch darin, den Wahnsinn nicht an sich heranzulassen“, sagt Fab Moretti und blickt sehr ernst.

Von einer leichten Verwirrung zeugt jedoch bereits, wie schwer sich die Strokes mit dem Einspielen ihres neuen Albums quälten. Da tauschten sie zu Beginn der Aufnahmen den wenig bekannten Produzenten ihres hoch gelobten Debüts gegen den Szenestar Nigel Godrich, der vor allem durch seine Arbeit mit den britischen Kunstrockern von Radiohead berühmt wurde. Einige Wochen später jagten sie den Gast wieder zum Teufel. „Wir haben die Aufnahmen mit ihm allesamt verbrannt“, behauptet Moretti. Reumütig kehrten die Jungs zum alten Produzenten Gordon Raphael zurück.

Zwei Jahre waren The Strokes mit ihrem ersten Album auf Welttournee – und wurden überall bejubelt. Zu Hause in New York aber sind sie bis heute erstaunlich unbeliebt. Das liegt vor allem an der dem Rock’n’Roll-Mythos kaum entsprechenden Herkunft der Musiker. Alle stammen sie aus den oberen Regionen der amerikanischen Gesellschaft.

Wie sexy kann die Geschichte einer Band sein, die wie im Falle der Strokes damit zu tun hat, dass sich zwei der Mitglieder auf einem Schweizer Nobel-Internat kennen lernten?

Sänger und Songwriter Julian Casablancas, dessen Vater John Casablancas einst die Modelagentur Elite gegründet hatte, und Albert Hammond junior, Sohn des Bestseller-Barden Albert Hammond senior („It Never Rains in Southern California“) liefen sich im Institut Le Rosey in der Nähe von Lausanne als Teenager über den Weg und trafen sich Jahre später in Manhattan wieder: Dort legten sie zusammen mit Fabrizio Moretti, Nick Valensi und Nikolai Fraiture los unter dem Namen The Strokes.

„Es kann keine guten Rock-Bands aus Manhattan geben, weil normale Menschen es sich überhaupt nicht leisten können, da zu wohnen“, keift denn auch der Konkurrent Gabe Andruzzi von The Rapture.

Strokes-Verächter haben sich hämische Geschichten ausgedacht wie die, dass die Band einen Pressesprecher angeheuert habe, bevor sie überhaupt ihren ersten Song geschrieben hatte. Das ist natürlich Humbug. In Wahrheit scherte sich lange Zeit kaum ein Mensch in New York um die Band; sie wurde von fast allen großen Plattenfirmen abgelehnt – bis ihr Manager auf die Idee kam, Probeaufnahmen an eine kleine Firma nach England zu schicken, wo man so begeistert war, dass man drei Nummern davon als Single veröffentlichte. Der Rest ging dann sehr schnell.



COLIN LANE / BMG

Rockband Kings of Leon: *Poesie des Hingeschlampten*

Er finde es immer noch sehr schwierig, mit all dem Neid umzugehen, klagt Albert Hammond junior. Die Forderung, dass große Rocker gefälligst aus kleinen Verhältnissen stammen müssten, sei nichts weiter als ein dummes Klischee. Stimmt: So ist zum Beispiel Lou Reed, der in der wohl berühmtesten New Yorker Rockband aller Zeiten, The Velvet Underground, den Ton angab, ein Mann aus bürgerlichem Haus – und auch die New Yorker Punkrock-Pioniere von den Ramones hatten eine recht wohlbehütete Jugend.

Einen Vorteil hat Hammond junior ganz sicher: Sein Vater weiß, wie mit schnell verdientem Geld umzugehen ist. Albert Hammond senior hat die Jungs gewarnt, sich tolle Häuser zu kaufen: „Dann denkt ihr nur noch an die Hypotheken statt an die Musik.“

CHRISTOPH DALLACH

Werbeseite

Werbeseite

LITERATUR

Fröhlicher Intrigantenstadel

In seinem Roman „Belles Lettres“ macht sich der Amerikaner Charles Simmons über den Feuilletonbetrieb lustig – er hat viele Jahre lang selbst als Kritiker gearbeitet.

Der Boss hat einen harten, einsamen Job: Sein Tagwerk sei, so klagt er, nichts anderes als „eine Methode, alte Freundschaften zu ruinieren oder sich neue Feinde zu schaffen“.

Der Jammerlappen im Chefsessel ist Chefredakteur der fiktiven Literaturzeitschrift „Belles Lettres“. Deren Redaktion ist Schauplatz des sehr lustigen, charmant geschriebenen Schlüsselromans, den der Amerikaner Charles Simmons verfasst hat*. Der Autor kennt sich in der Branche bestens aus – mehr als dreißig Jahre lang hat er als Redakteur der „New York Times Book Review“ gearbeitet.



Der Ich-Erzähler in „Belles Lettres“ ist Frank Page. Der junge Mann hat eine Seminararbeit über die bunte Geschichte der New Yorker Literaturzeitschrift und deren mal skrupellose und dumme, mal geniale oder einfach wahnsinnige Ex-Chefredakteure verfasst – und wird vom amtierenden Boss sogleich als Jungredakteur eingestellt.

Weil die Zeitschrift in einer Krise steckt und bieder und temperamentlos wirkt, schlägt Page eher scherzhaft vor, das Blatt mit einer Liste der 25 besten amerikanischen Autoren ins Gespräch zu bringen. Die Verlegerin ist von der Hitparaden-Idee begeistert, Pages Aufstieg verschafft ihm Einblick in die verkommenen Sitten der Branche: Da gibt’s zum Beispiel eine Gefälligkeitsrezension für Norman Mailers missratenen Roman, damit Mailer als Kritiker eines anderen Blatts seinerseits ein Werk des Chefs lobt. Oder der Bürobote verdient ein kleines Vermögen, indem er die Plätze auf der Bestsellerliste der Zeitschrift verscherbelt.

Als dieser Skandal auffliegt, kommt in der Redaktion ein tyrannischer Sanierer an die Macht – und die Redakteure tyrannisieren zurück, um den ungeliebten neuen Chef zu stürzen.

* Charles Simmons: „Belles Lettres“. Aus dem Amerikanischen von Klaus Modick. Verlag C.H. Beck, München; 184 Seiten; 17,90 Euro.

Mit satirischen Romanen hatte Simmons, 79, dessen Bücher seit ein paar Jahren im Münchner Verlag C. H. Beck auf Deutsch erscheinen, einst seine Schriftstellerkarriere begonnen. Hoch gelobt wurde er etwa für den wunderbar sensiblen Roman „Salzwasser“, der auf Turgenjews Novelle „Erste Liebe“ basiert und von pubertärer Schwärmerei, Eifersucht und Ehebruch in einer amerikanischen Ostküsten-Familie erzählt.

Auch die nüchterne, teilweise harsche Autobiografie „Lebensfalten“ feierte das deutsche Feuilleton, die „Frankfurter Allgemeine“ fand das Buch so „rätselhaft und lebendig wie die Linien einer Hand“ – nur für die reichlich abwegige Sex-Satire „Das Venus-Spiel“, eine Mischung aus Viagra-Huldigung und Psychoanalyseklatsch, kassierte Simmons berechtigte Verrisse.

So überdreht ist „Belles Lettres“ zum Glück nicht. Simmons hält sich ganz offenbar weitgehend an selbst Erlebtes – und schildert seine Zeitschriftenredaktion als wunderbar fiesen, zu allerlei Bosheiten und Seitensprüngen aufgelegten Intrigantenstadel.

In den USA erhielt „Belles Lettres“, dort schon 1987 erschienen, viele erfreute Re-

Autor Simmons
Bosheiten und Seitensprünge



zensionen. Nur die „New York Times Book Review“ konnte sich für die Nestbeschmutzung nicht so recht begeistern und sprach von „süßer Rache“.

Offensichtlich macht sich nicht nur der Literaturkritiker viele Feinde mit seiner Arbeit, sondern manchmal auch der Literat.

MARIANNE WELLERSHOFF

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (2) **Paulo Coelho** Elf Minuten
Diogenes; 19,90 Euro

2 (1) **John Griesemer** Rausch
Marebuch; 24,90 Euro

3 (3) **Henning Mankell** Vor dem Frost
Zsolnay; 24,90 Euro

4 (6) **Eric-Emmanuel Schmitt** Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran Ammann; 12 Euro

5 (8) **Charlotte Link** Am Ende des Schweigens Blanvalet; 23,90 Euro

6 (4) **Ljudmila Ulitzkaja** Die Lügen der Frauen Hanser; 16,90 Euro

7 (5) **Nicholas Sparks** Du bist nie allein
Heyne; 19 Euro

8 (7) **Ken Follett** Mitternachtsfalken
Lübbe; 24 Euro

9 (11) **Wladimir Kaminer** Mein deutsches Dschungelbuch Manhattan; 18 Euro

10 (9) **Paulo Coelho** Der Alchimist
Diogenes; 17,90 Euro

11 (12) **Rebecca Gablé** Die Siedler von Catan Ehrenwirth; 24,90 Euro

12 (10) **Joanne K. Rowling** Harry Potter and the Order of the Phoenix
Bloomsbury; 24,80 Euro (unverbindl. Preisempfehlung)

13 (15) **Eric-Emmanuel Schmitt** Oskar und die Dame in Rosa
Ammann; 13,80 Euro

14 (16) **Martha Grimes** Die Trauer trägt Schwarz Goldmann; 22,90 Euro

15 (14) **Siegfried Lenz** Fundbüro
Hoffmann und Campe; 21,90 Euro

16 (–) **Frederick Forsyth** Der Rächer
C. Bertelsmann; 21,90 Euro

17 (18) **Donna Tartt** Der kleine Freund
Goldmann; 24,90 Euro

18 (13) **Jonathan Franzen** Die 27ste Stadt
Rowohlt; 24,90 Euro

19 (–) **Ulrich Wickert** Der Richter aus Paris – Eine fast wahre Geschichte
Hoffmann und Campe; 19,90 Euro



Vor karibischer Kulisse watet ein unbestechlicher Jurist durch den Sumpf der illegalen Parteienfinanzierung

20 (–) **Donna Leon** Die dunkle Stunde der Serenissima Diogenes; 19,90 Euro

Sachbücher

1 (–) **Dieter Bohlen** Hinter den Kulissen Random House Entertainment; 20 Euro

2 (1) **Michael Moore** Stupid White Men
Piper; 12 Euro

3 (2) **Susanne Juhnke mit Beate Wedekind** In guten und in schlechten Tagen
Droemer; 19,90 Euro

4 (3) **Michael Moore** Querschüsse
Piper; 12,90 Euro

5 (4) **Christa Wolf** Ein Tag im Jahr 1960 – 2000
Luchterhand Literatur; 25 Euro



Pointen des Zufalls: Vier Jahrzehnte lang hat die Autorin denselben Tag protokolliert – den 27. September

6 (12) **Werner Tiki Küstenmacher/ Lothar J. Seiwert** Simplify your life Campus; 19,90 Euro

7 (–) **Peter Glotz** Die Vertreibung
Ullstein; 22 Euro

8 (9) **Erika Riemann** Die Schleife an Stalins Bart Hoffmann und Campe; 19,90 Euro

9 (13) **Dalai Lama** Ratschläge des Herzens Diogenes; 12,90 Euro

10 (15) **Corinne Hofmann** Zurück aus Afrika A1; 19,80 Euro

11 (5) **Jörg Blech** Die Krankheitserfinder – Wie wir zu Patienten gemacht werden S. Fischer; 17,90 Euro

12 (14) **Andreas von Bülow** Die CIA und der 11. September Piper; 13 Euro

13 (11) **Nadja Abd El Farrag** Ungelogen
Herbig; 19,90 Euro

14 (17) **Allan Pease/Barbara Pease** Warum Männer lügen und Frauen immer Schuhe kaufen
Ullstein; 16,95 Euro

15 (8) **Loki Schmidt/Dieter Buhl** Loki – Hannelore Schmidt erzählt aus ihrem Leben Hoffmann und Campe; 21,90 Euro

16 (10) **Hillary Rodham Clinton** Gelebte Geschichte Econ; 24 Euro

17 (19) **Willy Peter Reese** Mir selber seltsam fremd Claassen; 21 Euro

18 (16) **Ulrich Hoffmann** Grönemeyer – Biografie Hoffmann und Campe; 19,90 Euro

19 (7) **Daniel Küblböck** Ich lebe meine Töne Limes; 16 Euro

20 (–) **Manfred Krug** Mein schönes Leben Econ; 24 Euro

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TV-DOKUMENTATION

Magie der Schrecken

In „Shoah“ schilderte Claude Lanzmann das Sterben in den Gaskammern. Sein neues Werk, jetzt im TV, erzählt ergreifend vom Aufstand im KZ Sobibór.



THOMAS RABSCH

Filmemacher Lanzmann
Grandiose Totenklage

Er filmt nicht mit dem Kopf, sondern mit dem Bauch. Seine Filme, sagt der in Paris lebende Jude Claude Lanzmann, seien „complètement physique“. Zu Deutsch: aus Natur, aus Sinnlichkeit, aus stockender Rede, aus Weinen und Schweigen, aus der Farbe der Landschaften und Sonnenuntergänge. Es sind Zeichen, die für immer die Wahrnehmung verändern; Zeichen, die eine Tragödie auf den einen, den schrecklichen Punkt bringen.

Der französische Denker Roland Barthes schrieb über den Mythos, er mache Geschichte zu Natur, und so ist Claude Lanzmann, 78, Autor der grandiosen Film-Totenklage „Shoah“ über die ermordeten Juden, ein großer Mythenerzähler.

Denn er hat uns einfache und natürliche Symbole vom Schrecken eingebrannt, die noch schmerzen werden, wenn all die Originalaufnahmen und Fotos von den Leichenbergen in den Lagern zu Tode zitiert sein werden. Die Stücke des Autors bestehen aus Gegenwart oder aus Vergangenheit, die nicht vergeht – für Lanzmann gibt es da keinen Unterschied.

Auch durch „Sobibor“, sein neuestes Werk, das der WDR am Mittwoch dieser Woche um 23.15 Uhr sendet und der NDR am 23. November um 23.45 Uhr, fühlt sich der Zuschauer im erschütternden Sinne des Wortes gezeichnet. Es geht um eine Filmsequenz, die auf den ersten Blick wie eine Natur-Idylle aussieht: Eine Gänseherde watschelt schreiend durchs Bild, dann beschreiben die Tiere einen Kreis, ein rätselhaftes weißes Karussell dreht sich.

Den Schrecken liefert das Wort. Der Israeli Yehuda Lerner, der in acht Lagern gewesen war, bevor er als 16-Jähriger 1943 ins Vernichtungslager Sobibór transportiert wurde, berichtet aus dem Off, dass sich die KZ-Wächter Gänse als akustische Tarnung hielten: Die Schreie der Tiere klangen denen der im Gas sterbenden Menschen ähnlich. Bei den draußen auf den Tod Wartenden sollte keine Panik aufkommen.

Wer könnte diese Geschichte vom Betrug der Mörder beim Anblick einer Gänseherde jemals vergessen? Um die gefiederte Unsäglichkeit zu verstärken, lässt Lanzmann für einen Moment die Erzählstimme im Gebrüll der Vögel untergehen – fast hätte das die Ausstrahlung des Films verhindert, denn die WDR-Tontechniker intervenierten, weil sie einen unbehebbaren Fehler gefunden zu haben glaubten.

Der französische Regisseur verkörpert eben eine Tradition des Dokumentarfilms, wie sie hier zu Lande eher die Ausnahme ist. Dokumentarisches Fernsehen ist in Deutschland ein Kind des Radios. Das Wort regiert die Abläufe, die Bilder unterstützen es. Die historische Rekonstruktion ist um chronologische Herleitung bemüht und vermeidet meistens einen essayistischen Umgang mit den Fakten.

Anders das Vorgehen Lanzmanns und mancher seiner französischen Kollegen. Sie tun, was Lanzmann als „kreativ“ bezeichnet, und fühlen sich einer freien, subjektiven Aufbereitung des Stoffes verpflichtet. Die Sartre-Gefährtin Simone de Beauvoir lobte an „Shoah“ deren „poetische Konstruktion“, sie rühmte die kunstvolle Totenklage, die mit ineinander fließenden Stimmen arbeite. Als die neun Stunden lange Dokumentation nach elfjähriger Produktion 1985 in Paris Premiere hatte, blieben für de Beauvoir dennoch Rätsel: „Es ist nicht einfach, über ‚Shoah‘ zu sprechen. Dieser Film hat etwas Magisches an sich, und Magie lässt sich nicht erklären.“

Kein Wunder, dass Lanzmann nur ungern bereit ist, die Bedeutung seiner Filmbilder zu erklären. Sein neuer Film „Sobibor“ arbeitet mit Zumutungen, die dem erklärungssüchtigen modernen Fernsehen fremd sind. Wo Filme aus der Werkstatt eines Guido Knopp, des ZDF-Chefhistorikers, sofort mit Musik und sonorer Erzählstimme auf das Lernziel losmarschieren, geht Lanzmann auf den ersten Blick seltsame Wege.

Der Autor verliest auf Deutsch hastig einen eingeblendeten französischen Text, der die Vorgeschichte von „Sobibor“ und die Erkenntnisziele der Dokumentation herunterrattert. Am Ende der Dreharbeiten zu „Shoah“, so Lanzmann, sei er 1979 auf Lerner gestoßen, der ihm die Geschichte des Aufstandes von Sobibór erzählt habe. In „Shoah“ sei dafür kein Platz gewesen. Ihm, Lanzmann, sei aber klar gewesen, dass sie in einem Extrafilm erzählt werden müsste. So sei er 21 Jahre später an die Orte von Lerners Odyssee in Polen und Weißrussland gefahren, um zum alten Interview Bilder zu sammeln.

Als Ziel der filmischen Übung nennt Lanzmann in seiner eiligen Vorabankündigung, zwei Legenden richtig zu stellen: die eine, die besagt, die Juden hätten sich ohne Vorahnung in die Gaskammern führen lassen. Die zweite Legende, die zu dementieren sei: Die Juden hätten keinen Widerstand geleistet.



WDR

Lager Sobibór: *Tod bei der Anprobe*

So weit die knappe Informationsdienstleistung des Dokumentaristen Lanzmann. Dann beginnt der Magier. Der Zeitzeuge Lerner, die Hauptperson, wird, wie es sich für eine Zaubershow gehört, ganz allmählich auf die Bühne geholt. Auch wenn es für ein Thema wie Vernichtungslager makaber klingt, Suspense muss sein. Lanzmann bekennt sich dazu.

Zunächst erzählt die Stimme des nur zu Anfang einmal kurz sichtbaren Lerners von den Ausbrüchen aus allen möglichen Nazi-Lagern und von seinen Wiederverhaftungen, die ihm glücklicherweise nicht den Tod brachten. Lanz-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

mann kreist derweil sein Thema optisch ein: mit 360-Grad-Schwenks über das heutige Warschau, mit Kamerablicken auf herbstliche Wälder, aber auch auf Bahngleise und klapprige Züge. Unaufhaltsam geht es in den Bildern den Vernichtungslagern entgegen.

Raben sitzen auf Elektrodrähten, als die Kamera am Gelände des Lagers Majdanek Richtung Sobibór im Zug vorüberfährt. Als der Zeuge Lerner von den Warnungen erzählt, die ihm ein polnischer Bahnhilfsarbeiter zurief, als er mit anderen Häftlingen in einen Güterwaggon zusammengepfercht war: In Sobibór würden sie alle „verbrannt“. Hier erlaubt sich die Kamera Schnitte auf die Wälder, die mal herbstlich-heiter, mal düster und opak aussehen – als spiegele die Natur die Angst, aber auch die Hoffnung der Häftlinge wider, die die Warnungen des Polen nicht glauben.

In Sobibór angekommen, erkennen die Häftlinge ihre hoffnungslose Lage. Lanzmann blendet die Szenen von den Gänsen ein, jenes endgültige Bild von Ohnmacht, Entmenschung und Sieg des Bösen.

Doch dann, im Schlussakt von „Sobibor“, wächst das Rettende auch. Lanzmann macht Platz für seinen Helden Lerner, der nun in Großaufnahme einen schaurig-komischen Krimi erzählt. Im Angesicht des sicheren Todes tun sich Häftlinge unter Führung eines jüdischen Offiziers der Roten Armee zusammen, um ein Komplott zu schmieden. Der Plan: Alle wachhabenden Deutschen sollten mit Äxten erschlagen werden, die aus den Tischlereien des Lagers stammten.

Lerner, der später eine führende Rolle beim Aufbau der israelischen Polizei spielte, erzählt mit einem Lächeln und ohne jeden Anflug von Skrupeln davon, wie er zwei NS-Schergen den Schädel spaltete – insgesamt wurden elf Nazis getötet.

Der Aufstand von Sobibór gilt, so zynisch es klingt, als eine der ganz wenigen „erfolgreichen“ Erhebungen von KZ-Häftlingen: 300 konnten fliehen, allerdings wurden 250 von ihnen gefunden und umgebracht, genauso wie die im Lager verbliebenen Häftlinge. Immerhin gelang 50 Menschen die Flucht, und sie erlebten das Kriegsende.

Das Lager, in dem 250 000 Menschen ermordet worden waren, wurde 1943 geschlossen. Der Aufstand, das ist eine der schaurigen Pointen von „Sobibor“, konnte nur gelingen, weil die Deutschen ihrer pedantischen Generaltugend treu blieben, pünktlich zu sein: Die jüdischen Lager-Schneider bestellten die SS-Leute im Fünf-Minuten-Abstand – und Männer wie Lerner töteten sie.

Der Zuschauer mag sich erinnern, dass vor kurzem Jets der israelischen Luftwaffe in einem Gedenkflug über Auschwitz hinwegdonnerten – kein Gänseschrei soll die Juden mehr täuschen.

Nikolaus von Festenberg

FILM

Raues Glück

In „Sieben Brüder“ beschreibt der Dokumentarfilmer Sebastian Winkels das Schicksal einer Ruhrpott-Familie – ein packendes Stück Zeitgeschichte.

Wenn Mutter die Stullen schmierte, lagen die Jungs schon auf der Lauer. Mit großen Augen beobachteten sie die Fensterbank, auf der sich die Brote türmten, um herauszufinden, welches von ihnen wohl das dickste sei. Dieses nahmen sie dann fest ins Visier – wie die fetteste Beute im ganzen Revier.

So eindringlich und amüsant wie in Sebastian Winkels’ neuem Dokumentarfilm „Sieben Brüder“ wurde noch selten von Futterneid erzählt, von der Angst, sich die Butter vom Brot nehmen zu lassen und am Ende keine Schnitte zu bekommen. Wenn in einer Familie sieben Brüder Hunger haben, geht’s bisweilen recht archaisch zu.

Das Kuriosum, das der 34-jährige Winkels, Absolvent der Potsdamer Hochschule für Film und Fernsehen, aufgespürt hat, ist eine Familie mit sieben Söhnen – so etwas kannte man bisher eher aus dem fiktionalen Kino: In dem Musical „Eine Braut für sieben Brüder“ (1954) stehen die Helden zusammen wie ein Mann.

Winkels’ Dokumentation lässt die zwischen 1929 und 1945 in Mülheim an der Ruhr geborenen Brüder Hufschmidt einzeln aus ihrem Leben erzählen. So erhält jeder von ihnen jenen Raum zur individuellen Entfaltung, der auch in ihrer Jugend knapp bemessen war.

Da erzählt Jochen, der Jüngste, dass seine Eltern sich vor seiner Geburt sehnlich gewünscht hatten, endlich ein Mädchen zu bekommen. Und tatsächlich ist an seiner sanften Mimik und Gestik noch immer das Nesthäkchen zu erkennen, das von seinen Brüdern behütet wurde und sich den familiären Konkurrenz- und Verteilungskämpfen nie wirklich stellen musste.

Da zeugen die kräftigen Hände von Hannes – er wurde in die Bäckerlehre geschickt, um jenes Brot herzustellen, das ihn und seine Brüder ernährte – schon mehr von viriler Kraft; und die Finger von Dieter, dem heutigen Schauspieler, der bei seinem ersten Auftritt vor der Kamera effektvoll und stilbewusst eine Fluse vom schwarzen Pullover zupft, verraten den geschulten Selbstdarsteller.

Trotz der unterschiedlichen Gesten und Haltungen der Brüder ist stets eine außerordentlich große Nähe und Vertrautheit zu spüren: Da scheint der eine den Satz des anderen fortzusetzen, ohne ihn gehört zu haben. In den schillernden Erzählungen der Brüder wird die Rauheit, aber auch die Sicherheit deutlich, die das Leben in der Großfamilie prägte. Wenn einer strauchelte, gab es immer wenigstens zwei, die ihn auffingen.





CINETEXT (2)

Szenen aus „Sieben Brüder“
Schillernde Erzählungen vom Leben in einer Großfamilie

Gleichermaßen gelassen und eloquent findet jeder der Brüder seine eigenen Worte, um anschaulich und packend von den harten Zeiten zu erzählen, die sie durchlebt haben: von der Kinderlandverschickung der Nazis zum Beispiel, die sie in verschiedene Länder verstreute, oder von der Nachkriegszeit, in der sie an Hungerödemen litten.

Vielstimmig wird hier Zeitgeschichte rekapituliert, selbst in Anekdoten durchdringen sich Individuelles und Universales: Als der Vater einmal mit seinen Söhnen an die Ruhr zum Schwimmen ging, erzählt Volker, gab es nur eine einzige Badehose. So ging der Vater voran, bis ihm das Wasser über die Hüften stand, zog die Hose aus und warf sie dem ältesten Sohn zu. Der zog sie an, stieg in die Fluten und warf die Hose dem zweitältesten zu. So kam jeder von ihnen ins Wasser – und keiner musste sich eine Blöße geben.

Dieser wunderbare Film zeigt Menschen, die von klein auf gelernt haben, sich noch die bescheidensten Güter zu teilen.

Lars-Olav Beier

DICHTER

„Das habe ich ihm reingeschoben“

Wolf Biermann über seine sehr freie Übersetzung eines langen Gedichts von Bob Dylan, seine Begeisterung für die Songs des Amerikaners und die Chance auf ein Treffen der beiden Liedermacher während Dylans Deutschland-Gastspiel in dieser Woche



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Poet Biermann: *„Dylan hat das Glück, dass ich das gemacht habe“*

SPIEGEL: Herr Biermann, Sie haben Bob Dylans frühes Poem „Eleven Outlined Epitaphs“ aus dem Jahr 1964 auf sehr eigenwillige Weise ins Deutsche übertragen. Hat Sie je der Gedanke gestreift, dass Sie mit Ihren „Elf Entwürfen für meinen Grabspruch“ viele der deutschen Dylan-Kenner auf die Palme bringen könnten*?

Biermann: Zum Glück nicht, sonst hätte ich es ja nicht gemacht: aus lauter Angst. Dabei behaupte ich gar nicht, dass ich ein Dylan-Kenner bin, und ich trete auch nicht zu einem Wettkampf an. Denn eines unterscheidet mich von all diesen Leuten: dass ich Deutsch kann.

SPIEGEL: Geht’s nicht erst mal darum, dass man Englisch kann?

Biermann: Nein, und das wissen Sie natürlich. Mein Englisch ist sehr schwach, geradezu lächerlich. Trotzdem habe ich auch schon Shakespeare-Sonette übersetzt. Denn jeder Laie ahnt doch: Der Junge kann sich helfen lassen – von Leuten, die in beiden Sprachen zu Hause und ausreichend gebildet sind. Ich sage es jetzt etwas überscharf: Es ist vollkommen egal, ob man die Sprache, aus der man übersetzt, versteht oder nicht. Ob ich übersetzen kann, hängt ausschließlich davon ab, ob ich in meiner eigenen Sprache ein Gedicht schreiben kann.

SPIEGEL: Das tun Sie hier mit großem Überschwang. Aber wieso dichten Sie Dylan zu Biermann um und erfinden ganze Zeilen wie „Und sein will ich nichts. Ich will werden …“, die es im Original gar nicht gibt?

Biermann: Das soll mir erlaubt sein, anderen nicht. Dafür hat Dylan das Glück, dass ich es gemacht habe. Er hat ja auch was davon.

SPIEGEL: Aus „He’s a crazy man“ wird schon mal „Der is mit Selbstbegeisterung bekotzt“. Hat Sie da nicht auch Selbstbegeisterung hinweggeschwemmt?

Biermann: Ich habe meinen Text kürzlich Freunden vorgelesen, und ich musste selbstkritisch zugeben: Er ist nicht schlecht. Also: immer noch lebendig, frech, aufreizend; verstörend im allerbesten Sinne.

SPIEGEL: Trotzdem noch mal: Wie kommen Sie dazu, dem Dichter Dylan viele Zeilen hinzuzufügen und ihm Worte unterzuschieben wie „Apokalypse“, „Panik“, „Menschheit“, „Weltgeschichte“, die allesamt im Original nicht vorkommen?

Biermann: Das habe ich ihm reingeschoben, wie man einem alten Mütterchen vor der Grenze ein Pfund Kaffee in den Korb schiebt und ihn nach der Grenze wieder zurückklaut.

SPIEGEL: Hätten Sie sich solche Frechheiten auch mit Shakespeare erlaubt?

Biermann: Nein.

SPIEGEL: Warum dann bei Dylan, den Sie doch so hoch schätzen, dass Sie sogar den Literatur-Nobelpreis für ihn fordern?

Biermann: Weil es sich bei diesem Text um ein Frühwerk handelt. Das hat Dylan, ohne Übertreibung, rausgerotzt. Es ist die Antrittsrede eines Dichters, mit der ganzen



TED RUSSELL

Bob Dylan

ist nach eigenen Angaben ohne festen Wohnsitz und bereist seit Jahren in einer „endlosen Tournee“ die Welt. Von Ende dieser Woche an gibt er auch wieder acht Konzerte in Deutschland. Der legendäre amerikanische Sänger (Foto von 1962), als Robert Zimmerman und Sohn jüdischer Eltern 1941 in Duluth (Minnesota) geboren, macht derzeit mit vielen Projekten von sich reden: In dem in den USA bereits angelaufenen Film „Masked and Anonymous“, einer Art Science-Fiction-Western, spielt er neben Stars wie Penélope Cruz und Mickey Rourke und wirkte an Drehbuch und Musik mit. Während die mehrfach verschobene Veröffentlichung von Dylans Autobiografie nun wohl im nächsten Jahr erfolgen soll, plant Martin Scorsese eine Dokumentation über Dylans frühe Jahre, der exzentrische Regisseur Todd Haynes will eine fiktive Biografie drehen. Und Dylans Musik? 15 Album-Klassiker wie „Blood on the Tracks“ und „Blonde on Blonde“ hat der Plattenkonzern Sony gerade technisch aufgemöbelt als so genannte SACDs neu auf den Markt gebracht.

* Bob Dylan/Wolf Biermann: „Eleven Outlined Epitaphs/Elf Entwürfe für meinen Grabspruch“. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 160 Seiten; 16,90 Euro.

Werbeseite

Werbeseite

Unverschämtheit des Anfängers. Sehr amerikanisch, das heißt intelligent und unverfroren, schnappt sich ein junger Mann frech den Tod – und dichtet, am Anfang seines Lebens, seinen Grabspruch. Und die Pointe dieses etwas langen Spruchs: Er kulminiert in dem besten Zitat, das man aus dem alten Europa beziehen kann – in den Zeilen des großen Engländers John Donne aus dem 17. Jahrhundert, wo sich die berühmten Worte finden: „Kein Mensch ist eine Insel für sich selbst …“

SPIEGEL: Und sogar Bertolt Brecht kommt bei Dylan vor – ohne Ihre Nachhilfe.

Biermann: Stimmt, den habe ich ihm nicht reinschreiben müssen. Auch das freut mich. Und dass er sich selbst Bob Dylan nennt, der Junge aus Minnesota, der als Robert Zimmerman zur Welt kam! Nach dem Dichter Dylan Thomas!

SPIEGEL: Und Sie freuen sich an dieser Namenswahl, die man, falls die Story überhaupt stimmt, auch ein bisschen großspurig finden kann?

Biermann: Da ist einer, der der Welt ganz zu Beginn seiner Karriere gleich klar machte: So ist die Welt, so wird gedichtet, so müssen Menschen aussehen, die ich liebe, und so sind Leute, die ich zum Kotzen finde.

SPIEGEL: Die Pose ist Ihnen nicht ganz unvertraut.

Biermann: Ja. Ich erinnere mich an die gleiche Haltung bei einem Mann, der ich mal war. Das ist der Reiz für mich – dass ich mich in diesem Poem mit kaltem Auge und mit ironischer Distanz sehe: Ach, kleiner Biermann, das kenne ich ja! Geschützt durch brachiale Unwissenheit, Mangel an Lebenserfahrung und eine große Fresse. Die musst du auch haben. Wenn Verstand und Talent dahinter stehen, geht es – sonst wird es penetrant.

SPIEGEL: Ist es Zufall, dass Ihr Buch zu einem Zeitpunkt erscheint, an dem Dylan zu Auftritten nach Deutschland kommt und seine Plattenfirma eine digital aufpolierte Werkausgabe seiner CDs herausbringt?

Biermann: Dass das Buch jetzt erscheint, ist reiner Zufall. Ich habe das Poem schon vor zwei Jahren übersetzt und dachte, es würde noch 20 Jahre dauern, bis der Verlag die Rechte für eine Buchausgabe bekommt. Trotzdem hoffe ich, dass Ihr Presse-Kanaillen Recht behaltet: Vielleicht hatte mein Verlag wirklich den richtigen Riecher und macht nun ein tolles Geschäft.

SPIEGEL: Hoffen Sie, dass Dylan bei Ihnen vorspricht, wenn er Ende dieser Woche zwei Konzerte in Hamburg gibt?

Biermann: Wenn mein Verleger es schafft, ihm die englische Übersetzung meines Nachwort-Essays in die Finger zu spielen, dann würde es mich nicht wundern, wenn er hier an der Tür klingelt. Seine eigenen Gedichte muss man ihm ja nicht noch mal zurückübersetzen.

SPIEGEL: Doch! Das wäre sicher sehr überraschend für ihn.

Biermann: *(lacht)* Ich glaube allen Ernstes, der hätte daran großes Vergnügen. Ich jedenfalls hätte großes Vergnügen daran, wenn er mit meinen Gedichten so umspringen würde.

SPIEGEL: Wann haben Sie die Songs von Bob Dylan zum ersten Mal gehört?

Biermann: Das weiß ich nicht. Natürlich damals, als er berühmt wurde in den Sechzigern, die Songs hörte man schon auch in der DDR. Man hat sich das auf Tonband aufgenommen, auf Konserve. Ich kannte das, was jeder kennt – seine berühmten Lieder, „Don’t Think Twice, It’s Alright“ und „Mr. Tambourine Man“. Auf Band, mit all dem Rauschen, hatte das eine ganz besondere Aura. Walter Benjamin hatte ja nicht Recht, als er dem Kunstwerk im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit jede Aura absprach!

SPIEGEL: Warum haben Sie Ihr erstes Dylan-Konzert erst 1997 erlebt, obwohl Sie bereits bei seinem ersten Deutschland-Auftritt im Jahr 1978 im Westen lebten?

Biermann: Keine Ahnung. Aus Scheu? Aus Hochmut? Man irrt sich über niemanden so grotesk wie über sich selbst. Mich hat es jedenfalls angestachelt, als ich ihn da gesehen habe. Ich habe ihn noch tiefer beneidet um sein Versteckspiel, das ich mir auf der Bühne nicht leisten kann.



PICTORIAL PRESS

Musiker Dylan, Joan Baez (1965): *„Neid aufs Versteckspiel“*

SPIEGEL: Weil er anders als Sie das Publikums-Umarmen und dauernde Sich-selbst-Erklären nicht nötig hat.

Biermann: Ja. Das ist auch – nicht bloß – eine Charakterfrage. Aber davon versteh ich zu wenig. Ich will darüber nicht reden. Ich bin ja nicht mein eigener Psychoanalytiker. Aber es sind auch die Unterschiede zweier Gesellschaftsformen.

SPIEGEL: Heißt das, Sie durften nie so rätselhaft wie Dylan sein, weil Sie unter den Kommunisten dichteten?

Biermann: Aber ja! Das habe ich im Nachwort beschrieben: Sein Vorteil war Ort und Stunde seiner Geburt, mitten hinein in die bürgerliche Demokratie. Da kann man solche Spiele machen. In einem totalitären Regime ist man dazu verurteilt, langweilig immer die Wahrheit zu sagen über sich. Wenn Sie in einer Gesellschaft leben, wo allmächtige Parteibonzen und deren Spitzel es darauf anlegen, Sie im Kern zu zerstören, Ihnen die Identität zu rauben, dann halten Sie fast reflexhaft dagegen – und dann können Sie sich solche Eskapaden wie Dylan nicht leisten. Das ist der Unterschied. Und dass ich das jetzt so klar formulieren kann, verdanke ich Bob Dylan.

SPIEGEL: Also haben Sie mit Ihrer Übersetzungsarbeit vor allem sich selbst erkundet?

Biermann: Ich habe das gemacht, weil ich das Gedicht so kostbar finde. Ich bin ja keine Heilsarmee für Poesie und verplempere nicht meine Zeit. Wir alle wollen doch bei einem guten Gedicht vor allem uns selbst genießen. Wir wollen von einem Dichter nicht wissen, wie die Welt ist. Das wissen wir in der Regel besser. Wir wollen vom Dichter wissen, wie die Welt auf sein Gemüt wirkt – um uns selbst mit ihm vergleichen zu können. Deswegen muss der Dichter „ich“ sagen im Gedicht. Nur darum, nicht aus Eitelkeit.

SPIEGEL: Ihr Buch wird vom Verlag als „Sensation“ angekündigt, das Poem liege „nun zum ersten Mal in Deutsch“ vor. Ist das nicht peinlich, wo es schon seit vielen Jahren eine Übersetzung von Carl Weissner in einer Dylan-Textausgabe des Verlags Zweitausendeins gibt?

Biermann: Das weiß ich doch! Das ist Blödsinn! Der Text ist vor fast 30 Jahren bei Zweitausendeins erschienen! Das weiß jeder, der auch nur ein bisschen über Dylan weiß! So eine Dusseligkeit! Dummes Zeug! Ich habe nicht den Hauch eines Interesses daran, mich da mit falschen Federn zu schmücken. Aber sophistisch könnte man sagen: Erst der Biermann hat’s ins Deutsche geholt, so wie Luther trotz der damals schon vorliegenden Übersetzungen die Bibel als Erster übersetzt hat. Die frühe Dylan-Übersetzung ist etwas für Leute, die so schlecht Englisch verstehen wie ich. Die neue jetzt ist für Leute, die so gut Deutsch können wie hoffentlich Sie.

SPIEGEL: Wem predigen Sie, Herr Biermann – etwa lauter bereits Bekehrten? Rennen Sie nicht offene Türen ein, wenn Sie nun Dylan als „Poeten dieser Zeit“ preisen?

Biermann: Ich habe mehr Umgang mit Typen, die bis heute nur Walther von der Vogelweide kennen – und denen muss man Bob Dylan und sein Werk erklären.

Interview: Volker Hage, Wolfgang Höbel

Werbeseite

Werbeseite

ARCHÄOLOGIE

Vandalismus der Sieger

Maya-Forscher glauben, einem bisher unbekannten Zerstörungsritual der mesoamerikanischen Hochkultur auf die Spur gekommen zu sein. In den verlassenen Palästen der Indio-Adeligen waren Archäologen in der Vergangenheit häufig über Berge von Zivilisationsmüll gestolpert. Sie hielten die Relikte für den Unrat späterer Siedler, die in den leer stehenden Gebäuden Unterschlupf gesucht hatten. Der US-Archäologe Takeshi Inomata von der University of Arizona meldet jetzt Zweifel an dieser Version an. Festes und bewegliches Inventar der Maya-Paläste, so glaubt er, wurden bei kriegerischen Auseinandersetzungen noch zu Maya-Zeiten systematisch zerstört. Die Sieger waren offenbar überzeugt, dass die Besitztümer ihrer Gegner von Geistern beseelt waren, die durch den Vandalismus befreit werden mussten. In vielen Fällen scheinen die Bezwinger zu diesem Zweck regelrechte Gewaltorgien in den eroberten Niederlassungen veranstaltet zu haben. Inomata: „Sie zerdepperten die Gefäße, aus denen sie getrunken hatten, und rissen die Mauern ein."





Forscher Inomata (r.), Maya-Palast in Aguateca

TAKESHI INOMATA (2)

UMWELT

Gefahr durch Geisternetze

US-Umweltschützer haben bei Aufräumungsaktionen an mehreren Pazifikküsten und in den Gewässern rund um Hawaii tonnenweise über Bord gegangene Fischernetze und andere Fanggeräte an Land gezogen und entsorgt. Die von den Fischereiflotten stammenden Hinterlassenschaften – häufig riesige Treibnetze, die wegen zu rauer See gekappt werden mussten – driften Tausende von Meilen durch die Weltmeere und stellen eine ernsthafte Bedrohung für Tiere, Boote und Taucher dar. Die meisten Netze bestehen aus widerstandsfähigen Kunstfasern, die auch nach Jahren oder Jahrzehnten im Wasser nicht verrotten. Wenn die Geisternetze nach langer Irrfahrt an Strände oder auf Riffs gespült werden, gefährden sie auch dort den Lebensraum von Tierarten, etwa den der vom Aussterben bedrohten Hawaii-Mönchsrobben. „Es ist für unser Image nicht gerade förderlich, dass dieses Zeug da draußen herrenlos herumschwimmt", räumt Zeke Grader, ein Sprecher der US-Fischereigenossenschaften an der Pazifikküste, zerknirscht ein. Schuld an der seit längerem bekannten Gefahr sind Fischereiunternehmen, die wegen des ständig schärfer werdenden Konkurrenzkampfes unter den Fangflotten ihre Netze auch in Seegebieten einsetzen, in denen sie wegen widriger Wetterbedingungen leicht verloren gehen können.



DEFOSSEZ / WPA / SIPA PRESS



AP

Hochseefischer, verendete Robbe

BRUSTKREBS

Rückkehr gebremst

Bislang bekommen Frauen gegen die Rückkehr von Brustkrebs, der durch Östrogen verursacht wird, das Anti-Hormon Tamoxifen. Doch spätestens nach fünf Jahren müssen sie das Medikament wegen möglicher Nebenwirkungen absetzen. Nun bekamen in einer weltweiten Studie über 5000 Frauen Femara, ein Medikament der Firma Novartis. Damit sank die Rückkehr-Rate des Tumors um 43 Prozent. Novartis macht sich Hoffnungen, den Marktanteil von Femara zu vergrößern, weil die Standard-Therapie mit Tamoxifen durch so genannte Aromatase-Hemmer wie Femara ganz abgelöst werden könnte. „Bislang konnte aber noch nicht gezeigt werden, dass die Überlebensrate signifikant steigt", so der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie, Siegfried Seeber. Ungeachtet dessen stieg die Novartis-Aktie letzte Woche um 2,4 Prozent.



FAYEZ NURELDINE / AFP (2)



Kourtis, Minoer-Schiff in der Werft von Chania

SCHIFFFAHRT

Antiker Kahn auf Jungfernfahrt

Der Nachbau eines jener Schiffe, mit denen Seefahrer der minoischen Kultur vor rund 3500 Jahren das Mittelmeer befuhren, steht in einer Werft der kretischen Stadt Chania kurz vor der Vollendung. Die weltweit erste Replica eines solchen Vehikels soll Anfang Dezember aufs Wasser gleiten. An seiner Fertigstellung arbeitet ein vierköpfiges Team unter der Leitung des griechischen Admirals und Schiffbauexperten Apostolos Kourtis. Da bisher noch nie Überreste eines solchen Gefährts gefunden wurden, mussten sich die Konstrukteure an Abbildern auf antiken Fresken orientieren. Der 17 Meter lange und knapp 4 Meter breite Schiffskörper besteht aus gespaltenen Zypressenstämmen, deren Robustheit schon die antiken Schiffbauer schätzten. „Der Kahn wird ächzen und stöhnen, aber die Konstruktion hält“, versichert Cheferbauer Kourtis. Um ihre Seefahrzeuge gegen eindringendes Wasser zu schützen, überzogen die minoischen Werftarbeiter den Rumpf mit einer harzgetränkten Leinenhaut. Sie wurde mit Kalkfarbe angestrichen und durch Delfinabbildungen verziert. Die Jungfernfahrt des von 30 Ruderern angetriebenen Nachbaus soll Anfang Juni nächsten Jahres stattfinden – genau rechtzeitig, um mit dem Schiffsveteranen zur Eröffnung der Olympischen Spiele im August in den Athener Hafen einzulaufen.

HAUSHALTSTECHNIK

Schlauer Staubsauger

Britische Ingenieure haben einen „sprechenden“ Staubsauger entwickelt, der bei Störungen wichtige Betriebsdaten an ein Callcenter meldet. Die entnervten Besitzer brauchen dazu nur den Telefonhörer an eine Art Modemlautsprecher des Haushaltsgeräts zu halten. Ein im Staubsauger steckender Mikrocomputer überträgt dann alle relevanten Informationen in eine Diagnosestation am anderen Ende der Leitung – das lästige und meist vergebliche Suchen nach den Kaufpapieren hätte damit ein Ende. „Unser Callcenter weiß sofort, um welches Modell es sich handelt, wann es gebaut wurde und bei welchen Temperaturen es gelaufen ist“, erklärt James Dyson, Chef einer Staubsaugerfirma in Malmesbury (Wiltshire) und Erfinder jenes bekannten Staubsaugermodells, das ohne Papierbeutel auskommt. Die Sprachkompetenz des Haushaltshelfers ist ein Abfall-Produkt von Dysons Suche nach dem leistungsstärksten Staubsaugermotor der Welt. Dabei hatten seine Ingenieure den Prototyp eines Antriebsaggregats gebaut, das mit 100 000 Umdrehungen pro Minute sogar einen Formel-1-Motor in den Schatten stellt. Um den Super-Staubsauger sicher und effizient steuern zu können, war ein Mikrocomputer notwendig, der schließlich genügend überschüssige „Intelligenz“ besaß, um dem Hausgehilfen auch noch das „Sprechen“ beizubringen.



UPPA.CO.UK

Dyson, Staubsaugermodell

AIDS

„Die Priester in Afrika sind schlauer als Rom“

Wolfgang Schafnitzl, 50, Vorsitzender der Hilfsorganisation „Ärzte für die Dritte Welt“, über eine neue Warnung der katholischen Kirche vor dem Gebrauch von Kondomen

SPIEGEL: Der Vatikan hat behauptet, Kondome seien durchlässig für den Aids-Erreger. Wie wirken sich solche Äußerungen in Afrika aus?

Schafnitzl: Sie sind ausgesprochen kontraproduktiv. Wenn die Kondomwarnung dort umgesetzt würde, wäre das eine Katastrophe für die Menschen. Ich glaube aber, dass die Kirchenvertreter an der Basis besser informiert sind als die Würdenträger in Rom, die offenbar mit relativ wenig Aids-Sorgen geplagt sind.



RONALD FROMMANN / LAIF

SPIEGEL: Sie sind oft vor Ort. Werden Empfehlungen aus Rom von den Afrikanern überhaupt ernst genommen?

Schafnitzl: Das Netz der katholischen Kirche ist in diesen Ländern weit geknüpft. Ich bezweifle aber, dass Botschaften der Kirchenoberen dort ungefiltert ankommen. Die Priester in den afrikanischen Gemeinden sind schlauer als die Kirche in Rom. Wir betreiben in einer Benediktiner-Pfarrei in einer Slumgegend von Nairobi ein Aids-Projekt, bei dem Kondome verteilt werden, und werden dabei von Ordensangehörigen unterstützt. Für unsere Helfer vor Ort ist das kein Widerspruch.

SPIEGEL: Was ist dran an den Hinweisen, dass Kondome angeblich löchrig seien?

Schafnitzl: Kondome sind in diesen Ländern im Moment die einzige Lösung, um die HIV-Übertragung zu stoppen. Sie bieten keine absolute Sicherheit, aber sie reduzieren das Risiko enorm. Stattdessen eheliche Treue zu propagieren, wie es die katholische Kirche tut, ist vollkommen unrealistisch.

SPIEGEL: Der Erzbischof von Nairobi, Raphael Ndingi Nzeki, behauptet, Aids habe sich in Afrika so rasch ausgebreitet, „weil es Kondome gibt“. Sorgen solche Meinungen für Panik bei den Menschen?

Schafnitzl: Es gibt in der katholischen Kirche natürlich auch reaktionäre Stimmen. Aber man darf die Menschen in diesen Ländern nicht unterschätzen. Sie wissen inzwischen sehr genau, dass Kondome kein Teufelszeug sind.

Werbeseite

Werbeseite



WOLFGANG M. WEBER (L.); ZMNH (R.)

Hirnpräparation in der Münchner Neuropathologie, Synapsenbildung im Nervenzellpräparat*: *Ein gigantischer Verkehrswegeplan ermöglicht es*

HIRNFORSCHUNG

Baustoff der Gedanken

Deutsche Forscher machen sich daran, die Gesamtheit aller im Hirn aktiven Proteine zu erfassen. Aber kann das Megaprojekt überhaupt gelingen? Es fehlt an tauglichen Hirnproben, die Zahl der Hirnproteine ist gewaltig und die Komplexität ihres Zusammenspiels unermesslich.

Als der Anruf schließlich kommt, ist Anna H. bereits seit 18 Stunden tot. Aber noch ärgerlicher ist, dass der Leichnam die ganze Nacht über im Bett gelegen hat, und das bei typischen Pflegeheimtemperaturen. Ob da das Gehirn überhaupt noch brauchbar ist?

Aber für solche Gedanken ist jetzt keine Zeit. Thomas Arzberger weiß nur: Anna H. ist Hirnspenderin. Nun kommt es darauf an, schnell zu sein. Der Bestatter kennt die Wünsche der Kunden von der Münchner Hirnbank: Als der Neuropathologe Arzberger, 42, im Sektionssaal ankommt, ist die Leiche bereits da. Und auch der Präparator wartet schon.

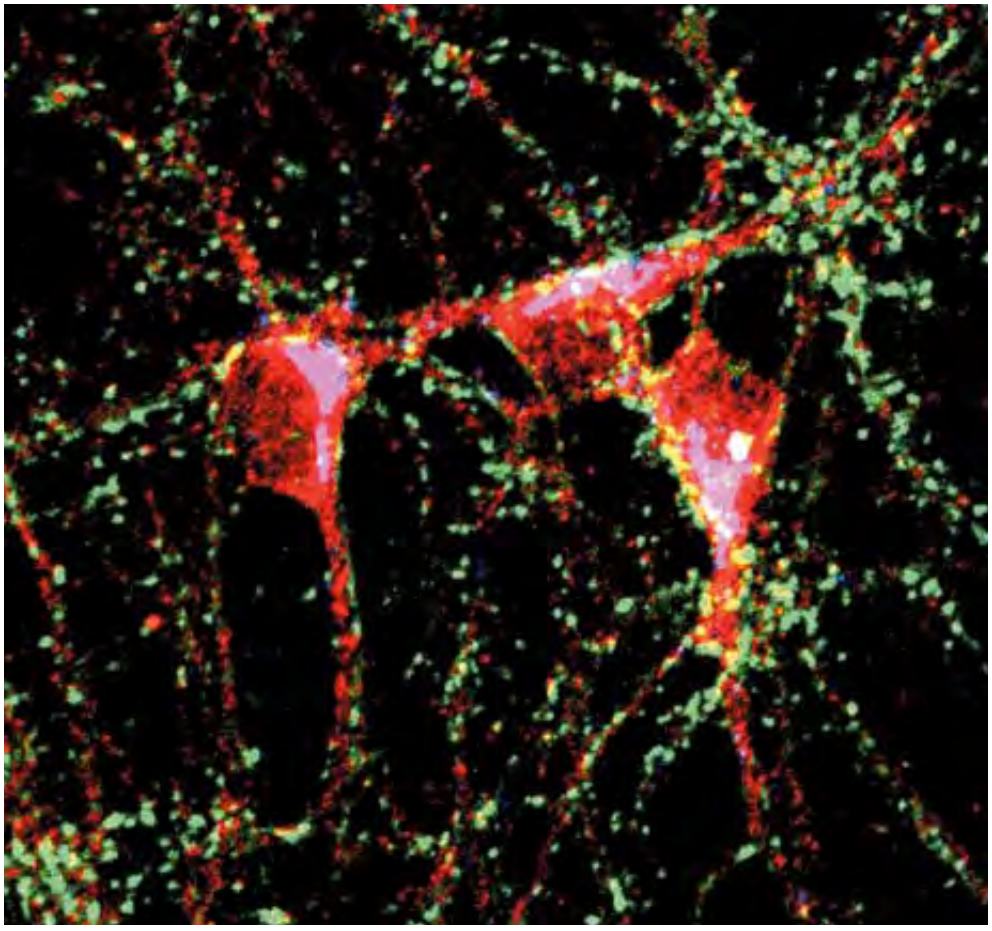
Mit sauberem Schnitt sägt er die Schädelkalotte der 88-Jährigen auf. Darunter liegt die Dura, die harte Hirnhaut, unter der das Substrat des Denkens, Fühlens und Handelns verborgen liegt – oder das, was bei Anna H. davon übrig geblieben ist.

Nun ist Arzberger an der Reihe. Vorsichtig trennt er das Organ von Rückenmark, Seh- und Gesichtsnerven, bis er den aschgrauen Gewebeklumpen, furchig wie eine Walnuss, weich wie eine reife Avocado, behutsam aus der Schädelhöhle heben kann. „Na ja, gesund ist das Gehirn nicht“, sagt er. „Aber

* Fluoreszenzmikroskop-Aufnahme am Hamburger Zentrum für Molekulare Neurobiologie; durch rote und grüne Fluoreszenz sind zwei verschiedene Proteine sichtbar gemacht.

Das menschliche Proteom

ist die Gesamtheit aller im Körper hergestellten Proteine. Da Proteine sämtliche Stoffwechselprozesse steuern – gleichgültig ob Verdauung, Hormonproduktion oder die elektrische Erregung von Nervenzellen –, spiegeln sich im Proteom alle molekularbiologischen Vorgänge im menschlichen Organismus wider. Nach der Entzifferung des Human-Genoms nehmen die Bioforscher nun unter dem Namen „Hupo“ die Erfassung des Proteoms als nächstes internationales Megaprojekt in Angriff. In der vergangenen Woche trafen sich 3500 Hupo-Forscher im kanadischen Montreal, um ihr Großvorhaben zu planen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei zunächst der Erforschung von Blut, Leber und Hirn. Den Deutschen wird die Aufgabe zukommen, die Erfassung des besonders komplexen Hirn-Proteoms zu koordinieren.



100 Milliarden Nervenzellen, sich an 100 Billiarden Schaltstellen zu verschalten

woran genau die Frau gelitten hat, das wird erst die Histologie erweisen.“ 1050 Gramm bringt das Gehirn noch auf die Waage, 20 Prozent weniger als bei einer jungen Frau.

Mit dem Parenchym-Messer, einer Art doppelschneidigem, extrem scharf geschliffenem Fleischermesser, schneidet Arzberger das Gewebe in 14 etwa einen Zentimeter breite Scheiben. „Sehen Sie, wie sehr die Ventrikel erweitert sind?“, fragt er und zeigt auf die Hirnkammern, die aussehen, als hätte sich hier Säure von innen durch das Nervengewebe gefressen.

Anschließend packt Arzberger die Scheiben auf Trockeneis; zwei bis drei Minuten dauert es, dann ist das Gewebe schockgefroren. Wichtig ist vor allem, dass sich keine Eiskristalle bilden; die würden Zellkörper und -organellen zerstören.

In Plastiktüten geschweißt, verstaut Arzberger die eisigen Hirnplatten in Kryoboxen. Von jetzt an trägt Anna H. das Kürzel RZ 303, Hirnforscher aus aller Welt können ihr Gewebe nun bei der Münchner Hirnbank anfordern.

Helmut Meyer ist Hirnbankkunde. In Bochum, am Rande des universitären Betongebirges, hat er sich eine kleine Fabrik eingerichtet, eine Wissenschaftsfabrik. Der Rohstoff, den sie verarbeitet, ist Gewebe. Das Produkt sind Daten.

Besuchern führt Meyer, 54, gern seine vier Massenspektrometer vor: „Jedes so teuer wie ein Einfamilienhaus, und zwei weitere sind bestellt“, sagt er stolz. Seine Vorträge pflegt er mit einem Chart zu eröffnen, das sieben internationale Forschungskooperationen zeigt; in jeder davon spielt Meyer eine zentrale Rolle. Und auf der Pinnwand in seinem Büro hängt ein ausgeschnittener Zettel. „Make big plans!“ steht darauf.

Proteom-Forscher Meyer
„Make big plans!“

Natürlich weiß Meyer, dass manche seiner Kollegen das für großmäulig halten. Aber deren Neid stört ihn nicht. Hauptsache, seine Mitarbeiter wissen, was sie an ihrem Chef haben: 30 Stellen hat Meyer an seinem Bochumer „Medical Proteom-Center“ geschaffen. Ganze drei davon bezahlt die Uni selbst, alle anderen sind durch Drittmittel finanziert.

Zu einem wie Meyer gehört, dass er sich niemals mit dem begnügt, was er bisher erreicht hat. Deshalb hat der Groß-Organisator von Bochum nun auch noch die Verantwortung für eines der ehrgeizigsten Projekte an sich gezogen, die sein Fach zu bieten hat: Gemeinsam mit dem Berliner Proteinforscher Joachim Klose soll Meyer die Erfassung des Hirn-Proteoms international koordinieren. Das Ziel: sämtliche im Hirn aktiven Proteine bestimmen, lokalisieren und analysieren – wahrhaftig eine Titanenaufgabe.

Lange ist es noch nicht her, dass die Entzifferung des Genoms als epochaler Durchbruch auf dem Weg zum Verständnis des Menschen gefeiert wurde. Nun, kaum drei Jahre später, gilt die Genomik bereits als Vergangenheit. Jetzt, so heißt es ebenso hoffnungsfroh wie einst bei der Planung des Genomprojekts, sei die Ära der Proteomik angebrochen.

Das Erbgut zu sequenzieren war ein Kinderspiel, gemessen an der neuen Aufgabe. Denn in der Sprache der Gene ist nur das Drehbuch des Zellgeschehens verfasst, die Proteine jedoch führen den Film selbst auf; bei den Genen reicht es, die Abfolge der chemischen Bausteine zu kennen, bei Proteinen hingegen kommt es darauf an, zu welcher dreidimensionalen Gestalt sie sich knäulen; vor allem aber bleiben Gene ein Leben lang unveränderlich, die Proteine aber kommen und gehen.

Für kaum ein anderes Gewebe gilt dies so sehr wie für das Gehirn. Mehr als 10 000 unterschiedliche Eiweißstoffe, gleichsam als molekulare Bausteine der Gedanken, sind in jeder einzelnen Hirnzelle aktiv – das ist mehr als in jeder anderen Körper-



NORBERT ENKER

zelle. Und sie alle binden sich aneinander, wirken aufeinander ein, regeln ihre Produktion wechselseitig hoch oder runter. Unentwegt werden die großen Proteinketten dabei an einzelnen Stellen verändert: Hier wird ein Zucker angehängt, dort eine Phosphatgruppe entfernt.

Zudem ist gerade das Gehirn ein einzigartig vielfältiges und plastisches Organ: Jede der vielen Hirnstrukturen zeichnet sich aus durch eine eigene, höchst charakteristische Architektur des Nervennetzwerks. Und kaum eine Nervenzelle verhält sich so wie die nächste: Die eine reagiert auf den Botenstoff Serotonin, die andere auf Dopamin. Die eine produziert vor allem GABA, die nächste wiederum Glutamat.

Und all das ist dann auch noch ständigem Wandel unterworfen: Erlebnisse, Gefühle, Erinnerungen und Ideen wirken auf das Hirn ein – und jeder dieser Einflüsse spiegelt sich wider in der Zahl der Proteine, die von den Zellen hergestellt werden.

Dieses ganze Wirkungsgeflecht also soll nun im Rahmen des internationalen Proteom-Projekts enträtselt werden? Helmut Meyer hat sich viel vorgenommen.

Wer sollte das besser wissen als Melitta Schachner? Der Wandel im Hirn ist ihr Thema. Am Hamburger Zentrum für Molekulare Neurobiologie studiert sie die Bildung von Synapsen, von jenen Verbindungsstellen also, an denen Nervenzellen miteinander kommunizieren. Und je länger sie sich mit diesem Prozess befasst, desto komplizierter wird es.



Maus ohne L1-Gen im Gedächtnisversuch*, Hirnforscherin Schachner: *Die Nervenzellen lernen*

Der Blick durchs Mikroskop lässt Schachner, 60, Zeugin der ständigen Hirnverwandlung werden: Es wird sichtbar, wie sich Ausstülpungen der Nervenzellen in Ärmchen verwandeln, wie sie an ihrer Spitze vielfingrig tastend ihre Umgebung zu erkunden scheinen. Unentwegt sprießen neue Zellfingerchen, um sich wenig später wieder zurückzuziehen – bis eines von ihnen etwas entdeckt hat, was es veranlasst, den ganzen wachsenden Zellarm nun in diese Richtung zu lenken.

„Die Zelle richtet sich nach molekularen Wegweisern, die in großer Zahl im Gewebe zwischen den Zellen oder auf der Außenhaut anderer Zellen zu finden sind“,

* Gemessen wird, wie schnell sich die Versuchsmaus merken kann, wo in dem Bassin der Teller ist, auf dem sie stehen kann.



RONALD FROMMANN / LAIF (2)

dank eines Jungbrunnen-Effekts

erklärt Schachner. „Schon heute kennen wir etwa hundert dieser Wegweiser-Moleküle, aber ich wette, dass es in Wirklichkeit doppelt so viele sind."

Unsichtbar für das menschliche Auge, aber sehr wohl tastbar für die Nervenzellärmchen überkreuzen sich im Hirn demnach molekulare Trassen, Bahnen und Schneisen: ein gigantischer Verkehrswegeplan, der es den 100 Milliarden Nervenzellen ermöglicht, sich an 100 Billionen Schaltstellen miteinander zu verschalten.

„Besonders rege bilden sich Synapsen am Anfang des Lebens", sagt Schachner. „Doch grundsätzlich bleibt die Fähigkeit der Nervenzellen, sich neu zu verschalten, das ganze Leben lang erhalten." Die Forscherin glaubt auch zu wissen, wem die Zellen diese Fähigkeit verdanken: einer Art Jungbrunnen-Effekt. „Wenn alte Zellen neue Synapsen bilden wollen, dann müssen sie sich in ein unreiferes Stadium zurückverwandeln, in dem sie dazu noch fähig waren."

Bestätigt sieht sich Schachner durch die Tatsache, dass es oft ähnliche Prozesse sind, die im Fötus die Entwicklung und beim Erwachsenen die Lernfähigkeit stören. „Nehmen Sie zum Beispiel das L1-Protein", sagt sie und ist damit endlich bei einem ihrer gegenwärtigen Forschungsprojekte: Sie will die Rolle von L1 verstehen, eines einzelnen der 10 000 Hirn-Proteine – und allein dies erweist sich als Kosmos für sich.

Ein einziges der 10 000 Proteine in der Zelle kann sich als ganzer Kosmos erweisen.

L1 ist einer der molekularen Wegweiser im Hirn – und offenbar ein wichtiger. Das zeigt sich besonders, wenn er beschädigt ist: Vier verschiedene Erbkrankheiten sind den Medizinern bekannt – sie gehen einher mit geistiger Behinderung, Wasserkopf, völligem Fehlen des Balkens zwischen den beiden Hirnhälften, lähmenden Krämpfen und schlurfendem Gang –, die sich allesamt als unterschiedliche Defekte auf einem einzigen Gen erwiesen: eben demjenigen für den Signalstoff L1.

Und in noch einem Fall scheint L1 beteiligt: wenn Schwangere zu viel Alkohol trinken. Die Behinderungen der Babys solcher Mütter ähneln bemerkenswert denjenigen von Kindern mit defektem L1-Gen. Zudem ist bekannt, dass sich das L1-Protein unter dem Einfluss von Alkohol krankhaft verformt.

Inzwischen haben die Hamburger Forscher auch Mäuse gezüchtet, bei denen das L1-Gen ausgeschaltet ist. Die kleinwüchsigen, auffällig hinkenden Tiere sollen als Krankheitsmodell für die menschliche Erbkrankheit dienen. Außerdem, so wird deutlich, erinnern sie sich schlecht: Offenbart sich hier der Zusammenhang zwischen fötaler Entwicklung und Lernfähigkeit des ausgewachsenen Gehirns? Lässt sich womöglich mit diesem Effekt auch erklären, warum Alkohol, im Überfluss genossen, zu Amnesie führen kann?

Ganz so einfach wird es am Ende möglicherweise nicht sein. Die Neurobiologin Schachner weiß: Nichts ist komplizierter als das Gehirn. Gerade deshalb hat sie sich jenen bisher rund 90 Forschern welt-

weit angeschlossen, die im Rahmen des Hirn-Proteom-Projekts zusammenarbeiten wollen.

„Natürlich ist es naiv zu glauben, jedes Protein hätte seine ganz bestimmte Funktion“, erklärt Schachner. „In Wirklichkeit haben wir ein hoch komplexes Netzwerk vor uns, und wenn Sie an einem Ende an einer Strippe ziehen, dann ändert sich auch an einem ganz anderen Ende etwas.“ Irgendwann, so hofft sie, werde man alle Daten des Proteom-Projekts in einem Computer vereinen können. Und dann werde es vielleicht auch möglich sein, das Ziehen der Protein-Strippen darauf zu simulieren.

Ob das mehr ist als ein Forschertraum? Der Gang durch Meyers Gerätepark in Bochum zeigt nicht nur, wie viel bereits möglich ist; er zeigt auch, wie unendlich weit der Weg noch ist.

Etwa zehn Prozent einer Hirnzelle bestehen aus Protein, das im ersten Arbeitsschritt von den Zuckern, Fetten und DNS-Molekülen in der Zelle getrennt wird. Dann lassen die Forscher das Zellprotein durch ein Gel wandern; unter Einfluss von elektrischen Feldern und Schwerkraft lassen sich so bis zu 20 000 Molekülsorten trennen – eine gewaltige Menge zweifellos, aber trotzdem kaum ein Viertel aller in der Zelle schwimmenden Varianten. Besonders schwierig ist es, die in der Zellaußenhaut schwimmenden Eiweißstoffe dingfest zu machen – doch gerade sie spielen bei der Interaktion der Zellen die zentrale Rolle.



WOLFGANG M. WEBER

Neuropathologe Arzberger, Hirnpräparat von Anna H.: *„Na ja, gesund ist das nicht“*

Aber selbst wenn es gelingen sollte, einen deutlich größeren Anteil zu isolieren und anschließend im Massenspektrometer zu identifizieren, so wäre mit dieser Bestandsaufnahme nur der erste Schritt vollbracht. Um die von Melitta Schachner ersehnte Zellsimulation möglich zu machen, müssten die Forscher auch verstehen, wie all diese zigtausend Moleküle miteinander wechselwirken.

Vor anderthalb Jahren gelang es einer Truppe von 38 Heidelberger Forschern, das Wechselwirkungsgeflecht von 589 Hefe-Proteinen zu vermessen. Das Ergebnis, in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlicht, gleicht einem undurchdringlichen Knäuel aus Linien – und trotzdem ist es geradezu lachhaft simpel, gemessen an dem, was sich Meyer und seine Kollegen vorgenommen haben.

Immerhin: Die Proteom-Forscher können bereits Ergebnisse vorweisen. Die Befunde seines Berliner Kollegen Klose etwa, meint Meyer, seien typisch für die Art von Erkenntnis, die schon bald aus dem Hirn-Proteom-Projekt hervorgehen werde.

Klose wollte wissen, wie sich die Zusammensetzung des Hirn-Proteoms im Lauf des Mäuselebens verändert. Klose nahm dazu 250 Proteine im Mäusehirn näher unter die Lupe. Das fötale Hirn, so zeigte sich dabei, ist in beständigem Umbau befindlich. Nur 27 Prozent der betrachteten Proteine werden regelmäßig produziert, alle anderen werden im Verlauf kurzer Zeit hoch- oder heruntergeregelt.

Bei Patienten, die langsam dahinsiechen, beginnt die Verwesung schon auf dem Sterbebett.

Das jedoch ändert sich im Lauf des Mäuselebens. Je älter das Tier wird, umso starrer sind die Bahnen, in denen der Stoffwechsel verläuft – bis sich im Gehirn des Mäusegreises das ursprüngliche Verhältnis in sein Gegenteil verkehrt hat: 81 Prozent aller Proteine werden nun in konstanter Konzentration hergestellt. Nur noch ein Fünftel unterliegt einer Veränderung.

„Und dieses Fünftel ist das, was wir uns jetzt genauer ansehen müssen“, erklärt Meyer. Die Proteom-Veränderung am Ende des Lebens, so glaubt er, enthalte den Schlüssel zum Phänomen des Alterns, des Starrsinns, der Demenz.

Bisher allerdings hat sich Klose bei seinen Experimenten auf Mäuse beschränkt – und das hat seinen Grund: Labormäuse jeden Alters stehen in fast unbegrenzter Zahl zur Verfügung. An unversehrtes menschliches Hirngewebe heranzukommen ist ungleich schwieriger: Schon wenige Stunden nach dem Tod beginnen die Proteine zu zerfallen. Die Gewebebeschaffung wird also für das Proteom-Projekt zur ersten Bewährungsprobe werden.

Inzwischen, vier Wochen nach ihrem Tod, liegen alle Färbungen von Anna H.s Hirngewebe vor, die Diagnose ist gestellt: Nicht nur die Alzheimer-Krankheit, sondern auch noch zwei weitere Formen von Demenz haben ihrem Gehirn zugesetzt. Mini-Infarkte, verursacht durch den Verschluss winziger stark verkalkter Gefäße, haben das Gewebe verwüstet. Zudem litt sie unter der Parkinson-ähnlichen Lewy-Körper-Krankheit. „So etwas ist gar nicht so selten“, sagt der Neuropathologe Arzberger.

Gerade der Alzheimer-Krankheit soll am Anfang die besondere Aufmerksamkeit des Hirn-Proteom-Projekts gelten. Aber taugt eine Patientin wie Anna H. überhaupt für solche Untersuchungen? Lässt sich am Ende auseinander halten, wegen welcher der drei Demenz-Erkrankungen die Zusammensetzung der Eiweißstoffe verändert ist? Und hat die Patientin nicht möglicherweise auch Medikamente bekommen, die das Bild weiter verändern?

„Das stimmt, solche Fragen müssen geklärt werden“, gibt Arzberger zu. Dann fügt er hinzu: „Und eine weitere ist vielleicht noch wichtiger: Ist das Gehirn nur post- oder auch prämortal verändert?“ Was Arzberger damit sagen will: Gerade bei Patienten, die sehr langsam dahinsiechen, beginnt der Verwesungsprozess schon auf dem Sterbebett. Selbst wenn es gelänge, unmittelbar nach dem Tod das Gehirn zu entnehmen, wäre das Proteom in den Zellen bereits vom Tod gezeichnet.

Deshalb planen die Forscher, die Proben aus der Hirnbank zunächst mit dem Gehirngewebe Lebender zu vergleichen. Das aber, so erzählt Arzberger, gebe es nur aus einer einzigen Quelle: aus Operationen, bei denen Epileptikern das Gewebe rund um den Anfallsherd aus dem Hirn herausgeschnitten wird. „Der Vergleich kann uns dann möglicherweise Aufschluss darüber geben, welche Hirne wir als gesunde Kontrollhirne betrachten können.“

Das allerdings, so ergänzt Arzberger, werfe nur die nächste Frage auf: „Was eigentlich ist ein normales Gehirn?“

Johann Grolle

TIERSCHUTZ

Loblied auf den Knast

Hühnerbarone und Landwirtschaftsminister wollen das Verbot der Legebatterien kippen. Ihre Behauptung: Die Vögel fühlten sich in den Käfigen wohler als in der Freiheit.

Der Epidemiologe Lothar Kreienbrock von der Tierärztlichen Hochschule Hannover (TiHo) gab eine erstaunliche Entdeckung bekannt: Das Scharren in Freiheit, so habe er durch Befragung unter Hühnerhaltern herausgefunden, könne Legehennen krank und aggressiv machen; hinter Gittern hingegen lebe Federvieh friedlicher und gesünder.

Speziell komme Fehlverhalten wie das „Federpicken“, mit dem Artgenossen einander verletzen können, bei der Bodenhaltung häufiger vor. Im Käfig seien die Hennen auch fleißiger am Legen und benötigten offenbar weniger Impfungen.

„Allerdings sind das nur vorläufige Beobachtungen; extreme Verluste kann es in allen Haltungssystemen geben, etwa durch die diesjährige Sommerhitze“, schränkt Kreienbrock ein. „Es bedarf noch weiterer Forschungen, um zu sehen, welches System wirklich das bessere ist. Aber das niedersächsische Landwirtschaftsministerium wollte einen Zwischenbericht haben.“

Das Lob auf den Hühnerknast kam auf der letzten Agrarministerkonferenz Ende September in Rostock denn auch gut an: Till Backhaus (SPD) aus Mecklenburg-Vorpommern und sein niedersächsischer Kollege Hans-Heinrich Ehlen (CDU), unter dessen Fittichen die meisten Hühnerbarone mit den größten Batteriebetrieben wirtschaften, beriefen sich auf die hannoversche Fragebogenaktion und forderten, die schon beschlossene Abschaffung der Käfighaltung müsse zum Wohle von Hennen und Haltern rückgängig gemacht werden.

Den Käfig retten möchten die Minister und ihre Batteriebetreiber durch eine Art „Kleingruppenhaltung“ hinter Gittern: Bis zu 40 Hennen, so das Konzept, sollen sich dabei ein mit Stange und Plastiknest möbliertes sechs Quadratmeter großes Apartment teilen. Das ließe sich, reihenweise übereinander gestapelt, so einfach handhaben wie die herkömmlichen Käfige.

Doch Ethologen lehnen auch diese Variante der Käfigunterbringung ab: Die Tiere könnten darin wiederum nicht mit den Flügeln schlagen noch sich sonstwie artgerecht verhalten. In der Schweiz, wo die Batteriehaltung schon seit elf Jahren ver-



Frei laufende Hühner in einer Voliere*, Legehennen

* Auf dem Biohof von Landwirt Manfred Schmid.



SEBASTIAN LASSE / ZEITENSPIEGEL

Ein Heim für Hühner

Haltungsformen für Legehennen

Käfighaltung

- Tiere stehen auf Drahtgeflecht ohne Sitzstangen und Nester
- Gruppenkäfige in mehreren Etagen

Bodenhaltung

- Nester auf mehreren Etagen angelegt
- Stallhaltung, mindestens ein Drittel der Fläche mit Einstreu bedeckt

Freilandhaltung

- Auslauf überwiegend begrünt
- tagsüber Auslauf im Freien, Stallhaltung mit Sitzstangen, Nestern und Streumaterial

DER SPIEGEL



RONALD SAWATZKI / ULLSTEIN BILDERDIENST

in Käfighaltung: *„In der obersten Etage sitzen die Ranghöchsten“*

boten ist, wurde auch das Hennen-Apartment längst verworfen.

Was die Befunde des hannoverschen Epidemiologen überdies als wenig neutral erscheinen lässt: Die Ergebnisse sind „unter wesentlicher Mitwirkung der Geflügelwirtschaft“ zu Stande gekommen. Mit der Treuhandstelle betraut wurde die Niedersächsische Geflügelwirtschaft, die fachliche Beratung leistete der „Bundesverband Deutsches Ei“ – ein reiner Lobbyverband: Die „Schlagkraft“ der Eierwirtschaft zu verbessern, so beschlossen seine Mitglieder anlässlich seiner Gründung 2002, sei „einziger Zweck“ in dieser Phase „existenziell bedrohlicher Rahmenbedingungen“.

Jahrzehntelang hatten die Batteriebetreiber mit den eingezwängten Kreaturen prächtige Geschäfte gemacht, obwohl sie damit eindeutig gegen das Tierschutzgesetz verstießen: Seit 1972 ist vorgeschrieben, dass der Besitzer seine Pfleglinge „verhaltensgerecht“ unterbringen muss. Doch die schrägen Drahtflächen boten pro Huhn weniger Platz als eine Druckseite im SPIEGEL. Vor Strafe hatten Landwirtschaftsminister aus dem Bauernstand ihre Agrarlobby mit einer „Verordnung zum Schutz von Legehennen“ bewahrt – die in Wirklichkeit die kriminelle Praxis legalisierte.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht dann 1999 die Verordnung für nichtig erklärt hatte, machte die grüne Landwirtschaftsministerin Renate Künast der Hennenmisere ein Ende: Bis Ende 2006 müssen nun herkömmliche Batterien abgebaut

sein; zugelassen ist fortan nur noch Boden-, Freiland- oder so genannte Volierenhaltung, bei der die Tiere in mehrstöckigen Vogelhäusern leben und frei auffliegen können. Neuanlagen müssen den Tieren ab sofort mehr Platz bieten. Ausgestaltete Käfige haben eine Übergangsfrist bis Ende 2011 (siehe Grafik Seite 197).

Der nahende Ausstieg hat die Branche in Aufruhr versetzt. Im Organ des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft tun die Batteriebesitzer „Wut und absolutes Unverständnis“ kund. Unverhohlen werden die Mitglieder aufgefordert, „den Druck auf die Landes- und auf die Bundesregierung zu verstärken“.

Der Bundesverband Deutsches Ei will sogar vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die neue Hennenverordnung klagen – ein Vorstoß, der nach Ansicht von Almuth Hirt, Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht und Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, wenig aussichtsreich ist: „Die Interessen der Halter an einer möglichst einfachen und billigen Tierhaltung“, kommentiert die Juristin, „schaffen kein Gegengewicht zum Tierschutz, der im vergangenen Jahr zum Staatsziel aufgewertet worden ist.“

Mit ihrem Befund stehen die TiHo-Forscher ohnehin im Gegensatz zu vielen anderen Studien. Nicht das Haltungssystem, sondern die Rasse und die Aufzuchtbedingungen beeinflussen die Sterblichkeit wesentlich, sagt die Berner Biologin Vera Aerni. Gleiche Sterblichkeit hat die Wissenschaftlerin in einer statistischen Bestandsaufnahme von 16 Studien aus sieben europäischen Ländern ermittelt, die im Auftrag der Internationalen Gesellschaft für Nutztierhaltung erfolgte. Sterblichkeit und Krankheiten lassen sich allein durch Befragung der Eierproduzenten nicht erfassen, kritisiert Aerni: „Verhalten wie Federpicken muss man wirklich gut beobachten, das kann man nicht mit Umfragen unter den Hennenhaltern feststellen.“

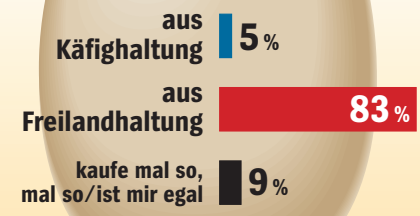
Andererseits sind die Ergebnisse der TiHo-Forscher auch nicht völlig untauglich. In der Tat kann die Sterblichkeit in der alternativen Haltung unvertretbar hoch sein – wenn dort Hennen ungeeigneter Rassen gehalten werden und diese auch noch in Käfigen aufgezogen wurden.

Für Verhaltens- und Gesundheitsstörungen anfälliger sind offenkundig überzüchtete, häufig verwendete braune Rassen, die in der TiHo-Studie überwiegen. Die Art der Aufzucht war entscheidend für das spätere Befinden und Verhalten: Nur Küken, die vom ersten Tag an mit Einstreu aufwachsen, auf Sitzstangen hüpfen lernen und ihr Futter selbst suchen müssen, kommen mit den freieren Haltungssystemen zurecht.

Die frühe Prägung eines im Käfig aufgezogenen Kükens hingegen, das aus Langeweile sogleich am Federkleid der Mitgefangenen herumpickt, wirkt sich in späterer Freiland- oder Bodenhaltung fatal aus: Zu den Ursachen der von den TiHo-Forschern ermittelten höheren Sterblichkeit bei den Boden- und Volieren-Hennen zählen Feder-

Freiland-Eier erwünscht …

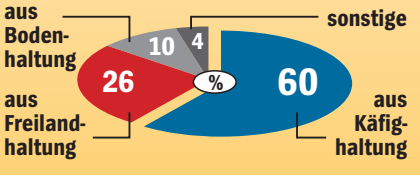
„Wenn Sie Eier kaufen, bevorzugen Sie Eier aus Käfighaltung oder aus Freilandhaltung?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 7. bis 8. Oktober; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe

… doch so wird eingekauft:

2001 in Deutschland an Endverbraucher verkaufte Eier



picken und Kannibalismus – ein Problem, das aber in allen Haltungssystemen vorkommt, wie Hennenforscherin Glarita Martin erklärt, die schon vom Karlsruher Bundesverfassungsgericht als Sachverständige herangezogen wurde. Die Aggression sei generell durch die Hochleistungszucht und die reizarme Umgebung des Federviehs bedingt.

Weil die Hennen, denen die unablässige Suche nach vielgestaltiger Nahrung angeboren ist, vom nährstoffreichen Futter viel zu schnell gesättigt sind, suchen sie immer weiter nach Betätigung, reißen einander schließlich an den Federn oder ziehen am auffälligen, vom zu vielen Eierlegen ausgestülpten Gedärm der anderen: „Die flüchtenden Hennen“, so Martin, „werden buchstäblich auseinander genommen.“

Ausschlaggebend für das Wohl der Hühner und ihre Legefreude, so Martin und Aerni, sei das richtige Management: Freiland-, Boden- oder Volierenhaltung erfordert mehr Kenntnisse und Einsatz. Zoologin Aerni: „Das mussten auch die Schweizer Legehennenhalter erst lernen.“ Die Leiden in der Batterie hingegen seien „systembedingt und unabänderlich“. Auch TiHo-Forscher Kreienbrock räumt ein: „Das Management ist eine ganz wesentliche Komponente.“

Die Probe aufs Exempel hat Landwirt Manfred Schmid gemacht, der auf seinem Hof im württembergischen Westhausen seit zwei Jahren neben frei laufenden Schweinen und



STEPHAN JANSEN / DPA

Protestaktion gegen Hühnerkäfige*

Hühnerbarone in Aufruhr

Kühen auch 3000 Hennen der Rasse „Silver“ in einer fünfstöckigen Voliere hält („In der obersten Etage sitzen die Ranghöchsten“). Auf dem künstlichen Baum gibt es zu trinken und zu fressen, der Kot wird über Rundumbänder wöchentlich abtransportiert. Terrasse, Wintergarten und Auslauf ins Grüne ergänzen die Anlage. Mit ihrem dicken Federkleid können die weißen Vögel Temperaturunterschiede gut ausgleichen, sagt Schmid. In Kuhlen aus Streu betreiben 40 bis 50 Hennen gleichzeitig intensive Körperpflege; aufgeregt durchscharren andere die Haferspelze am Boden.

Die Herde stammt aus eigener Aufzucht – nachdem Schmid zuvor an eingekauften Küken der gängigen Käfigrassen aus Bodenhaltung fast verzweifelt war: In seiner Freilandhaltung gab es Kannibalismus und Federpicken: „Das hatte in den Küken dringesteckt.“

Das Geschäft läuft gut, obwohl die Eier, wegen des besseren Futters und der aufwendigeren Haltung, mit 30 Cent auf dem Markt und 28 Cent ab Hof teurer sind. Nach ihrer Zeit als Legehenne geben die Tiere, anders als ihre meist zu Tiermehl verarbeiteten Käfiggenossen, immer noch ein gutes Suppenhuhn ab.

„Man kann den Tieren ins Gesicht schauen“, sagt der Landwirt, „und weiß, ob sie sich wohl fühlen.“ In Legebatterien, erinnert sich Schmid, hätten die Hennen „apathisch, wie eine Gruppe Gefangener, dreingeschaut“. Schmid: „In meinem Stall haben die einen freudigen Ausdruck – wie eine Menschengruppe, die sich auf einer Kreuzfahrt vergnügt.“

RENATE NIMTZ-KÖSTER

* Ein Mitglied der Tierrechtsorganisation „Animal Peace“ präsentiert einen aus einer Legebatterie stammenden Hühnerkadaver.



SCHMIDT / TRAPHO.DE

Lastwagen an Tankstelle: *Mit laschen Grenzwerten an der langen Leine gehalten*

AUTOMOBILE

Sauberer durch den Pipi-Kat

Neben Diesel werden Lkw künftig auch Harnstoff tanken – die Maßnahme dient der Abgasreinigung.

Es klingt nach Klo, riecht aber nicht so. Das neue flüssige Handelsgut, das bald an ausgewählten Tankstellen gezapft werden kann, ist völlig geruchsneutral.

Dennoch wollen die Mineralölkonzerne den Harnstoff nicht beim Namen nennen. „Der Begriff ist nicht sehr animierend“, meint Burkhard Reuss, Sprecher der Total Deutschland GmbH. Unter dem Produktnamen „AdBlue“ nahm Total mit der feierlichen Beharnung eines Mercedes-Lkw am vergangenen Freitag in Berlin die erste Zapfanlage für das Additiv in Betrieb.

Die Substanz, die im Urin von Säugetieren als Endprodukt des Eiweiß-Stoffwechsels ausgeschieden wird, dient der Industrie schon länger als Schadstoffkiller. Synthetisch aus Ammoniak und Kohlendioxid hergestellt, wird Harnstoff etwa von Kraftwerksbetreibern zur Bekämpfung von Stickoxiden eingesetzt.

Diesen Dienst soll die farblose Flüssigkeit nun auch in Lkw leisten. Alle großen Hersteller haben bereits erste Versuchswagen in Betrieb und wollen die Harnstofftechnik schon im Jahr 2005 in den Neuwagen einführen. Dann greift die neue europäische Abgasvorschrift Euro 4 mit einem erheblich schärferen Grenzwert für Stickoxid.

Die waldschädigende Substanz ist – noch vor dem Ruß – das Hauptproblem im Lkw-Abgas. Nach einer Berechnung des Umweltbundesamts stößt ein schwerer Sattelzug im Stadtverkehr die siebenfache Rußmasse und die 25fache Menge an Stickoxiden eines Diesel-Pkw aus.

Für das Gegenmittel Harnstoff müssen Lkw künftig einen bis zu 60 Liter fassenden Extratank mitführen. Bis zu 2 Liter pro 100 Kilometer werden dann über eine Dosierpumpe in das Auspuffrohr gespritzt, wo das aus dem Harnstoff umgewandelte Ammoniak mit Hilfe eines Katalysators die Stickoxide weitgehend unschädlich macht (siehe Grafik).

Die Kosten für die Anlage liegen nach Herstellerangaben jenseits von 4000 Euro. Der „Pipi-Kat“, wie er in der Branche bereits genannt wird, ist andererseits auch die erste Investition, die Lkw-Herstellern überhaupt zur Abgas-Nachbehandlung aufgebürdet wird. Bisher hielt der Gesetzgeber mit laschen Grenzwerten die Brummis an der langen Leine. Und beim ewigen Reizthema Ruß wird das wohl so bleiben: Auch die künftigen Standards für Lastwagen lassen sich voraussichtlich ohne Partikelfilter erfüllen.

Bei Stickoxiden hatte jede Verschärfung der Limits bislang eine unschöne Begleiterscheinung: Je niedriger die Grenzwerte gesetzt wurden, desto höher stieg der Verbrauch. Denn umgekehrt entstehen Stickoxide gerade dann in großer Menge, wenn der Motor bei geringer Kraftstoffzufuhr und hoher Verbrennungstemperatur besonders effizient arbeitet.

Die Motorenentwickler stehen hier grundsätzlich vor einem Dilemma: Um den Stickoxid-Ausstoß niedrig zu halten, müssen sie dem Motor, sei es Diesel oder Benziner, mehr Kraftstoff zuführen als er eigentlich braucht. Besonders deutlich wurde dieser Effekt bei der Einführung des geregelten Katalysators im Pkw: Die Lamda-Steuerung erhöhte den Verbrauch um gut einen Liter pro 100 Kilometer.

Gegenüber Pkw sind Lastwagen mit ihren großen, hoch verdichtenden Dieselmotoren wahre Wunder an Effizienz: Sie transportieren bis zu 24 Tonnen Frachtgut und schlucken dafür nur etwa 30 Liter Diesel pro 100 Kilometer. Verglichen mit einem Oberklasse-Pkw erbringen sie also mit dem dreifachen Verbrauch die 40fache Transportleistung.

Und diese Bilanz wird sich durch den Einsatz von Harnstoff nun abermals verbessern. Der Stickoxid-Killer erlaubt den Konstrukteuren eine magerere Einstellung der Dieselpumpe, ohne in Konflikt mit künftigen Abgasnormen zu geraten. Die Hersteller erwarten eine weitere Senkung des Verbrauchs um etwa sechs Prozent.

Für den Spediteur wird sich dieser Erfolg jedoch kaum auszahlen. Die Mehrkosten für den Harnstoff (etwa 60 Cent pro Liter) werden den Verbrauchsvorteil nahezu kompensieren.

So könnte mancher auf den Gedanken kommen, auf Kosten der Umwelt zu geizen und einfach ohne Harnstoff zu fahren. Technisch wäre das möglich. Der Kat würde in diesem Fall einfach nicht arbeiten und der Stickoxid-Ausstoß auf mehr als den doppelten Wert ansteigen.

Um solche Tricks zu ahnden, schreibt die Euro-4-Norm eine neue Onbord-Diagnose vor, die jeder Straßenpolizist ähnlich wie einen Fahrtenschreiber ablesen kann.

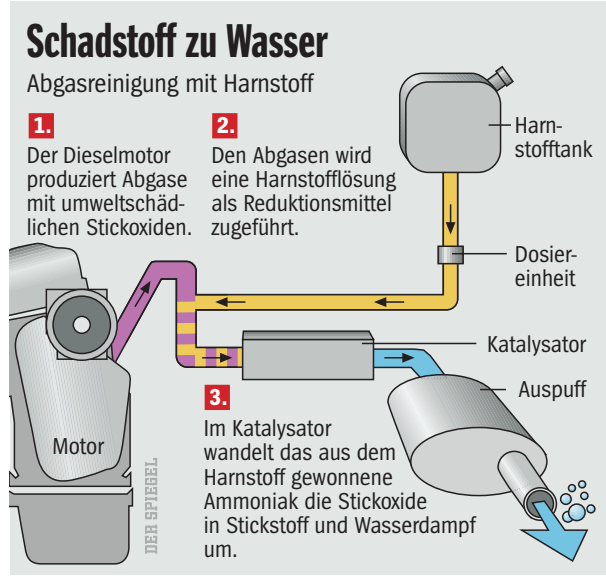
In Ländern außerhalb der EU, die weder über entsprechend geschulte Ordnungshüter noch über Harnstoff an Zapfstellen verfügen, könnten die sauberen Lkw jedoch zu Dreckschleudern mutieren. Denn mit ihren extrem mager eingestellten Motoren würden sie ohne Harnstoff weit mehr Stickoxide ausstoßen als heutige Lkw.

Doch im Osten, schätzt etwa die Schwerlast-Postille „Fernfahrer“, haben die Menschen ohnehin andere Sorgen: „In Russland wird sich daran keiner stören.“

CHRISTIAN WÜST

Schadstoff zu Wasser

Abgasreinigung mit Harnstoff



Werbeseite

Werbeseite



JERRY LU / EYEPRESS / DPA

Taikonauten beim Schwerelosigkeitstest
Geheimniskrämerei um die Piloten

RAUMFAHRT

Göttliches Schiff

China will erstmals einen Mann ins All schießen – die Mission des Taikonauten ist ein großes Wagnis.

Als die Sowjets 1957 mit dem „Sputnik“ als erste Nation einen Satelliten ins All schossen, vermochte der Große Vorsitzende Mao Zedong seinen Neid nicht zu verbergen: „Wie können wir als Großmacht angesehen werden, wenn wir nicht einmal in der Lage sind, eine Kartoffel in den Kosmos zu befördern?“, fragte er.

Fast ein halbes Jahrhundert später machen sich seine Nachfolger bereit, nicht nur Erdäpfel, sondern sogar Menschen in den Weltraum zu schießen. Von der Südrampe des Weltraumbahnhofs in der Nähe von Jiuquan soll vermutlich am Mittwochmorgen ein Taikonaut (benannt nach dem chinesischen Wort für Kosmos) von einer „Langer Marsch“-CZ-2F-Rakete in eine niedrige Umlaufbahn getragen werden. Noch am selben Tag wird er – hoffentlich – wieder heil in die Steppe der Inneren Mongolei plumpsen.

Damit setzt China – 42 Jahre nach der Sowjetunion und den USA – zum Sprung in die bemannte Raumfahrt an. Wer der Pilot sein wird, hält die Regierung noch geheim. Fest steht nur, dass die Chinesen in einem Trainingszentrum bei Peking seit geraumer Zeit 14 erfahrene Kampfpiloten zu Taikonauten ausbilden. Alle sind Parteimitglieder, um die 65 Kilogramm schwer und 1,70 Meter groß.

Zwei von ihnen haben zudem in Russland im dortigen Kosmonautenzentrum Gagarin trainiert. „Ich kann garantieren“, versicherte der Chef des Raumfahrtprogramms, Su Shuangning, „dass unsere Raumflieger fähig sind, ihre Aufgabe im All erfolgreich zu bewältigen.“

Der Auserwählte wird nach einem erfolgreichen Weltraumflug ohne Zweifel zum Helden der Nation; aber der Weg dorthin ist riskant: Zwar hat Peking in den letzten Jahren mit seinen „Langer Marsch“-Raketen rund 50 Satelliten ins All transportiert. Doch einige Missionen gingen schief. Zudem bewältigten die Chinesen lediglich 4 unbemannte Testflüge.

Die Russen dagegen hatten einst 7 und die Amerikaner gar 17 unbemannte Expeditionen in den Himmel geschossen, bevor sie es wagten, einen Menschen in den Orbit zu schicken. Er fühle deshalb einen „enormen Druck“ auf den Schultern, gab einer der Kommandanten des Projekts, Huang Chunping, jüngst zu: „Vier Starts sind vom wissenschaftlichen Standpunkt her nicht genug.“

Doch die KP will offenkundig nicht länger warten. Die Führung drängt es, den Anspruch Chinas zu demonstrieren, zu den Großmächten der Welt zu gehören. Sie will zudem beweisen, dass sie trotz des US-Embargos für Satellitentechnologie mit der Supermacht wissenschaftlich und technisch gleichziehen kann.

Die Konkurrenz zu den USA ist ohnehin ein wichtiger Motor der chinesischen Raumfahrt. Schon in wenigen Jahren sollen chinesische Satelliten zum Mond und zum Mars reisen. Sogar eigene Raumfähren, Raumlabors und Raumstationen sind geplant.

Dabei strebt Peking nicht allein nach wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen zur „Wiederbelebung der Nation“, wie es offiziell heißt. Chinas Militärs glauben, ihr Land habe nur mit eigenen Orbitalstationen eine Chance, das weltraumgestützte Raketenabwehrprogramm der Amerikaner auszuhebeln. Pekings Pläne stehen deshalb auch unter dem Kommando der Armee.

Auf die Mitgliedschaft im exklusiven Club der Raumfahrer haben die Chinesen spätestens seit 1992 hingearbeitet, als die Partei das so genannte Projekt 921 anordnete, an dem mittlerweile über 3000 zivile und militärische Organisationen mitwirken. Mehr als zwei Milliarden Dollar, schätzen Experten, lässt sich die Regierung den Aufbruch ins All kosten.

Die Raumkapsel „Shenzhou 5“ („Göttliches Schiff“) ist der russischen „Sojus“ nachempfunden, die vor 36 Jahren zum ersten Mal eingesetzt wurde. Mitte der neunziger Jahre kaufte Peking ein Modell inklusive Ankoppelungs-Anlage vom russischen Raumfahrtkonzern RKK Energija. Mittlerweile, versichern die chinesischen Wissenschaftler, hätten sie das Oldtimer-Vehikel weiterentwickelt: Es sei mit rund acht Tonnen schwerer, größer, solider als sein Vorgänger.

Auch die Abschussbasis in der Armenprovinz Gansu entspricht offenbar dem letzten technischen Stand – auch wenn die Rampe häufig Wüstenstürmen ausgesetzt ist und Soldaten das Areal ständig vom Sand befreien müssen. Die Trägerraketen werden in einem riesigen Gebäude montiert, das vom höchsten und schwersten Betondach der Welt bedeckt ist.

Dass es der chinesischen Industrie bislang nicht gelungen ist, ein auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiges Auto oder große Passagierflugzeuge zu entwickeln, ficht die Funktionäre bei ihren ehrgeizigen Kosmosplänen ebenso wenig an wie die Tatsache, dass Millionen Chinesen nach wie vor in Armut leben und Tausende Schulen und Krankenhäuser in einem erbärmlichen Zustand sind. „Raumtechnologie gehört nicht allein den reichen Nationen“, sagt Wissenschaftler Zhang Houying vom Shenzhou-Programm.



IMAGINECHINA

„Langer Marsch“-Rakete
„Wiederbelebung der Nation“

Mit einem, wenn auch sehr verspäteten, Mann im All hofft die KP den Nationalstolz der Chinesen zu schüren, der wiederum als Kitt zwischen der nicht sonderlich beliebten Partei und ihren Untertanen dienen soll. Kritik am Vorhaben gilt als Nestbeschmutzung, nur wenige Chinesen äußerten in den letzten Tagen in den Internet-Diskussionsforen Vorbehalte.

„‚Shenzhou 5‘ demonstriert Chinas wirtschaftliche, politische und kulturelle Hoffnungen“, sagt der Raketendesigner Liang Sili, ein Pionier der chinesischen Raumfahrt, und gibt damit die Stimmung im Lande wieder. „Der Start wird alle Chinesen in der Welt vereinen. Er wird uns stolz machen, Chinesen zu sein.“ ANDREAS LORENZ

Werbeseite

Werbeseite



SERGEI CHIRIKOV / AFP

Erdbeben in der Türkei (1999)
Strahlen aus gequetschtem Gestein

GEOLOGIE

Blitze aus dem Boden

Bevor die Erde wackelt, treten oft mysteriöse Lichterscheinungen auf. Werden Beben bald vorhersagbar wie das Wetter?

Der Himmel war klar. Nur eine leichte Brise wehte am Abend des 25. November 1988, als der kanadische Pelztierjäger Aimé Dallaire aus dem Wald trat. „Ich kam zurück von meinen Fallen, als plötzlich die Erde unter meinen Füßen zu beben begann“, erinnert sich der Waidmann.

Dann wurde es richtig gespenstisch. Für wenige Sekunden war der Mann umgeben von einem weiß-blauen Licht, das sich schnell über den Boden bewegte. „Ich hatte Angst, es könnte mich treffen“, so Dallaire. „Als das Licht den Wald streifte, ertönte von den Bäumen ein unheimliches Knacken.“

Kurz darauf beobachtete eine Frau knapp 80 Kilometer entfernt etwas ähnlich Mysteriöses: „Ich sah einen orangefarbenen Feuerball mit einem langen Schweif, wie er in einem Meter Höhe über die Mitte der Straße raste.“

Einen Tag später, ein schwaches Nachbeben erschütterte die Gegend, wendete ein Großvater mit seinem zehnjährigen Enkel gerade seinen Wagen. In diesem Moment sahen sie orangefarbene Flammen aus der geteerten Straßendecke schießen. Nur ein paar Meter von ihrem Auto entfernt züngelte das Licht, immer und immer wieder.

Als der Spuk vorbei war, konnten sie keinerlei Spuren im Asphalt erkennen. „Als ich mit dem Mann nach einigen Wochen gesprochen habe, war er immer noch traumatisiert von dem Erlebnis“, sagt Erdbebenforscherin France St-Laurent aus dem kanadischen Québec, die diese Berichte zusammengetragen hat. Um die Jahreswende 1988/89 in der Region Québec traten vor, während und nach den Erdbeben an vielen Orten jene ungewöhnlichen Lichterscheinungen auf, über die St-Laurent im Fachblatt „Seismological Research Letters“ berichtete.



FRIEDEMANN FREUND / NASA / AMES RESEARCH CENTER

Lichtblitze vor einem Erdbeben*
„Unheimliches Knacken in den Bäumen“

Rätselhafte Erdbebenlichter werden schon seit der Antike beschrieben, etwa von Seneca, der „immense Flammensäulen“ erwähnte, die vor der Zerstörung der Städte Helike und Bura das Erdbeben angekündigt hätten. Und im Jahre 1968 präsentierte der japanische Geologe Yutaka Yasui erstmals Fotos von roten und blauen Farbstreifen am Himmel, die einen ganzen Schwarm kleinerer Beben in der Region Matsushiro begleiteten.

Dennoch maßen viele Seismologen Berichten über seltsames Himmelsflackern bis vor kurzem kaum Bedeutung bei. Sie seien zu vage, sie würden nur dem hysterischen Geist von Erdbebenopfern entspringen, und vor allem: Es gebe keine bewiesene physikalische Erklärung für das Phänomen. „Das ist ein ganz heikles Feld“, warnt etwa Klaus Klinge vom Seismologischen Zentralobservatorium in Gräfenberg.

Dieses klassische Denkgebäude gerät aber derzeit ins Wanken. Denn einige Dissidenten aus der Physik haben elektrische und magnetische Phänomene bei Erdbeben im Labor nachgestellt. Mit den dabei gewonnenen Erkenntnissen wollen sie jetzt ein Frühwarnsystem entwickeln.

Die US-Weltraumbehörde Nasa plant etwa das „Global Earthquake Satellite System“, um aus der Erdumlaufbahn Beben künftig schon Wochen zuvor vorhersagen zu können – ähnlich wie beim Wetter.

Eine wichtige Grundlage dieser Bemühungen geht auf eine Beobachtung zurück: Verräterische Dinge spielen sich in dem Gestein in einer Erdbebenzone ab, wenn es durch die Bewegung der Kontinentalplatten unter enormen Druck gerät. Dabei zerbrechen Moleküle im Kristallgitter bestimmter Gesteinsarten. Es entsteht ein elektrischer Fluss.

Normalerweise ist dieses Gestein ein Isolator. „Doch unter diesem enormen Druck verwandelt es sich in einen Halbleiter“, erklärt Friedemann Freund, deutscher Physiker an der San José State University. Wegen dieser Verwandlung rast die elektrische Ladung mit mehreren hundert Kilometern pro Stunde durch die harten Mineralien, bis sie an die Erdoberfläche gelangt.

Was dann passiert, ähnelt den Vorgängen bei einem Gewitter: Die Spannung zwischen dem elektrisch aufgeladenen Boden und der Atmosphäre führt zu Entladungen – was die Luft zum Glimmen bringt.

So jedenfalls lautet die Theorie. Den Beweis zu erbringen ist nicht leicht. Immerhin: Im Labor hat Festkörperphysiker Freund mehrmals große Gesteinsbrocken in einer gewaltigen Presse zusammenge-

* Aufgenommen im japanischen Matsushiro, 1966.

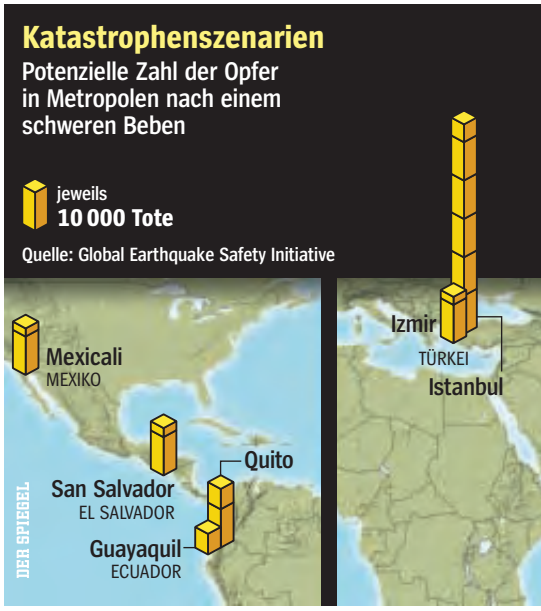
Werbeseite

Werbeseite

quetscht, bis sie zerbarsten. Zuletzt hat er den Versuch in diesem Sommer unternommen.

Kurz bevor die Basalt- und Granitblöcke bei einer Auflast von 200 Tonnen pro Quadratzentimeter auseinander flogen, begannen sie zu strahlen. „Für menschliche Augen war das allerdings nicht sichtbar“, berichtet Freund. Die dabei auftretende Strahlung maß er als infrarote Lichtwellen mit Hilfe eines Emissionsspektrometers.

Freunds Messungen passen aber noch zu einer ganzen Reihe anderer Phänomene, die Erdbeben begleiten. So berichteten Piloten von Funkstörungen, der Radioempfang sei durcheinander geraten. Im kanadischen Städtchen Kenora läuteten bei einem Erdbeben, begleitet von pulsierenden Lichterscheinungen am Himmel, plötzlich die Telefone. Die elektromagnetischen Anomalien konnten bereits bei etlichen



Beben mit Hilfe von einfachen Antennen gemessen werden.

Besonders ehrgeizig gehen japanische Seismologen inzwischen an die Erforschung dieser Phänomene. Die Forscher haben ihr Land, das auf der tektonisch aktivsten Zone des Planeten liegt, mit einem Netz von Antennen überzogen. Damit horchen sie nach besonderen Mustern in ultrakurzen Radiowellen.

Die Veränderung der elektrischen und magnetischen Eigenschaften des Gesteins lässt sich möglicherweise sogar aus großer Höhe aufspüren. Für Schwankungen im Magnetfeld der Erde ist im Juni ein privater amerikanischer Forschungssatellit namens „QuakeSat“ in die Umlaufbahn geschossen worden. Im nächsten Frühjahr soll der französische Trabant „Demeter“ folgen.

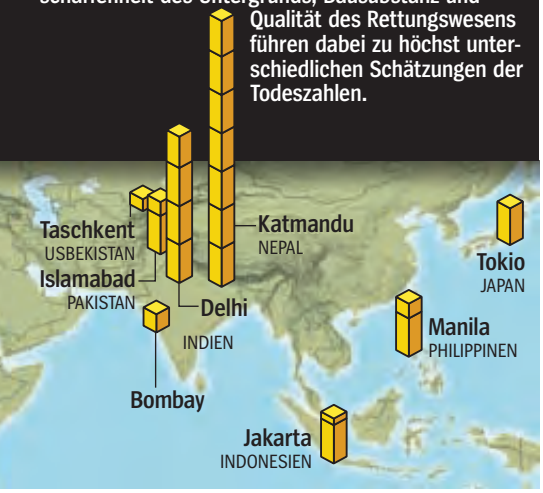
Für die Messung der Infrarotstrahlung ist weniger Aufwand nötig. Bereits seit langem zeichnen Wettersatelliten Infrarotstrahlung auf, um die Temperatur am Boden zu be-

stimmen. Diese Daten haben sich Freund und sein Physiker-Kollege Nevin Bryant vom Jet Propulsion Laboratory der Nasa nachträglich für Regionen besorgt, in denen sich ein heftiges Erdbeben ereignete.

Rund um die katastrophalen Erschütterungen im indischen Gujarat (2001) oder im türkischen Izmit (1999) glauben sie eine unnatürlich hohe Infrarotstrahlung entdeckt zu haben, die nur eine Erklärung haben könne: gequetschtes Gestein. „In Zukunft könnten wir diese Anomalien vielleicht für präzisere Erdbebenvorhersagen nutzen“, hofft Freund.

Doch ihre Analyse der Infrarotaufzeichnungen spaltet die Forschergemeinde. „Plötzlich auftretende Temperaturänderungen des Erdbodens können viele Erklärungen haben“, gibt Seismologe Klinge zu bedenken und führt dafür unter anderem vorüberziehende Wolken ins Feld.

Die Studie untersucht die möglichen Auswirkungen schwerer Erdstöße in ausgewählten erdbebengefährdeten Städten. Faktoren wie Einwohnerdichte, Beschaffenheit des Untergrunds, Bausubstanz und Qualität des Rettungswesens führen dabei zu höchst unterschiedlichen Schätzungen der Todeszahlen.



„Die Forschung des Deutschen ist sehr viel versprechend“, widerspricht Geologe John Derr, Leiter des Global Seismograph Network im amerikanischen Albuquerque, den Kritikern: „Die Erde ist sonderbarer, als wir uns das gemeinhin vorstellen.“

Die Ablehnung der Seismologen erklärt sich Bryant auch mit Besitzstandswahrung. „Mehr als hundert Millionen Dollar staatlicher Zuschüsse gibt es hier für die Erdbebenforschung“, sagt der Fernerkundungsexperte, „und diesen Kuchen wollen die Seismologen nicht mit anderen teilen.“

Dank dieser üppigen Finanzierung würden die Seismologen die Erde mit Messgeräten voll pflastern. So zeichneten sie ein Erdbeben nach dem anderen auf.

Doch herausgekommen sei bislang wenig, so Freund, von einer Vorhersage von Erdbeben könne bislang keine Rede sein: „Ich verhindere eben auch keine Verkehrsunfälle, indem ich nur Mikrofone aufstelle, um zu hören, ob es irgendwo gekracht hat.“

GERALD TRAUFETTER

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 53057650

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180
E-Mail: service@spiegel.de
www.spiegel.de/shop

Abonnenten-Service
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 145,60
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 465,40
Studenten Inland: zwölf Monate € 101,92 inkl.
6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate € 200,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 278,20
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 2,80 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 8,95 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße oder Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug ($^1/_4$-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP03-008

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Hans-Joachim Noack, Dietmar Pieper (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Per Hinrichs, Dr. Hans Michael Kloth, Bernd Kühnl, Norbert F. Pötzl, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hartmut Palmer, Michael Schmidt-Klingenberg

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Gabor Steingart, Konstantin von Hammerstein (stellv.), Dirk Kurbjuweit (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Roland Nelles, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Dr. Gerd Rosenkranz, Christoph Schult, Harald Schumann, Alexander Szandar. *Reporter:* Matthias Geyer; *Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Frank Hornig, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Michael Sauga
Autor: Jürgen Leinemann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Georg Mascolo, Alexander Jung (stellv.). *Redaktion:* Dominik Cziesche, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Klaus Brinkbäumer, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO *Leitung:* Heiner Schimmöller. *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Susanne Koelbl, Irina Repke, Sven Röbel, Holger Stark, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Beat Balzli, Dietmar Hawranek, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Marcel Rosenbach, Jörg Schmitt, Thomas Schulz, Janko Tietz

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Hans Hoyng (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Dr. Carolin Emcke, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Siegesmund von Ilsemann, Marion Kraske, Dr. Christian Neef, Jan Puhl, Dr. Stefan Simons. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Claus Christian Malzahn, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Julia Koch, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst. *Autor*: Dr. Hans Halter

KULTUR *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autor*: Urs Jenny

GESELLSCHAFT *Leitung:* Lothar Gorris, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter*: Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Thomas Hüetlin, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN *Leitung:* Stephan Burgdorff. *Redaktion:* Karen Andresen, Horst Beckmann, Wolfram Bickerich, Joachim Mohr, Manfred Schniedenharn, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

HAUSMITTEILUNG, INFORMATION Hans-Ulrich Stoldt

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs-Schneider, Dieter Gellrich, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Claudia Jeczawitz, Matthias Krug, Anke Wellnitz; Josef Csallos, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Peter Hendricks, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Monika Rick, Sabine Sauer, Claus-Dieter Schmidt, Gershom Schwalfenberg, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe; Christel Basilon, Katrin Bollmann, Regine Braun, Claudia Conrad, Volker Fensky, Petra Gronau, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Antje Klein, Iris Kuhlmann, Arne Vogt, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Andreas Wassermann, Almut Hielscher, Christoph Pauly, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Conny Neumann, Lerchenfeldstraße 11, 80538 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 2669987, Fax 3670356

BERN Joachim Hoelzgen, Gutenbergstraße 54, 3011 Bern, Tel. (004131) 3720252, Fax 3720253

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 4615, Jerusalem 91046, Tel. (009722) 561192-6 oder -7, Fax 5611928

KAIRO Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Michael Sontheimer, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (004420) 75206940, Fax 73798599

MADRID Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

MOSKAU Walter Mayr, Uwe Klußmann. *Autor*: Jörg R. Mettke, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-20581518

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Jan Fleischhauer, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-32, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Matthias Matussek, Jens Glüsing, Rua Antonio Mendes Campos, 57-1003, Glória Rio de Janeiro Cep 22211-140, Tel. (005521) 38267610, Fax 22450006

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Marco Evers, 761 Tehama Street, Apt 7, San Francisco, Ca 94103, Tel. (001415) 8612172, Fax 358 4522

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5-103, Tzuzuki-ku, Yokohama 224-0037, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Dr. Gerhard Spörl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Jürgen Kremb, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Jörg Keimer

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 1. Januar 2003
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007 – 2475

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Patzke

Druck: Gruner Druck, Itzehoe
Dresdner Druck- und Verlagshaus

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 4. 10.

ANSCHLAG In der nordisraelischen Stadt Haifa sprengt sich eine palästinensische Selbstmordattentäterin in die Luft und reißt mindestens 19 Menschen mit in den Tod. Mehr als 50 weitere werden verletzt, einige von ihnen schwer.

IRAK Das erste Bataillon der neuen, vom US-amerikanischen Militär geführten irakischen Armee legt im Ausbildungslager Kirkusch, nördlich von Bagdad, den Fahneneid ab.

SONNTAG, 5. 10.

MAUT-SYSTEM Wegen anhaltender technischer Probleme wird der für den 2. November geplante Start der Lastwagen-Maut auf deutschen Autobahnen abgesagt. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

MONTAG, 6. 10.

STASI Das Bundesinnenministerium fordert die rückhaltlose Aufklärung der Stasi-Vorwürfe gegen den Geschäftsführer der Leipziger Olympiabewerbungsgesellschaft, Dirk Thärichen. Dieser soll seinen Wehrdienst bei einem Stasi-Wachregiment abgeleistet haben.

DIENSTAG, 7. 10.

PAPST Für Frieden in der Welt, insbesondere im Nahen Osten und Afrika, betet Papst Johannes Paul II. am Marienschrein von Pompeji.

BUCHMESSE Mit der Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung gehen die deutschen Verlage in die 55. Frankfurter Buchmesse. Die weltweit größte Literatur-Ausstellung wird offiziell in der Main-Metropole eröffnet.

MITTWOCH, 8. 10.

NATO Die Nato will sich verstärkt gegen neue Gefahren durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen wappnen. Darauf verständigen sich die Nato-Verteidigungsminister auf ihrer Herbsttagung in Colorado Springs.

WINTEREINBRUCH Knapp zwei Monate vor dem meteorologischen Winteranfang liegen Teile Süddeutschlands bereits unter einer Schneedecke. Im Allgäu und im Schwarzwald fallen bis zu 20 Zentimeter Neuschnee.

DONNERSTAG, 9. 10.

ARBEITSMARKT Wegen immer noch fehlender Ausbildungsplätze appelliert die Bundesregierung erneut an die Arbeitgeber, zusätzliche Angebote zu schaffen. Nach Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit haben noch 35 000 Bewerber keine Lehrstelle.

KOMMUNEN Die Fraktionen von SPD und Grünen verständigen sich auf einen Kompromiss bei der geplanten Gemeinde-Wirtschaftsteuer. Mit ihm sollen die Kommunen jetzt stärker entlastet werden als zunächst vorgesehen.

FREITAG, 10. 10.

FRIEDENSNOBELPREIS Der Friedensnobelpreis geht in diesem Jahr an die Iranerin Schirin Ebadi. Das Komitee begründet die Entscheidung mit Ebadis Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in Iran.



JEFF J MITCHELL / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Lloyd Scott, 41, klettert am Donnerstag aus dem schottischen See Loch Ness, den er zwölf Tage lang in einem Unterwassermarathon durchquert hat. Mit der Aktion wirbt der frühere Krebs-Patient um Spenden für leukämiekranke Kinder.

SPIEGEL TV

MONTAG, 13. 10.
22.45 – 23.15 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Dreschen und Löschen – Ernteeinsatz im Rekordsommer

Extreme Hitze, erhöhte Brandgefahr, Einnahmeverluste bis zu 80 Prozent: Viele Bauern in Mecklenburg trieb dieser Sommer an den Rand der Pleite. Wenn



SPIEGEL TV

Brennendes Weizenfeld

dann noch der 250 000 Euro teure Mähdrescher ausfällt und Weizenfelder brennen, wird der Landwirt zum Katastrophenmanager.

DONNERSTAG, 16. 10.
21.55 – 22.50 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Gelebt, geliebt und ausgestopft – die konservierte Kreatur

Wenn Struppi, Muschi oder Hansi den letzten Atemzug getan haben, fällt es vielen Tierbesitzern schwer, sich endgültig von ihrem Liebling zu trennen. Doch zumindest die sterbliche Hülle lässt sich dauerhaft erhalten.

SAMSTAG, 18. 10.
22.10 – 0.20 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Frisch aus dem Frost – Essen aus der Tiefkühltruhe

Bequemlichkeit ist das Schlagwort der Lebensmittelindustrie, die den kochfaulen Verbraucher mit küchenfertig geputztem Gemüse und kompletten Fertiggerichten versorgt. Die Branche boomt, auch wenn Feinschmecker den Niedergang der deutschen Küchenkultur befürchten.

SONNTAG, 19. 10.
23.25 – 0.20 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Der Pferdeflüsterer und seine Jünger – das Geheimnis von Monty Roberts; Angerostete Busse, übermüdete Fahrer und genervte Polizisten – Buskontrollen in Stuttgart; Der Tote aus dem Regenschacht – über die mühevolle Rekonstruktion eines Mords.

GESTORBEN

Neil Postman, 72. „Wir amüsieren uns zu Tode“ betitelte der New Yorker Professor sein berühmtestes Buch – es erschien 1985. Ein keulenhafter Satz wider die totale Fernsehgesellschaft, reinstes Kulturpessimismus-Moll – und auch heute kaum zu widerlegen: von Bohlen nach Babylon, von Schwarzenegger in eine schwarze Zukunft – für Kulturmenschen scheint dieser Weg nicht mehr weit zu sein. Der promovierte Pädagoge konnte seine Ängste gewählt und elegant zu Papier bringen. In besagtem Buch heißt es: „Wenn ein Volk sich von Trivialitäten ablenken lässt, wenn das kulturelle Leben neu bestimmt wird als eine endlose Reihe von Unterhaltungsveranstaltungen, als gigantischer Amüsierbetrieb, wenn der öffentliche Diskurs zum unterschiedslosen Geplapper wird, kurz, wenn aus Bürgern Zuschauer werden und ihre öffentlichen Angelegenheiten zur Varieté-Nummer herunterkommen, dann ist die Nation in Gefahr – das Absterben der Kultur wird zur realen Bedrohung.“ Gut gebrüllt, aber auch wahr gesprochen? War es nicht der Schauspieler Reagan, der half, die Mauer niederzureißen? Erinnern nicht die Big-Brother und Schwestern aus dem TV auch daran, dass alle Gewalt vom Volk ausgeht und nicht von den Volkserziehern? „Das Verschwinden der Kindheit“ (1982) hieß sein anderes berühmtes Buch – ein Titel, der bei vielen reflexartig kulturellen Tränenalarm auslöste: Ach, wo sind Kreisel, Reifen und die hübschen alten Lieder geblieben? Die Lektüre ergab ein weniger nostalgisches Gefühl: Die Kindheit ist eine Erfindung der Neuzeit, das Mittelalter kannte sie nicht, und wir sind auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die von allen, Jung und Alt, ewige Jugendlichkeit fordert. Hier tilgt die Analyse den vorschnellen Pessimismus, und es könnte sein, dass dies auch eines Tages für die Kassandrarufe Postmans über die Verblödung durch das Fernsehen gilt. Neil Postman starb am 5. Oktober in New York an Krebs.


ERWIN ELSNER / DPA

Eleanor Lambert, 100. Bis vor kurzem noch hat die „letzte Kaiserin“ Amerikas („Harpers & Queen“) zusammen mit einem Dutzend Designern, Journalisten und Modehändlern die von ihr 1940 erfundene – und seitdem jährlich erstellte, gefürchtete und geachtete – „International Best-Dressed List“, die Aufstellung der weltweit bestangezogenen Prominenten, vorgenommen. Die Tochter eines Zirkus-Conférenciers verbrachte eine Kindheit ohne Luxus, arbeitete sich in New York erfolgreich zur Public-Relations-Frau hoch und förderte Modeschöpfer wie Bill Blass und Oscar de la Renta. Sie veranstaltete während des Zweiten Weltkriegs die erste Modewoche in New York, mit der sie beweisen wollte, dass amerikanische Designer die gleiche Qualität und das Talent haben wie die bis dahin tonangebenden Italiener und Franzosen. Die große alte Dame der amerikanischen Mode – „157 Zentimeter aristokratische Eleganz“ – war bis zum Schluss agil und lud zum Tee in ihrem Apartment in der Upper East Side. Eleanor Lambert starb am 7. Oktober in New York.


JOHN LORING / AP

William Steig, 95. „Erwachsen“, gestand der Anstreichersohn aus der New Yorker Bronx, sei er „nie geworden“. Wohl auch deshalb waren Kinder seine „liebsten Leute“. Mit deren Stellung als sichere Verlierer im Familienverbund identifizierte er sich; ihren Träumen von „kindlicher Allmacht“ erwies er in mehr als zwei Dutzend Kinder- und Bilderbüchern Respekt. Er begann sie zu verfassen, als er schon 60 und sein Ruhm als „König der Cartoons“ weltweit verbreitet war. Direkt und scharf ging Steig mit den erwachsenen Lesern des Magazins „New Yorker“ um, das ihm 1930 seine erste Zeichnung abkaufte: Zwei Männer im Knast, sagt der eine zum andern: „Mein Sohn ist unverbesserlich; mit dem kann ich nichts anfangen.“ 117 Titelbilder zeichnete er schließlich für das Magazin. Mit krakeligem, federleichtem Strich zeigte Picasso-Liebhaber Steig New Yorks hochnäsige Uptowner mit großem Busen und dickem Bauch und sezierte ihre unbewussten Wünsche und Seelenlagen – wie etwa die jener Ehefrau, die den Revolver auf den Gatten richtet und ihm befiehlt: „Jetzt sag, dass du mich anbetest.“ William Steig starb am 3. Oktober in Boston.


AP

Gustav Schmahl, 73. Selbst ein international erfolgreicher Geiger, dessen makellose Intonation und Technik allseits gelobt wurde, sah er seine besondere Verantwortung in der Förderung des DDR-Musiker-Nachwuchses. Der leidenschaftliche Pädagoge, der zeitgenössische Musik bevorzugte, war 1. Konzertmeister und Solist des Rundfunk-Sinfonieorchesters Berlin sowie als Hochschullehrer in Ost-Berlin, Dresden und Leipzig tätig. Gustav Schmahl, der zweimal mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wurde, starb – wie jetzt bekannt wurde – am 4. Oktober in Caputh bei Berlin.

Werbeseite

Werbeseite

Personalien

Harald Schartau, 50, NRW-Minister für Wirtschaft und Arbeit (SPD), drohte mit Schmusekurs. Auf dem Festempfang des Türkisch-Europäischen Unternehmerkongresses Eurokon in den Dortmunder Westfalenhallen, vom Veranstalter Faruk Şen pfiffigerweise auf den Tag der Deutschen Einheit gelegt, begegnete Schartau als Redner auf offener Bühne seinem türkischen Ministerkollegen für Industrie und Handel, Ali Coşkun. Der Türke küsste den völlig verdutzten Schirmherrn nach muslimischer Freundessitte herzhaft auf die Wange, bevor er ihm einen prunkvollen Wandteller schenkte. Als sich der Sozialdemokrat später am Tisch vom Bützchen-Angriff erholt hatte, musste Professor Şen die Replik dolmetschen. „Das nächste Mal, wenn wir uns treffen“, so Schartau zu Coşkun, „wird zurückgeküsst.“

Laura Bush, 56, Gattin des US-Präsidenten, nutzt jede Gelegenheit, um für ihren innenpolitisch leicht angeschlagenen Ehemann Sympathie zu wecken. Bei ihrer Eröffnungsrede vom „National Book Festival“ in Washington brachte sie der Öffentlichkeit eine bisher verborgene Qualität des Staatsoberhaupts nahe: „Präsident Bush ist ein großer politischer Führer und ein Ehemann, aber ich wette, Sie wussten nicht, dass er auch ein Poet ist.“ Sprach's und rezitierte zum Beweis ein Gedicht aus der Feder des Präsidenten persönlich: „Roses are red / Violets are blue / oh my, lump in the bed / how I've missed you. / Roses are redder / Bluer am I / Seeing you kissed by that charming French guy. The dogs and the cat, they missed you too / Barney's still mad you dropped him – he ate your shoe. / The distance, my dear, has been such a barrier / Next time you want an adventure, just land on a carrier.“ Die poetischen Zeilen schrieb George W. während Lauras Aufenthalt in Europa. Der äußerst galante – und diplomatisch viel beachtete – Handkuss von Frankreichs Präsident Jacques Chirac für Mrs. Bush dürfte Quelle der Inspiration für die zweite Strophe sein. Die Aufforderung, nächstes Mal die Abenteuerlust mit einer Landung auf einem Flugzeugträger zu stillen, gibt allerdings größeren Spielraum für Interpretationen. Das trifft auch auf die dritte Zeile zu: „Oh my, lump in the bed“. Dabei muss es sich um einen sehr eigenwilligen Kosenamen handeln, denn „lump in the throat“ zum Beispiel heißt „Kloß im Hals“.



GERALD HERBERT / AP

Bush







PASCAL GUYOT / AFP; L. CASTA VUE PAR JP GOUDE / SIPA PRESS (R.O.); GALERIES LAFAYETTE PARIS (R.U.)

Casta, Werbeplakate

Laetitia Casta, 25, französisches Top-Mannequin, Schauspielerin („Asterix und Obelix“) und Inkarnation des sinnlich Weiblichen, verwirrte ihre Fans mit einem sexuellen Cross-Over. Die schöne Korsin macht seit drei Jahren auf amüsanten und skurrilen Plakaten Werbung für das Pariser Nobelkaufhaus Galeries Lafayette; die Arrangements besorgte der Top-Lichtbildner Jean-Paul Goude. Jetzt posierte Casta als Mann – mit blondem Bürstenhaarschnitt, gerader Nase und einem sichtlich zu großen Ohr. Die besorgte Frage des „Figaro“, ob das „die Geburt eines dritten Typs zwischen Hermaphrodismus und Androgynie“ sei, neutralisierte Goude blumig: Er wolle „die Schönheit des Wesens außerhalb ihrer sexuellen Identität manifestieren“, und die virilisierte Laetitia sei eine „Allegorie des modernen jungen Mannes, der … sein Stück Feminität nicht verleugnet“. Was der wortgewaltige Meister nicht verriet: Er hatte schlicht ein Bild der Madame mit dem Konterfei eines anonymen jungen Beau am Computer vereint. Die Mimin sah das alles unkompliziert: Sie habe einfach „Spaß gehabt an Humor und Ironie“ des Bildkünstlers.

Franz Müntefering, 63, Fraktionschef der SPD im Bundestag, wollte seinem Stellvertreter **Ludwig Stiegler,** 59, am vorigen Mittwoch eine besondere Freude machen. Um ihm die Vorzüge der heimischen Steinkohle näher zu bringen, hatte der Sauerländer den Bayern zu einem Ausflug in das Bergwerk Walsum bei Duisburg eingeladen. Dort fuhren die beiden Genossen 800 Meter tief in den Berg ein und ließen sich in den engen Schächten die Arbeit der Bergleute erklären. Stiegler, der in der SPD-Fraktion für die Energiepolitik zuständig ist, zeigte sich zwar von der Technik beeindruckt, machte ansonsten aber seinem Ruf als bayerisches Lästermaul alle Ehre: Erst mäkelte er an der Verpflegung herum („Leberkäse mit Kraut – für jeden Bayern ein Graus“), dann amüsierte er sich über den eingestaubten Müntefering: „Franz, du siehst aus wie bayerischer Schinken – außen bist du schwarz und innen rot.“



HARTMANN / DDP

Stiegler, Müntefering

Florian Gerster, 54, Chef der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, tut sich schwer mit seinem Job. Seit anderthalb Jahren müht er sich schon, Millionen Arbeitslose als „Kunden“ zu motivieren und seine in der Vergangenheit etwas verschnarchte

Behörde zur flotten „Dienstleistungsagentur“ zu frisieren. Doch die Anstalt, klagt er nun, sei immer noch eine „Großorganisation, die nicht auf Schenkeldruck reagiert wie ein gut dressiertes Pferd“. Für seinen anscheinend widerspenstigen Beamtenstall gibt es deshalb harsche Noten. Auf einer Skala von null (obrigkeitsstaatliche Anstalt) bis zehn (moderne Agentur) „liegen wir jetzt zwischen fünf und sechs“, sagte Gerster der Hamburger Autorin Katrin Burseg. Beim Abstimmen der Zitate für Bursegs neues Buch („Der Moment. Prominente erzählen von dem Augenblick, der ihr Leben verändert hat“) setzte der studierte Psychologe die Bewertung noch einmal drastisch herunter – seine Behörde verdiene derzeit bloß Punkte „zwischen eins und zwei“.



ALISON WRIGHT / CORBIS

Kinder in Bhutan

Johnny Depp, 40, Hollywood-Star, der überschwängliche Gefühlsausbrüche seiner weiblichen Fans gewohnt ist, hat in einem kalifornischen Restaurant eine äußerst heftige Reaktion mit seiner Anwesenheit provoziert. Eine Hochschwangere erkannte Depp und machte ihrer Freude mit lautem Rufen Luft, ihrem Mann gelang es nicht, sie zu beruhigen. Depp, ganz Profi, trat an ihren Tisch, mit der Absicht, sie zu beruhigen, doch das Gegenteil war der Fall: Die Mutter in spe geriet völlig außer sich, und plötzlich platzte die Fruchtblase. Der für seine Schlagfertigkeit bekannte Schauspieler war ziemlich sprachlos, signierte eine Serviette, wünschte viel Glück, zahlte, ließ sein Essen stehen und verschwand sichtlich mitgenommen vom Schauplatz.

Depp


VISUAL AGENTUR / ACTION PRESS

Gado Tshering, 46, Direktor im Gesundheitsministerium des kleinen buddhistischen Königreichs Bhutan, ist guter Hoffnung, dass im ganzen Land alsbald kein einziger Glimmstängel mehr angesteckt wird. Bereits in 18 von 20 Provinzen ist der Verkauf von Tabakwaren verboten. „Wir haben uns gegenüber der Weltgesundheitsorganisation verpflichtet“, so Tshering, „dass Bhutan das erste tabakfreie Land sein wird.“ Dieses Ziel soll bis Jahresende erreicht sein. Dann wird der Tabakbann auch für die Hauptstadt Thimphu wirksam. Das Rauchverbot gilt für öffentliche Orte, denn, so der weise Ministeriale, „wir können natürlich nicht wissen, was die Leute in ihren Häusern oder in der freien Natur tun“. Da helfen dann nur noch verordnete Kinder-Demonstrationen gegen das Rauchen und der Appell an die religiösen Gefühle des Himalaja-Volkes: Tabakgenuss verstoße gegen den Buddhismus. Tshering: „In unserer Religion ist Rauchen Sünde.“

Barbara von Wnuk-Lipinski, 27, Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, beging womöglich einen kleinen Fehler im innerparteilichen Machtgerangel. Bei einem Gespräch mit CDU-Chefin Angela Merkel hatte sie Wolfgang Schäuble als verlässlichen Partner der studentischen Jugendorganisation gerühmt: „Auf ihn kann man sich immer verlassen.“ Redebeiträge und Termine habe er stets konsequent eingehalten, der RCDS sei von ihm noch nie enttäuscht worden – was mit anderen Worten hieß, dass manch andere Parteigröße die Studiosi in der Vergangenheit vernachlässigt hat. Die Belobigung war in der CDU-Zentrale offensichtlich sofort Schäuble weitergetragen worden, denn der konfrontierte die junge Frau damit beim anschließenden Treffen. Wnuk-Lipinski war überrascht: „Woher wissen Sie? Das konnte doch sonst keiner wissen.“ Schäuble lächelte: „Ach lassen Sie mal, werte Frau Vorsitzende, ich weiß nur nicht, ob ein Lob an dieser Stelle über mich gut angebracht ist.“

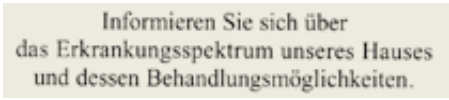
Aus dem „Buxtehuder Tageblatt“: „Im Alten Land leben Menschen mit Obstbauern in guter Nachbarschaft.“

Aus dem „Soester Anzeiger“: „Im Irak sterbe jedes vierte Kind vor seinem fünften Geburtstag, in Afghanistan gar jedes achte.“


„Wer im Sparschwein sitzt, sollte nicht mit Rotstift werfen“
CDU-Fraktionschef Lorenz zu Vorwürfen der evangelischen Kirchen

Aus dem „Wiesbadener Tagblatt“

Aus der „Rheinpfalz“: „Schon melden sich jene zu Wort, die sich lieber die Zunge abbeißen würden, als daran auch nur ein gutes Haar zu lassen.“


Informieren Sie sich über
das Erkrankungsspektrum unseres Hauses
und dessen Behandlungsmöglichkeiten.

Aus dem Klinikprospekt Dr. Guth, Hamburg

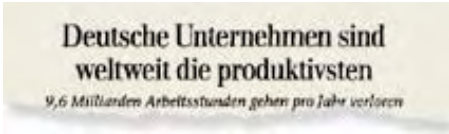
Aus der „Allgemeinen Zeitung Uelzen“: „Strahlend fährt der Minister in 840 Meter Tiefe, um sich den Salzstock als potenzielles Endlager für hochradioaktiven Müll anzuschauen.“

Aus dem „Fränkischen Tag“: „Auch heute nutzen die Hausbesitzer die Wasserkraft der Regnitz beim Hinabstürzen in den Hollergraben, um Strom zu erzeugen.“


Feuerwehrmänner
fassen heißes Eisen an

Aus der „Badischen Zeitung“

Interviewfrage der „Frankfurter Allgemeinen“ an Farin Urlaub von der Punkband Die Ärzte: „Könnte man den Gedanken der ewigen Wiederkehr in der Musik in ‚Als ich den Punk erfand‘ mit dem Stück ‚Anti-Zombie‘ verbinden, wo die Toten wegen Überfüllung der Hölle die Erde heimsuchen?“ Antwort von Urlaub: „So Gedanken machen wir uns nicht.“


Deutsche Unternehmen sind
weltweit die produktivsten
9,6 Milliarden Arbeitsstunden gehen pro Jahr verloren

Aus der „Financial Times Deutschland“

Zitate

Die „Berliner Zeitung“ zum SPIEGEL-Interview mit Brandenburgs CDU-Innenminister Jörg Schönbohm über ungewöhnliche Allianzen (Nr. 41/2003):

Der Großen Koalition steht neuer Streit ins Haus. Anlass sind Interview-Äußerungen von CDU-Chef und Innenminister Jörg Schönbohm, in denen er sich zu seinem Führungsanspruch und zu politischen Konzepten äußerte. Sozialminister Günter Baaske (SPD) sagte am Sonntag, Schönbohms wiederholte Interview-Attacken gegen den Regierungspartner SPD seien schwer erträglich. Schönbohm zündle beständig, er gefährde damit den Koalitionsfrieden … Dem Hamburger Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL sagte Vize-Regierungschef Schönbohm, bei der Landtagswahl im Herbst 2004 strebe er das Amt des Ministerpräsidenten an.

Die „Süddeutsche Zeitung“ über die Stärkung der Rechte von Bahnkunden und den SPIEGEL-Bericht „Bahn – Schlicht geschludert“ (Nr. 40/2003):

Verbraucherschützern gilt indes weder die deutsche Eisenbahn-Verkehrsordnung noch die Selbstverpflichtung der französischen Bahn, sondern das Modell der Niederlande als vorbildlich: Dort wird ab einer 30-minütigen Verspätung die Hälfte des Ticketpreises, nach einer Stunde sogar der volle Preis zurückerstattet. Als die EU-Kommission Anfang des Jahres in Aussicht stellte, ein solches Modell könnte europaweit rechtsverbindlich werden, stieß sie jedoch auf erheblichen Widerstand, gerade von der Deutschen Bahn. Diese verwies unter anderem darauf, dass die Fahrgastrechte erst soeben gestärkt worden seien … Diese Bestimmungen betreffen allerdings lediglich Härtefälle. Die Mehrzahl der Bahnreisenden, die – laut aktuellen Zahlen der Bahn ist fast jeder siebte Zug unpünktlich – ungezählte Stunden mit Warten verbringen, werde durch die Regelungen nicht besser gestellt. Die Bahn führt deshalb gegen pauschale Entschädigungszahlungen ein weiteres Argument ins Feld: dass sie für viele Verspätungen gar nicht verantwortlich gemacht werden könne. Ein Drittel aller Wartezeiten seien fremdverschuldet, argumentiert Bahnchef Hartmut Mehdorn. Er widerspricht damit allerdings einer jüngst vom SPIEGEL zitierten Vorstandsvorlage des Unternehmens: Ihr zufolge sind nur sechs Prozent aller Verspätungen auf externe Störungen wie Blitzeinschläge, Autounfälle oder Selbstmorde zurückzuführen. Interne Probleme der Bahn wie „technische Schwierigkeiten“ seien hingegen für 65 Prozent der Verspätungen verantwortlich.